

Unterrichtung

**durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik**

Zehnter Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik – 2011

Inhaltsverzeichnis

	Seite
20 Jahre Deutsche Einheit – 20 Jahre Aufarbeitung der SED-Diktatur	7
1 Wichtige Aspekte für die Arbeit der Behörde	12
1.1 20 Jahre Friedliche Revolution	12
1.2 Entwicklung der für die BStU relevanten Themen der Gedenkstättenkonzeption des Bundes	13
1.3 Aktuelle Entwicklung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes	14
1.4 Die Überlieferung des MfS als archivische Herausforderung	17
1.5 Bedeutung der Unterlagen des MfS für die externe Forschung, die Medien und Einrichtungen der politischen Bildungsarbeit	19
1.6 Aktuelle Schwerpunkte der Forschungsarbeit	22
2 Die Behörde der BStU	23
2.1 Organisationsstruktur	23
2.2 Beirat	23
2.3 Personal	24
2.3.1 Personalbestand und Personalentwicklung	24
2.3.2 Fort- und Weiterbildung	25
2.3.3 Ausbildung	25
2.3.4 Betriebliche Gesundheitsförderung	26

	Seite
2.4	Haushalt 26
2.5	IT-Ausstattung und -Entwicklung 27
2.6	Liegenschaften 27
2.7	Datenschutz und Informationssicherheit 28
2.8	Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz 29
3	Archivbestände 29
3.1	Grundsätzliche Arbeitsschwerpunkte 29
3.2	Erschließungsergebnisse 31
3.2.1	Schriftgut des MfS 31
3.2.1.1	Archivierte Ablagen 32
3.2.1.2	Unterlagen der Diensteinheiten des MfS 33
3.2.2	Unterlagen der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen 36
3.2.2.1	Land Berlin 36
3.2.2.2	Land Brandenburg 37
3.2.2.3	Land Mecklenburg-Vorpommern 37
3.2.2.4	Freistaat Sachsen 38
3.2.2.5	Land Sachsen-Anhalt 39
3.2.2.6	Freistaat Thüringen 40
3.2.3	Audio-visuelle Medien und maschinenlesbare Daten 41
3.2.3.1	Filme und Videos 42
3.2.3.2	Tondokumente 42
3.2.3.3	Fotodokumente 42
3.2.3.4	Maschinenlesbare Daten 43
3.3	Findmittel 43
3.3.1	Karteien des MfS 43
3.3.2	BStU-Datenbanken in den Archiven 43
3.3.3	Findmittel im Internet 44
3.4	Bestandserhaltung 45
3.4.1	Präventive Maßnahmen 45
3.4.2	Schutzverfilmung und Duplizierung 46
3.4.3	Papierrestaurierung und -konservierung 46
3.4.4	Sicherung audio-visueller Medien und maschinenlesbarer Daten 46
3.5	Herausgabe und Übernahme von Unterlagen 47
3.6	Manuelle und virtuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen 47
3.6.1	Manuelle Rekonstruktion 47
3.6.2	Virtuelle Rekonstruktion 48
3.7	Archivfachliche Kontakte mit anderen Archiven und Einrichtungen 49

	Seite
4 Verwendung von Unterlagen auf Antrag oder Ersuchen	50
4.1 Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes	50
4.1.1 Antragsaufkommen, Erledigungen, Bearbeitungszeiten	50
4.1.2 Beweggründe für einen Antrag auf Akteneinsicht	51
4.1.3 Bürgerberatung	52
4.1.4 Einzelne Antragsverfahren	53
4.1.4.1 Anträge als Dritte	54
4.1.4.2 Anträge naher Angehöriger von Vermissten oder Verstorbenen . .	54
4.1.4.3 Anträge ehemaliger Mitarbeiter	55
4.1.5 Decknamenentschlüsselung	55
4.2 Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht öffentliche Stellen	56
4.2.1 Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts	56
4.2.1.1 Strafrechtliche Rehabilitierung	56
4.2.1.2 Wiedergutmachung	57
4.2.2 Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr	58
4.2.3 Verwendung von Unterlagen für Zwecke der Nachrichtendienste	59
4.2.4 Nutzung des Zentralen Einwohnerregisters der ehemaligen DDR	59
4.2.5 Ersuchen zur Überprüfung von Personen	60
4.2.5.1 Abgeordnete, Angehörige kommunaler Vertretungskörperschaften und kommunale Wahlbeamte sowie Regierungsmitglieder	60
4.2.5.2 Beamte und Angestellte, die eine Behörde leiten oder eine vergleichbar verantwortungsvolle Aufgabe wahrnehmen	61
4.2.5.3 Berufsrichter und ehrenamtliche Richter	61
4.2.5.4 Leitende Personen im Sport sowie Trainer und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften	61
4.2.5.5 Beiratsmitglieder der BStU und Beschäftigte in Aufarbeitungsinitiativen	61
4.2.5.6 Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen	62
4.2.5.7 Rentenangelegenheiten	62
4.2.5.8 Ordensangelegenheiten	62
4.3 Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung sowie von Presse, Rundfunk und Film	62
4.3.1 Ausgewählte Themenschwerpunkte	63
4.3.1.1 Friedliche Revolution	63
4.3.1.2 Westarbeit des MfS	64
4.3.1.3 Justiz und Strafvollzug sowie Polizei	65
4.3.1.4 Kinder und Jugendliche	65
4.3.1.5 Sport	66

	Seite
4.3.1.6 Grenzregime, Fluchten, Militär und Militärverbindungsmissionen	66
4.3.1.7 MfS	67
4.3.1.8 Kirche und Religion	68
4.3.1.9 Herrschaftsmechanismen in der DDR	68
4.3.1.10 Medizin	69
4.3.1.11 Wirtschaft	69
4.3.1.12 Kultur und Kunst	69
4.3.1.13 Wissenschaft	70
4.4 Widersprüche gegen Entscheidungen der BStU	70
4.5 Rechtsstreitigkeiten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz	71
5 Forschung und Publikationen	73
5.1 Arbeit des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums	74
5.2 Forschungsprogramm	74
5.2.1 Widerstand im Alltag – Alltag des Widerstandes	74
5.2.2 Zusammenarbeit des MfS mit den Sicherheitsdiensten des Ostblocks zur Verhinderung von Flucht und Opposition/Westarbeit des MfS	74
5.2.3 Das MfS und der KSZE-Prozess. Der Kampf der osteuropäischen Geheimdienste gegen Modernisierung und Globalisierung	75
5.2.4 Herrschaft und Gesellschaft in der DDR-Provinz	76
5.2.5 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED- Führung. Edition und Analyse der Stimmungs- und Lage- berichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS	76
5.2.6 Rechtsanwälte in der Ära Honecker	77
5.3 Publikationen	77
5.3.1 Monografien und Sammelbände	77
5.3.1.1 Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR	77
5.3.1.2 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung: 1976 und 1988	77
5.3.1.3 Militär und Staatssicherheit	78
5.3.1.4 Stasi-Stadt und Mielkes Revier	78
5.3.1.5 Geheimhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges.	78
5.3.1.6 SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946 bis 1976)	78
5.3.2 Handbuch	79
5.3.2.1 Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR	79
5.3.2.2 Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei	79

	Seite
5.3.2.3 Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe	79
5.3.2.4 Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr	79
5.4 Wissenschaftliche Tagungen	80
5.4.1 Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als Zäsur der europäischen Geschichte	80
5.4.2 Workshop „The Stasi and its Foreign Intelligence Service“ in Washington	80
5.4.3 Historikertag vom 28. September bis 1. Oktober 2010 in Berlin ..	80
5.5 Bibliothek	80
6 Bildungs-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	81
6.1 Die politische Bildungsarbeit der BStU	81
6.1.1 Veranstaltungen	81
6.1.1.1 Veranstaltungen der Zentralstelle	81
6.1.1.2 Veranstaltungen der Außenstellen	82
6.1.2 Informations- und Dokumentationszentren, Gedenkstätten, Ausstellungen	84
6.1.2.1 Die Wanderausstellung der BStU	84
6.1.2.2 Ausstellungsprojekte zu den Jahrestagen 2009 und 2010	84
6.1.2.3 Weitere Ausstellungen	84
6.1.2.4 Informations- und Dokumentationszentren, Gedenkstätten	86
6.1.3 Bildungsarbeit für junge Menschen und Multiplikatoren	88
6.1.3.1 Zusammenarbeit mit Bildungsministerien	88
6.1.3.2 Besondere Projekte in den Jahren 2009 und 2010	89
6.1.3.3 Projekttag und andere Veranstaltungen mit Schülerinnen und Schülern	89
6.1.3.4 Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikatoren	91
6.1.3.5 Betreuung von Facharbeiten	92
6.1.3.6 Materialien	92
6.1.3.7 Kooperationspartner	93
6.2 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	93
6.2.1 Pressearbeit	93
6.2.2 Öffentlichkeitsarbeit	94
6.2.2.1 Internet	94
6.2.2.2 Seminare und Besuchsprogramme für Journalistinnen und Journalisten	94
6.2.2.3 Weitere Angebote	95
6.2.2.4 Broschüren und Informationsmaterialien	95

	Seite
7 Internationalisierung der Aufarbeitung	96
7.1 Die Arbeit des Netzwerkes 2009/2010	96
7.1.1 Bilaterale Kooperationen innerhalb des Netzwerkes	97
7.2 Weitere internationale Kontakte	98
Anhang	105

20 Jahre Deutsche Einheit – 20 Jahre Aufarbeitung der SED-Diktatur

Der vorliegende Tätigkeitsbericht ist einem Zeitraum gewidmet, der im Zeichen der Erinnerung an 20 Jahre zurückliegende Ereignisse stand: Die Freiheitsrevolution in der DDR, der Mauerfall und der Weg in die deutsche Einheit waren deshalb Gegenstand zahlreicher Veranstaltungen und Publikationen, an denen die Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) lebhaften Anteil hatte – dazu wird im nachfolgenden Tätigkeitsbericht, der den Zeitraum von April 2009 bis Dezember 2010 umfasst, mehr zu lesen sein.

Die Erinnerungen an diese zurückliegenden Ereignisse waren aber auch Anlass für mancherlei Bilanzen – so für die Frage, wie die Bemühungen um die Aufarbeitung der SED-Diktatur in zwei Jahrzehnten zu bewerten sind. Dieses Thema steht im Mittelpunkt der nachfolgenden Ausführungen.

Wie weit sind wir mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur? – Eine Frage, die 20 Jahre nach dem Ende der DDR so verständlich wie schwer zu beantworten ist. Je nach Perspektive fällt die Bilanz höchst verschieden aus.

Einerseits lassen sich beachtliche Erfolge benennen: Die Aufarbeitung der zweiten Diktatur in Deutschland ist gesellschaftlich akzeptiert und wird politisch unterstützt. Eine Vielfalt von Institutionen, Vereinen, Initiativen und Gedenkstätten widmet sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Archive wurden weitgehend vor der Vernichtung gerettet und sind zugänglich. Zahlreiche Publikationen belegen einen beeindruckenden Forschungsstand. Viele Opfer wurden rehabilitiert und entschädigt. Millionenfach wurden Beschäftigte im öffentlichen Dienst auf frühere Tätigkeit für das MfS überprüft. Ob Politik, Wirtschaft, Kirchen oder andere gesellschaftliche Bereiche, zumindest gilt für die Spitzenfunktionen eine kompromittierende Vergangenheit als skandalös. Durch die Medien wurden wichtige öffentliche Debatten angeschoben – entgegen weit verbreiteter Meinungen keineswegs nur zu Stasi-Belastungen. DDR-Themen haben Eingang in die Kunst gefunden – Filmemacher, Autoren und bildende Künstler tragen in erheblichem Maße zur Erinnerungskultur bei. Mit der Stasi-Unterlagen-Behörde, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und zahlreichen gesetzlichen Regelungen hat Deutschland international Maßstäbe für den Umgang mit diktatorischer Vergangenheit gesetzt.

Dieser stattlichen Bilanz stehen beunruhigende Befunde und Entwicklungen gegenüber: Opfer wurden zwar entschädigt. Viele von ihnen, insbesondere jene, deren Gesundheitszustand durch Haft und Verfolgung beeinträchtigt ist oder denen eine berufliche Entwicklung versagt blieb, leben heute aber in prekären Verhältnissen. Als besonders bitter wird dies angesichts der Tatsache empfunden, dass sich ihre früheren Peiniger ansehnlicher Ruhestandsbezüge erfreuen. Als ungerecht wird auch erlebt, dass sich von jenen, die früher als Stasi-Offiziere, Richter, Parteifunktionäre oder Heimerzieher Teil des Unterdrückungssystems waren, kaum jemand vor Gericht zu verantworten hatte. Nicht wenigen von ihnen ist es gelun-

gen, neue Karrieren zu starten oder in der Politik zu reüssieren. Selten kommt es vor, dass sich jemand öffentlich wahrnehmbar zu seinen Verfehlungen bekennt oder um Verzeihung bittet. Besorgniserregend sind auch manche Befragungen, die nicht nur einen weit verbreiteten Mangel an Wissen über die SED-Diktatur offenbaren, sondern auch eine Verharmlosung der Diktatur bezeugen – ebenso wie eine mangelnde Wertschätzung demokratischer Verfahren und Institutionen.

Die unterschiedlichen Sichten auf den Umgang mit der DDR-Vergangenheit werden 20 Jahre nach dem Ende der Diktatur stärker diskutiert denn je. Während die einen eine durchweg negative Bilanz ziehen, ja, die Aufarbeitung sogar als gescheitert bezeichnen, präsentieren sie andere als erfolgreich und modellhaft. Die jüngst vom Brandenburger Landtag eingesetzte Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ hat die Aufgabe, den Transformationsprozess in Brandenburg und damit auch die Frage nach dem Umgang mit der Vergangenheit zu untersuchen. Für die Ergebnisse werden sich nicht nur die Brandenburger interessieren: Die Aufarbeitung der Aufarbeitung hat begonnen.

Eine „Aufarbeitung der Aufarbeitung“ im umfassenden Sinne beschränkt sich nicht auf die Rekonstruktion von Debatten und Entscheidungen, sie bewertet auch. Es liegt in der Natur der Sache, dass solche Bewertungen subjektiv, manchmal interessengeleitet erfolgen. Leider dienen sie zu oft auch als Instrument in parteipolitischen Kämpfen.

Mit diesem Problem sind die Deutschen nicht allein. Die Frage, was Menschen, was Gesellschaften nach dem Ende einer Diktatur brauchen, ist zunehmend Gegenstand auch des internationalen Diskurses. Dabei zeigt sich, dass ethische, kulturelle und politische Standards von großer Bedeutung sind. Begriffe wie Menschenrechte, Versöhnung, Wahrheit, aber auch Schuld, Gewalt oder Vergeltung werden unterschiedlich interpretiert und nicht selten werden Menschenrechtsverletzungen oder der Verzicht auf deren Bestrafung mit dem Argument verteidigt, dass es in anderen Ländern eben ein anderes Verständnis davon gäbe als in Deutschland oder in Europa.

Auch der Rückblick auf 20 Jahre Aufarbeitung der SED-Diktatur erfolgt nicht neutral, sondern geht von bestimmten Prämissen aus. Wer Wahrheit und Gerechtigkeit als grundlegende Werte anerkennt, bewertet die 20-jährige Aufarbeitung der SED-Diktatur anders als jene, die um einer falsch verstandenen Versöhnung willen den Mantel des Schweigens über Gewalt und Unrecht breiten und Verantwortung nicht benennen wollen.

Überhaupt scheint Versöhnung das Zauberwort zu sein, wenn die Auseinandersetzung mit verübtem Unrecht und der Schmerz der Erinnerung lästig werden. Um der Versöhnung willen müsse es 20 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur doch genug sein mit dem Aufrechnen und dem Streiten. Um der Versöhnung willen dürfe die Partei, die als SED verantwortlich für das Diktaturunrecht war,

wieder Macht ausüben. Um der Versöhnung willen dürfe man denjenigen, die die Diktatur unterstützt haben, dies nicht länger vorhalten. Abgesehen davon, dass der immer wieder bemühte „Schlussstrich“ nicht funktioniert, weil Menschen sich das Nachfragen und Diskutieren nicht verbieten lassen, offenbaren solche Vorstöße die Unkenntnis dessen, was Versöhnung meint und was sie zur Voraussetzung hat. Freilich können politische, kulturelle und vor allem rechtliche Rahmenbedingungen die Bereitschaft zur Versöhnung fördern. Versöhnung ereignet sich aber letztlich zwischen Menschen und nicht durch politische Entscheidungen. Maßstab für alle Bemühungen um Versöhnung muss sein, was den Opfern und den ehemals Benachteiligten dazu verhelfen kann, ihren Frieden wiederzufinden – und nicht das Ruhebedürfnis der Mehrheitsgesellschaft. Dass Versöhnung Wahrheit und Wahrhaftigkeit im Umgang mit der Vergangenheit voraussetzt, versteht sich von selbst: Das Geheimnis der Versöhnung, so Elie Wiesel, ist Erinnerung.

Erinnern statt Verdrängen. Aufklären statt Beschönigen. Reden statt Schweigen. Die Institutionen und Vereine, die sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur widmen, gehen wie die entsprechenden vom Bundestag verabschiedeten Gesetze zumeist auf das bürgerschaftliche Engagement der Ostdeutschen zurück und fanden dann entschiedene Unterstützung durch Parlamente und Regierungen.

Ein herausragendes Beispiel dafür sind die Enquete-Kommissionen der 1990er-Jahre. Der erste gesamtdeutsche Bundestag beschloss auf Initiative vor allem von ostdeutschen Abgeordneten am 12. März 1992 die Bildung einer Enquete-Kommission „Zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. In seiner letzten großen Rede im Bundestag mahnte der frühere Bundeskanzler Willy Brandt, die Enquete-Kommission dürfe im Zusammenwachsen von Ost und West nicht den „Mantel des Verschweigens über gravierendes Unrecht“ breiten. Aufklärung und Aufarbeitung der Geschichte seien „eine gesamtdeutsche Aufgabe und Beitrag zur Versöhnung“. Der Bericht der ersten Kommission umfasste rund 300 Seiten sowie Protokolle und Expertisen mit einem Umfang von rund 15 000 Seiten – ein bis heute unverzichtbares Reservoir von Fakten und Reflexionen, das im Übrigen die Auffassung widerlegt, die Aufarbeitung hätte sich von Beginn an einseitig auf das Stasi-Thema konzentriert. Am 17. Juni 1994 wurde der Bericht der Kommission vom Bundestag beraten und von allen Fraktionen – mit Ausnahme der PDS – begrüßt.

Eine zweite Kommission wurde eingesetzt und legte ihren Bericht am 8. Oktober 1997 vor. Zugleich wurde die Gründung einer bundeseigenen Stiftung beschlossen, die langfristig die Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur fördern solle. Im November 1998 nahm die „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ ihre Arbeit auf. Sie fördert und berät Aufarbeitungsprojekte, sichert und sammelt Materialien und Dokumente, publiziert, organisiert Veranstaltungen und leistet dauerhaft einen wesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Auch die Öffnung der Archive (nicht nur) des Staatssicherheitsdienstes, viele Gedenkstätten und Lernorte zur SED-Diktatur und nicht zuletzt die vom Bundestag verabschiedeten Gesetze zur Rehabilitierung und zur sogenannten Opferrente verdanken sich überwiegend dem entschiedenen Handeln der Ostdeutschen, insbesondere der Bürgerbewegung. Teilweise mussten sie dem Westen regelrecht abgetrotzt werden. Trotz anfänglicher Zurückhaltung insbesondere der damaligen Bundesregierung kann sich das Bemühen um Aufarbeitung seit den 1990er-Jahren auf politische Mehrheiten stützen, die bis heute stabil sind. Die bisherigen Bundestage und Bundesregierungen haben bislang nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie die Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstützen.

Es spricht einiges dafür, dass diese frühen Entscheidungen mit den Lehren aus der Nachkriegszeit zu tun haben. Viele Deutsche, darunter nicht wenige heutige Entscheidungsträger, haben unter Schmerzen gelernt, dass es besser ist, sich zu erinnern, als Leid und Unrecht zu verschweigen und zuzudecken. Nicht noch einmal sollten die Opfer jahrzehntelang auf ihre Genugtuung warten, nicht noch einmal sollten die früheren Eliten ihre Karriere ungehindert fortsetzen können. Möglicherweise war es das Aufeinandertreffen dieser Lehren und der ostdeutschen Aufarbeitungsinitiativen, das es möglich machte, die notorischen gesellschaftlichen und politischen Widerstände zu überwinden, auf die Aufarbeitungsbemühungen nach dem Ende von Diktaturen regelmäßig treffen. Trotz vieler beklagenswerter Defizite und Umstände lässt sich – nicht zuletzt im internationalen Vergleich – heute feststellen, dass die Deutschen sich gegen das Beschweigen und Vergessen entschieden haben.

Aber der Umgang mit der SED-Diktatur und ihren Folgen war von Anfang an auch umstritten und ist es bis heute. Es gab und gibt Widerstände dagegen, keineswegs nur von Akteuren und Profiteuren des DDR-Systems. Und manche Fehlentwicklung, die uns heute zu schaffen macht, geht auf falsche Einschätzungen oder handfeste Interessenpolitik der ersten Monate und Jahre zurück.

Der friedliche Abschied von der Diktatur hatte seinen Preis. Ein Verbot der SED wurde nie ernsthaft erwogen. Für Obristen der Staatssicherheit wurde eine grundsätzliche Straffreiheit gewährt. Unter dem Schutz der Modrow-Regierung und während der mühseligen Konsensuche am Runden Tisch hatten die früheren Machthaber und viele ihrer Protagonisten reichlich Zeit, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen. Man versorgte einander mit Finanzmitteln, mit Immobilien oder auch Anwaltszulassungen.

Auch manche Bundespolitiker hielten es für schädlich, sich allzu intensiv mit der Vergangenheit zu beschäftigen. Der Blick zurück, so hieß es, würde die Gesellschaft spalten, den inneren Frieden gefährden und unnötig viel Energie, die für den Aufbau im Osten nötig wäre, binden. Der Einigungsvertrag sah weder eine Öffnung der Stasi-Unterlagen noch eine konsequente personelle Erneuerung im öffentlichen Dienst vor. Einzig für ehemalige Stasi-Mitarbeiter gab es ein Sonderkündigungsrecht. Bund und neue Länder übernahmen großzügig Personal aus der

DDR-Administration in die neuen Verwaltungen. Strafverfolgung für DDR-Unrecht durfte nur nach der jeweils milderen Rechtsordnung von Bundesrepublik oder DDR erfolgen. In der Konsequenz hatten sich – soweit noch Beweise vorhanden waren – Westspione des MfS vor Gericht zu verantworten, aber niemals ein Stasi-Offizier für die durch ihn begangenen Menschenrechtsverletzungen. Die großen Verlage wetteiferten darum, die auflagenstarken Bezirksorgane der SED aufzukaufen, setzten neue Chefredaktionen ein und arbeiteten ansonsten ungerührt mit den früheren SED-Redakteuren zusammen. Die kleineren Blockparteien wurden von CDU und FDP aufgesogen und waren damit der Verpflichtung entledigt, sich zu ihrer Mitverantwortung für die Diktatur zu bekennen. Die Gründer der ostdeutschen SPD konnten nur mit Mühe dem Druck ihrer westdeutschen Genossen widerstehen, die von ihnen forderten, die Türen der Kreisverbände weit für frühere SED-Mitglieder zu öffnen – wo diese natürlich sofort die Mehrheit gebildet hätten.

Für manche Menschen scheint die DDR im Rückblick immer schöner zu werden. Vor dem Hintergrund persönlicher Erinnerungen wird ein menschenfreundliches, gerechtes und friedliches Land fantasiert, das es nie gegeben hat. Die Schicksale derer, deren Freiheit eingeschränkt wurde, die diskriminiert und benachteiligt wurden, weil sie sich dagegen wehrten, werden nicht wahrgenommen oder als Randphänomen betrachtet. Die alltäglichen Zumutungen der Diktatur werden von vielen Menschen nicht mehr als solche empfunden.

Das ist erstaunlich. Immerhin hatten doch die SED und ihr Kettenhund „Stasi“ – für alle sichtbar – dafür gesorgt, dass es kein Recht auf Informationsfreiheit, Versammlungsfreiheit oder Meinungsfreiheit gab.

Aber wo der Freiheitswille verkümmert oder von Resignation und Angst überlagert ist, werden die Grenzen verdrängt: Wer sich nicht bewegt, spürt keine Ketten.

Zunehmend versuchen frühere MfS-Mitarbeiter heute öffentlich, ihre frühere Tätigkeit als rechtskonform und als normale Geheimdiensttätigkeit zum Schutz der Bürger darzustellen. Die Zahl entsprechender Buchvorstellungen, Talkshowauftritte und ähnlicher Aktionen ist groß und erfährt gelegentlich auch Unterstützung durch Politiker der Linken. So übersandte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, Ulla Jelpke, zur jährlichen Tagung ehemaliger Mitarbeiter der DDR-Auslandsaufklärung im Mai 2010 ein Grußwort, in dem sie deren „mutigen Einsatz für den Frieden“ würdigt und beklagt, dass „Viele von Euch ... nach dem Ende der DDR mit Gefängnis bestraft“ worden seien.

Von größerer Bedeutung als diese zahlenmäßig begrenzten Zirkel alter Männer dürften gesellschaftliche Strömungen und Äußerungen aktiver Politiker sein, die nach wie vor den Kommunismus im Allgemeinen und die DDR im Besonderen als den legitimen, wenn auch fehlerbehafteten Versuch sehen, eine humanere Gesellschaft aufzubauen. Die Millionen Toten, Vertriebenen, Entrechteten und Eingekerkerten, die auf das Konto dieses Groß-

versuchs in Europa, der Sowjetunion, China, Kambodscha, Nordkorea oder Kuba gehen, werden ignoriert, Vergleiche mit der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft in Europa als Versuch zurückgewiesen, deren Gräueltaten zu relativieren. Die Angst vor einer Relativierung des Nationalsozialismus ist ein fatales Bündnis mit immer noch virulenten kommunistischen Erlösungsideen eingegangen.

Die Erinnerungen an die nationalsozialistische und die kommunistische Herrschaft stehen in Deutschland in einem manchmal schmerzhaften Spannungszustand zueinander. Die Befürchtung, die Gräueltaten der NS-Zeit würden relativiert, spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Kränkung der SED-Opfer, ihre Leiden würden vor dem Hintergrund der NS-Verbrechen nicht wahrgenommen.

Dies ist keineswegs ein rein ostdeutsches Problem, auch wenn die Konkurrenz der beiden Erinnerungswelten dort besonders aufeinandertrifft, beispielsweise in jenen früheren Gefängnissen und Lagern, die nacheinander von den Nationalsozialisten und den Kommunisten benutzt wurden. Auch viele westdeutsche Intellektuelle misstrauen der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie, deren politische Sozialisation eng mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus verknüpft war, sehen in ihr geradezu eine Bedrohung ihrer Identität, erst recht, wenn sie sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, jahrzehntelang auf dem linken Auge blind gewesen zu sein.

Es ist also keine Frage der ost- oder westdeutschen Herkunft, die die Haltung zur DDR bestimmt. Schließlich standen sich auch in der Revolution von 1989 nicht Ost und West gegenüber, sondern Menschen, die die Freiheit wollten und jene, die sie fürchteten. Der Blick auf das geteilte Deutschland und auf die DDR ist nicht nur von den eigenen Lebenserfahrungen abhängig, sondern vor allem davon, welchen Rang Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der persönlichen Wertehierarchie eines Menschen einnehmen.

Wer heute den Finger in die Wunde legt und nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die gesellschaftlichen Schäden benennt, die das jahrzehntelange Verharren in Unfreiheit zur Folge hat, bekommt es mit wütenden Reaktionen zu tun. Schnell ist von arroganter und ignoranter – zumeist westlicher – Besserwisseri die Rede, von Angriffen auf die Lebensleistungen der Ostdeutschen und von Demütigungen.

Das Verhältnis zu Freiheit und Demokratie begründete im geteilten Deutschland Kontroversen und unterschiedliche Wertungen – quer zur Demarkationslinie. Bis heute scheint dies die wahre Mauer in den Köpfen zu sein – und diese Mauer wird uns länger zu schaffen machen als jeder Ost-West-Konflikt. „Man kann eine Weile ohne Einheit sein, unerträglich aber ist ein Dasein ohne Freiheit“ – so Walter Dirks.

Die Konkurrenz zwischen dem Erinnern an den Nationalsozialismus und an den Kommunismus zeigt unter anderem, dass es in den zurückliegenden 20 Jahren zumindest in Deutschland nicht gelungen ist, eine angemessene Haltung gegenüber beiden totalitären Katastrophen des

20. Jahrhunderts zu entwickeln. Das ist bedenklich, denn solange eine Gesellschaft nicht fähig ist, die Folgen totalitären Denkens und diktatorischer Systeme wahrzunehmen, wird sie, besonders in unsicheren Zeiten, anfällig dafür bleiben.

In einer Bilanz der Aufarbeitung über zwei Jahrzehnte darf die internationale Dimension nicht fehlen. So, wie der Westen noch um einiges davon entfernt ist, die DDR als Teil deutscher Geschichte anzusehen, scheint auch die Geschichte der ehemals kommunistisch beherrschten Länder Mittel- und Osteuropas von Paris, Stockholm oder Rom aus gesehen noch nicht zum europäischen Geschichtsbild zu gehören.

Als Jorge Semprún als ehemaliger Häftling des KZ Buchenwald in Weimar eine Rede anlässlich des 60. Jahrestags der Befreiung der Konzentrationslager hielt, sprach er dieses Problem an:

„Der kürzlich erfolgte Beitritt von zehn neuen Ländern aus Mittel- und Osteuropa – dem anderen Europa, das im sowjetischen Totalitarismus gefangen war – kann kulturell und existentiell erst dann wirksam erfolgen, wenn wir unsere Erinnerungen miteinander geteilt und vereinigt haben werden. Hoffen wir, dass bei der nächsten Gedenkfeier in zehn Jahren, 2015, die Erfahrung des Gulag in unser kollektives europäisches Gedächtnis eingegliedert worden ist. Hoffen wir, dass neben die Bücher von Primo Levi, Imre Kertész oder David Rousset auch die ‚Erzählungen aus Kolyma‘ von Warlam Schalamow gerückt wurden. Das würde zum einen bedeuten, dass wir nicht länger halbseitig gelähmt wären, zum anderen aber, dass Russland einen entscheidenden Schritt auf dem Weg in die Demokratisierung getan hätte.“

Die zehn Jahre, von denen Semprún sprach, sind zur Hälfte um. Wenn seine Vision Wirklichkeit werden soll, muss noch viel passieren. Aber immerhin hat die Debatte über die kommunistische Vergangenheit inzwischen die europäische Ebene erreicht. Die mit der Hinterlassenschaft der Geheimpolizeien befassten Aufarbeitungsinstitutionen mehrerer Länder haben sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, mehrere Anhörungen auf europäischer Ebene widmeten sich den kommunistischen Verbrechen in Europa, die Zahl internationaler Veranstaltungen, Tagungen und Publikationen zum selben Thema hat zugenommen und schließlich hat das Europäische Parlament im April 2009 den bevorstehenden 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes zum Anlass genommen, in einer Entschließung die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus einzufordern und vorgeschlagen, den 23. August zu einem europäischen Gedenktag zu machen.

Immerhin also scheint nach 20 Jahren ein Anfang gemacht worden zu sein.

In Deutschland, aber auch international, hat besonders eine Institution viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen: die Stasi-Unterlagen-Behörde oder präzise „Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“. Auch ihr Zustandekommen verdankt sich bürgerschaftlichem Engagement: Noch in den ersten Monaten der Revolution, im Winter 1989/90,

besetzten auf Initiative der Bürgerbewegung Menschen die Dienststellen des MfS, um dem Treiben des Staatssicherheitsdienstes ein Ende zu bereiten und die Vernichtung der Akten zu stoppen. Die erste frei gewählte Volkskammer der DDR beschloss, die Akten zu öffnen, und in einer zweiten Besetzung der Stasi-Zentrale im September 1990 setzte die Bürgerbewegung durch, dass die Akten auch im vereinten Deutschland zugänglich bleiben würden.

Doch die BStU ist nicht nur Kind der Bürgerbewegung, sondern auch des in der Bundesrepublik gewachsenen Rechtsstaats. Dieser Verbindung ist es zu verdanken, dass trotz des liberalen Aktenzugangs die Persönlichkeitsrechte Betroffener strikt gewahrt bleiben und dass die Stasi-Unterlagen-Behörde vor politischen Eingriffen geschützt, materiell und rechtlich abgesichert ist und der parlamentarischen Kontrolle unterliegt.

Für die Korrektur einiger fataler Fehlentscheidungen war es zum Zeitpunkt der Gesetzgebung allerdings schon zu spät: Im Februar 1990 zum Beispiel beschloss der Runde Tisch die Vernichtung der magnetischen Datenträger des MfS, die personenbezogene Dateien enthielten. Angeblich seien alle Daten in Papierform noch einmal vorhanden, hieß es. Dies war falsch. Der Datenverlust ist groß und bis heute nicht genau abzuschätzen.

Das Hauptbedenken gegen die Öffnung der Stasi-Unterlagen war die Vermutung, sie würde das gesellschaftliche Klima dauerhaft vergiften. Diejenigen, die Details über ihre Bespitzelung und die Namen derjenigen erführen, die Informationen über sie weitergegeben hätten, würden in ihrer Wut zu äußersten Mitteln greifen. Das hinter dieser Befürchtung stehende Bild von unreifen Bürgerinnen und Bürgern, die mit schmerzhaften Erkenntnissen nicht umgehen können, wurde in der Praxis widerlegt: Es sind keine Fälle bekannt, in denen Opfer nach der Lektüre der Unterlagen ihren Verrätern an den Kragen gingen.

Obwohl die Einsicht in die eigene Akte schwierig und schmerzlich ist, hat eine beeindruckende Zahl von Menschen diesen Schritt getan: Inzwischen haben mehr als 1,7 Millionen Menschen einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt.

Akteneinsichten sind ein sehr persönlicher Vorgang, sind Teil einer individuellen Verarbeitung der Vergangenheit. Nicht selten wird diese Auseinandersetzung als Wiederauflösung der eigenen Geschichte und als befreiend erlebt. Insbesondere die Opfer von Verfolgung und Zersetzung erhalten endlich Gewissheit darüber, was ihnen widerfahren ist. Freilich tut es weh, vom Verrat durch nahestehende Menschen zu erfahren. Dennoch scheint diese Gewissheit auf die Dauer erträglicher zu sein als Unsicherheit oder Verdächtigungen. Die Akteneinsicht beendet oft das diffuse Misstrauen, das eine Begleiterscheinung des Lebens in der Diktatur ist.

Über die individuelle Wirkung hinaus haben diese Einsichtnahmen eine gesellschaftliche Relevanz: Es hat sich herumgesprochen, dass die Verbrechen des MfS offenbar werden, dass die Täter beim Namen genannt werden und

jedermann das Recht hat zu erfahren, wie der Staatssicherheitsdienst in sein Leben eingriff.

Was auch immer sich über den Einzelnen in den Archiven findet – mehrere Bände oder nur eine Karteikarte – allein die Entscheidung, einen Antrag zu stellen, gehört zum Prozess der Aufarbeitung. Die erfolgte Akteneinsicht ist wiederum ein Impuls, das Gelesene und die dabei erlebten Gefühle anderen mitzuteilen und damit zu verarbeiten.

Schon im Vorfeld der ersten freien Volkskammerwahl wurden Forderungen laut, politische Amtsträger, Abgeordnete und das Personal im öffentlichen Dienst zu überprüfen. Die Überprüfung verdeutlichte den klaren Schnitt mit der Vergangenheit, hieß es. Außerdem sei gewährleistet, dass Amtsträger nicht durch Anschuldigungen erpressbar seien, weil sie nachweisen könnten, dass sie unbelastet seien.

Diese Argumentation setzte sich durch, das Gesetz sah zunächst für einen Zeitraum von 15 Jahren die Möglichkeit der Überprüfung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst und von politischen Funktionsträgern vor.

Seitdem wurden im Zusammenhang von Überprüfungen im öffentlichen Dienst rund 1,75 Millionen Ersuchen bearbeitet, fast ausschließlich aus den neuen Bundesländern. Schwierigkeiten entstanden oft, wenn die Befunde aus den Akten interpretiert werden mussten und es darum ging, rechtliche und moralische Maßstäbe für den Umgang mit belasteten Mitarbeitern zu entwickeln. Alles in allem lässt sich sagen, dass in den allermeisten Fällen sorgfältige Einzelfallprüfungen erfolgt sind – eine Notwendigkeit, auf die die Behörde bei allen sich bietenden Gelegenheiten hinweist.

Rund 280 000 Menschen standen 1989 hauptamtlich oder inoffiziell im Dienst des MfS. Das ist viel für ein so kleines Land. Aber diese Zahl – knapp 2 Prozent der Bevölkerung – zeigt zugleich, dass die DDR kein Volk von Spitzeln und Verrätern war.

Für die wissenschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur sind die Akten des MfS unverzichtbar: Sie geben nicht nur Auskunft über seine Arbeitsweise, sondern erlauben Erkenntnisse zu den allgemeinen Machtstrukturen der DDR und nahezu allen Bereichen des Lebens.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung und die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Forschungsergebnisse waren dem Gesetzgeber so wichtig, dass er beides als Aufgaben der Behörde definiert hat. Mit einer großen Anzahl von Veröffentlichungen, Tagungen, Ausstellungen und Veranstaltungen nimmt die Behörde diese Aufgabe wahr. Besonderes Augenmerk wurde dabei in den vergangenen Jahren der historisch-politischen Bildungsarbeit mit Schulen zuteil.

Dieser Bildungsauftrag der Behörde gilt bundesweit – und ist mit einem nicht zu unterschätzenden Problem verknüpft: Während es in den ostdeutschen Ländern mit den Außenstellen der BStU, den Landesbeauftragten, den Gedenkstätten und den privaten Aufarbeitungsinitiativen zahlreiche Anlaufpunkte für Interessierte gibt, existiert

dergleichen in den alten Bundesländern nicht. Von besonderer Bedeutung sind deshalb die Bemühungen, DDR-Themen auch dort anzubieten, wo es keine „Aufarbeitungs-Infrastruktur“ gibt. In diesem Zusammenhang spielt die Wanderausstellung der BStU „Feind ist, wer anders denkt“, die vor allem in westdeutschen Großstädten gezeigt wird, eine wichtige Rolle, ebenso wie die zahlreichen Kooperationen, die es mittlerweile mit Landeszentralen für politische Bildung und anderen Bildungsträgern gibt.

Die Anzahl von Anträgen externer Forscher und von Medienvertretern bei der BStU steigt von Jahr zu Jahr, insbesondere im Zusammenhang wichtiger Jahrestage wie dem 50. Jahrestag des Volksaufstandes 1953 oder dem 20. Jahrestag der Revolution von 1989.

Nicht unerwähnt sollen Romane und Erzählungen, Filme und Theaterstücke bleiben, die sich mit künstlerischen Mitteln dem Thema DDR widmen. Interessanterweise machten zuerst Bücher und Filme von sich reden, die die DDR ins Lächerliche zogen. Inzwischen ist diese Mode einer eher ernsthaften Beschäftigung gewichen.

Der vor 20 Jahren durchaus umstrittenen Entscheidung, die Akten der Geheimpolizei der DDR – und andere wichtige Quellen – zu öffnen, sind wesentliche Beiträge zur Erinnerungskultur im vereinten Deutschland zu verdanken: Die intellektuelle Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur wurde gefördert, der Repressionsapparat, seine Mechanismen und Wirkungsweisen wurden transparent, unzählige Opfer wurden in die Lage versetzt, ihr Leben zu rekonstruieren und sich ihr Recht zurückzuholen. Die Täter wurden delegitimiert, ihre Legenden widerlegt. Für Bildung und Kunst stehen wertvolle Quellen zur Verfügung, die die Empathie mit den Opfern ermöglichen und dazu dienen, Maßstäbe für integeres Verhalten zu entwickeln und Unrecht zu benennen.

Der Aufarbeitungsdiskurs in Deutschland hat sich in dieser Zeit verändert. Die serienweisen spektakulären Enthüllungen sind vorbei. Die Beschäftigung mit der DDR ist Teil eines selbstverständlichen Diskurses geworden. Dem entspricht eine stärkere Regionalisierung der Aufarbeitung, die Aufmerksamkeit für einzelne Schicksale und zunehmend auch die Frage nach der Wiedereingliederung und Bewährung ehemaliger Täter. Immer wieder neue Themen beschäftigen die Öffentlichkeit und wollen auch künftig erforscht werden – jüngste Beispiele dafür sind das Heimerziehungssystem der DDR und die an Kindern und Jugendlichen verübten Menschenrechtsverletzungen in Jugendwerkhöfen.

Die Stasi-Unterlagen-Behörde hat seit ihrer Gründung dazu beigetragen, dass die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit selbstverständlich zum Kanon gesellschaftlich relevanter Themen gehört. Wie weit sie mit ihrem Wirken zu einer demokratischen, freiheitlichen Kultur und zur Sensibilisierung der Menschen für totalitäre Gefährdungen beigetragen hat, kann erst die Zukunft zeigen.

Zweifellos werden die Akten auch künftig eine der wichtigsten Quellen für die DDR-Forschung sein, weit über

MfS-Themen im engeren Sinne hinaus. Und dass sich der Bildungs- und Aufarbeitungsauftrag der Behörde noch lange nicht erledigt hat, bedarf keiner ausführlichen Begründung.

Es ist deshalb von großer Bedeutung, dass das Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung, das sich der Deutsche Bundestag zu eigen gemacht hat, die Bedeutung der Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde betont.

Im Berichtszeitraum hat sich die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages darauf verständigt, dass die BStU in ihrer derzeitigen Organisationsform noch bis mindestens 2019 bestehen bleiben solle. Dies unterstrich Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert noch einmal in seiner Festrede bei der Gedenkveranstaltung der BStU am 1. Oktober 2010, die an die Auseinandersetzungen um die Öffnung der Stasi-Akten vor 20 Jahren erinnerte. Solange es Opfer des Staatssicherheitsdienstes und Täter gebe, „muss es den Anspruch auf Aufarbeitung geben“, sagte Lammert. Deshalb sei es wichtig, dass die Arbeit der BStU „bis 2019 im Wesentlichen in den gegebenen Strukturen“ erfolge.

Mit diesen politischen Vorgaben hat die Behörde den Planungs- und Handlungsspielraum, der für die Erfüllung ihrer Aufgaben in den nächsten Jahren von großer Bedeutung ist.

1 Wichtige Aspekte für die Arbeit der Behörde

1.1 20 Jahre Friedliche Revolution

Zum 20. Mal jährten sich im Berichtszeitraum die Friedliche Revolution in der DDR, der Mauerfall und die deutsche Einheit.

Jahrestage bieten die Möglichkeit, historische Ereignisse herauszustellen und im Blickpunkt erhöhten öffentlichen Interesses intensiver zu diskutieren. Das trägt dazu bei, neue, differenzierte Interpretationsangebote zu popularisieren und Debatten über geschichtliche Ereignisse in die Gesellschaft zu tragen. Dies ist für eine demokratische Gesellschaft geradezu unabdingbar, um so über den historischen Platz der Gegenwart streiten und nachdenken zu können und um zugleich über diese historische Vergewisserung die Gegenwart zukunftsfähig zu machen.

Diese Möglichkeiten sind im Zusammenhang mit den Jahrestagen von Friedlicher Revolution, Mauerfall und deutscher Einheit geradezu idealtypisch genutzt worden. Die Resonanz und das breite öffentliche Interesse haben gezeigt, dass historische Jubiläen vollkommen zu Recht von Medien, politischer Bildung und Wissenschaft aufgegriffen werden. Freilich wird gelegentlich gegen den Event-Charakter polemisiert oder argumentiert, dass die Konzentration auf Jubiläen zu kurzatmig sei, um einem historischen Ereignis gerecht zu werden. Solche Argumente lassen sich mit dem Hinweis auf langfristig wirkende Erkenntnissteigerungen leicht entkräften. So ist in den vergangenen Jahren die Bedeutung der Bürgerbewegung für die Friedliche Revolution klarer herausgearbeitet worden. Und die nahezu flächendeckende Verbreitung

von Aufständen im Juni 1953 in der DDR wurde erst 2003, anlässlich des 50. Jahrestages dieser Ereignisse, ins allgemeine Bewusstsein gerückt.

Die BStU hat mit ihren spezifischen Möglichkeiten die im Berichtszeitraum relevanten Jubiläen auf vielfältige Weise thematisiert. In zahlreichen Veranstaltungen und mit Angeboten ganz unterschiedlicher Dimensionen – von der wissenschaftlichen Tagung bis hin zu einem Spray-Wettbewerb – hat sie das Thema aufgegriffen und ist auf reges Interesse gestoßen.

Das große öffentliche Interesse zeigte sich auch in einem deutlichen Anstieg der Besuche von Journalisten und Fernsichtteams sowie Besuchergruppen in der Behörde – letztere erreichten allein schon im Archiv der Zentralstelle mit 296 im Jahr 2009 einen Rekord. Im Berliner Büro der Bürgerberatung haben sich die Anfragen im Berichtszeitraum nahezu verdoppelt. Ähnliches ist von den im Jahr 2009 gestellten über 1 000 Anträgen aus dem Bereich Forschung und politische Bildung (Zunahme von rund 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr) und fast 900 Anträgen von Medien im gleichen Jahr (Zunahme um rund 50 Prozent) zu berichten. Entgegen allen Prognosen gleichbleibend hoch ist die Zahl der Anträge auf persönliche Akteneinsicht, die sich seit einem halben Jahrzehnt im Durchschnitt auf 90 000 bis 95 000 Anträge pro Jahr beläuft. Im Jahr 2009 stellten über 102 000 Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Akteneinsicht Anträge an die BStU, damit stieg die Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr um 15 000 Anträge. Im Jahr 2010 erreichten die Behörde über 87 000 Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern.

Großen Zuspruch fand auch das Bildungsprogramm der BStU. Die Behörde hat einen wichtigen Beitrag zum Rückblick auf die Stationen des Revolutionsjahres 1989 geleistet und damit zur historisch-politischen Einordnung der Friedlichen Revolution und ihrer Folgen beigetragen. Im Mittelpunkt der Angebote zur politischen Bildung standen der DDR-Staatssicherheitsdienst, seine Rolle und seine Reaktionen angesichts der Friedlichen Revolution und der Prozess der MfS-Auflösung. So lenkte eine mehrtägige Veranstaltung über die „Revolution in Berlin“ die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Gethsemanekirche in Prenzlauer Berg und damit auf einen historischen Ort, der im Herbst 1989 einer der Brennpunkte der Revolution in Berlin gewesen war. Die Veranstaltungsreihe wurde im Oktober 2009 in Kooperation der BStU mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., dem Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Evangelischen Kirchengemeinde Prenzlauer Berg-Nord realisiert.

Einblick in die regionale Entwicklung und Dynamik der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes im Winter 1989/90 vermittelt die Ausstellung „Stasi Ohn(e)Macht“, die die Friedliche Revolution in den ehemaligen Bezirksstädten der DDR mit jeweils eigenen Regionalteilen plastisch macht. Anhand von bisher zum Teil unbekanntem Fotomaterial lässt sie den Betrachter ahnen, wie viel Einsatz und welcher Mut seinerzeit erforderlich waren, kannten die Akteure doch den Ausgang der Entwicklung nicht. Eine neue Wanderausstellung mit dem Titel „Feind ist,

wer anders denkt“ wurde am 3. Oktober 2008 in Hamburg eröffnet. Sie vermittelt Basiswissen zum Staatssicherheitsdienst der DDR und zur 1989er Revolution insbesondere in den Hauptstädten der alten Bundesländer, in denen es weder Aufarbeitungsinstitutionen noch authentische Orte zur DDR-Geschichte gibt.

Am 15. Januar erinnern alljährlich Veranstaltungen an die Besetzung der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit im Jahre 1990 und damit an das Ende des MfS. Aus Anlass des 20. Jahrestages dieses Ereignisses lud die BStU zusammen mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zur Theateraufführung „Staats-Sicherheiten“ in das Berliner Maxim Gorki Theater ein – einer eindrücklichen Inszenierung der Schicksale ehemaliger politischer Häftlinge. Am folgenden Tag fand ein Bürgerfest im Archiv der BStU in Berlin-Lichtenberg statt, das mit Lesungen, Diskussionen, Ausstellungen und Archivbesichtigungen zahlreiche Besucher anzog.

Auf großes Interesse stießen auch die regionalen Angebote der BStU. „Große“ Geschichte erhielt als Geschichte vor Ort konkrete Aussagekraft und Verständlichkeit. Als Kooperationspartnerin hat die BStU gerade in den Regionen zahlreiche Veranstaltungen ermöglicht, hat sich mit ihrer spezifischen Themenkompetenz eingebracht und war gleichzeitig an vielen offiziellen Festakten beteiligt. Erwähnt sei auch das landesweite Graffiti-Projekt „DemokratieVersprühen“ in Sachsen, das Jugendliche zur Beschäftigung mit dem Thema Demokratie anregte.

Auch der internationale Kontext der Friedlichen Revolution wurde thematisiert, so zum Beispiel mit einer internationalen Tagung, die die BStU im Mai 2009 zu den Umbrüchen in Osteuropa im Jahr 1989 durchführte. Sie fand in Berlin im Rahmen des Geschichtsforums „Europa zwischen Teilung und Aufbruch“ statt.

Ausführlich thematisierte die Behörde zudem die Öffnung der Stasi-Unterlagen als einen der Erfolge der Friedlichen Revolution. Wichtige Daten waren in diesem Zusammenhang das Volkskammergesetz vom 24. August 1990, der (schließlich erfolgreiche) Streit um klare Aussagen zur Aktenöffnung im deutsch-deutschen Einigungsvertrag und die Ernennung des Sonderbeauftragten für die Stasi-Unterlagen am 3. Oktober 1990. An diese Ereignisse wurde im Rahmen der Festveranstaltung „Die Akten bleiben offen“ im Großen Protokollsaal des Deutschen Bundestages am 1. Oktober 2010 erinnert.

Die öffentliche Resonanz auf all diese Angebote hat gezeigt, wie groß das Interesse unserer Gesellschaft an der jüngsten Geschichte ist. Die Veranstalter begegneten immer wieder einer beeindruckenden Bereitschaft zur wachen Erinnerung, zur wissbegierigen Annäherung und kritischen Auseinandersetzung. Zugleich ist die allmähliche Herausbildung eines gesamtdeutschen Geschichtsverständnisses zu beobachten: Nicht mehr nur die Teilung bestimmt die Erinnerung an die jüngste Geschichte, sondern auch das Zusammenwachsen Deutschlands und die Ereignisse, die zur deutschen Einheit führten. Auch aus dem Zusammenwachsen Europas und dem Ringen um ein gemeinsames europäisches Geschichtsbild entstehen neue

Impulse für die geschichtliche Selbstverortung unserer Gesellschaft.

Die große Bereitschaft, sich an die Friedliche Revolution zu erinnern, lässt sich auch als ein Zeichen für das Bedürfnis nach positiver Verankerung und Identifizierung verstehen. Das Jahr 1989 steht für einen bislang nicht gekannten freiheitsgeschichtlichen Erfolg in unserer Geschichte. Die aktive Beschäftigung damit ermöglicht es uns, den hohen Wert unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Errungenschaften wahrzunehmen und für ihre Bewahrung einzustehen. Jahrestage sind für die Vergewärtigung der Vergangenheit von großer Bedeutung. Sie geben uns Anlass, im Alltag innezuhalten und uns zu fragen, woher wir kommen und wo wir stehen. Sie fordern uns zu einer Wiederbegegnung mit der Vergangenheit auf, sie schärfen unser Geschichtsbewusstsein und wirken dadurch weit über ihr Bezugsdatum hinaus.

1.2 Entwicklung der für die BStU relevanten Themen der Gedenkstättenkonzeption des Bundes

Die im Juni 2008 vom Bundeskabinett beschlossene Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts der Bundesregierung beschreibt die Schaffung eines „Geschichtsverbund(s) zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland“ als einen konzeptionellen Eckpfeiler der Befassung mit der jüngsten deutschen Geschichte. Damit soll – bei bleibender Eigenständigkeit der jeweiligen Institutionen – die Zusammenarbeit aller Einrichtungen zur Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR gefördert werden. Zugleich soll der Geschichtsverbund bewährte Strukturen stärken, neue Wege der Zusammenarbeit eröffnen und Kooperationsprojekte ermöglichen.

In der alltäglichen Praxis verstärkten sich im Berichtszeitraum die Ansätze, dieser Forderung gerecht zu werden. Die BStU leistete dazu insbesondere auf dem Gebiet der politischen Bildung und in der archivischen Arbeit einen Beitrag.

So hat die Behörde den Austausch mit dem Bundesarchiv und anderen Archiven bei einzelnen wichtigen Projekten und mit den Fachhochschulen für Archivwesen bei der Weiterbildung intensiviert. Hervorzuheben ist beispielsweise die Entscheidung, die künftige Erschließung und Verwaltung des vom MfS hinterlassenen Schriftgutes und der dazugehörigen audio-visuellen Medien mit dem IT-System des Bundesarchivs (BASYS 2) in einer für die Zwecke der BStU angepassten Version zu realisieren (siehe Kapitel 3.3.2). Im November 2010 wurde dazu eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen. BStU und Bundesarchiv gehen davon aus, dass aus dem gemeinsamen Projekt Synergieeffekte und eine Harmonisierung der IT-Landschaft resultieren.

Ferner beteiligt sich die Behörde mit verschiedenen Findbuchdateien am Archivportal „SED-/FDGB-Archivgut“, einem Kooperationsprojekt des Bundesarchivs mit den Landes- und Staatsarchiven der neuen Bundesländer und des Landes Berlin. Die BStU hat hierzu eine Online-Be-

ständeübersicht zu im MfS-Überlieferungsbereich enthaltenen Unterlagen von SED und FDGB erstellt, die seit Herbst 2009 in die Website des „Netzwerks SED-/FDGB-Archivgut“ eingebunden ist.

Die schon bestehende Zusammenarbeit zwischen der Bundeszentrale für politische Bildung, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der BStU wurde im Berichtszeitraum bei zahlreichen meist bilateralen Veranstaltungen vertieft.

Die sogenannte trilaterale AG der drei Organisationen hat im Berichtszeitraum einen gemeinsamen Flyer mit Angeboten und Anregungen für die Ausgestaltung eines Projekttag am 9. November produziert. Damit griff die trilaterale AG eine Initiative der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2008 auf, die dazu aufruft, in jedem Jahr am 9. November einen Projekttag in Schulen durchzuführen. Ziel ist es, die Auseinandersetzung von Jugendlichen mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts anzuregen und zu vertiefen und damit zur Demokratieerziehung beizutragen. Mit dem auch im Internet präsenten gemeinsamen Angebot (www.projekttag-deutsche-geschichte.de) werden die Aufmerksamkeit für die Bildungsangebote der drei Einrichtungen im schulischen Bereich erhöht, für die Interessenten die Orientierung erleichtert und das Miteinander der drei Institutionen dokumentiert.

Mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur pflegt die BStU eine enge und stabile Kooperation, ablesbar an zahlreichen gemeinsamen Veranstaltungen. Auf der Basis dieser eingespielten Zusammenarbeit initiierten die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Bundesbeauftragte erfolgreich den insbesondere in Polen vielbeachteten Aufruf deutscher Intellektueller und Politiker „Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 zu erinnern! Eine Erklärung zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts am 23. August“ (siehe auch Kapitel 7.2 und Anhang 18).

Nach den Bestimmungen des Gedenkstättenkonzepts wird in Haus 1 in der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg, dem ehemaligen Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit der DDR, ein Dokumentations- und Bildungszentrum zum Thema „Repression in der SED-Diktatur“ entstehen. Die BStU soll im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgabenstellung und unter Einbeziehung der in Haus 1 ansässigen Aufarbeitungsinitiativen die Verantwortung für die Einrichtung einer neuen Dauerausstellung übernehmen. Als Kooperationspartnerin für die Ausstellung nennt das Gedenkstättenkonzept insbesondere die Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e. V. (ASTAK), die Trägerverein der bisherigen Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße ist.

Der Deutsche Bundestag hat für die notwendige bauliche Sanierung des Hauses 1 Mittel aus dem Konjunkturpaket bereitgestellt. Die Sanierung konnte, nachdem der hierfür zuständige Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) den Auszug aller Mieter erreicht hatte, im September 2010 beginnen. Die BStU hat im Berichtszeitraum damit begonnen, die inhaltlichen Voraussetzungen für die künftige Dauerausstellung zu schaffen.

Nach diversen Vorarbeiten verfasste die Behörde auf ausdrücklichen Wunsch des BKM ein Nutzungskonzept für Haus 1 und legte dieses im November 2009 vor. Der BKM hat dieses Nutzungskonzept in geringfügig modifizierter Form als Grundlage für die Sanierungsplanungen eingereicht. Grundlage aller Papiere der Behörde ist der Ansatz einer gemeinsamen Ausstellung, wie das Gedenkstättenkonzept des Bundes sie vorsieht. Angebote des BKM zu gemeinsamen Gesprächen über die inhaltliche Konzeption des Hauses 1 wurden seitens der ASTAK bisher nicht genutzt.

Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes sieht vor, die Struktur der Außenstellen der BStU zeitnah zu verändern, um eine effiziente Arbeit trotz zurückgehenden Personalbestandes gewährleisten zu können. In Abstimmung mit dem BKM wurden im Berichtszeitraum verschiedene Varianten möglicher Strukturveränderungen in den Bundesländern Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern untersucht und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen angestellt. Ziel ist es, mehrere Archivstandorte der BStU aufzulösen und die Bestände in die in diesen Ländern verbleibenden Außenstellen zu überführen. An den aufzulösenden Standorten sollen sogenannte Präsenzstellen eingerichtet werden, um dort weiterhin Dienstleistungen der BStU anzubieten.

Um auch die Länderinteressen in die Überlegungen einbeziehen zu können, hat die BStU 2010 im Auftrag des BKM erste Gespräche mit von den betroffenen Ländern benannten Vertreterinnen und Vertretern geführt. Deren Reaktionen auf das Vorhaben der BStU, Außenstellen zu schließen, waren überwiegend verhalten. Vor allem wird befürchtet, dass zu erzielende finanzielle Einspareffekte erwartete negative Signalwirkungen auf die Aufarbeitungslandschaft nicht aufwiegen werden. In einem nächsten Schritt soll der Planungsstand mit den Mitgliedern der zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages besprochen werden.

1.3 Aktuelle Entwicklung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes

Die siebte Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, umgesetzt durch Gesetz vom 21. Dezember 2006, verfolgte im Schwerpunkt zwei Ziele: Zum einen sollte angesichts des bevorstehenden Auslaufens der gesetzlichen Überprüfungsfrist mit dem 28. Dezember 2006 die Grundlage für eine differenzierte Fortgeltung der Überprüfungsmöglichkeiten für Personen in herausgehobenen Funktionen und Ämtern geschaffen werden. Zum anderen ging es darum, verbesserte Zugangsmöglichkeiten zu den Stasi-Unterlagen für die politische und historische Aufarbeitung durch Forschung und Medien zu schaffen.

Die mit dieser Novellierung einhergehenden Änderungen im Bereich der Zugangsrechte von Forschung und Medien haben sich aus Sicht der BStU in der Praxis vollumfänglich bewährt.

Durch den neu eingeführten § 32 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 StUG wurde für die externe Forschung ein Einsichtsrecht in Originalunterlagen geschaffen. Es kön-

nen nun Unterlagen mit personenbezogenen Informationen ungeschwärzt eingesehen werden, sofern dies für die Durchführung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit an Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen notwendig ist und wenn eine Nutzung anonymisierter Unterlagen zu diesem Zweck nicht möglich oder die Anonymisierung mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist. Mit dieser Regelung wurde der Aktenzugang externer Wissenschaftler dem Zugang behördeninterner Mitarbeiter angenähert und damit Beschränkungen des wissenschaftlichen Diskurses zur Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS verringert. Zur Wahrung von Persönlichkeitsrechten dürfen indes nur solche Personen Einsicht in Unterlagen mit unanonymisierten personenbezogenen Informationen nehmen, die Amtsträger oder nach dem Verpflchtungsgesetz förmlich verpflichtet worden sind. Allerdings kann in ungeschwärzte Unterlagen lediglich Einsicht gewährt werden; vor einer Herausgabe müssen die dabei von den Forscherinnen und Forschern ausgewählten Seiten entsprechend den gesetzlichen Regelungen anonymisiert werden.

Die neu eingeführte Zugangsregelung wird seit ihrem Inkrafttreten regelmäßig angewandt, wobei die Erfahrungen durchweg positiv sind. Wissenschaftlern kann nun eine zügigere Einsichtnahme ermöglicht werden. Sie können ohne großen Aufwand zum Teil sehr große Aktenbestände auf das für sie Relevante hin durchsuchen und historische Zusammenhänge wesentlich einfacher erkennen, wodurch der Fortgang der wissenschaftlichen Arbeit gefördert wird. Außerdem trägt die Regelung zur Vereinfachung der Arbeitsabläufe bei, da im Vorfeld der Akteneinsicht nicht sämtliche zum Thema aufgefundenen Unterlagen kopiert und anonymisiert werden müssen, sondern diese Tätigkeiten nur bei den für die Herausgabe ausgewählten Seiten anfallen.

Eine Erweiterung des Aktenzugangs für Forschung und Medien sowie für Zwecke der politischen Bildung erfolgte durch die Einfügung des § 32 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 StUG, der die Verwendung von Unterlagen verstorbener Personen nach Ablauf einer bestimmten zeitlichen Frist ermöglicht. Durch diese Regelung sollte verhindert werden, dass immer mehr Unterlagen der Aufarbeitung dauerhaft entzogen sind. Denn ein Zugang zu Akten Betroffener ist, soweit es sich nicht um Personen der Zeitgeschichte handelt, grundsätzlich nur mit deren Einwilligung möglich.

Die eingeführte Vorschrift trägt den Rechten der in den Unterlagen genannten Personen Rechnung, indem sie Schutzfristen vorsieht, die sich an den Regelungen des allgemeinen Archivrechts orientieren, das dafür Zeiträume zwischen zehn und 30 Jahren vorsieht. Sie erlaubt, dass personenbezogene Unterlagen zu Betroffenen und Dritten 30 Jahre nach deren Tod bzw. 110 Jahre nach der Geburt unabhängig vom Vorliegen einer Einwilligung durch Forschung, politische Bildung sowie durch Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film verwendet werden dürfen. Der Gesetzgeber geht davon aus, dass der postmortale Persönlichkeitsschutz 30 Jahre nach dem Tod des Verstorbenen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit vollständig

erloschen ist. Auch bei anderen, noch lebenden Personen, die in einem engen Verhältnis zu den in den Unterlagen genannten Personen stehen, sei eine schwerwiegende Beeinträchtigung ihrer Rechte nahezu ausgeschlossen.

Der Neuregelung kommt vor allem bei der Bearbeitung von solchen Anträgen größere Bedeutung zu, die die Frühzeit der DDR betreffen: Insbesondere die Schicksale zahlreicher Verurteilter der Sowjetischen Militärtribunale sowie von Personen, die an den Aufständen vom 17. Juni 1953 beteiligt waren, können so einer breiten Öffentlichkeit erneut ins Gedächtnis gerufen werden.

Im Zuge der siebten Novellierung wurden außerdem die Zwecke für eine Verwendung von Unterlagen dahingehend angepasst, dass diese über die politische und historische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes hinaus auch auf die Aufarbeitung der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen DDR bzw. der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone ausgedehnt wurden. Mit der neu eingeführten Formulierung wollte der Gesetzgeber der Tatsache Rechnung tragen, dass der Staatssicherheitsdienst trotz seiner besonderen Funktion und seiner zentralen Bedeutung nur eines von vielen Elementen des Herrschaftsapparates der ehemaligen DDR war. Diese Erweiterung ist inhaltlich sinnvoll, da die Stasi-Unterlagen auch Berichte und Vorgänge enthalten, die sich auf weitere Staatsorgane, wie beispielsweise Partei-, Justiz-, Polizei- und Militärorgane, Bildungs- und Wirtschaftsinstitutionen, beziehen bzw. die gesellschaftlichen Institutionen zum Gegenstand haben, denen eine wichtige Rolle für das Funktionieren des SED-Systems und die Absicherung staatlicher Herrschaft zukam.

Der umfassende Aufarbeitungszweck trägt der Bedeutung Rechnung, die den Stasi-Unterlagen nach wie vor im Rahmen der politischen und historischen Aufarbeitung der Diktatur insgesamt zukommt.

Den mit der Novellierung vorgenommenen Änderungen bei den Vorschriften zur Überprüfung von Personen auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst lag das Ziel zugrunde, hinsichtlich bestimmter, gesellschaftlich und politisch herausgehobener Personengruppen eine Überprüfbarkeit auch über das Auslaufen der ursprünglich gesetzlich vorgesehenen 15-Jahres-Frist hinaus weiter zu ermöglichen bzw. neu zu eröffnen.

Dementsprechend wurden die Überprüfungsfristen um fünf Jahre verlängert, verbunden mit einer deutlichen Eingrenzung des überprüfbaren Personenkreises. Auf Grundlage der neugefassten §§ 20/21 Absatz 1 Nummer 6d) StUG, die sich auf Beamte und Angestellte beziehen, die eine Behörde leiten oder eine vergleichbar verantwortungsvolle Aufgabe wahrnehmen, können leitende Personen im öffentlichen Dienst sowie in anderen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen überprüft werden. Diese Klausel umfasst auch die ständigen Stellvertreter von Behördenleitern sowie insbesondere Intendanten, Schulleiter oder Hochschulpräsidenten bzw. -rektoren und deren Stellvertreter.

Über die Abgeordneten sowie die Angehörigen kommunaler Vertretungskörperschaften hinaus wurde außerdem die Personengruppe der kommunalen Wahlbeamten ausdrücklich in die Klauseln der §§ 20/21 Absatz 1 Nummer 6b) StUG aufgenommen. Diese Erweiterung des Verwendungszwecks hat sich als sehr sinnvoll erwiesen.

Der neu eingeführte Verwendungszweck zur Überprüfung von hauptberuflichen wie ehrenamtlichen Richtern wird nur in eingeschränktem Umfang genutzt. In der praktischen Anwendung ist diese Vorschrift unproblematisch.

Von der Möglichkeit der Überprüfung von ausgewählten Soldaten und Offizieren ist bisher nicht Gebrauch gemacht worden.

Der neu eingeführte Verwendungszweck zur Überprüfung im Sportbereich hat sich als sinnvoll und auch praktikabel erwiesen. Auf diesem Weg sind – im Gegensatz zur Gesetzeslage bis zum 28. Dezember 2006 – wichtige Mitglieder der deutschen Mannschaften für die Olympischen Spiele überprüfbar. Der Deutsche Olympische Sportbund, der sich sehr für die Aufnahme dieses Punktes in das Gesetz eingesetzt hatte, hat diese Zugangsnorm auch genutzt.

Auch im Bereich der persönlichen Akteneinsicht haben sich mit der letzten Novellierung des StUG Zugangsrechte erweitert: Als nahe Angehörige im Sinne des § 15 StUG gelten nun hinsichtlich der leiblichen Eltern auch adoptierte Kinder sowie die leiblichen Eltern hinsichtlich adoptierter Kinder, wenn nicht auszuschließen ist, dass der Staatssicherheitsdienst auf die Adoption oder auf das Schicksal der leiblichen Eltern Einfluss genommen hat. Mit dieser Regelung wurde das Gesetz den Vorgaben der Rechtsprechung angepasst. Demgemäß können adoptierte Kinder nunmehr Anträge auch zu ihren leiblichen Eltern stellen und umgekehrt, wenn die gesetzlich genannten Voraussetzungen vorliegen.

Außerdem wurde der Kreis derjenigen Personen, die als nahe Angehörige Vermisster oder Verstorbener einen Antrag auf Aktenzugang stellen können, auf die Verwandten dritten Grades (Onkel, Tanten, Nichten, Neffen) erweitert, die antragsberechtigt sind, wenn keine näheren Verwandten mehr leben. Die tatsächliche Inanspruchnahme dieser Regelung beschränkt sich allerdings auf eine sehr begrenzte Zahl von Fällen.

Im Zuge der siebten Novellierung des StUG schuf der neu eingefügte § 39a die Institution eines Wissenschaftlichen Beratungsgremiums, das die Behörde bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS und bei der Konzeption der Forschungsarbeit berät. Dieses Gremium hat sich im Januar 2008 konstituiert und arbeitet seitdem sehr erfolgreich (siehe Kapitel 5.1).

Durch Anpassung des StUG an den technischen Fortschritt wurden insbesondere Internetveröffentlichungen von ausgewählten Dokumenten möglich. Diese Neuerung stieß auf positive Resonanz in der Praxis und wird vor allem durch die Abteilung Bildung und Forschung, die Öffentlichkeitsarbeit und die Archive der BStU genutzt.

Der Beirat der Behörde hat sich im Berichtszeitraum unter anderem ausführlich mit weiteren Möglichkeiten zur Novellierung des StUG befasst. Die Ergebnisse der Diskussion flossen in einen Brief der Bundesbeauftragten an die Berichterstatter der Fraktionen im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages ein, in dem sie Anregungen zu einer Novellierung gab.

Aus diesem Grund unterstützt die Bundesbeauftragte die Initiative aus dem Deutschen Bundestag, dem unverändert großen öffentlichen Interesse an der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch eine weitere Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gerecht zu werden. Ein wesentliches Ziel der von den Koalitionsfraktionen getragenen Gesetzesinitiative besteht darin, Überprüfungen auch über den derzeit gesetzlich festgelegten Zeitraum hinaus zu ermöglichen und den Zugang zu solchen Unterlagen zu erleichtern, bei denen eine Verletzung von Persönlichkeitsrechten nicht bzw. nicht mehr in Betracht kommt.

Vorgesehen ist danach, die Überprüfung der in §§ 20/21 Absatz 1 Nummer 6 StUG genannten Personengruppen, die u. a. Regierungsmitglieder, Abgeordnete und Behördenleiter umfassen, bis zum Jahr 2019 möglich zu machen. Außerdem wird von den Fraktionen eine Erweiterung des überprüfbaren Personenkreises um diejenigen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die eine leitende Position – auch unterhalb der Ebene des Behördenleiters und seines Stellvertreters – innehaben, befürwortet. Dies gilt auch für solche Personen, die in privaten Einrichtungen beschäftigt sind, die sich mehrheitlich in öffentlicher Hand befinden.

Weiterhin ist eine Erweiterung des Akteneinsichtsrechts für nahe Angehörige nach § 15 StUG um den Auskunftszweck der „sonstigen berechtigten Interessen“ beabsichtigt. Darunter würde beispielsweise auch die Familienforschung fallen, die nach derzeitiger Gesetzeslage ein Einsichtsrecht nicht begründet. Unabdingbar wäre es allerdings, im Falle einer solchen Erweiterung des Zugangsrechts eine Schutzklausel aufzunehmen, die einen Zugang nur soweit ermöglicht, wie keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen beeinträchtigt werden.

Der Gesetzgeber ist zudem bestrebt, Zugangserleichterungen zu solchen Unterlagen einzuführen, die unter persönlichkeitsrechtlichen Gesichtspunkten nicht schutzwürdig sind. In diesem Zusammenhang ist vorgesehen, die Zugangsmöglichkeiten nach § 26 StUG insgesamt auf solche Unterlagen auszudehnen, die nicht zu einer natürlichen Person angelegt wurden, sondern die typischerweise ganz überwiegend Sachinformationen enthalten. Über die in der derzeitigen Gesetzesfassung beispielhaft genannten Unterlagen wie Dienstanweisungen, Organisations- und Stellenpläne hinaus wäre damit für andere sachbezogene MfS-Unterlagen ein Wegfall der Zweckbindung möglich, soweit darin keine schutzwürdigen personenbezogenen Informationen enthalten sind.

Daneben werden von den Fraktionen weitere Zugangserleichterungen für die politische und historische Aufar-

beitung durch Forschung und Medien befürwortet. Es ist geplant, in das Gesetz eine Klausel aufzunehmen, wonach die Schutzfristen für den Zugang zu Unterlagen Verstorbener von derzeit 30 Jahren auf zehn Jahre verkürzt werden können. Eine solche Verkürzung soll nach Maßgabe einer Abwägungsklausel ermöglicht werden, wonach keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen sonstiger Personen entgegenstehen dürfen.

Von der Bundesbeauftragten unterstützt wird auch eine Novellierung des Kostenrechts durch Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für die Gebühren- und Auslagenerhebung. Dies ist für die Arbeit der Behörde von besonderer praktischer Bedeutung. Das besondere, im Vergleich zum allgemeinen Verwaltungskostenrecht differenziertere Kostenrecht der Stasi-Unterlagen-Kostenordnung stellt sicher, dass die Bearbeitung von Anträgen zu nutzerfreundlichen Bedingungen möglich ist und insbesondere den Opfern der SED-Diktatur grundsätzlich ein kostenfreier Aktenzugang ermöglicht werden kann.

1.4 Die Überlieferung des MfS als archivische Herausforderung

Im Winter 1989/90 gelang es engagierten DDR-Bürgerinnen und -Bürgern mit der Besetzung der Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit, die massenhaften Aktenvernichtungen durch MfS-Mitarbeiter zu stoppen. Seit das Ende der SED-Diktatur sich ankündigte, hatte der Staatssicherheitsdienst damit begonnen, die Zeugnisse seiner Tätigkeit zu beseitigen – erst systematisch, später immer hektischer. Nachdem die Verkollerungsmaschinen überlastet waren, zerrissen MfS-Mitarbeiter die Unterlagen von Hand. Reichte auch dafür die Zeit nicht mehr, wurden Unterlagen, die vor allem den damaligen aktuellen Dienstablauf dokumentieren konnten, sehr stark in Unordnung gebracht.

Die von den Besetzern gebildeten Bürgerkomitees sorgten dafür, dass die MfS-Unterlagen gesichert wurden. Schriftgut aus den Dienstzimmern wurde gebündelt und soweit möglich inventarisiert. Durch diese ersten Sicherungsaktionen blieben die Unterlagen für die spätere Nutzung erhalten. Davon ausgenommen waren Unterlagen, die mit Zustimmung des Runden Tisches vernichtet wurden – eine, wie sich später zeigte, verhängnisvolle Entscheidung. Hierbei handelte es sich vor allem um die elektronischen Datenträger des MfS mit personenbezogenen Daten und die Sicherungskopien der Zentralen Personenkartei. Nach der Genehmigung der Arbeitsgruppe Sicherheit des Runden Tisches wurden auch die Unterlagen der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) und ihrer Linienorganisationen (Abteilungen XV) fast vollständig vernichtet. Allein die Unterlagen der Abteilung XV aus der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig blieben wegen der Intervention des dortigen Bürgerkomitees erhalten.

Physisch gesehen hat es die BStU mit einer äußerst heterogenen Überlieferung zu tun: Erstens den nach Personennamen zugriffsfähigen, gebundenen Akten (archivierte Ablagen des MfS), zweitens den in ungeordnetem

Zustand gebündelten Mitarbeiterablagen mit unvollkommener Angabe zur Unterstruktur, die ohne jegliche inhaltliche Zugriffsfähigkeit vorlagen (Bündel). Zur Überlieferung gehören drittens auch die übernommenen zerrissenen Unterlagen aus allen Teilen des Gesamtbestandes, ebenfalls ohne wesentliche inhaltliche Anhaltspunkte. Hinzu kommt viertens eine große Anzahl an audio-visuellen Medien und maschinenlesbaren Daten.

Diese Hinterlassenschaft des MfS war mit üblicher archiverischer Herangehensweise nicht zu bewältigen und stellte von Beginn der Arbeit der BStU an die Archive vor besondere Herausforderungen. Die Überlieferung von vor allem personenbezogenen Unterlagen der Geheimpolizei einer Diktatur in solcher Geschlossenheit ist historisch und weltweit einmalig. Es mussten Wege gefunden werden, in die Arbeitsweise des Staatssicherheitsdienstes und ebenso in die Inhalte der überaus umfangreichen Unterlagen und die Verbindungen zwischen den Überlieferungsarten Einblick zu gewinnen. Diese Unterlagen sind das Erbe eines Systems, dessen Ziel darin bestand, mit unterschiedlichen Mitteln und Methoden über jede in sein Blickfeld geratene Person Bescheid zu wissen. Das erreichte der Staatssicherheitsdienst, indem er systematisch Menschenrechte verletzte und selbst DDR-Gesetze missachtete. Solcherart beschaffte Informationen bilden den Großteil der Unterlagen. Es ist die Aufgabe der Archive der BStU, diese Informationen archivisch zu erfassen und damit für die Nutzung zugänglich zu machen.

Dabei ist die Archivarbeit sowohl darauf ausgerichtet, dem Einzelnen Zugang zu den zu seiner Person gespeicherten Informationen zu ermöglichen – eine im Gesetz fixierte wesentliche Forderung der Bürgerbewegung 1989/90 – als auch die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes zu unterstützen. Somit muss aus archivischer Sicht einerseits der Zugang zu personenbezogenen Informationen gewährleistet sein und zugleich andererseits unter strenger Berücksichtigung des Datenschutzes die Überlieferung inhaltlich recherchierbar werden.

Entsprechende Nutzungsbegehren gab es bereits unmittelbar nach der Auflösung des MfS/AfNS – also noch vor Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) am 20. Dezember 1991. Deshalb wurden 1990 durch den damaligen Sonderbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR mit einer „Vorläufige(n) Ordnung für die Nutzung personenbezogener Unterlagen des ehemaligen MfS/AfNS“ Möglichkeiten geschaffen, Nutzern Auskünfte für bestimmte Zwecke zu erteilen.

Die Archivarbeit berücksichtigt seitdem zumeist zeitgleich aktuelle Nutzerinteressen und die archivfachlichen Erfordernisse. So richteten sich in den Anfangsjahren die Bemühungen vor allem darauf, die archivierten und registrierten Schriftgutablagen mit Personenbezug recherchierbar zu machen. Die Recherche erfolgte über die weitgehend erhalten gebliebenen zentralen Karteien des MfS F 16 (Personenkartei) und F 22 (Vorgangskartei). Mit dem anschließenden Aufbau und der Einführung der

Datenbank Elektronisches Personenregister (EPR) 1993 konnte auch zu Personen aus dezentral geführten MfS-Karteien recherchiert werden. Seit Ende 1993 werden zudem Fundstellen zu Personen in die Datenbank aufgenommen, zu denen Material im Rahmen der Erschließung und Auskunftserteilung gefunden wurde. Damit erweiterten sich die Kenntnisse über die Informationen, die zu Einzelnen vom MfS gesammelt worden waren, erheblich.

Mit diesen Etappen waren die wichtigsten Grundsteine für die Recherche nach personenbezogenen Informationen in den Unterlagen des MfS gelegt.

Neben dem personenbezogenen Zugang zu den vom MfS archivierten und registrierten Unterlagen war es dringend geboten, die Überlieferung auch thematisch recherchierbar zu machen. Insbesondere auf Anforderung der Strafverfolgungsbehörden waren vor allem Kenntnisse aus dem ungeordneten, nur gebündelten Schriftgut zu gewinnen. Dafür sichtete und protokollierte eine Projektgruppe „Grobsichtung der nicht erschlossenen Bestände“ ab Oktober 1994 in der Zentralstelle ca. 6 200 lfd. M. Bündel. Die bis 1998 erstellten Grobsichtungslisten gaben schwerpunktmäßig Sachverhalte über Tötungsdelikte, Rechtsbeugungen, nachrichtendienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland, Menschenrechtsverletzungen sowie Terrorhinweise bis hin zur Vereinigungskriminalität an. Die betreffenden Unterlagen wurden daraufhin vorrangig archivisch erschlossen. Zudem wurden auf den Grobsichtungslisten knappe Angaben über Strukturunterlagen und weitere Inhalte vermerkt. Bis heute sind unter anderem diese Listen Ausgangspunkt für die Erschließung. Nach ihnen werden strukturelle und inhaltliche Prämissen festgelegt. Auf den Grobsichtungslisten wurde auch das Vorhandensein von audio-visuellen Medien in den Bündeln vermerkt, die auf gleiche Weise in die Erschließung eingebunden werden. Somit konnten bereits vorrangig interessierende Unterlagen aus allen Teilbeständen sowohl in der Zentralstelle als auch den Außenstellen der BStU thematisch erschlossen werden und stehen seitdem im IT-gestützten Rechercheprozess zur Verfügung.

Unklar war zu Beginn der 1990er-Jahre auch, was die mehr als 15 000 elektronischen Datenträger des Staatssicherheitsdienstes enthielten, da diese entweder auf veralteten Speichermedien überliefert oder die für deren Lesbarkeit notwendigen ESER-Großrechner zerstört waren. Es wurden 1993 zunächst veraltete Datenträger auf moderne Medien überspielt, geprüft und gesichert. Die Magnetbänder und -platten wurden gesichtet und deren Inhalte, darunter auch die von Magnetbändern der HVA, zugänglich gemacht.

Ein Durchbruch gelang 1998 mit der Entschlüsselung des EDV-Projektes SIRA des MfS, wodurch drei Datenbanken der HVA-Abteilungen SWT (Sektor Wissenschaft und Technik), IX (Äußere Spionage/Gegenspionage) und VII (Auswertung und Information) rekonstruiert und für die Auswertung zur Verfügung gestellt wurden.

Ein weiterer Baustein für die Rekonstruktion der Arbeits- und Wirkungsweise dieser für die Westarbeit zuständigen

Dienst Einheit war seit Sommer 2000 die schrittweise Rückgabe der verfilmten Personen- und Vorgangskartei („Rosenholz“) durch die USA. Seit 2003 wird sie in den personenbezogenen Rechercheprozess einbezogen.

Hinsichtlich der audio-visuellen Medien wurden, wie bei den elektronischen Datenträgern auch, bereits seit 1994 Maßnahmen ergriffen, um akustische Informationen und bewegte Bilder überhaupt nutzbar zu machen und gleichsam Datenverlusten vorzubeugen. Der Aufbau der beiden Ton- und Videostudios im Berliner Archiv im selben Jahr diente der Sicherung und archivischen Aufbereitung der vom MfS überlieferten veralteten Standards und half dabei, auch diese Unterlagen benutzerorientiert zugänglich zu machen. Zu den Aufgaben beider Studios gehörte zudem die Bestandspflege und Generationsüberspielung. Seit 2003 werden audio-visuelle Medien digitalisiert, wodurch sich sowohl deren Erschließung als auch Nutzung vereinfacht. Die Ergebnisse der Digitalisierung werden in ein künftiges Archivverwaltungssystem zu integrieren sein.

Die Sicherung der Datenträger und Daten sowie deren Erschließung ermöglichen heute bereits komfortable Recherche- und Nutzungsmöglichkeiten der audio-visuellen Medien. Ein wesentlicher Schritt war die Veröffentlichung des Aktenverzeichnisses über die Filme und Videos des MfS im Jahr 2009.

Die Überlieferung der zerrissenen Unterlagen in mehr als 17 000 Säcken erfuhr in mehreren Phasen besondere Beachtung. Bereits im März 1991 wurden die mit Papierschnipseln gefüllten Säcke im Archiv der Zentralstelle gesichtet. Bis Oktober desselben Jahres wurden die Schnipsel drei Vernichtungsgraden zugeordnet und einerseits als leicht rekonstruierbares Material und andererseits als zerrissenes Schriftgut für eine spätere Rekonstruktion kategorisiert. Als drittes wurde daraufhin nicht rekonstruierbares Material vernichtet.

Die durch die Projektgruppe „Manuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“ seit Anfang 1996 wieder zusammengeführten Unterlagen und deren Erschließung boten im Ergebnis einer Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2003 nachhaltigen Aufschluss darüber, dass es aus historischer und politischer Sicht wertvoll ist, dieses Schriftgut in einem technischen Verfahren der virtuellen Rekonstruktion wieder zusammensetzen, um Überlieferungslücken zu schließen. 2007 bewilligte der Bundestag Mittel für ein Pilotprojekt, das – basierend auf Forschung und Entwicklung des Fraunhofer Instituts – die virtuelle Rekonstruktion des Inhalts von 400 Säcken zum Gegenstand hat. Damit wird archaisches Neuland betreten. Vorgesehen ist, dass ab 2011/2012 bei der BStU damit begonnen wird, die virtuell wieder zusammengesetzten Unterlagen zu erschließen. Eine den speziellen Erfordernissen angepasste Datenbank wird derzeit in der BStU entwickelt. Sie wird über Schnittstellen verfügen, um die gewonnenen Informationen in bereits existierende Datenspeicher zu integrieren und sie damit recherchierbar zu machen.

Mit seinen Recherchemöglichkeiten hat sich in den letzten Jahren das Internet auch für Forschungszwecke etabliert und mit seinen ausgebauten Informationsangeboten qualifiziert. Die Archive der BStU reihen sich seit der siebten StUG-Novellierung, die erst 2006 die Voraussetzung für die Veröffentlichung von Findmitteln im Internet bot, in den Trend anderer staatlicher und nichtstaatlicher Archive ein, Erschließungsergebnisse verstärkt auf diesem Weg zu veröffentlichen. Schnell zu aktualisierende Bestandsinformationen, Aktenverzeichnisse, wie die jüngsten über Teilbestände aus den Bezirksverwaltungen des MfS, können dem Nutzer einen ersten Zugang zu den Hinterlassenschaften des Staatssicherheitsdienstes der DDR bieten.

1.5 Bedeutung der Unterlagen des MfS für die externe Forschung, die Medien und Einrichtungen der politischen Bildungsarbeit

Neben der quantitativ nach wie vor dominierenden und auch die öffentliche Wahrnehmung der BStU maßgeblich prägenden individuellen Aufarbeitung durch die persönliche Akteneinsicht sowie der im vergangenen Jahr erneut aktuell diskutierten Überprüfung von Amts- und Mandatsträgern stellt die Bereitstellung von MfS-Unterlagen für die externe Forschung und für Medien zu Zwecken der politischen und historischen Aufarbeitung der DDR-Diktatur wie auch der NS-Zeit einen Bereich von herausgehobener Bedeutung dar.

Die BStU ist insoweit in erster Linie Dienstleister, der Antragstellerinnen und Antragsteller berät und in den zahlreichen Beständen der MfS-Überlieferungen recherchiert, diese themenbezogen zusammenführt sowie dann unter Berücksichtigung gegebenenfalls kollidierender Belange des Persönlichkeitsrechts und Datenschutzes zur Verfügung stellt. Damit werden wesentliche Voraussetzungen für die erfolgreiche Bearbeitung vieler Forschungsvorhaben geschaffen – auf Art, Umfang und Qualität der daraus resultierenden Veröffentlichungen hat die BStU aber ebenso wenig Einfluss wie auf die Bedeutung, die der jeweilige Forscher den hier aufgefundenen Unterlagen beimisst.

Die MfS-Unterlagen sind der entscheidende Quellenbestand, wenn es um die Aufarbeitung der Unterdrückung in der DDR geht, insbesondere wenn der Staatssicherheitsdienst Instrument dieser Unterdrückung war. Aber auch in Fällen, in denen die Rolle der SED, der Strafjustiz, der Volkspolizei, anderer staatlicher oder beispielsweise sowjetischer Stellen im Vordergrund stand, können die in den Archiven der BStU lagernden Unterlagen Aufschlüsse über Tatbestände, Hintergründe und Verantwortlichkeiten geben.

Viele Todesfälle an der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze mit zum Teil bis dahin unbekanntem Opfern wären beispielsweise ohne die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes nicht aufklärbar gewesen. Für die Untersuchung und Aufklärung der gegen die Staatsgrenze gerichteten „staatsfeindlichen Handlungen“ war das MfS zuständiges Untersuchungsorgan. In dessen Hinterlassen-

schaft finden sich von der NVA übermittelte Vorkommismeldungen, Tatortuntersuchungen, die Befragung der Zeugen, der Hinterbliebenen, unter Umständen Obduktionsprotokolle, Ermittlungen zum früheren Leben des Betroffenen. Hunderte Forschungs- und Medienanträge haben sich im Laufe der Jahre mit diesem Thema beschäftigt und unter anderem mit den bei der BStU aufgefundenen Fotos, Filmen und Aktenüberlieferungen sind viele bemerkenswerte Ausstellungen, Bücher, Diplom- und Doktorarbeiten, Schülerprojekte und Filme entstanden. So beispielsweise das biografische Handbuch „Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961 – 1989“ oder der MauerGuide des Berliner Senats, eine reich bebilderte, multimediale Führung auf den Spuren der Berliner Mauer, über dessen Qualität sich Berlin-Besucher, Berliner aber auch Pressestimmen aus aller Welt begeistert zeigten.

Jegliche oppositionelle Bewegung in der ehemaligen DDR war seitens der Staatsmacht nicht nur verboten, die SED ließ durch das MfS weite Teile der Gesellschaft überwachen und kontrollieren, um Opposition bereits im Stadium ihrer Entstehung zu ersticken. Daraus folgend entwickelten sich oppositionelle Aktivitäten zwangsläufig in der Illegalität. Einen „Teilschutz“ erhielten sie unter dem Dach der Kirche. Die Verdienste der oppositionellen Bewegungen sind unumstritten, ihre historische Leistung wäre aber ohne die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR nicht im Einzelnen nachvollziehbar. Aufgabe der BStU ist es, durch die Herausgabe dieser Unterlagen an Forscher und Medienvertreter die Aktivitäten der Opposition nachträglich transparent und öffentlich machen zu helfen und damit zu ihrer Aufklärung beizutragen.

Die oppositionelle Bewegung der DDR hat eine lange Geschichte, die vom Aufstand des 17. Juni 1953 über die Sympathiebekundungen zu den Entwicklungen in der CSSR 1968 und in Polen vor und nach 1980, die Proteste gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns und anderer, die Friedensbewegung der 1980er-Jahre bis hin zur Friedlichen Revolution 1989 reicht. Diese Geschichte ist in den Akten des MfS detailliert dokumentiert. Sie zeigen die Informationssammelwut, das Eingreifen in Lebensschicksale, das Zerschneiden von Lebensläufen, die Gewaltbereitschaft, aber auch die Banalität und Hilflosigkeit des MfS, das sich als „Schild und Schwert der Partei“ verstand. Sie zeigen aber vor allem, mit welchem Mut die Menschen dieser Macht entgegentraten. Die mittlerweile umfangreich auf der Basis der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes erschienene Literatur zu diesem Thema beweist einerseits das Interesse der Öffentlichkeit daran, andererseits aber auch die Notwendigkeit der Geschichtsaufarbeitung. Die unter anderem auf der Grundlage der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in der Literatur beschriebene Rolle von Ibrahim Böhme (Christine Baumann: Manfred „Ibrahim“ Böhme: Ein rekonstruierter Lebenslauf. Berlin, 2009) ist ein drastisches Beispiel dafür. So haben uns die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR exemplarisch in diesem Fall davor bewahrt, dass ein Mensch, der anderen Men-

schen Schaden zugefügt hat, politische Verantwortung übernehmen durfte.

Die BStU bearbeitet Anträge in einer großen Bandbreite: von Hochschulen und Universitäten, Institutionen wie der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., von Museen, Professoren, Doktoranden, privaten Forschern bis hin zu Schülern. Nicht zu vergessen die Anträge kirchlicher Einrichtungen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR und zunehmend auch aus den alten Bundesländern.

Auch für die Aufarbeitung der Rolle der Kirche in Ost und West sind die Akten des Staatssicherheitsdienstes unverzichtbar. Zum Beispiel sind bei Partnerschaftstreffen von Kirchgemeinden auf beiden Seiten ganz unterschiedliche Erlebniszusammenhänge in Erinnerung geblieben. Die Möglichkeiten staatlicher Einflussnahme und geheimdienstlicher Überwachung der Partnerschaftskontakte werden zwar angesprochen, jedoch führen situationsbedingt ähnliche Rücksichtnahmen, wie sie bei damaligen Treffen gepflegt wurden, auch 20 Jahre nach Auflösung der DDR und dem Ende des Staatssicherheitsdienstes zu eher indirekten Erwähnungen. Durch die Benennung von Mitarbeitern des MfS, wie zum Beispiel des ehemaligen Kirchenjuristen Detlef Hammer, der es in der Kirchenprovinz Sachsen bis zum Konsistorialpräsidenten und als MfS-Mitarbeiter bis zum Major gebracht hatte, wird anschaulich, dass prinzipiell alle Vorgänge und Absprachen zwischen Ost- und Westkirchen den staatlichen Organen bekannt geworden sind. Diese Offenlegung leistet einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte bzw. Erinnerungskultur dieser Partnerschaften, sowohl auf nationaler Ebene über landeskirchlich gebundene Vereinigungen bis hin zu Gemeindekontakten oder Treffen von Studentengemeinden. Für die Bestimmung von Quantität und Qualität der Kontakte, ihrer Rahmenbedingungen und der möglichen Einflussnahme von DDR-Organen und Staatssicherheitsdienst ist es essenziell, die überlieferten Unterlagen des MfS zu nutzen.

Nicht vergessen werden darf die Rolle der Kirche bei der Unterstützung der oppositionellen Bewegung der DDR, vom Bereitstellen kirchlicher Räume und Rechtsberatungen durch kirchliche Anwälte bis hin zu finanzieller und materieller Hilfe durch die westdeutschen Kirchen und die Veröffentlichung von Material in bundesdeutschen Medien. Auch hier wird nur durch die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes die Unterwanderung der Kirchen durch das MfS deutlich.

Auch für den Bereich des Leistungssports gibt es nach wie vor ein seit Jahren ungebrochenes Interesse, war doch der internationale Sport laut SED „ein wichtiges Feld der Klassenauseinandersetzung“ sowohl im Weltmaßstab als auch zwischen den beiden deutschen Staaten. Heute wissen wir, dass hier nicht nur mit methodischen Trainingsprogrammen gearbeitet wurde, sondern auch unerlaubte Hilfsmittel genutzt wurden. Dementsprechend ist neben der Bespitzelung auch das Doping im Sport ein immer wiederkehrendes und die breite Öffentlichkeit interessierendes Antragsthema.

Die Behörde unterstützt hier sowohl Einzelantragsteller, Behörden als auch Forscher und Medien. Im Lauf der Jahre wurden über 1 000 Anträge zum Thema Sport allein von externen Forschern und Medien gestellt, davon ca. 60 im Berichtszeitraum. Die Erkenntnisse aus den Stasi-Unterlagen waren auch eine wichtige Grundlage für die Tätigkeit der Unabhängigen Dopingkommission. Im Jahr 2002 beschloss der Bundestag das Dopingopfer-Hilfegesetz. Aus dem Studium der Akten entstanden zahlreiche Veröffentlichungen, wie „Doping in der DDR“ von Giselher Spitzer, „Sicherungsvorgang Sport – Das Ministerium für Staatssicherheit und der DDR-Spitzensport“ innerhalb der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, ebenfalls von Giselher Spitzer, oder „Staatsplan Sieg – Die Instrumentalisierung des DDR-Wintersports am Beispiel Oberhof“ von Thomas Purschke, um nur wenige Beispiele anzuführen.

Aus Anlass des 20. Jahrestages der Friedlichen Revolution widmete sich das Zeithistorische Forum Leipzig im Berichtszeitraum ebenfalls dem komplexen Thema „Sport und Politik“ und brachte es in einer anschaulichen Ausstellung seinen Besuchern näher. Neben solchen komplexen Fragestellungen werden letztlich auch immer wieder die Olympischen Spiele verschiedener Jahre oder einzelne deutsch-deutsche Sportbegegnungen von inländischen wie ausländischen Antragstellern erforscht. So entstehen mit Hilfe der Stasi-Unterlagen sowohl eine Doktorarbeit über die Olympischen Sommerspiele 1972 wie auch eine wissenschaftliche Abhandlung über die Olympischen Spiele von 1952 bis 1989.

Während das Wirken des Staatssicherheitsdienstes in der DDR gut dokumentiert ist, sieht es bei der Westarbeit gegen die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin deutlich anders aus. Die entsprechenden Unterlagen, vor allem jene der für Spionage zuständigen Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), sind nahezu vollständig vernichtet worden.

Zu den wichtigen Überlieferungen zählen zwei Karteien der HVA, die sogenannte „Rosenholz“-Datei sowie das elektronische „Posteingangsbuch“ der HVA, die SIRA-Datenbank, in der von Agenten beschaffte Informationen verzeichnet sind. Diese Unterlagen erlauben immerhin das Erkennen von Personen und inhaltlichen Konturen der Westarbeit der HVA. Vor allem auf diese Überlieferungen heben Berichte in den Medien und in wissenschaftlichen Veröffentlichungen ab, was zuverlässig anzeigt, wie aktuell die Thematik bis heute ist. Überraschungen sind jederzeit möglich: Das gilt auch für Personen des öffentlichen Lebens und der Zeitgeschichte. Gleichwohl waren die Erwartungen der Öffentlichkeit, der Medien und Forscher an „Rosenholz“ überzogen. Die von manchen prognostizierte Enthüllungswelle über bundesdeutsche Agenten ist ausgeblieben – nicht nur wegen der lückenhaften Überlieferung, sondern auch, weil die Erwartungen auf teilweise wilde Spekulationen gegründet waren. An entsprechenden Hinweisen der BStU hatte es nicht gemangelt. Vielmehr informierte sie bereits sehr früh darüber, dass es sich bei der überwiegenden Anzahl

der in „Rosenholz“ verzeichneten Personen um DDR-Bürger handelt.

Trotz dieser Einschränkung tragen die von der BStU für die Erforschung der Westarbeit bereitgestellten Unterlagen zur Erhellung der faszinierendsten Kapitel der deutsch-deutschen Geschichte bei. Das bedeutet mitunter für die Behörde personal- und zeitintensive Recherchen wie etwa bei den Untersuchungen zum Einfluss des Staatssicherheitsdienstes auf die ARD oder das ZDF. Beide Rundfunkanstalten haben mit großen Forschungsprojekten untersuchen lassen, inwieweit das MfS versucht hat, auf die öffentliche bzw. veröffentlichte Meinung einzuwirken. Auch andere Bereiche der Medien wie beispielsweise der Axel Springer Verlag haben entsprechende Forschungsvorhaben in Auftrag gegeben. Weniger bekannt, gleichwohl nicht von minderer Bedeutung, sind Regionalstudien, in denen die Rolle des MfS etwa in Tübingen, Soest oder Münster recherchiert wurde.

Noch größere Aufmerksamkeit erlangten die Medien- und Forschungsvorhaben, die den Einfluss des Staatssicherheitsdienstes auf den Deutschen Bundestag zum Gegenstand haben, wobei die 6. und 10./11. Legislaturperiode bislang den größten Stellenwert einnehmen. Gegenwärtig fließen diese Rechercheergebnisse in ein vom Deutschen Bundestag 2010 angefordertes Gutachten ein, das alle Legislaturperioden von 1949 bis 1989 umfasst. Mit diesem Auftrag wird nochmals unterstrichen, dass die konspirative Arbeit des DDR-Staatssicherheitsdienstes ein gesamtdeutsches Phänomen war.

Das anhaltende gesellschaftliche und wissenschaftliche Interesse an den Unterlagen des MfS führte in der Vergangenheit zu zahlreichen leidenschaftlichen Debatten in allen Bereichen der Gesellschaft. Dabei nahmen auch die Themen Kunst und Kultur breiten Raum ein. Oftmals sind Erforschung und Aufarbeitung hier von besonderem Interesse, weil die vorhandenen Unterlagen auch Informationen über bekannte Personen des öffentlichen Lebens enthalten. Im Spannungsfeld zwischen dem Recht der Öffentlichkeit auf Aufklärung und dem Anspruch des Einzelnen auf Schutz seines Persönlichkeitsrechts muss die BStU ihrem gesetzlichen Auftrag fortwährend gerecht werden.

Nicht selten haben Anträge zu einzelnen Personen des öffentlichen Lebens den Anstoß für eine ernsthafte Aufarbeitung der DDR-Geschichte gegeben: Nach der Landtagswahl in Brandenburg im September 2009 ist die dortige Landespolitik von Stasi-Fällen in der Linksfraktion erschüttert worden. Etliche MfS-Verstrickungen einzelner Abgeordneter der Linksfraktion sind durch Medienvertreter offengelegt worden. Erst durch deren Anträge bei der BStU und die sich anschließenden Herausgaben von entsprechenden Unterlagen an die Medien ist die längst überfällige Debatte im Land Brandenburg geführt worden. Im Ergebnis der Veröffentlichungen und der darauf folgenden bundesweiten Diskussionen wurden wichtige Entscheidungen für das Land Brandenburg und letztlich auch für die Aufarbeitung getroffen: Anfang Ja-

nuar 2010 hat der Brandenburger Landtag einstimmig die Überprüfung der Abgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem DDR-Staatssicherheitsdienst beschlossen; im März 2010 einigten sich alle Parteien des Landtags auf die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur.

Auch im Bereich des öffentlichen Dienstes sind zwar vielfach Überprüfungen von Mitarbeitern auf eine frühere Tätigkeit für das MfS durchgeführt worden, dennoch gibt es immer wieder Fälle, in denen ein bestimmtes Ereignis Auslöser für eine weitergehende Aufarbeitung ist. So gab beispielsweise der Aktenfund zu Karl-Heinz Kurras (siehe Kapitel 5.2.2) den Anstoß dafür, dass vom Polizeipräsidenten des Landes Berlin ein großes Forschungsvorhaben vergeben wurde, um eine mögliche Einflussnahme des MfS auf die Westberliner Polizei insbesondere in den Zeiten des Kalten Krieges umfassend zu untersuchen.

Seit Bestehen der BStU gehört die Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS im Zusammenhang mit dem nationalen und internationalen Terrorismus zu einem der Schwerpunktthemen in der Antragstellung durch Forscher und Medienvertreter. Durch die Öffnung der Archive des MfS ergaben sich neue Hintergrundinformationen und Zusammenhänge zu Terroraktionen sowohl in Deutschland als auch im Ausland. Die im Rahmen der Antragstellung zur Verfügung gestellten Unterlagen führten zu zahlreichen Veröffentlichungen in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Genannt seien hier beispielhaft die Dokumentation „Die Landshut-Entführung – Arabischer Terrorismus und RAF“ der MPR Film- und Fernsehproduktion GmbH, der Fernsehfilm „Mogadischu“ und zwei gleichnamige Dokumentationen bei ZDF und ARTE.

Wie aus den überlieferten und zum Teil wieder rekonstruierten Akten hervorgeht, organisierte die für die Terrorabwehr zuständige Hauptabteilung XXII des MfS 1980 bzw. 1982 die Eingliederung von insgesamt zehn RAF-Terroristen in die DDR. Mit einer neuen Identität und einem unauffälligen Lebenslauf ausgestattet, lebten sie in verschiedenen Bezirken der DDR, u. a. in Cottbus, Leipzig, Neubrandenburg und Frankfurt (Oder), und waren zum Teil als inoffizielle Mitarbeiter des MfS tätig. Bereits kurz nach Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes wurden im Januar 1992 die ersten Forschungs- und Medienanträge zu dieser Thematik gestellt. Die überlieferten Unterlagen der Hauptabteilung XXII geben einen tieferen Einblick in das Alltagsleben dieser Personen in der DDR und ihre Anpassungsprobleme.

Die Aufarbeitung zu den RAF-Aussteigern zog eine Antragswelle zur Geschichte der RAF nach sich, die in drei Generationen unterteilt war und verantwortlich für zahlreiche Morde, Banküberfälle und Sprengstoffattentate. Auch nach 20 Jahren ist dieses Thema für in- und ausländische Medien und Forscher von großem Interesse, was sich anhand der eingehenden Anträge widerspiegelt.

Als mit der Öffnung der Archive des Staatssicherheitsdienstes sichtbar wurde, dass ein nicht unbedeutender

Teil der Bestände Materialien aus der Zeit vor 1945 enthielt, war nicht absehbar, welche Bedeutung dies sowohl für die Erforschung des Nationalsozialismus als auch für die der Geschichte des Umgangs beider deutscher Staaten mit ihrer Vergangenheit haben würde.

Unterlagen aus der Zeit des Nationalsozialismus, welche auf dem Gebiet der DDR aufgefunden wurden, sind durch das MfS übernommen, archiviert, systematisch erfasst und ausgewertet worden. Das MfS instrumentalisierte sie in erheblichem Ausmaß für die Herrschaftssicherung der SED, nutzte und verfälschte zum Teil die dort enthaltenen Informationen über die NS-Vergangenheit von Politikern der Bundesrepublik zur Durchführung von SED-Kampagnen mit dem Ziel, sich als der wahre konsequent antifaschistische Staat darzustellen. Verschwiegen wurde jedoch, dass auch in der DDR in vielen Fällen auf eine Strafverfolgung von NS-Verbrechen verzichtet wurde, wenn es zweckmäßig erschien, das gesammelte Material zu operativen Zwecken zu nutzen, um Personen auf Grundlage belastender Erkenntnisse zur Zusammenarbeit mit dem MfS zu veranlassen. Eine objektive, vorbehaltlose Nutzung für die zeitgeschichtliche Forschung über den Nationalsozialismus war weder gewollt noch zugelassen. Viele Unterlagen sind als Quelle einmalig, da sie keine Entsprechung im Bundesarchiv oder Berlin Document Center haben.

Es war nicht zu erwarten, dass diese seit 1990 für die NS-Forschung zugänglichen Unterlagen zu grundsätzlich neuen Erkenntnissen führen würden. Jedoch konnten viele Detailkenntnisse über Konzentrationslager, Euthanasieverbrechen, Kunstraub, Wehrmacht usw. gewonnen werden. Beispielsweise sei hier die Geschichte eines in aller Welt bekannten und für die Verbrechen im Warschauer Ghetto als synonym geltenden Fotos erwähnt: Ein Kind mit erhobenen Händen wird von einem SS-Mann mit dem Maschinengewehr bedroht. MfS-Unterlagen ermöglichten es, diesen Mann als Josef Blösche zu identifizieren.

In jüngster Zeit werden die Unterlagen vermehrt genutzt, um auch die NS-Vergangenheit einzelner Institutionen in der Bundesrepublik zu untersuchen. Da das NS-Archiv des MfS eine umfangreiche Materialsammlung zur personellen Besetzung des Justiz- und Behördenapparates im Dritten Reich, der NSDAP sowie der Wehrmacht enthält, kann für diese Zwecke unschätzbares Quellenmaterial zur Verfügung gestellt werden.

Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass am Wert der MfS-Akten für die historische Forschung heute kein ernst zu nehmender Zweifel mehr bestehen kann. Das MfS war integraler Bestandteil der Diktatur und ohne die Auswertung seiner Akten ist eine umfassende Aussage darüber, wie die Herrschaft der SED wirklich funktionierte, nicht möglich. Insbesondere die Sachakten, also solche Unterlagen, die nicht zu einer bestimmten Person angelegt worden waren und die einen gewichtigen Teil der Hinterlassenschaft ausmachen, sind für die historische Forschung von großem Wert, denn hier finden sich vor allem die zahlreichen Berichte über die Stimmung in der Bevölkerung. Gegenüber Berichten von Parteidienststellen zeich-

nen sich diese Berichte des Staatssicherheitsdienstes durch einen hohen Quellenwert aus. Sie informieren über Themen, die ansonsten in der DDR tabu waren: Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die „kritische, oft ablehnende Haltung großer Teile der DDR-Bevölkerung gegenüber der Politik der SED, die Wirkungen fehlender demokratischer Legitimation, insbesondere die Tendenz zu politischer Verweigerung, zu Opposition und Widerstand“ (Udo Wengst in: Dagmar Unverhau (Hg.): Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung, Münster, 2003).

In manchen Fällen wäre ohne diese Unterlagen eine historische Aufarbeitung bisher oder überhaupt unmöglich gewesen, entweder weil andere Erkenntnisquellen nur bedingt zugänglich sind oder gar nicht existieren.

1.6 Aktuelle Schwerpunkte der Forschungsarbeit

Die Forscher der BStU haben im Berichtszeitraum erhebliche Fortschritte auf dem Gebiet der historischen Grundlagenforschung gemacht, einem ihrer gesetzlichen Hauptaufgabenfelder, das als Dienstleistung in Wissenschaft und Öffentlichkeit gleichermaßen Anerkennung findet.

Im Vordergrund stand hierbei der Start eines neuen und wichtigen Projekts, mit dem die BStU im Oktober 2009 an die Öffentlichkeit trat. Hier erschien der erste Band der auf 37 Bände angelegten Edition „Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED Führung“. Mit der Veröffentlichung der geheimen Berichte, die die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des Ministeriums für Staatssicherheit zur Information der Partei- und Staatsführung der DDR vom Juniaufstand 1953 bis zum Dezember 1989 verfasst hat, wird der Forschung und interessierten Laien eine zeitgeschichtliche Quelle von hohem historischen Wert zur Verfügung gestellt. Die Berichte an die Parteiführung zeigen den besonderen Blick des MfS auf und in die DDR: Hinweise auf „oppositionelles“ Verhalten sind dort ebenso zu finden wie die Beschreibung von Problemen in Wirtschaft und Versorgung und Statistiken zum Devisenumtausch, zu Ausreise- und Fluchtfällen. Scheinbar Triviales steht hier neben den größeren und kleineren Schwierigkeiten, die sich bei der Etablierung und Aufrechterhaltung der SED-Herrschaft und dem Aufbau des „real existierenden Sozialismus“ ergaben. Unternommen wird eine Tiefenbohrung in die DDR-Gesellschaft, geprägt von der geheimdienstlichen Sicht, die vor allem darauf bedacht war, Kritik, „politisch-ideologische Diversion“ und „Untergrundtätigkeit“ aufzudecken, zu bekämpfen und möglichst im Keim zu ersticken.

Wie erste positive Besprechungen bereits hervorheben, wird die Editions-Reihe zu einem Standardwerk zur Geschichte der DDR, zum Verhältnis von MfS und SED sowie zur Informationstätigkeit des MfS werden. Für die Edition wurde eine zweigleisige Form der Veröffentlichung gewählt: Buchform plus CD. Im Buch wird eine Auswahl der aufschlussreichsten Dokumente publiziert. Eine ausführliche Einleitung führt die Benutzerinnen und Benutzer in die Spezifika des Berichtswesens des jeweili-

gen Jahres der Publikation ein, ordnet die Berichte in den allgemeinen zeithistorischen Kontext ein und beschreibt empirisch sowie analytisch die Themenschwerpunkte der Berichterstattung in dem entsprechenden Jahr. Auf der CD-ROM werden alle Dokumente sowie die Beitzexte des jeweiligen Jahrgangs versammelt. Die Dokumente sind in Form einer Datenbank hinterlegt, die komfortable Recherchemöglichkeiten bietet. Mit dieser kombinierten Publikationsform beschreitet das Projekt für eine Edition neue Wege. Nach einer Frist von etwa einem Jahr werden die Daten des jeweiligen Jahrgangs in die im Internet zugängliche Datenbank eingespeist, sodass der online zur Verfügung stehende Korpus kontinuierlich erweitert wird.

Die Bände 1976 und 1988 sind erschienen, es folgen die Jahrgangsbände 1961, 1960 und 1953.

Mit der Vorlage weiterer vier Bände des „MfS-Handbuch(s). Anatomie der Staatssicherheit“ stehen nun 24 der geplanten 28 Handbucheile zur Verfügung. Im Mittelpunkt der zuletzt erschienenen Bücher stand wiederum die Beschreibung von Aufgaben, Methoden und Einbindung einzelner Arbeitsbereiche des MfS. Beleuchtet werden die Hauptabteilung III und damit Funkaufklärung und -abwehr sowie die Hauptabteilung VII, die an der Schnittstelle von MfS und Ministerium des Innern einen wichtigen Bereich kontrollierte, dem beispielsweise auch die Volkspolizei zugeordnet war. Die ZAIG kann als wichtigste Schaltstelle innerhalb des MfS angesehen werden. Die Edition ihrer Lageberichte machte es nun dringend, auch den Handbuchband zu ihrer Struktur und Arbeitsweise komplementär vorzulegen. Mit dem Band über „Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR“ wurde schließlich ein Handbucheil vorgelegt, der von der Mikroperspektive abhebt und einen Überblick über die Entwicklung des Staatssicherheitsdienstes gibt, hier in der Endphase der DDR. Sie war nicht erst mit der Erosion der Macht 1989/90 durch massive Änderungen gekennzeichnet. Auch vorher galt es, sich im Zuge des KSZE-Prozesses flexibel auf neue Herausforderungen einzustellen.

Überblickscharakter besitzt auch das „MfS-Lexikon“, das komprimiert das Wissen über den Staatssicherheitsdienst, seine Einheiten, Methoden, aber auch seine Einbindung in den gesellschaftlichen, politischen und staatlichen Kontext sowie die Biografien der wichtigsten führenden Mitarbeiter des MfS darbietet. Entstanden ist ein Nachschlagewerk, das mit seinen vielfältigen Informationsangeboten und dem weiten Spektrum von thematischen Einträgen die Interessen unterschiedlicher Nutzergruppen zufriedenstellt. Es wendet sich genauso an die interessierte Öffentlichkeit, die sich Basisinformationen zum MfS erschließen will, wie an den Historiker und Studenten, der sich rasch über einen bestimmten Sachverhalt oder ein Detail aus der Arbeit des MfS informieren will. Nicht zuletzt wurde bei der Auswahl der Stichworte an den Aktennutzer in der BStU gedacht – gleichgültig, ob er sein Recht auf persönliche Akteneinsicht wahrnimmt oder ob eine Wissenschaftlerin oder ein Journalist Sachverhalte recherchiert. Immer wieder begegnen ihnen allen bei der Nutzung in den Unterlagen spezifische Begriffe

oder weitere Dienstseinheiten, die unbekannt und erklärungsbedürftig sind. Alle diese Gruppen von Interessierten sollen mit Hilfe der knappen Artikel schnell und zuverlässig informiert werden. Das „MfS-Lexikon“ wird im Frühjahr 2011 erscheinen.

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2010 beauftragte der Präsident des Deutschen Bundestages die Bundesbeauftragte, nach § 37 Absatz 3 StUG ein Gutachten zu erstellen, das die Einflussnahme des MfS auf die Mitglieder des Deutschen Bundestages in den Jahren 1949 bis 1989 dokumentieren soll. Zuvor hatte der Ältestenrat des Deutschen Bundestages am 7. Oktober 2010 einem entsprechenden Vorhaben zugestimmt. Der Bundestagspräsident griff damit einen Vorschlag der Bundesbeauftragten auf, dem ein entsprechendes Votum des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums bei der BStU vom 13. September 2010 zugrunde lag. An der Erarbeitung des Gutachtens werden sich Mitarbeiter aus mehreren BStU-Abteilungen beteiligen. Das Gutachten wird besonderen Wert auf die Interpretation der zumeist nur fragmentarisch überlieferten Akten legen.

2 Die Behörde der BStU

2.1 Organisationsstruktur

Die Organisationsstruktur der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) hat sich seit der letzten Berichterstattung nicht verändert: Neben der in drei Liegenschaften in Berlin-Mitte und Berlin-Lichtenberg untergebrachten Zentralstelle unterhält sie Außenstellen in den neuen Bundesländern (siehe Anhänge 1 und 2). Damit kann die BStU ihre Aufgaben im Wesentlichen in denselben Strukturen wahrnehmen wie seit Beginn der 1990er-Jahre.

Zunehmend problematisch stellt sich jedoch die Personalbestandsentwicklung dar (siehe Anhang 3). Deshalb waren die letzten beiden Jahre mit intensiven Überlegungen, Berechnungen und Diskussionen zur möglichen Änderung der Regionalstruktur der Behörde verbunden (siehe auch Kapitel 1.2).

2.2 Beirat

Bei der Bundesbeauftragten ist ein Beirat eingerichtet, der sie gemäß § 39 StUG in grundsätzlichen und wichtigen Angelegenheiten berät. Ihm gehören acht Mitglieder an, die vom Deutschen Bundestag gewählt werden, sowie neun Mitglieder, die von den Landtagen der neuen Bundesländer gewählt werden (siehe Anhang 4). Die Zusammensetzung des Gremiums trägt dem besonderen Interesse an Aufarbeitung in den neuen Bundesländern Rechnung.

Im Berichtszeitraum fanden sechs Beiratssitzungen und eine Sondersitzung statt.

Der Beirat beriet die Behörde ausführlich bezüglich einer Veränderung ihrer Regionalstruktur und diskutierte die Vorschläge der BStU zur Novellierung des StUG. Die Ergebnisse zum letzteren Punkt flossen in einen Brief der

Bundesbeauftragten an die Berichterstatter der Fraktionen im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages ein. Inhalt des Briefes waren Anregungen zur Novellierung des StUG.

Die Behörde präsentierte dem Beirat umfassend die Forschungsvorhaben und die politisch-historische Bildungsarbeit der BStU, zu denen das Gremium Ratschläge gab. Ein weiterer Schwerpunkt der Beiratssitzungen war die Unterrichtung über archivfachliche Themen; im Mittelpunkt standen die Erschließung der MfS-Unterlagen, die Grundlagen der Bewertung und Kassation von Unterlagen (siehe auch Kapitel 3.1) sowie die Ergebnisse der Grobsichtung der Geheimen Ablage des MfS (siehe auch Kapitel 3.2.1). Laufend wurde der Beirat über das Projekt „Virtuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“, über Probleme bezüglich der Sanierung des Hauses 1 in der Normannenstraße und dessen zukünftige Nutzung entsprechend dem Gedenkstättenkonzept des Bundes, über die Öffentlichkeitsarbeit der Behörde zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution sowie über die Gründung und Entwicklung des „Europäischen Netzwerks der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ informiert.

In einer Sondersitzung im März 2010 hat sich der Beirat, auch auf Bitten des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, intensiv mit der öffentlichen Debatte über politische Aktivitäten des Direktors der BStU, Hans Altendorf, in dessen Studentenzeiten in den 1970er-Jahren befasst. Der Beirat stellte fest, dass es für „eine Stasiverstrickung bzw. kommunistische Aktivitäten ... und sich daraus ergebende Befangenheiten in der Tätigkeit von Herrn Altendorf als Direktor der BStU keine Anhaltspunkte“ gebe (Erklärung des Beirats vom 23. März 2010; Pressemitteilung 24/2010 der BStU).

Auf Grundlage des bei der siebten Novellierung des Gesetzes Ende 2006 veränderten § 39 Absatz 5 StUG wandte sich der Beirat im November 2010 wegen der Personalsituation bei der BStU mit einem Brief an den Deutschen Bundestag. Aufgrund der vielen mit einem kw-Vermerk versehenen Stellen (kw: künftig wegfallend) können bei Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Behörde zahlreiche Stellen nicht nachbesetzt werden. Das betrifft insbesondere die Abteilung, die für die Herausgabe der Unterlagen an Privatpersonen, an öffentliche und nicht öffentliche Stellen sowie an Antragsteller aus dem Forschungs- und Medienbereich zuständig ist. Der Beirat bat angesichts der weiterhin hohen Nachfrage nach den Dienstleistungen der BStU um die Einrichtung zusätzlicher Stellen, mindestens aber um Korrektur der kw-Vermerke. Dieser Bitte wurde nicht entsprochen. Zu den Konsequenzen dieser Entscheidung siehe Kapitel 2.3.1 und 4.1.1.

2.3 Personal

2.3.1 Personalbestand und Personalentwicklung

Der Trend, dass sich der Personalbestand der BStU von Berichtszeitraum zu Berichtszeitraum verringert, hat sich fortgesetzt.

Dem höchsten Personalbestand der BStU mit 3 076 Beschäftigten im Jahr 1995 stehen heute 1 825 Beschäftigte gegenüber. Damit ist der Personalbestand in 15 Jahren auf 59,3 Prozent gesunken.

Von den derzeit 1 825 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind 1 100 in der Zentralstelle und 725 in den Außenstellen tätig.

Im Berichtszeitraum verringerte sich der Personalbestand der Behörde um 84 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Altersdurchschnitt der Beschäftigten ist unverändert hoch. 42 Prozent der Beschäftigten sind über 55 Jahre und 20 Prozent über 60 Jahre alt.

Bereits in den letzten Berichterstattungen wurde auf die Problematik der Stellen mit kw-Vermerk hingewiesen.

Derzeit gibt es im Stellenhaushalt der BStU noch 413 Planstellen und Stellen mit einem solchen Vermerk, der bestimmt, dass diese künftig wegfallen werden und somit eine Nachbesetzung nach dem Ausscheiden des bisherigen Stelleninhabers nicht erfolgen darf.

Derzeit ist davon auszugehen, dass die kw-Vermerke unter Berücksichtigung der planmäßigen Personalabgänge im gehobenen Dienst nicht vor 2015 und im mittleren Dienst nicht vor 2020 abgebaut sein werden. Der Personalabbau wird sich also fortsetzen, wenn im Haushaltsplan keine Änderungen der bisherigen kw-Vermerke erfolgen. Auf die Initiative des Beirats der BStU gemäß § 39 Absatz 5 StUG gegenüber dem Deutschen Bundestag wird verwiesen (siehe Kapitel 2.2). Zum Haushaltsplan 2011 sind diese Bemühungen ohne Erfolg geblieben.

Der hohe Altersdurchschnitt spiegelt sich auch in der beträchtlichen Anzahl von Verträgen zur Altersteilzeit wider. Insgesamt wurden bei der BStU bisher 678 Verträge zur Altersteilzeit abgeschlossen. Gegenwärtig sind es noch 257 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den nächsten Jahren nach Beendigung ihres Altersteilzeitvertrages im Block- oder Teilzeitmodell ausscheiden werden.

Die BStU legt großen Wert auf die Gleichstellung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dies zeigt sich insbesondere in Teilzeitmodellen, die den persönlichen Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter individuell angepasst sind. Von den 184 Beschäftigten, die Teilzeit in Anspruch nehmen, sind 163 weiblich.

Im Jahr 2010 wurde damit begonnen, die bei Inanspruchnahme von Teilzeit anfallenden sogenannten Stellenreste zu bündeln, um dem Personalabbau entgegenzuwirken. Dadurch konnten 15 Bürosachbearbeiter- und fünf Sachbearbeiterfunktionen neu besetzt werden.

Ein wichtiges Anliegen ist der BStU ebenfalls, einen hohen Anteil an weiblichen Führungskräften zu haben. So sind fast die Hälfte aller Referatsleiterfunktionen und 70 Prozent der Sachgebietsleiterstellen mit Frauen besetzt.

Der Anteil schwerbehinderter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt derzeit 11,3 Prozent. Die Beschäftigungsquote von schwerbehinderten Menschen liegt bereits seit Mai 2006 dauerhaft über 10 Prozent und damit deutlich über der vorgegebenen Quote.

2.3.2 Fort- und Weiterbildung

Der zielgerichteten mittel- und langfristigen Personalentwicklung kommt angesichts der demografischen Entwicklung bei der BStU und der sich gravierend verringernden personellen Ressourcen nach wie vor sehr große Bedeutung zu.

Im Mittelpunkt der fach- und funktionsbezogenen Fortbildung standen im Berichtszeitraum Seminare u. a. zu einer neuen Beurteilungsrichtlinie, zum Dienstrechtsneuerordnungsgesetz, zum StUG, für Ausbilderinnen und Ausbilder und Veranstaltungen zu den Themen Kommunikation, Umgang mit Konflikten und Stressbewältigung. Im Vordergrund stand hierbei eine Stärkung der sozialen Kompetenzen. An 48 angebotenen hausinternen Veranstaltungen haben insgesamt 603 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilgenommen.

Speziell für die Beschäftigten des Auskunftsbereichs wurde eine neue Form der Fortbildung angeboten. Seit Dezember 2009 finden sich regelmäßig Kolleginnen und Kollegen zusammen, um durch Supervision Unterstützung in ihrer täglichen Arbeit mit den Antragstellerinnen und Antragstellern zu erfahren.

Es geht dabei insbesondere darum, Themen, die die Gruppe in Bezug auf ihre Arbeit bewegen, miteinander zu besprechen, sich bereichsübergreifend auszutauschen, emotionale Schwierigkeiten zu erörtern und im Konfliktfall gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Supervision kann in diesen Fällen entlasten, unterstützen, verbinden, klären, trennen oder gar neue Blickwinkel eröffnen. Damit dient sie primär dem Erhalt der Arbeitskraft. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erarbeiten sich neue Möglichkeiten im Umgang mit der eigenen Tätigkeit. Dabei sollen Arbeitsinhalte und Ziele neu definiert und positiv umgesetzt und genutzt werden können.

Insgesamt nutzen ca. 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Auskunftsbereich der Zentralstelle und der Außenstellen die Supervision als Unterstützung für ihre tägliche Arbeit.

Für die Beschäftigten des Haussicherungsdienstes wurde eine spezielle Seminarreihe konzipiert, die insbesondere darauf zielte, die kommunikativen Fähigkeiten dieser Kolleginnen und Kollegen auszubauen und ihnen fachliches Grundwissen zum StUG zu vermitteln. An den insgesamt elf dreitägigen Veranstaltungen „Professionell kommunizieren und erfolgreich agieren“ sowie „Einführung in das StUG“ nahmen 143 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Haussicherungsdienstes teil.

Darüber hinaus nutzten viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Fortbildungsangebote der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung sowie anderer externer Anbieter zu Fach- und Führungsthemen.

Der Bereich Personalentwicklung hat im Berichtszeitraum weiterhin die Führungskräfte des höheren, gehobenen und mittleren Dienstes unterstützt. Der Schwerpunkt lag dabei im Jahr 2009 im Einzelcoaching, an dem 23 Führungskräfte teilnahmen. Es fanden insgesamt über 60 Coachingsitzungen statt, die durch externe Anbieter moderiert wurden. Damit wurde dem Wunsch vieler Führungskräfte, in ihrer Leitungsaufgabe individuell unterstützt zu werden, Rechnung getragen.

Außerdem nahmen vier Teams die Möglichkeit wahr, sich durch ein Teamcoaching begleiten zu lassen und gemeinsam daran zu arbeiten, fachliche Arbeitsabläufe und/oder die Gestaltung ihrer Zusammenarbeit zu verbessern.

Im August 2009 begann das Führungskräftefeedback, das in allen Phasen von einem externen Beratungsunternehmen begleitet wurde. Rund 1 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten zunächst die Möglichkeit, das Führungsverhalten ihrer unmittelbaren Vorgesetzten (177 Führungskräfte des höheren und gehobenen Dienstes) per Fragebogen online einzuschätzen. Rund 60 Prozent von ihnen nutzten diese Chance.

Die Ergebnisse wurden durch den externen Berater in Einzelgesprächen mit allen Führungskräften ausgewertet. Insgesamt waren dafür acht Coaches im Einsatz. Im sich anschließenden Teamfeedback besprachen 173 Führungskräfte und ihr jeweiliges Team unter Moderation der externen Coaches die Ergebnisse, arbeiteten Potenziale zur Verbesserung der Führungskultur und Zusammenarbeit heraus und betonten auch, wo bereits Erfolge zu verzeichnen sind. Dieser Prozess war im Januar 2010 abgeschlossen.

In 30 Fällen wurden als Ergebnis des Teamfeedbacks zwischen Coach und Führungskraft bzw. Team Vereinbarungen getroffen, dass die Führungskraft und/oder das Team in ihrer Rolle und/oder Zusammenarbeit weiterführend unterstützt werden sollten. Diese sogenannten Handlungsbedarfe wurden vom Sachgebiet Personalentwicklung aufgegriffen. Die betreffenden Führungskräfte oder Teams werden fortlaufend beraten und durch verschiedene Personalentwicklungsmaßnahmen betreut. Neun Führungskräfte werden als Folge der Rückmeldungen aus dem Feedback Unterstützung in Form von Einzelcoaching nutzen, zwei Bereiche werden ein Teamcoaching in Anspruch nehmen, weitere Führungskräfte an verschiedenen Führungsseminaren teilnehmen.

Es besteht grundsätzlich Einvernehmen zwischen der Dienststelle und der Personalvertretung, das Führungskräftefeedback fortzusetzen.

2.3.3 Ausbildung

Die Zahl der Auszubildenden bei der BStU ist seit 2005 auf kontinuierlich hohem Niveau. Im September 2009 waren in der Berliner Zentralstelle und den Außenstellen 104 junge Menschen in der Ausbildung.

Im September 2010 begannen insgesamt 28 junge Frauen und Männer ihre Ausbildung: 20 Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste (sechs in der Zentralstelle,

14 in den Außenstellen) und acht Fachangestellte für Bürokommunikation (in der Zentralstelle). Insgesamt erlernen damit derzeit 95 Auszubildende einen Beruf bei der BStU.

Die ca. 185 Kolleginnen und Kollegen, die als Ausbilderinnen und Ausbilder am Arbeitsplatz fungieren, wurden auch in diesem Berichtszeitraum durch Fortbildungen unterstützt (Grundseminar „Auszubildende am Arbeitsplatz“ und Aufbau-seminar „Umgang mit und Beurteilung von Auszubildenden“). Hinzu kamen Workshops, die den fachlichen Austausch beförderten und Klärung in vielen fachlichen Fragen brachten.

2010 beendeten bei der BStU erstmals 20 Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste ihre Ausbildung, ebenso zehn Fachangestellte für Bürokommunikation und zwei Fachinformatiker. Neben sechs unbefristeten Stellen konnten weitere 15 Stellen für die Dauer eines Jahres für die ausgelernten Azubis als Anschlussbeschäftigung zur Verfügung gestellt werden.

2.3.4 Betriebliche Gesundheitsförderung

Die betriebliche Gesundheitsförderung ist inzwischen ein fester Bestandteil des Arbeitsalltags der BStU. Die besonderen Belastungen und Herausforderungen, denen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich stellen, machen dies immer mehr erforderlich. Die Mitglieder des im Jahr 2004 gebildeten Arbeitskreises Gesundheit, die Beauftragte für Betriebliche Gesundheitsförderung, der Ausschuss für Arbeitssicherheit, die Betriebsärztin und die Sozialarbeiterin tragen dazu bei, dass betriebliche Gesundheitsförderung umgesetzt wird. Dennoch kann die BStU bei allen Bemühungen nicht allen Anforderungen und Wünschen gerecht werden.

Der Krankenstand ist im Berichtszeitraum im Vergleich zu den Vorjahren weiterhin leicht gestiegen. So erhöhte er sich um 0,47 Arbeitstage pro Mitarbeiter von 23,14 im Jahr 2008 auf 23,61 im Jahr 2009.

Neben anderen Einflussfaktoren erfordern der hohe Altersdurchschnitt und die hochsensible Arbeitsmaterie eine besondere Fürsorge durch die personalbetreuenden Bereiche. Der Personalabbau der Behörde schreitet voran und damit die Problematik, mit immer weniger Beschäftigten die gleichbleibend hohe Arbeitsmenge bewältigen zu müssen. Dies lässt den Druck auf alle Beschäftigten steigen und erfordert in besonderem Maße, großen Wert auf gute Arbeitsbedingungen zu legen.

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) nach § 84 SGB IX greift dann, wenn es darum geht, nach längerer Erkrankung eines Beschäftigten herauszufinden, ob seine Ausfallzeiten auf Faktoren basieren, auf die die BStU Einfluss hat und, sollte dies der Fall sein, diese nach Möglichkeit zu beheben. Das Verfahren des BEM wurde im Berichtszeitraum ausgewertet und evaluiert. Überwiegend handelt es sich bei den ergriffenen Maßnahmen um ergotherapeutische (etwa Stehpulte) oder arbeitsorganisatorische (z. B. Umorganisieren von Aufgaben, Arbeitszeitveränderung), seltener um einen Arbeitsplatzwechsel. Das Verfahren des BEM wurde der gesetzlichen

Forderung angepasst, jeder Mitarbeiterin bzw. jedem Mitarbeiter ab einer Fehldauer von sechs Wochen ein Eingliederungsmanagement anzubieten. Es fand Erweiterung durch die Einführung eines Mitarbeiterschreibens, das noch während der Erkrankungsphase an die private Anschrift des Beschäftigten gesandt wird. Ziel dieses Schreibens ist, durch eine Kontaktaufnahme mit dem Beschäftigten bereits vor der Rückkehr notwendige Unterstützungsmaßnahmen einleiten zu können.

Im Berichtszeitraum sind die bewährten Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung fortgesetzt worden. Wie in den Jahren zuvor sind zentral organisierte Grippe-schutzimpfungen, Blutspenden, Physiotherapieangebote, Augen- und andere Untersuchungen durch die Betriebsärztn angeboten und von den Beschäftigten genutzt worden.

Ferner wurden präventive Kurse der Krankenkassen – Yoga und Pilates – außerhalb der Arbeitszeit in der Zentralstelle angeboten und angenommen, Gesundheitstage in der Zentral- und einer Außenstelle, ein Fitness-Tag mit einer Krankenkasse und anderes mehr durchgeführt. Der 2010 im Archiv der Zentralstelle veranstaltete Gesundheitstag unter dem Motto „Atem holen“ wurde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit großem Interesse angenommen. Die Veranstalter – Krankenkassen und Kleinunternehmen – äußerten sich zufrieden sowohl über die Organisation als auch das Interesse der Belegschaft.

Im Archiv der Zentralstelle ist ein, sich möglicherweise auf die gesamte Behörde ausweitendes, Projekt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Karteipaternostern in Zusammenarbeit mit Ergotherapeutinnen als Pilotprojekt realisiert worden.

Die Kolleginnen und Kollegen können sich jederzeit im Intranet und an Aufstellern mit Broschüren, Flyern usw. zu unterschiedlichsten Themen mit Gesundheitsbezug informieren.

2.4 Haushalt

Im Haushaltsjahr 2009 lagen die Gesamtausgaben der BStU bei 99 800 000 Euro. Sie setzen sich zusammen aus 80 497 000 Euro Personalausgaben (80,7 Prozent der Gesamtausgaben), 17 184 000 Euro sächlichen Verwaltungsausgaben (17,2 Prozent) sowie 2 119 000 Euro Ausgaben für Investitionen (2,1 Prozent).

Im Haushaltsjahr 2010 betragen die Gesamtausgaben 100 448 000 Euro, dabei lagen die Personalausgaben bei 80 745 000 Euro (80,4 Prozent), die sächlichen Verwaltungsausgaben bei 16 421 000 Euro (16,3 Prozent) und die Ausgaben für Investitionen bei 3 282 000 Euro (3,3 Prozent).

Der Haushaltsplan 2011 sieht ein Volumen von 95 888 000 Euro vor, darunter 78 704 000 Euro Personalausgaben, 16 744 000 Euro sächliche Verwaltungsausgaben und 440 000 Euro Ausgaben für Investitionen.

Aufgrund der Sparmaßnahmen der Bundesregierung und des Parlaments wird der Etat der BStU im Jahr 2011 um fast 5 Prozent geringer sein als im Jahr 2010.

Zwar wurden der BStU für 2011 zusätzliche Forschungsmittel, insbesondere für das Projekt „Virtuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“, bereitgestellt, jedoch wurden im weitaus höheren Maße die Ausgaben im IT-Bereich und im Bereich der sonstigen sächlichen Verwaltungsausgaben abgesenkt. Zudem werden Tarif- bzw. Besoldungserhöhungen (einschließlich der Erhöhung der Leistungsprämien für Beschäftigte) sowohl im Haushalt 2011 als auch in der Finanzplanung künftig nicht mehr berücksichtigt.

Da 80 Prozent des Etats für Personalausgaben vorgesehen sind, trifft dies die BStU im besonderen Maße. Das wird auch zur Folge haben, dass wichtige Projekte der Behörde zwar nicht aufgegeben werden, aber zeitlich gestreckt werden müssen (z. B. die Einführung des elektronischen Archivs).

2.5 IT-Ausstattung und -Entwicklung

Die Beschäftigten der BStU sind zu 90 Prozent mit einem persönlichen Arbeitsplatzcomputer ausgestattet. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter der Behörde verfügt über ein eigenes Login. Beschäftigte, die nicht über einen Arbeitsplatzcomputer verfügen (z. B. Haushandwerker, Fahrdienst, Kartei- und Magazinmitarbeiter), haben über zentrale Computer u. a. Zugriff auf das Intranet und ihr persönliches Postfach.

Im Ergebnis des in den Jahren 2007 und 2008 durchgeführten Projekts „IT-Analyse“ kamen auf die Informationstechnik bei der BStU neue Herausforderungen hinsichtlich ihrer Infrastruktur und der Softwaretechnologie zu. Die IT-Infrastruktur wurde auf modernere Systeme und Netzwerke umgestellt. Softwareseitig werden zurzeit die veralteten Serverbetriebssysteme durch offenere und unabhängige Lösungen ersetzt. Daneben erfolgen eine Ablösung des bisher verwendeten Datenbanksystems sowie eine Portierung der alten Datenbank-Bearbeitungsprogramme auf neue browserbasierte Programme. Gerade hier liegt eine sehr große Herausforderung, da durch die historisch gewachsene, sehr heterogene IT-Landschaft nahezu alle hausinternen Fachverfahren (ca. 35) betroffen sind.

Mit diesen Maßnahmen der IT-Infrastruktur-Konsolidierung, die im Wesentlichen in einem gesonderten und sehr aufwändigen Großprojekt erfolgt, werden die Voraussetzungen geschaffen, um den zukünftigen Herausforderungen an die IT-Landschaft der Behörde gewachsen zu sein. Hierzu zählen insbesondere die langfristige Sicherstellung der Speicherung und Verfügbarkeit der Daten der BStU und die Absicherung sowie Vorbereitung der für die Behörde wichtigen Großprojekte wie das vom Bundestag initiierte Pilotverfahren „Virtuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“ und das „elektronische Archiv (eArchiv)“. Mit dem Projekt „Virtuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“ sollen die Ende 1989 von Stasi-Mitarbeitern per Hand zerrissenen Unterlagen schneller rekonstruiert werden, als dies mit dem rein manuellen Verfahren möglich ist (siehe Kapitel 3.6.2). Beim „elektronischen Archiv“ soll auf der Grundlage der Archivverwaltungssoftware BASYS 2 des Bundesarchivs

eine Nachnutzung und gemeinsame Weiterentwicklung erfolgen. Eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung zwischen den beiden Häusern wurde im November 2010 unterzeichnet. Die Maßnahmen sind zudem darauf ausgerichtet, den Beschluss des IT-Rates, des zentralen Gremiums für die Steuerung aller IT-Fragen auf Bundesebene, umzusetzen, den Energieverbrauch um 40 Prozent zu senken.

Die vorgenannten IT-Großprojekte werden wegen ihrer Bedeutung und ihres Umfangs in dem Ende 2007 als Stabsstelle bei der Behördenleitung neu geschaffenen Projektleitungsbüro mit personeller Unterstützung aus dem gesamten Haus durchgeführt und durch den Lenkungsausschuss als oberstes Entscheidungsgremium in Projektangelegenheiten gesteuert.

2.6 Liegenschaften

Vor dem Hintergrund der Schließung der Außenstelle Potsdam Ende 2008 mussten im Berichtszeitraum Lösungen gefunden werden, die Präsenz der BStU in der Landeshauptstadt Brandenburgs weiterhin zu gewährleisten. Übergangsweise bot die Behörde zunächst im Abstand von zwei Wochen im Alten Rathaus am Alten Markt in Potsdam eine Bürgersprechstunde an. Parallel dazu wurden in der „Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ Räume baulich hergerichtet, die die Stadt Potsdam der BStU im Rahmen eines Kooperationsvertrages kostenfrei zur Verfügung stellt. Seit Juli 2010 finden dort Ausstellungen und Veranstaltungen der BStU statt, bereits seit Mai 2010 können sich Bürgerinnen und Bürger dort zu festen Zeiten beraten lassen.

Für die Liegenschaft in der Mauerstraße in Berlin-Mitte, in der viele Jahre das Informations- und Dokumentationszentrum der Zentralstelle mit seiner Dauerausstellung untergebracht war, ließ die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Vermieterin im Berichtszeitraum von der zuständigen Bauverwaltung ein detailliertes Brandschutzgutachten erstellen. Im Ergebnis musste festgestellt werden, dass ein Weiterbetrieb des Zentrums nur durch eine aufwändige und überaus teure Sanierung des Gebäudes zur Sicherstellung des Brandschutzes möglich gewesen wäre. Zum 30. April 2010 musste der Ausstellungsbetrieb eingestellt und das Dokumentationszentrum geschlossen werden.

Nach der Gedenkstättenkonzeption des Bundes soll die Berliner Dauerausstellung der BStU langfristig in ein Dokumentations- und Bildungszentrum „Repression in der SED-Diktatur“ einfließen, das in den nächsten Jahren im ehemaligen Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit in der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg entstehen wird.

Für die Unterbringung des Informations- und Dokumentationszentrums in der Zwischenzeit konnten nach einem entsprechenden Erkundungsverfahren Räume in der Zimmerstraße 90/91 angemietet werden. Das Gebäude liegt ebenfalls in Berlin-Mitte, in unmittelbarer Nähe zum ehemaligen Grenzübergang Friedrichstraße „Checkpoint

Charlie“. Der Mietvertrag läuft über die Dauer von zwei Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung um ein Jahr. Anfang Juli 2010 nahm das Informations- und Dokumentationszentrum in den neuen Räumen seinen Bildungs- und Seminarbetrieb wieder auf. Im Januar 2011 wird eine neue Dauerausstellung eröffnet werden, die über Aufbau und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes informiert und Einblick in die Lebenswege von Betroffenen gewährt.

Im Zuge der durch die Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Bundesbauten und mit dafür bereitgestellten Haushaltsmitteln wurde 2009 die Wärmedämmung der Fassade in der Außenstelle Halle realisiert.

Durch die 2010 darüber hinaus bewilligten Mittel des Konjunkturprogramms war es möglich, auch für das Archivgebäude der Zentralstelle in Berlin-Lichtenberg eine seit längerem geplante entsprechende Sanierung vorzunehmen. Die umfangreichen Arbeiten begannen im Herbst 2010.

Als weitere Maßnahme des Konjunkturprogramms konnte der Lesesaal in der Außenstelle Leipzig zu einem großzügigen multifunktionalen Raum umgebaut und für die Durchführung von Veranstaltungen mit zeitgemäßer Technik ausgestattet werden.

In der Außenstelle Dresden wurden mit Konjunkturmitteln im Archivbereich Jalousien installiert, sodass das Archivgut dauerhaft vor schädlichem Lichteinfall geschützt wird.

2.7 Datenschutz und Informationssicherheit

In Zeiten des Internets, allgegenwärtiger Informationstechnik und zunehmend komplexer werdender Datenverarbeitungsprozesse ist für die BStU die Gewährleistung der im StUG und im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) geforderten rechtlichen Sicherheit im Zusammenhang mit der Verwendung von Daten eine Selbstverständlichkeit. Die in der Anlage zu § 9 BDSG sowie in § 40 StUG – soweit es sich um MfS-Unterlagen handelt – geforderten Maßnahmen werden ständig überprüft.

Das bedeutet im Einzelnen, dass Unbefugten der Zutritt zu Räumen mit Datenverarbeitungsanlagen verwehrt ist, um das Risiko einer unberechtigten Kenntnisnahme oder Manipulation personenbezogener Daten zu minimieren. Diese Sicherheit wird u. a. durch moderne Alarmanlagen oder Schließsysteme sowie durch das Wachpersonal gewährleistet.

Um jeden unberechtigten Zugang zu den Datenverarbeitungssystemen und jedes Einwirken auf den Verarbeitungsprozess zu verhindern, sind bei der BStU umfangreiche Sicherungssysteme installiert. So sind für jedes Datenbanksystem Zugriffsrechte geregelt, deren Einhaltung regelmäßig kontrolliert wird.

Ebenfalls von großer Bedeutung ist die verantwortungsvolle Auswahl von externen Software- und Beratungsunternehmen, die für die BStU nach den datenschutzrechtlichen Vorgaben der Behörde tätig werden.

Ein zeitgemäßer Datenschutz muss mit der technischen Entwicklung Schritt halten und den Herausforderungen auch auf dieser Ebene begegnen. Ein entsprechendes Informationssicherheits- und Datensicherheitsniveau erarbeitet sich die BStU durch die Etablierung eines Informationssicherheitsprozesses. Sie folgt damit dem von der Bundesregierung zu diesem Thema beschlossenen Umsetzungsplan. Ziel ist die Erlangung eines Zertifikats nach IT-Grundschutz, das vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) beschrieben worden ist. Das umfasst sowohl die Prüfung des bereits vorhandenen Managementprozesses als auch die Umsetzung von neuen Sicherheitsmaßnahmen. Dadurch werden Risiken für die verarbeiteten Daten und Informationen frühzeitig erkannt und beherrschbar.

Die Zertifizierung unterstützt die Behörde darin, die sich aus ihrem gesetzlichen Auftrag und aus § 1 Absatz 1 BDSG (den Einzelnen davor zu schützen, dass er durch den Umgang mit seinen personenbezogenen Daten in seinem Recht beeinträchtigt wird, selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner Daten zu bestimmen) ergebende Notwendigkeit des Datenschutzes noch besser zu gewährleisten.

Daneben bedarf es der ständigen Aktualisierung eines angemessenen Datenschutzbewusstseins bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zugleich auch Betroffene sind. Durch regelmäßige Dienstberatungen, Datenschutzseminare und umfangreiche Sensibilisierungsmaßnahmen zu den Belangen der Informationssicherheit ist der hohe Standard bei der Entwicklung neuer Arbeitsabläufe auch im Berichtszeitraum nicht nur weiter abgesichert, sondern noch verfeinert worden. So sind z. B. letzte Novellierungen des BDSG insbesondere in der Auftragsdatenverarbeitung nach § 11 BDSG, die die verantwortlichen Stellen mit bußgeldbewährten Pflichten versehen, bei der BStU bereits Jahre zuvor schon in regelmäßiger Absprache mit der behördlichen Datenschutzbeauftragten umgesetzt worden. Das bedeutet u. a., dass die BStU genaue datenschutzrechtliche Vorgaben für die jeweiligen Auftragnehmer erteilt, diese ständig kontrolliert und die Kontrollen dokumentiert.

Das Gleiche gilt für die Einführung neuer Fachanwendungen und IT-Lösungen im Zusammenhang mit dem Mitarbeiterdatenschutz bis hin zur Umsetzung der Sicherheitsanforderungen der BStU, die sich aus den Sicherheitszielen der Behörde ableiten. Die BStU nutzt zur Etablierung und Umsetzung des Informationssicherheitsprozesses die Angebote des BSI, zieht externen Sachverständigen zu Rate und setzt konsequent die im BSI-Gesetz festgeschriebenen Forderungen um.

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) besuchte im Berichtszeitraum die Außenstellen Halle und Gera sowie die Zentralstelle der BStU. Die Schwerpunkte dieser Besuche waren die Kontrolle und Beratung zur Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften bei der Bearbeitung von Anträgen von Forschern und Medien auf Auskunft und Einsicht in MfS-Unterlagen gemäß §§ 32 bis 34 StUG sowie die Sicherung der Liegenschaften nach § 40 StUG. Die Umsetzung

des gesetzlichen Auftrages durch die BStU war für den BfDI so interessant, dass drei seiner Beschäftigten im November 2009 mit Gästen der polnischen Datenschutzbehörde einen Informationsbesuch im zentralen Archiv der Behörde durchführten. Durch den BfDI wurde der BStU wieder ein sehr hohes datenschutzrechtliches Verständnis und Bewusstsein im Umgang sowohl mit den Unterlagen des ehemaligen MfS als auch mit den allgemeinen Verwaltungsunterlagen, die personenbezogene Daten enthalten, bescheinigt. Es wurde wiederholt nicht nur die vorausschauende Umsicht, sondern auch das über Jahre manifestierte Bedürfnis der BStU nach Prävention im Umgang und dem Schutz dieser Daten gelobt.

2.8 Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Mit dem Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes vom 1. Januar 2006 (IFG) fand ein Paradigmenwechsel vom vormaligen Prinzip der beschränkten Aktenöffentlichkeit zum voraussetzungslosen Zugangsanspruch zu amtlichen Informationen statt. Bei der BStU gingen zwischen April und Dezember 2009 zwei Anträge nach dem IFG ein, im Jahr 2010 waren es elf Anträge. Überwiegend beriefen sich Medienvertreter auf das IFG, um von der BStU – über die Akteneinsichtsrechte nach dem StUG hinaus – Informationen über Personen der Zeitgeschichte und Informationen über die Arbeitsweise der BStU zu erhalten.

In diesen Fällen treten vielfältige Abgrenzungsprobleme zwischen dem IFG und dem StUG auf. Unstreitig und selbstverständlich sind folgende Grundsätze: MfS-Unterlagen im Sinne des § 6 StUG werden nur nach dem StUG eingesehen, allgemeine Verwaltungsvorgänge der BStU unterliegen der Einsichtnahme nach dem IFG. Sobald aber berechtigterweise personenbezogene Daten und Informationen aus den Stasi-Unterlagen in Verwaltungsvorgänge der BStU übernommen werden (z. B. Aufstellungen, Tabellen, Vermerke, in denen Informationen aus den MfS-Unterlagen verarbeitet, kommentiert und erörtert werden), entstehen Informationen, deren rechtlich sachgerechte Einordnung schwierig ist. Für diese Informationen hat das Verwaltungsgericht Berlin (Aktenzeichen VG 2 A 8.07) den Begriff „Meta-Daten“ gebildet (Informationen aus MfS-Unterlagen, die in Verwaltungsakten aufgenommen wurden). Demnach erfolgt die Einsichtnahme in Verwaltungsvorgänge zunächst nach dem IFG. Der Zugang zu den sogenannten Meta-Daten hingegen erfolgt in analoger Anwendung der Schutznormen des StUG.

3 Archivbestände

3.1 Grundsätzliche Arbeitsschwerpunkte

Die in den Archiven der BStU aufbewahrte Überlieferung, die die zentrale und regionale Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes dokumentiert, ist die Grundlage der Arbeit der Behörde. Unter Anwendung der Regelungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) werden die Unterlagen nach archivischen Grundsätzen bewertet, erschlos-

sen, verwahrt und verwaltet (§ 37 Absatz 1 Nummern 1 und 2 StUG). Im StUG hat der Gesetzgeber festgelegt, dass die Unterlagen für darin beschriebene Zwecke zu verwenden sind und dafür zugänglich gemacht werden. Unabhängig davon sind die Unterlagen gemäß ihrem historischen Wert dauernd aufzubewahren. Sie gehören in den Kontext der archivalischen Überlieferung aus 40 Jahren DDR-Geschichte und werden auch künftigen Generationen unentbehrliche Quellen für wissenschaftliche Forschungen sein.

Von den rund 111 Kilometern Schriftgut – archivierte Ablagen und Unterlagen der Dienstseinheiten (siehe Kapitel 3.2) – wurden inzwischen thematisch erschlossen: 84 Prozent (50 786 lfd. M.) Unterlagen der Dienstseinheiten und 4 Prozent (2 087 lfd. M.) archivierte Ablagen. Neben dem Schriftgut sind ca. 1,6 Millionen audiovisuelle Medien (z. B. Fotos, Filme, Tondokumente) und maschinenlesbare Daten aus wichtigen Datenprojekten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) überliefert, deren Erschließungsstand nun bei 53 Prozent liegt (siehe Kapitel 3.2.3). Zudem sind dem Umfang mehr als 15 000 Behältnisse mit zerrissenen Unterlagen hinzuzurechnen.

Aus den oben genannten Eckpunkten ergeben sich sowohl permanente als auch aktuelle Schwerpunkte für die Archivarbeit. Die mit hoher Priorität versehene kontinuierliche Kernarbeit ist die Erschließung des Schriftgutes und der audio-visuellen Medien aller Teilbestände – also der Unterlagen der Dienstseinheiten.

Im Berichtszeitraum konnte in der Zentralstelle die Erschließungsarbeit an einigen Teilbeständen beendet werden. Dazu gehören der Teilbestand Hauptabteilung (HA) VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel) sowie diverse Unterstrukturen aus Teilbeständen der HA XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen), HA XX (Staatssicherheitsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund), HA Personenschutz, HA IX (Untersuchungsorgan) u. a. Daneben sind thematische Schwerpunkte, die oftmals an konkrete Nutzerinteressen gebunden sind, gesetzt worden.

Die in Bündeln und losen Blattsammlungen überlieferten Unterlagen der Bezirksverwaltungen des MfS Rostock und Karl-Marx-Stadt wurden im Berichtszeitraum vollständig erschlossen und der Nutzung zugänglich gemacht. Die nun frei gewordenen personellen Ressourcen werden für den Fortgang der Erschließung von Unterlagen anderer MfS-Bezirksverwaltungen eingesetzt. Inzwischen arbeiten vier Außenstellen der BStU für fünf andere in Kooperationen (siehe Kapitel 3.2.2).

Die Erschließungsprioritäten beruhen auf konzeptionellen Überlegungen. Regelmäßig finden intensive Diskussionen über Prioritäten und Erschließungstiefen im Fachbereich und abteilungsübergreifende Abstimmungen statt. Die Erschließungskonzeptionen folgen archivischen sowie politischen und gesellschaftlichen Kriterien, wonach neben der Prioritätsbestimmung auch Verzeichnungstiefe und -intensität den fachlichen Erfordernissen für die jeweilige Überlieferung gerecht werden. Gleiches gilt für die Erschließung der audio-visuellen Medien und maschi-

nenlesbaren Daten (siehe Kapitel 3.2.3), die parallel zur Schriftguterschließung läuft.

Die BStU ist gemäß § 37 Absatz 1 Nummer 2 StUG zur Bewertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes nach archivischen Grundsätzen verpflichtet. Grundsätzlich hält die BStU die Überlieferung als Gesamtbestand für aufbewahrungswürdig. Gleichwohl gibt es auch hierin Unterlagen, die weder für die aktuelle Aufgabenerfüllung der BStU noch für heutige und zukünftige Forschungen von Bedeutung sind. In einem seit April 2001 geltenden Bewertungskatalog ist festgelegt, für welche Unterlagenarten eine Bewertung und ersatzlose Kassation durch die erschließenden Archivare der BStU grundsätzlich möglich ist. Das bedeutet aber nicht, dass die im Bewertungskatalog aufgeführten Unterlagen stets kassiert werden. Der Katalog bietet bei der archivarischen Einzelfallprüfung eine Hilfe für die inhaltliche Bewertung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Der Bewertungskatalog regelt auch die Kassation von Mehrfachüberlieferungen, so sie nicht Bestandteil eines Vorgangs sind, die in Inhalt, Form und Bearbeitungsstadium identisch sind oder keinen vorgangsbildenden Zusammenhang aufweisen und ohne Bearbeitungsspuren des MfS überliefert sind. Kassiert werden zudem Leerformulare, wenn bereits 30 Musterexemplare aufbewahrt sind. Die Kassationen unterliegen einem einheitlichen Nachweis- und mehrstufigen Zustimmungsverfahren. Im Berichtszeitraum wurden 819 lfd. M. Schriftgut und ca. 31 200 audiovisuelle Medien kassiert.

In § 39 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 StUG ist festgehalten, dass der Beirat die BStU bei der Festlegung der archivischen Grundsätze für die Bewertung der Unterlagen berät. Dementsprechend hatte der Beirat den Bewertungskatalog beraten, bevor er 2001 in Kraft trat (er war ferner zuvor dem Bundesarchiv zur Kenntnis gegeben worden, das mit Inhalt, Zweck und Inkraftsetzung einverstanden war). Im Berichtszeitraum hat sich der Beirat im Oktober 2010 ausführlich mit einzelnen Positionen des Bewertungskataloges befasst und die Praxis der BStU bestätigt.

Nach erfolgter Bewertung sowie abgeschlossener Ordnung und Verzeichnung sind die Unterlagen der Teilbestände und Unterstrukturen sowohl sach- als auch personenbezogen IT-gestützt recherchierbar und können für die Nutzung zur Verfügung gestellt werden.

Recherchearbeit und Aktenbereitstellung in den Kartei- und Magazinbereichen der Archive der BStU sind an den Bedarf der Nutzer gebunden. Im Berichtszeitraum gab es 1,3 Millionen Aktenbewegungen; 845 700 Personen- und 12 800 Sachrecherchen wurden durchgeführt.

Die BStU legt besondere Aufmerksamkeit darauf, neue Findmittel möglichst rasch der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Im Berichtszeitraum wurden die Aktenverzeichnisse weiterer 27 Teilbestände im Internet präsentiert, insgesamt 50 Aktenverzeichnisse und Findbücher. Eine große und positive Resonanz bei den Nutzern erfuhr das im Juni 2009 veröffentlichte „Verzeichnis der Filme und Videos des Ministeriums für Staatssicherheit“ (siehe Kapitel 3.2.3.1 und 3.3.3).

Mehr noch als in vergangenen Berichtszeiträumen verschiebt sich die Arbeitsorganisation auf Projekte. Diese sind thematisch breit gefächert, zeitlich eng bemessen und werden vorrangig mit eigenem Personal bewältigt. Sie sind teils als sogenannte Großprojekte abteilungsübergreifend organisiert, teils in der Federführung der Abteilung Archivbestände. Die aktuellen Projekte im Archivbereich lassen sich unter drei Schwerpunkten zusammenfassen:

Ein erster Schwerpunkt umfasst IT-Projekte: Im Rahmen des Projekts „elektronisches Archiv“ (eArchiv, siehe Neunter Tätigkeitsbericht, S. 22) wurde die Entscheidung getroffen, die künftige Erschließung und Verwaltung des Schriftguts und der dazugehörigen audio-visuellen Medien mit dem IT-System BASYS 2 des Bundesarchivs in einer den speziellen Bedürfnissen der BStU angepassten Version zu realisieren. Dieser Beschluss stützt sich auf eine Analyse von BASYS 2 im Vergleich mit grundlegenden archivischen Prozessen in der BStU, die die Einführung von BASYS 2 in den Archiven der Bundesbeauftragten als fachlich und wirtschaftlich sinnvoll bewertet (siehe Kapitel 3.3.2). Von dieser Entscheidung versprechen sich Bundesarchiv und BStU Synergieeffekte, eine intensiviertere Zusammenarbeit und eine Harmonisierung der IT-Landschaft zwischen beiden Institutionen.

Ein weiteres fachspezifisches IT-Projekt ist die Entwicklung einer Audio-Datenbank. Diese kurzfristige Lösung wurde notwendig, da Teile des analogen Tonmaterials in einem sehr schlechten Erhaltungszustand sind und daher schnell digitalisiert werden müssen (siehe Kapitel 3.3.2 und 3.4.4).

Ein weiterer Schwerpunkt betrifft das Pilotverfahren zur „Virtuellen Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“, das für die gesamte Behörde von herausragender Bedeutung ist und in der Öffentlichkeit ein großes Interesse erfährt. Das Pilotverfahren schließt an Erfahrungen und Ergebnisse der Projektgruppe „Manuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“ an, die seit 15 Jahren besteht. Beide Projektgruppen widmen sich einer Aufgabe, die nach Art und Dimension weltweit einmalig ist: der Wiederherstellung von zerrissenen MfS-Unterlagen (siehe Kapitel 3.6).

Ein dritter Schwerpunkt sind archivistische Forschungsprojekte. Auf archivwissenschaftlichem Gebiet setzte die Arbeitsgruppe für die Untersuchung der Geschichte der Abteilung XII des MfS (Zentrale Auskunft/Speicher) ihre Arbeit fort. Eine andere Arbeitsgruppe der Archivabteilung beschäftigt sich parallel mit dem Institut des Nationalen Gedenkens in Polen (IPN) mit einem Projekt, das aus aktenkundlicher Sicht die spezifische Archivterminologie in der Schriftgutverwaltung und Informationsverarbeitung des früheren polnischen Geheimdienstes bzw. des Staatssicherheitsdienstes untersucht und darstellt. Die Ergebnisse werden nach Abschluss der Arbeiten publiziert (siehe Kapitel 3.7).

Bei allen inhaltlichen und konzeptionellen Aufgaben, die die Überlieferung des Staatssicherheitsdienstes mit sich bringt, kommt der Verwaltung des Archivguts eine be-

sondere Rolle zu. Die Spezifik der verschiedenen Archivgutarten verlangt auch unterschiedliche Formen der Magazineinrichtungen und entsprechende Lagerungsbedingungen. Die Magazinbereiche tragen u. a. Verantwortung für die Ordnung und Sicherheit des Archivguts und der Archive der BStU sowie für die Konservierung und Restaurierung von Unterlagen.

Das Bestandserhaltungskonzept wurde im Berichtszeitraum überarbeitet. Bestandserhaltung zielt darauf ab, bevorstehenden Zerfallsprozessen, die durch den natürlichen Alterungsprozess und eine intensive Nutzung der Unterlagen hervorgerufen werden, rechtzeitig mit geeigneten Maßnahmen zu begegnen (siehe Kapitel 3.4). Gleichzeitig wurden Empfehlungen herausgegeben und Workshops durchgeführt, die den Nutzern den sorgfältigen Umgang mit den Archivunterlagen nahelegen, um den einmaligen Bestand dieser geheimdienstlichen Überlieferung zu erhalten.

Der Archivbereich steht in regem fachlichem Austausch mit nationalen und internationalen Einrichtungen und Partnerinstitutionen. Im nationalen Rahmen zeigten Besucher der vierten Nutzerkonferenz der BStU im Juli 2009 in Berlin reges Interesse am dort präsentierten Themenschwerpunkt der Überlieferung und Nutzung audiovisueller Unterlagen. Vorgestellt wurde u. a. das „Verzeichnis der Filme und Videos des Ministeriums für Staatssicherheit“. Zum Teilnehmerkreis gehörten auch Medienvertreter und Mitarbeiter von Einrichtungen der historischen und politischen Bildung.

Für die Archiv-Fachhochschulen in Marburg und Potsdam gehört die Zusammenarbeit mit der BStU mittlerweile zum festen Bestandteil ihrer Ausbildung. Einladungen für Vorträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf regionalen und überregionalen Fachtagungen sowie auf internationalen Tagungen in Budapest, London, Oslo und Prag zeugen vom Interesse an der Archivarbeit der BStU (siehe Kapitel 3.7).

3.2 Erschließungsergebnisse

Die in den Archiven der BStU aufbewahrte Überlieferung des DDR-Geheimdienstes gliedert sich in zwei Bereiche: Das sind zum einen die archivierten Ablagen (bereits vom Staatssicherheitsdienst archivierte Unterlagen) und zum anderen die Teilbestände der Dienstseinheiten, die vor allem in Bündeln vorlagen.

Die archivierten Ablagen (ca. 51 000 lfd. M.) umfassen jene Unterlagen, die bis 1989 vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und seinen Bezirksverwaltungen (BV) abgelegt wurden. Dabei handelt es sich um eine Ablage aus vorwiegend personenbezogenen Akten und formierten Vorgängen, die operatives, zumeist über die überlieferten zentralen Personenkarteien (siehe Kapitel 3.3.1) recherchierbares Material enthalten. Thematisch sind davon bislang 4 Prozent punktuell erschlossen worden.

Zu den Teilbeständen der Dienstseinheiten gehören all jene Unterlagen, mit denen bis zum Ende des Staatssicherheitsdienstes aktiv gearbeitet wurde (ca. 60 000 lfd. M.). Das zum großen Teil in Form von losen Blättern überlieferte

Schriftgut wie auch einige audio-visuelle Medien sind im Zuge der Auflösung des MfS nach Struktureinheiten (sofern erkennbar) gebündelt worden. Diese Bündel sind nach wie vor aufwändig zu ordnen und in ihren Überlieferungszusammenhang zu stellen. Ein Zugriff auf sie war zunächst weder personen- noch sachbezogen möglich. Daher wird der Erschließung dieser Unterlagen seit Bestehen der BStU nach festgelegten Kriterien hohe Priorität beigemessen.

Inzwischen sind von den Unterlagen der Dienstseinheiten in den Außenstellen und in der Zentralstelle 50 786 lfd. M. erschlossen worden – davon im Berichtszeitraum mehr als 2 300 lfd. M. Damit erhöht sich der Erschließungsstand auf ca. 84 Prozent. Hinzuzurechnen sind die Erschließungsergebnisse für die audio-visuellen Medien und maschinenlesbaren Daten. Von den ca. 1,6 Millionen Stück wurden im Berichtszeitraum ca. 154 000 Stück zugänglich gemacht, sodass der Erschließungsstand hier bei insgesamt ca. 53 Prozent liegt.

Der prozentuale Ausweis des Erschließungsstandes lässt erkennen, dass das vordringliche Ziel auch für den kommenden Berichtszeitraum darin besteht, die Erschließung von Unterlagen der Dienstseinheiten fortzusetzen.

Neben der archivfachlich gebotenen Herangehensweise an die Planung und Erledigung der Aufgaben müssen die Archivarinnen und Archivare die Anforderungen berücksichtigen, die sich aus der Verwendung der Unterlagen nach dem StUG ergeben. Alljährlich stimmen sich die Fachabteilungen und Außenstellen der BStU darüber ab, welche Bestände auch aus Sicht der aktuellen Nutzung prioritär zu erschließen sind.

3.2.1 Schriftgut des MfS

Im Berichtszeitraum wurde an 19 von den 32 Teilbeständen, die weiterhin zu erschließen sind, gearbeitet. Diese Teilbestände waren: Hauptabteilung (HA) I (Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen), HA II (Spionageabwehr), HA III (Funkaufklärung, Funkabwehr), HA VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel), HA VIII (Beobachtung, Ermittlung), HA IX (Untersuchungsorgan), HA XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft), HA XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen), HA XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund), HA XXII (Terrorabwehr), HA KuSch (Kader und Schulung), HA PS (Personenschutz), VRD (Verwaltung Rückwärtige Dienste), VEB SHB (Volkseigener Betrieb Spezialhochbau), Wachregiment Berlin, ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe), ZKG (Zentrale Koordinierungsgruppe Übersiedlung), AG XVII (Besucherbüros Westberlin), Abteilung 26 (Telefonüberwachung).

Projektgebundene Tätigkeiten der zuständigen Archivarinnen und Archivare führten dazu, dass die Erschließung einiger Teilbestände unterbrochen wurde, das betrifft u. a. die Abteilungen Finanzen, XIV (Untersuchungshaft, Strafvollzug) und Nachrichten.

Da der Erschließungsstand bei den Unterlagen der Dienstseinheiten insgesamt weit fortgeschritten ist, wird nunmehr auch an der Konzeption für die thematische

Erschließung der archivierten Ablagen gearbeitet. Grundlage sind die einschlägigen Erfahrungen aus Pilotprojekten, wie der Erschließung der Operativen Hauptablage der BV Schwerin (siehe Dritter bis Neunter Tätigkeitsbericht), der Erschließung der Allgemeinen Sachablage von BV und MfS (siehe Dritter Tätigkeitsbericht) sowie seit 2001 der Erschließung der vom MfS archivierten Untersuchungsvorgänge der 1950er-Jahre aus der Operativen Hauptablage in der Zentralstelle (siehe Sechster bis Achter Tätigkeitsbericht).

Im Berichtszeitraum ist in dieser Hinsicht der Archivbestand 5 des MfS, Geheime Ablage, analysiert worden. Daraus resultierende Erkenntnisse sowie punktuelle Erschließungsergebnisse dieser Ablage aus den Vorjahren (siehe Siebenter und Achter Tätigkeitsbericht) fließen in die Konzeption ein.

Darüber hinaus wurde die Erschließung der archivierten Ablagen der HA IX/11 (Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen) fortgesetzt.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der archivischen Bearbeitung an der Überlieferung des MfS, unterteilt nach archivierten Ablagen und den Unterlagen der Dienstseinheiten, anhand einiger Beispiele beschrieben.

3.2.1.1 Archivierte Ablagen

Geheime Ablage, Archivbestand 5

Die Geheime Ablage (GH) ist eine Mischung verschiedener Erfassungsarten (Aktenkategorien), wie Vorgänge inoffizieller Mitarbeiter, Untersuchungs- und Operative Vorgänge, Personalakten und Material aus Personenüberprüfungen, deren Bearbeitung im MfS zentralisiert war und dort als gesperrte Ablage in der Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher) gesondert verwahrt wurde. Die Bezirksverwaltungen hatten keine GH. Das Registrierungsverfahren und der Ablageort der in der GH kategorisierten Unterlagen standen im MfS unter strenger Geheimhaltung.

Die überlieferten Unterlagen sind in der Regel formierte und geordnete Aktenvorgänge. Der Zugriff auf sie war ursprünglich nur über personenbezogene Findmittel (Karteien) möglich.

Die GH umfasst 348 lfd. M. Unterlagen mit 2 685 Vorgängen aus den Jahren 1955 bis 1989 zu 3 369 vom MfS registrierten Personen. Weitere 337 Vorgänge wurden vom MfS „gelöscht“, das heißt vernichtet.

Von Juli 2009 bis April 2010 erfolgte eine Grobsichtung aller GH-Vorgänge. Ziel war es, sich einen Überblick über deren Inhalte zu verschaffen. Aktueller Anlass für die Grobsichtung der Unterlagen war der Fall des ehemaligen Westberliner Polizeibeamten Karl-Heinz Kurras, der 1967 den Studenten Benno Ohnesorg erschoss und viele Jahre lang inoffiziell für das MfS arbeitete, was 2009 durch einen Aktenfund in der Behörde bekannt wurde (siehe Kapi-tel 4.3.1.3 und 5.2.2).

Nach der Grobsichtung wird seit April 2010 die GH auch in den Prozess der Sachrecherchen einbezogen. Folgende

Erkenntnisse können nach einer ersten Auswertung der Grobsichtung festgehalten werden:

Die GH-Vorgänge betreffen mehrheitlich hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS, darüber hinaus auch Mitarbeiter im Partei- und Staatsapparat, Funktionäre, Angehörige der Nationalen Volksarmee (NVA), der Deutschen Volkspolizei (DVP) sowie der Zollverwaltung. Ferner sind in der DDR lebende Ausländer, Bundesbürger und Einwohner aus Westberlin erfasst. Ungefähr ein Drittel der in den Vorgängen der GH bearbeiteten Personen war nicht für das MfS tätig.

Die Vorgänge beinhalten Tatbestände beispielsweise zu politischen und militärischen Straftaten, Gewalt- und Sexualverbrechen, Eigentumsdelikten, Wirtschaftsverbrechen, Straftaten im Dienstalltag (Amtsmissbrauch, Betrug, Diebstahl) und besondere operative Personenüberprüfungen, u. a. von Generälen der DVP. In diesem Zusammenhang werden Delikte wie staatsgefährdende Hetze, Beihilfe zur Republikflucht, Verdacht auf NS- und Kriegsverbrechen, unerlaubter Waffenbesitz, Passvergehen oder Brandstiftung ebenfalls abgebildet.

Die Grobsichtung offenbarte, dass die besondere Geheimhaltung vieler Vorgänge eher weniger operativ-geheimdienstliche Gründe hatte. Vielmehr ging es meist um Dienstvergehen oder moralisches Fehlverhalten von MfS-Mitarbeitern. Zudem finden sich in der Geheimen Ablage beispielsweise ca. 270 Vorgänge zu Suiziden von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes.

Hauptabteilung IX/11

Eine Besonderheit hinsichtlich des Evidenz- und Informationswertes stellen die in einem Umfang von etwa 740 lfd. M. überlieferten Unterlagen der Hauptabteilung (HA) IX/11 zur Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen, zur Ermittlung der NS-Vergangenheit von Personen des öffentlichen Lebens aus der Bundesrepublik, zur propagandistischen bzw. nachrichtendienstlichen Nutzung sowie zu ausgewählten Themen des antifaschistischen Widerstandes dar. Diese Unterlagen sind das Ergebnis geheimdienstlicher Auswertung der seinerzeit wesentlich umfassenderen, allgemein als „NS-Archiv“ bezeichneten archivierten Ablagen der Abteilung 11 der HA IX mit Schriftgut aus der Zeit vor 1945. Sie kamen im Februar 1990 zunächst in die Obhut des Zentralen Staatsarchivs der DDR. Mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurden sie dem Bundesarchiv zugeordnet. Die Unterlagen, die die Handschrift des MfS trugen, wurden nach Inkrafttreten des StUG sukzessive an die BStU zurückgeführt. Zunächst war der Zugang nur über eine in der HA IX/11 angelegte und überlieferte Personenkartei möglich.

Die archivierten Ablagen der HA IX/11 sind zu 82 Prozent thematisch recherchierbar. Im Berichtszeitraum wurden die drei Aktenkategorien Rechtshilfeersuchen (RHE), Personenauskünfte (PA) und Allgemeiner Schriftverkehr/Allgemeine Vorgänge/Forschungsvorgänge (AS/AV/FV) bearbeitet.

Die Erschließung der 62 lfd. M. umfassenden RHE mit Länderkürzel (z. B. MfS HA IX/11 RHE 1/72 DDR) konnte abgeschlossen werden. Hierbei handelt es sich um RHE aus dem In- und Ausland. Inhaltlich geht es in diesen Unterlagen vorrangig sowohl um die Überprüfung von RHE, die an den Generalstaatsanwalt der DDR zu NS-Verbrechen gestellt wurden, als auch um Ermittlungsgesuche osteuropäischer Geheimdienste.

Die bisher verzeichneten Vorgänge der Aktenkategorie PA enthalten überwiegend Recherchen des Staatssicherheitsdienstes zu Personen des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik Deutschland.

Die Aktenkategorie AS/AV/FV – ca. 160 lfd. M. – ist mittlerweile vollständig erschlossen.

3.2.1.2 Unterlagen der Diensteinheiten des MfS

Hauptabteilung II

Die Überlieferung der für die Spionageabwehr zuständigen Hauptabteilung (HA) II befasst sich schwerpunktmäßig mit der Westarbeit des MfS. Durch die fast vollständige Vernichtung der Unterlagen der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) tragen Teile der hiesigen Überlieferung zu diesem Thema den Charakter einer Ersatzüberlieferung. Die HA II wird mit besonderer Priorität erschlossen. Gegenwärtig gehören vorrangig die Unterlagen der Auswertungs- und Kontrollgruppe dazu, u. a. mit umfangreichen zusammenfassenden Darstellungen und Dokumentationen über westliche Nachrichtendienste, auch aus den 1960er- und 1970er-Jahren. Außerdem konnte die Erschließung der Unterlagen aus der Abteilung 16 (Operative Technik) abgeschlossen werden, die u. a. Informationen zu technischen Mitteln und Methoden für die Spionageabwehr enthalten. Archivisch bearbeitet wird derzeit die Überlieferung der Arbeitsgruppe Koordinierung. Sie hatte die Spionageabwehr zu organisieren und arbeitete zu diesem Zweck mit den Abwehrdienstleistungen anderer MfS-Abteilungen zusammen.

Allen Unterstrukturen gemeinsam ist, dass es Überlieferungsbestandteile gibt, die besonders stark verunordnet sind. Offensichtlich hatten MfS-Offiziere bei der Schriftgutsicherung 1990 diesen Zustand bewusst herbeigeführt. Es zeigt beispielhaft, wie MfS-Mitarbeiter mit den Dienstunterlagen verfahren, die aufgrund der Kontrolle durch die Bürgerkomitees nicht mehr vernichtet werden konnten.

Hauptabteilung III

Die Erschließung des Teilbestandes Hauptabteilung (HA) III (Funkaufklärung, Funkabwehr) ist nahezu abgeschlossen. Erkenntnisse aus der bisherigen Erschließung fließen in die aktuelle Publikation über die HA III in der BStU-Handbuch-Reihe „Anatomie der Staatssicherheit“ ein (siehe Kapitel 5.3.2.4). Im Berichtszeitraum lag ein inhaltlicher Schwerpunkt der Erschließung vor allem bei Unterlagen der internationalen Zusammenarbeit der HA III, u. a. mit dem gemeinsamen Stabsorgan „Apparat der Koordination“ von Funkabwehrdiensten aus Staaten

des Warschauer Paktes. Diese Institution entwickelte neue Techniken und Verfahren für die Funkabwehr. Daneben gab es einen direkten Austausch mit dem sowjetischen Geheimdienst KGB über technische Erfahrungen hinsichtlich der Decodierung des Nachrichtenverkehrs von US- und NATO-Dienststellen. Ein weiterer Erschließungsschwerpunkt waren die Unterlagen des Bereichs F/3 (Funkabwehr im KW/UKW-Spektrum) mit ehemaligem Dienstsitz in Hohen Luckow bei Bad Doberan.

Hauptabteilung VI

Im Jahr 2010 konnte die Erschließung der Überlieferung der Hauptabteilung (HA) VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel) abgeschlossen werden. In den ca. 630 lfd. M. spiegelt sich vor allem das DDR-Grenzregime an den Grenzübergangsstellen (GÜST) wider. Die Arbeitsweise der Passkontrollen des MfS zur Überwachung des Besucherverkehrs sowie zur operativen Fahndung und Aufklärung spionageverdächtiger Personen ist ebenso dokumentiert wie die Überwachungen des Transitverkehrs und die Arbeit des Zolls. Im Teilbestand sind außerdem Überlieferungen vorhanden, die die Kontrolle des Auslandstourismus von DDR-Bürgern wiedergeben – hier u. a. die Arbeit der sogenannten Operativgruppen. Operativgruppen waren Einheiten des Staatssicherheitsdienstes, die in anderen sozialistischen Ländern eingesetzt waren. Daneben werden Überprüfung und Bespitzelung von Besuchern und Gästen der Interhotels dokumentiert. Die Überlieferung ermöglicht zudem Rückschlüsse auf den inneren Dienstbetrieb der HA VI und auf die Zusammenarbeit mit anderen Dienstleistungen des MfS.

Hauptabteilung VIII

Im Berichtszeitraum konzentrierte sich die Arbeit zunächst auf die Territorialkartei der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG). Die Ordnung dieser sehr umfangreichen Kartei mit ca. 62 000 Karteikarten wurde anhand einer überlieferten Anwendungsvorschrift aufwändig rekonstruiert. Nun liegt ein wesentliches Speichermittel der Hauptabteilung VIII erschlossen vor, dessen Aufbau Rückschlüsse auf operativ interessierende Personen und Sachverhalte in Ost- und Westberlin sowie der Bundesrepublik Deutschland zulässt. Am Beispiel dieser Kartei, die teilweise auf erfasstes Schriftgut der Zentralen Materialablage verweist, kann ein Ausschnitt aus der Arbeitsweise der Dienstleistung und der Wirkungsmechanismus operativer Beobachtung nachvollzogen werden.

Anschließend wurde auch die Erschließung der Unterlagen aus den Abteilungen 2 (Ermittlung, Festnahmen und Durchsuchungen) und 3 (Beobachtung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs und von Angehörigen der Militärinspektionen aller westlichen Alliierten) beendet. Neben den dienstlichen Bestimmungen, Berichten und Arbeitsbüchern aus beiden Unterstrukturen gehören operative Aktionsplanungen der Abteilung 2 und Statistiken der Abteilung 3 über Aufklärungsfahrten der Militärinspektionen zu den nun zugriffsfähigen Sachbetreffen.

Aus der AKG werden darüber hinaus weiterhin die chronologisch vom MfS verfilmten Ermittlungsprotokolle, die ausschließlich auf Rollfilmen überliefert sind, erschlossen. Hauptaugenmerk insbesondere im Interesse der privaten Akteneinsicht ist das Herstellen des personenbezogenen Zugangs zu diesen Unterlagen.

Hauptabteilung IX

Seit 2009 werden die Unterlagen der Abteilung Agitation der Hauptabteilung IX erschlossen. Diese war bis 1985 für die Öffentlichkeits- und Pressearbeit des Staatssicherheitsdienstes zuständig. Der Gesamtumfang beträgt 25 lfd. M., die Laufzeit umfasst den Zeitraum 1960 bis 1985.

Die erschlossenen Akten geben Aufschluss über die Beteiligung und den Ablauf einer vom Politbüro der SED ab 1960 organisierten Kampagne gegen die Verjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen in der Bundesrepublik Deutschland. Verantwortlich für die Koordinierung zur Aufarbeitung von Nazi- und Kriegsverbrechen in der DDR sowie für Agitation und Propaganda war das Politbüromitglied Albert Norden. Der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, erhielt den Auftrag, über belastende Dokumente zu Führungskräften aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Militär sowie zu ausgewählten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin zu informieren. Die Suche nach diesen Unterlagen oblag der Abteilung Agitation. Zum beruflichen, politischen und militärischen Werdegang jener Personen vor 1945 recherchierte sie intensiv in Dokumentationszentren und Archiven der DDR und des sozialistischen Auslands. Nicht nur die Verjährung von etwaigen Nazi- und Kriegsverbrechen sollte damit verhindert werden. Auf diese Personen wurde auch im internationalen Maßstab aufmerksam gemacht, so auf Pressekongressen, in Presse und Medien und durch Publikationen, wie in mehreren Auflagen des Braunbuches (z. B. Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, Berlin 1968, 3. Aufl.).

Hauptabteilung XVIII

Wie weit die Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes auf die Volkswirtschaft ging, konnte im Berichtszeitraum durch die Erschließung von weiteren Unterlagen der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der HA XVIII belegt werden. Sie zeigen, dass die Linie XVIII an entsprechenden Gesetzgebungsverfahren sowie an der Kontrolle und Überprüfung von Forschung, Entwicklung, Produktion, Absatz und Handel in großem Umfang beteiligt war.

Die neu erschlossenen Unterlagen gehören zu einem umfassenden Informationssystem mit operativer Relevanz, das vom MfS aus mehreren Karteien und den dazugehörigen Unterlagen sowie Ablagekategorien und Dokumentennummern zusammengestellt wurde.

Die Karteien dienten der Hauptabteilung (HA) XVIII zur Verwaltung ihres Informationsspeichers über abgelegte Unterlagen und geben nunmehr Einblick in das Informationssystem der AKG, insbesondere in Findmittel, Ord-

nung und Gliederung der Unterlagen und Teile der Zentralen Materialablage. Die drei umfangreichsten Karteien gliedern die dazugehörigen Unterlagen chronologisch zu Gruppen mittels einer Buchstabenkennzeichnung, die wiederum auf andere Dienststellen des MfS, auf Staats- und Parteiorgane oder verschiedene Themen hinweist. Beispielsweise geben die mit dem Buchstaben „M“ gekennzeichneten Unterlagen Auskunft über Stellungnahmen der HA XVIII zu Vorlagen des Ministerrates der DDR und des Politbüros des Zentralkomitees der SED, die für die Volkswirtschaft relevant waren.

Hauptabteilung XIX

Vom dienstlichen Schriftgut der Hauptabteilung XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen) wurden im Berichtszeitraum die Unterlagen der Abteilung 3 (Sicherung des Kraftverkehrs und Straßenwesens) abschließend bearbeitet. Dokumentiert sind u. a. verhinderte Schleusungen wie auch Republikfluchten und Spionage. Darin sind Teile Operativer Vorgänge überliefert, die aus Observierungen und Untersuchungen im Güter- und Transitverkehr bzw. von dort Beschäftigten herrühren. Darüber hinaus wurden in der Abteilung 3 verkehrswissenschaftliche Untersuchungen und Informationen ausgewertet und operativ eingeschätzt. Sie beschäftigte sich zudem mit der Verkehrssicherheit, mit Havarien und Unfällen und dem Bau von Straßen und Brücken. Diese Themen werden in der Überlieferung durch Unterlagen der Büroorganisation und Planung sowie solchen zur Personalentwicklung, inklusive der IM-Arbeit, ergänzt.

Ebenso wurde die gesamte Überlieferung der Abteilung 4 (Post- und Fernmeldewesen) archivisch aufbereitet. Inhaltliche Aspekte der Überlieferung umfassen technische Details über Funk- und Fernsehnetze, über Havarieschutz, zivile und militärische Sicherung sowie über die Organisationsstruktur und den Personalbestand. Darunter befinden sich auch Unterlagen zum Berliner Fernsehturm. Einige dieser Erschließungsergebnisse wurden im Rahmen des Bürgerfestes der BStU am 16. Januar 2010 zum 20. Jahrestag der Besetzung der MfS-Zentrale vorgestellt. Im Fokus der Präsentation standen die Bedeutung des Fernsehturms für das MfS und die Überlieferungslage zum Dienstobjekt „Fernsehturm“.

Hauptabteilung XX

Eine Besonderheit bei der Erschließung dieses Teilbestandes ist die zeitnahe Bearbeitung der Unterlagen, die in der Projektgruppe „Manuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“ in Zirndorf rekonstruiert werden (siehe Kapitel 3.6.1). Im Berichtszeitraum wurde u. a. rekonstruiertes Schriftgut aus fünf Säcken erschlossen. Es vervollständigt die Überlieferung aus fünf Unterstrukturen der HA XX. Aus der Auswertungs- und Kontrollgruppe stammten Sachakten zu Reiseangelegenheiten, wie Reiseberichte, dienstliche Anweisungen oder Informationen zu Reise- und Auslandskadern. Die Überlieferung der Abteilung 2 (FDJ und Jugendpolitik, Nazi- und Kriegsverbrechen) enthält Sachakten über Jugendveranstaltungen auch im sozialistischen Ausland, z. B. das Mo-

torraddrennen in Brno (damalige ČSSR) sowie Unterlagen mit Personenüberprüfungen aus der Punkszene. Der Abteilung 3 (Sport) sind Personenakten zu Sportlern und Sportfunktionären, z. B. über deren ungesetzliches Verlassen der DDR, sowie Sachakten über Olympische Spiele zuzuordnen. Ein Großteil der rekonstruierten Unterlagen aus der Abteilung 9 (Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit) besteht aus Teilen registrierter Vorgänge (Akten inoffizieller Mitarbeiter, Operative Vorgänge, Operative Personenkontrollen), die diesen beigelegt wurden.

Darüber hinaus begann die archivische Bearbeitung von Bestandteilen der Bündelüberlieferung, die aus Bewertungsgründen bewusst an das Ende der Erschließung des Teilbestandes gesetzt wurden. Dabei konnten Mehrfachüberlieferungen ausgedeutert werden. Dienstliche Bestimmungen des MfS, Unterlagen aus der Traditions- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Sachkarteien (z. B. Inventarkarteien über technische Geräte, die in der HA XX verwendet wurden, oder Karteien zu Kfz-Kennzeichen) wurden geordnet und verzeichnet.

Hauptabteilung XXII

Der Erschließungsfokus war auf die Abteilung 1 (Rechtsextremistisch/neonazistisch-terroristische Organisationen), Abteilung 4 (Rechtsextrem-konservative Organisationen) und auf die Abteilung 8 (Internationaler Terrorismus) gerichtet. Diese Abteilungen hatten direkte Verbindungen zur Hauptverwaltung Aufklärung (HVA). Einige ihrer Überlieferungsteile gehören heute zur Ersatzüberlieferung der HVA. Aus der Abteilung 8 sind beispielsweise Materialsammlungen über die RAF und ihre Sympathisanten in der DDR überliefert.

Die Erschließung des Schriftguts aus dem Bereich Leitung mit den Unterstrukturen Sekretariat des Leiters, Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG), Arbeitsgruppe des Leiters (AGL) und Referat Finanzen sowie aus dem Bereich SED-Parteiorganisation konnte abgeschlossen werden. Hier wie dort liegen die Überlieferungsschwerpunkte bei Büro-, Planungs- und Dienstorganisationsunterlagen sowie Unterlagen zur Personalentwicklung.

Gegenstand der weiteren Erschließungsarbeit im Jahr 2010 waren die Unterlagen der Abteilungen 10 (Objektverwaltung) und 11 (Sicherstellung).

Die Unterlagen, die das Objekt „Glienicke“ betreffen, wurden vollständig erschlossen. Dort wurden die spezifisch-militärischen Kampfkräfte des MfS als Antiterror Einheit der DDR ausgebildet.

Hauptabteilung Kader und Schulung

Ein Großteil der Bündelüberlieferung der als Kader und Schulung bezeichneten Dienst Einheit, die für die Personalangelegenheiten des MfS zuständig war, besteht aus Personalakten. Sie werden im Rahmen der Erschließung vom sachbezogenen Schriftgut separiert und in gesonderten BStU-Signaturreihen für Kaderakten, Personendossiers und Disziplinarakten aufgestellt. Im Ergebnis dieses Prozesses, der vor allem aufwändige Ordnungsarbeiten

umfasst, werden diese personenbezogenen Unterlagen über das Elektronische Personenregister (EPR) und eine BStU-Kartei der hauptamtlichen Mitarbeiter recherchierbar gemacht. Im Berichtszeitraum galt der Schwerpunkt der Erschließung dieser Arbeit, die bis Jahresende 2010 vollständig abgeschlossen wurde. Daneben wurden aus dem sachbezogenen Schriftgut im Berichtszeitraum Unterlagen zu Neueinstellungen im MfS sowie Bewerbungsunterlagen für die Einstellung in nachgeordneten Betrieben erschlossen.

Hauptabteilung Personenschutz

Zunächst wurden im Berichtszeitraum die Unterlagen der Abteilung II (Wach- und Objektschutz) erschlossen. Diese Abteilung war durch ein übersichtlich definiertes Aufgabengebiet gekennzeichnet. Repräsentiert sind Unterlagen wie Gebäudepläne, Pläne zur Absicherung von Gebäuden und Veranstaltungen sowie Unterlagen zur dienstlichen Fortbildung. Die Erschließung konnte im Januar 2010 beendet werden.

Danach sind die Bündel aus dem Anleitungsbereich des Leiters der Hauptabteilung Personenschutz (HA PS) erschlossen worden. Er umfasste das Büro des Leiters, die Arbeitsgruppe des Leiters und die Auswertungs- und Kontrollgruppe. Bündel, deren Provenienz allgemein mit „Leiter“ ausgewiesen war, wurden ebenfalls erschlossen.

Aufgabe dieser zentralen Unterabteilungen der HA PS war es, die Informationen der anderen Unterabteilungen zu sammeln, zu verdichten und weiterzugeben. Ihre Überlieferungen beinhalten Informationen z. B. zur Parteiarbeit, zur Speicherung für die Zentrale Personendatenbank sowie zum Postverkehr. Erwähnenswert sind auch Dokumente über den Aufbau einer Personenschutzabteilung im mosambikanischen Geheimdienst durch die HA PS, die Mobilmachungsarbeit des MfS oder die Regierungsbunker. Die Aufzählung des sehr gemischten Inhalts lässt sich fortsetzen mit Informationen über Sicherungsmaßnahmen bei verschiedenen Staatsbesuchen oder über die Fluggruppe des MfS.

Verwaltung Rückwärtige Dienste/ VEB Spezialhochbau Berlin

Im Berichtszeitraum wurden Bau- und Projektierungsunterlagen zu MfS-Liegenschaften erschlossen. Diese Erschließung aus dem Teilbestand Verwaltung Rückwärtige Dienste (VRD) erfolgte mit dem Ziel, an die BStU gerichtete Ersuchen zur Klärung von Vermögensangelegenheiten im Rahmen der Wiedergutmachung bearbeiten zu können. Die aktuell erschlossenen Unterlagen bezogen sich beispielsweise auf die MfS-Gästehäuser in Dammsmühle (bei Wandlitz) und Zeuthen, auf MfS-Dienstgebäudekomplexe in Berlin-Lichtenberg und Berlin-Hohenschönhausen (hier die ehemalige Haftanstalt und Strafvollzugseinrichtung), in Berlin-Karlshorst sowie im Umfeld von Berlin.

Aus der Überlieferung des VEB Spezialhochbau Berlin (SHB) wurden technische Unterlagen zum Wohnungsbau in den Berliner Stadtteilen Biesdorf, Friedrichshain und Hohenschönhausen verzeichnet. Auch Unterlagen über

Erholungsobjekte des MfS (z. B. in Oberwiesenthal und Templin) konnten für die Nutzung bereitgestellt werden.

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

Im Berichtszeitraum wurden aus dem Teilbestand Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) weitere Unterlagen aus dem Bereich 1 (Zentrale Auswertungs- und Informationstätigkeit) bearbeitet. Einen Schwerpunkt bildete die Ordnung und Verzeichnung von Unterlagen der Arbeitsgruppe 3 (Grenzüberschreitender Verkehr, Ausreiseproblematik, Verteidigung), die beispielsweise den innerdeutschen Austausch zu Fragen der Transitkommission und des Zwangsgeldumtausches dokumentieren, Informationen und Statistiken zum Reiseverkehr über die innerdeutsche Grenze enthalten, aber auch Vorkommnisse bei den bewaffneten Organen wie Fahnenfluchten oder Suizide belegen.

Auch die Unterlagen der Arbeitsgruppe 5 (Dokumentation) wurden geordnet und verzeichnet. Aus dieser als Pressearchiv bezeichneten Überlieferung sind die älteren Berichte zu wichtigen politischen Ereignissen wie dem Mauerbau 1961 oder dem Passierscheinabkommen 1963 hervorhebenswert.

Des Weiteren wurde die Erschließung der ZAIG-Dokumentenreihen fortgesetzt. Einen inhaltlichen Schwerpunkt bildete hier u. a. die Erschließung der Ablage nach GVS 4/85. In dieser wurden, gemäß einer Weisung des Ministers für Staatssicherheit aus dem Jahr 1985 zur „Bekämpfung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet“, Informationen zu Organisationen aus der Bundesrepublik Deutschland gesammelt.

Unterlagen aus der Dokumentenablage des Leiters des Bereichs 3 (EDV) konnten zugänglich gemacht werden. Die Dokumentenablage beinhaltet neben internen Anweisungen der ZAIG auch Materialien zur EDV-Anwendung in westlichen Ländern, die durch den Sektor Wissenschaft und Technik der HV A beschafft worden waren.

Im Berichtszeitraum erschien mit Unterstützung des zuständigen Erschließungsbereichs eine Veröffentlichung über die ZAIG in der BStU-Handbuch-Reihe „Anatomie der Staatssicherheit“ (siehe Kapitel 5.3.2.3).

In Abstimmung mit der Forschungsabteilung der BStU wurden Erschließungsprioritäten für das laufende Editionsprojekt „Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung“ festgelegt (siehe Kapitel 1.6 und 5.2.5).

Zentrale Koordinierungsgruppe Übersiedlung

Für den Teilbestand Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) Übersiedlung konzentrierte sich die Erschließung auf Verwaltungs- und Organisationsunterlagen sowie personenbezogenes Schriftgut zu Fluchten aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland und nach Westberlin. Hieraus sind spektakuläre Fälle hervorzuheben, wie z. B. die Grenzüberquerung mittels eines entwendeten Motorflugzeugs über das Erzgebirge und das Vogtland nach Bayern.

Daneben wurde Schriftgut zu Fluchthilfeorganisationen geordnet und verzeichnet. Dabei musste aus der Bündelüberlieferung eine Vielzahl von vergleichsweise kleinen Verzeichnungseinheiten gebildet werden, sodass der Erschließungsaufwand hier recht hoch war.

3.2.2 Unterlagen der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen

Die Archivbereiche der Außenstellen der BStU haben die Aufgabe, die Unterlagen der Bezirksverwaltungen (BV), der Kreisdienststellen (KD) und der Objektdienststellen (OD) des Staatssicherheitsdienstes zu verwahren, zu verwalten und zu erschließen.

Wie in der Zentralstelle konzentrierten sich die Archivbereiche der Außenstellen auf die Erschließung der restlichen, noch in Bündeln gelagerten Unterlagen aus den Dienststeinheiten. Deren Erschließung haben im Berichtszeitraum die Außenstelle Gera zu 97 Prozent und die Außenstellen Chemnitz, Neubrandenburg und Rostock zu 100 Prozent abgeschlossen. Bevor jedoch dort mit der thematischen Erschließung personenbezogen nutzbarer Ablagen aus den Archiven der ehemaligen Bezirksverwaltungen begonnen wird, wurden, koordiniert durch die Zentralstelle, mit den genannten Außenstellen BStU-interne überregionale Kooperationen eingerichtet. Sie helfen, die Erschließung der unterschiedlich großen Menge an Bündelüberlieferung aller Außenstellen zum Abschluss zu bringen. Inzwischen kooperieren im Archivbereich neun Außenstellen miteinander: Die Außenstellen Chemnitz, Gera, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin unterstützen die Außenstellen Suhl, Halle, Leipzig und Berlin.

Konkrete Ergebnisse, Kooperationen und weitere Vorhaben aus den Archivbereichen der Außenstellen sind nachfolgend nach Bundesländern und darunter nach den jeweiligen Beständen der früheren MfS-Bezirksverwaltungen aufgeführt.

3.2.2.1 Land Berlin

Bezirksverwaltung Berlin

Die erste der oben erwähnten Kooperationen wurde mit der Außenstelle Schwerin organisiert, die die Erschließung der Unterlagen der Bezirksverwaltung Berlin unterstützt. Dafür wurden im Berichtszeitraum die Teilbestände Zentrale Parteileitung und Abteilung III (Funkaufklärung, Funkabwehr) ausgewählt. Das dienstliche Schriftgut der Abteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) sowie der Auswertungs- und Kontrollgruppe dagegen wird in Berlin bearbeitet.

Aus der Abteilung XX wurde u. a. ein über 30 Jahre geführter Komplexvorgang zu den Zeugen Jehovas im Großraum Berlin erschlossen.

Die Unterlagen der Abteilung III wurden abschließend verzeichnet. Große Bereiche dieses Teilbestandes enthielten Personenerfassungen und -überprüfungen. Unter den DDR-Bürgern waren es hauptsächlich Amateurfunken, die ins Visier der Abteilung III geraten sind. Informatio-

nen über Westdeutsche und Westberliner wurden vorwiegend mittels Überwachung des Funkverkehrs gesammelt. Inhaltlich hervorzuheben sind Funkaufklärungsergebnisse zu linksextremistischen und neonazistischen Szenen in Westberlin sowie Dienstgespräche zwischen Behörden.

Die Unterstützung durch die Schweriner Außenstelle wird mit der Erschließung des Teilbestandes der Abteilung Nachrichten fortgesetzt.

3.2.2.2 Land Brandenburg

Bezirksverwaltung Cottbus

Aus der Überlieferung der Bezirksverwaltung (BV) Cottbus, die in der Außenstelle Frankfurt (Oder) verwahrt wird, konnten acht Teilbestände abschließend archivisch bearbeitet werden. Es handelt sich um Unterlagen der Abteilungen M (Postkontrolle), Nachrichten, Operative Technik, Rückwärtige Dienste und Medizinischer Dienst, des Selbständigen Referats Bewaffnung/Chemischer Dienst sowie um die Überlieferung der Bezirkskoordinierungsgruppe und der Parteiorganisationsleitung der BV. Ebenso wurde die Erschließung des Bestandes der Kreisdienststelle Senftenberg beendet.

Andere Teilbestände wurden durch die Erschließung manuell rekonstruierter Unterlagen ergänzt, so die der Abteilungen II (Spionageabwehr), VII (Inneres, Deutsche Volkspolizei), VIII (Beobachtung, Ermittlung), XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft), XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen), der Bezirkskoordinierungsgruppe sowie der Abteilung M. Gleiches traf für die Bestände der Kreisdienststellen Forst und Lübben zu. Dabei seien besonders die Observationsfotos der Abteilung VIII erwähnt, die den bereits erschlossenen Teilbestand inhaltlich ergänzen (siehe auch Neunter Tätigkeitsbericht, S. 28). Diese Fotos bilden u. a. den kontrollierten Postverkehr zwischen Bürgern beider deutscher Staaten sowie Beobachtungen zu westdeutschen Touristen und Treffen zwischen Bürgern der DDR und der Bundesrepublik Deutschland auf Autobahnrastplätzen ab oder zeigen Ablichtungen von Personal- und Reisedokumenten.

Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder)

Im Berichtszeitraum wurden in der Außenstelle Frankfurt (Oder) Unterlagen der Dienstseinheiten der Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder) und deren Kreisdienststellen (KD) erschlossen. Dabei wurden sach- und personenbezogene Unterlagen von elf Teilbeständen und die Bestände der KD Eberswalde und KD Bad Freienwalde abschließend bearbeitet. Bei den elf Teilbeständen handelt es sich um die Abteilungen XI (Chiffrierwesen), Kader und Schulung, Nachrichten und Operative Technik, ferner um die Unterlagen des Medizinischen Dienstes, der Parteiorganisationsleitung, der Arbeitsgruppen Geheimnisschutz und Sonderbauten sowie die Überlieferung der Selbständigen Referate Abwehrarbeit im Wehrbezirkskommando der NVA und Personenschutz als auch des Offiziers für Sonderaufgaben. Erwähnenswert dabei ist, dass der letzte Offizier für Sonderaufgaben gleichzeitig auch der Beauftragte für das Neuererwesen war. Aus diesem

Grund befinden sich in dem Teilbestand zusätzlich die Unterlagen der Neuererbewegung der Bezirksverwaltung.

Darüber hinaus wurden manuell rekonstruierte Unterlagen der Abteilung VII (Inneres, Deutsche Volkspolizei) erschlossen und deren Überlieferung damit ergänzt.

Bezirksverwaltung Potsdam

Seit der Auflösung der Außenstelle Potsdam der BStU zum Januar 2009 werden die Unterlagen der Bezirksverwaltung (BV) Potsdam als eigener Bestand im Archiv der Zentralstelle verwahrt und erschlossen.

Von den wenigen noch in Bündeln überlieferten Teilbeständen wurden die der Abteilung II (Spionageabwehr) weiter erschlossen. Ein bemerkenswerter Teil dieser Überlieferung besteht aus einem sogenannten Handschriftenspeicher von Personen, die der Spionage verdächtigt wurden, inklusive der dazugehörigen Karteien.

Im Dezember 2010 wurden die Unterlagen der Kreisdienststelle Brandenburg, vorwiegend als loses Schriftgut von Ermittlungen zu Personen und Sachverhalten überliefert, abschließend erschlossen. Ein Großteil davon konnte in die überlieferte Zentrale Materialablage – in der Regel vom MfS untergliedert nach Personen und Sachverhalten – eingeordnet werden. Das Material musste zuvor in der Restaurierungswerkstatt behandelt werden, da die Unterlagen Schimmel- und Stockflecken aufwiesen (siehe Kapitel 3.4.3).

Parallel wurde mit der Ordnung und Verzeichnung von Sachkarteien aus der Abteilung XII (Auskunft/Speicher) und der Auswertungs- und Kontrollgruppe der BV begonnen. Ein bislang ohne Unterprovenienz überliefertes Konvolut aus mehreren, als Handkarteien einzelner BV-Mitarbeiter bezeichneten Karteien konnte im Erschließungsprozess den entsprechenden Dienstseinheiten zugeordnet werden.

3.2.2.3 Land Mecklenburg-Vorpommern

Bezirksverwaltung Neubrandenburg

Nach dem Abschluss der Erschließung aller provenienzbezogenen Überlieferungsteile aus der Bezirksverwaltung (BV) Neubrandenburg und aller Kreisdienststellen (KD) im vorangegangenen Berichtszeitraum konzentrierte sich die Arbeit weiterhin auf Teile der stark verunordneten Schriftgutablage mit ungeklärter Provenienz. Dieses nicht formierte Material hatte das MfS im Herbst 1989 für die Vernichtung vorgesehen. Seine nunmehr beendete Erschließung musste fast ausschließlich Blatt für Blatt erfolgen. Im Ergebnis wurden einzelne Unterlagen u. a. den Teilbeständen Leiter der BV, Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG), Abteilung Nachrichten und Rückwärtige Dienste sowie vor allem den KD Anklam und Waren zugeordnet und verzeichnet.

Darunter waren für den Teilbestand AKG zum Beispiel EDV-Ausdrucke zu Personen und „operativ interessanten Hinweisen“ aus der Sachverhaltsdatei der Zentralen Personendatenbank.

Die erschlossenen Unterlagen des Leiters der BV enthalten Berichterstattungen einzelner KD und Abteilungen zu Schwerpunkten der operativen Arbeit zwischen hauptamtlichen Mitarbeitern und den Geheimen Informatoren aus den 1960er-Jahren. Hier werden die Wirksamkeit inoffizieller Netze deutlich und Strukturveränderungen nachgewiesen.

Seit April 2010 unterstützt die Außenstelle Neubrandenburg die Erschließung von Unterlagen der BV Halle.

Bezirksverwaltung Rostock

Die Außenstelle Rostock beendete im Berichtszeitraum die Bündelerschließung der schriftlichen Überlieferung der Bezirksverwaltung (BV) Rostock und der nachgeordneten Kreisdienststellen. Dabei wurden auch die Unterlagen des am 6. Dezember 1989 gegründeten Unabhängigen Untersuchungsausschusses zur Sicherung und Überprüfung von Schriftgut des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit (UUA) abschließend bearbeitet.

Der UUA, ein Zusammenschluss von bis zu 30 Rostocker Bürgern, war neben dem Arbeitsstab des Staatlichen Komitees zur Auflösung der Bezirksverwaltung Rostock tätig. Die Aufgaben reichten von der Sicherung, Sichtung und Kategorisierung der BV-Unterlagen – in Hinblick auf strafbare Handlungen über das Offenlegen der Struktur und Arbeitsweise der BV – bis hin zur Kontrolle über die Auflösung der Diensteinheiten.

Die Laufzeit seiner Überlieferung erstreckt sich vom 14. Dezember 1989 bis zum 27. April 1990.

Im Jahr 1994 nahm die BStU mit der Grobsichtung eine inhaltliche Erfassung sämtlicher Unterlagen dieses Sonderbestandes vor. Ab 1996 wurde er sukzessive erschlossen, die Bearbeitung musste jedoch mehrfach zugunsten der Unterlagen der BV-Dienstseinheiten zurückgestellt werden.

Ursprünglich umfasste der UUA-Bestand ca. 18 lfd. M. Unterlagen. Im Rahmen der Erschließung konnten die meisten Unterlagen wieder ihrer Provenienz innerhalb der BV-Überlieferung zugeordnet werden, bis auf einen Umfang von 1,28 lfd. M. internen Schriftguts des UUA. Eine Konkordanz gibt Auskunft zu den Veränderungen der Signaturen.

Seit März 2010 unterstützt die Außenstelle Rostock die Erschließung der Unterlagen der BV Leipzig.

Bezirksverwaltung Schwerin

Die Unterlagen der Dienstseinheiten und Kreisdienststellen der Bezirksverwaltung Schwerin sind bereits seit Ende der 1990er-Jahre vollständig erschlossen. Seit Februar 2007 unterstützt die Außenstelle Schwerin die Erschließung der Teilbestände der BV Berlin (siehe Bezirksverwaltung Berlin).

3.2.2.4 Freistaat Sachsen

Bezirksverwaltung Dresden

Im Berichtszeitraum wurden in der Außenstelle Dresden die Überlieferungen der Abteilung XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen) sowie der Kreisdienststellen (KD) Meißen und Dippoldiswalde abschließend erschlossen.

Dabei sind insbesondere Unterlagen aus der Abteilung XIX erwähnenswert, die die Ereignisse im Zusammenhang mit den Zugdurchfahrten der Prager Botschaftsflüchtlinge durch den Dresdner Hauptbahnhof im Oktober 1989 dokumentieren.

Die KD Meißen war mit der geheimdienstlichen Sicherung des Kreises Meißen, insbesondere der Staatlichen Porzellanmanufaktur und der Städtepartnerschaft zu Fellbach (Baden-Württemberg) betraut. In den Unterlagen widerspiegelt sich die Abstimmung zwischen dem Staatssicherheitsdienst und den Leitern staatlicher Organe in der Region sowie die Überprüfung der persönlichen Beziehungen zwischen Meißener und Fellbacher Bürgerinnen und Bürgern.

Die Unterlagen über die Sicherung der Staatlichen Porzellanmanufaktur beleuchten sowohl die umfassende Überwachung des Betriebes durch den Staatssicherheitsdienst als auch die wirtschaftliche Bedeutung der Manufaktur. Während der archivischen Bearbeitung konnte eine Fotodokumentation aus der Zeit des Nationalsozialismus aus dem Bestand herausgelöst und gemäß § 11 StUG im April 2010 an das Betriebsarchiv der Staatlichen Porzellanmanufaktur übergeben werden.

Die KD Dippoldiswalde war für die geheimdienstliche Sicherung des Kreises Dippoldiswalde, darunter des Rennschlitten- und Bobbahnbaus in Altenberg, zuständig. Daneben gibt es auch Unterlagen, die die Absicherung der Wintersportbahn während internationaler Wettkämpfe dokumentieren.

Ein weiteres Betätigungsfeld waren die Sportgemeinschaft Dynamo Zinnwald und die Kinder- und Jugendsportschule „Dr. Richard Sorge“ in Altenberg, zu denen es Material über operative Bearbeitungen und Kontrollen gibt. Dabei wird der direkte und indirekte Einfluss des MfS auf die Sportschule deutlich, wie auch Maßnahmen zur Sicherung der Sportler, Trainer und des medizinischen Personals der Sportgemeinschaft Dynamo Zinnwald. Dieses Material dient zurzeit als Grundlage für eine neu entstehende Wanderausstellung zum Thema „Einfluss des MfS auf die Kinder- und Jugendsportschulen“.

Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt

In der Außenstelle Chemnitz wurde im Berichtszeitraum die Erschließung der Unterlagen von weiteren fünf Dienstseinheiten der Bezirksverwaltung (BV) Karl-Marx-Stadt abgeschlossen: der Abteilungen II (Spionageabwehr), VIII (Beobachtung, Ermittlung), Finanzen und Rückwärtige Dienste sowie der Sportvereinigung Dynamo.

In den Unterlagen der Abteilung II finden sich zahlreiche Angaben über Ausländer, z. B. chilenische Emigranten

oder Diplomaten und Journalisten. Besonders hervorhebenswert erscheinen Materialien über die Ausbildung libyscher Staatsbürger im Bezirk Karl-Marx-Stadt sowie über Kinderferienaktionen der westdeutschen DKP. Aufschlussreich sind auch Unterlagen über die französische Fremdenlegion und ehemalige Legionäre.

In der Abteilung VIII fand sich Material über das sogenannte System „Studio“ in Karl-Marx-Stadt. Dabei handelte es sich um einen Stützpunkt zur Videoüberwachung des gesamten inneren Stadtrings der damaligen Bezirksstadt.

Mit der Überlieferung der Objektverwaltung und späteren Abteilung Wismut, deren Bestehen mit dem Uran-Erzbergbau in der Region verbunden war, verfügt die Außenstelle Chemnitz über einen einmaligen Bestand, für den im Juli 2010 das Aktenverzeichnis im Internet präsentiert werden konnte. Das Aktenverzeichnis des Teilbestandes Leitung der Parteiorganisation wurde bereits im Februar 2010 dort publiziert (siehe Kapitel 3.3.3).

Seit Jahresbeginn 2010 unterstützt die Außenstelle Chemnitz die Erschließung der Bestände der Bezirksverwaltung Suhl.

Bezirksverwaltung Leipzig

Im Berichtszeitraum wurde die Erschließung an den Teilbeständen Arbeitsgruppe XXII (Terrorabwehr) und Kreisdienststelle (KD) Leipzig-Stadt beendet. Fortgeführt wurde die Bearbeitung der Unterlagen der Abteilung VII (Inneres, Deutsche Volkspolizei) und der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG). Im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution konnten aus den genannten Teilbeständen zahlreiche Quellen zur politischen Lage im Herbst 1989 in der Region Leipzig genutzt werden.

Aufgrund vieler Anfragen zu Gebäuden der Bezirksverwaltung wurde die Erschließung der Bauakten der Abteilung Rückwärtige Dienste fortgesetzt und, ausgenommen die Karten und Pläne, auch abgeschlossen. Es handelt sich um Objektunterlagen mit Grundrissen, technischen Zeichnungen, Gutachten, Rechnungen und Erläuterungsberichten der mit dem Ministerium für Staatssicherheit kooperierenden Firmen und um Materialien der Unterabteilung Bauwesen.

Die Erschließung der Dienstupunterlagen der Abteilung XII (Auskunft/Speicher) wurde im Berichtszeitraum fortgeführt und im Oktober 2010 beendet. Sie bilden Aufgaben und Arbeitsweise bestimmter Bereiche dieser Abteilung wie Datenerfassung, Registrierungsprozesse, Archivarbeit, Mikroverfilmung, das Führen der IM-Vorauswahlkartei und der Sonderspeicher ab. Bemerkenswert sind die Dokumente zu umfangreichen, überwiegend ersatzlosen und regelmäßigen Aktenvernichtungen durch das MfS. Überliefert sind Listen mit Angaben über Akten, die für die Vernichtung vorgesehen waren, sowie Kassationsbeschlüsse und Vernichtungsprotokolle des MfS, teils ergänzt mit Umfangangaben.

Im März 2010 begann die Kooperation mit der Außenstelle Rostock, die die Unterlagen der Abteilungen XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen), M (Postkontrolle) und Medizinischer Dienst erschließt.

3.2.2.5 Land Sachsen-Anhalt

Bezirksverwaltung Halle

Der Bezirksverwaltung (BV) Halle waren 23 Kreisdienststellen (KD) nachgeordnet. Diese arbeiteten eng mit der Kreisparteileitung der SED und staatlichen Einrichtungen zusammen. In ihren Überlieferungen finden sich Schilderungen über Situationen und Ereignisse des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens der Region. Im Berichtszeitraum wurden die Unterlagen der KD Aschersleben, Bernburg, Bitterfeld, Halle-Neustadt, Merseburg und Nebra sachbezogen erschlossen.

Die Unterlagen der KD Aschersleben beinhalten Personenüberprüfungen in strategisch wichtigen regionalen Einrichtungen wie dem Flugplatz der sowjetischen Streitkräfte in Cochstedt, der Offizierschule des Ministeriums des Innern in Aschersleben, dem Institut für Phytopathologie und dem Zentralinstitut für Genetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben.

Der Bestand der KD Bernburg verfügt über Quellen zur Überwachung des Instituts für Getreideforschung Bernburg-Hadmersleben, zur Sicherung des Bernburger Rosenfestes und von Veranstaltungen der Opposition in der Zeit der Friedlichen Revolution in Bernburg und Nienburg. Daneben finden sich Informationen zum Bernburger Friedenskreis „Erdflapse“ sowie zum GSSD-Objekt Bernburg (Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland). Zum Bezirkskrankenhaus für Psychologie und Neurologie Bernburg ist Material über den geplanten Aufbau einer Mahn- und Gedenkstätte zu Euthanasieverbrechen sowie über Kontakte zur Schweizer Sandoz AG im Zusammenhang mit der Erprobung von Medikamenten für Parkinson-Erkrankte überliefert.

Aus der KD Bitterfeld sind Unterlagen über volkswirtschaftlich bedeutsame Objekte erschlossen, so u. a. zu den Volkseigenen Betrieben (VEB) Fotochemisches Kombinat Wolfen, Braunkohlenkombinat, Industrie- und Kraftwerksrohrleitungen, Kraftverkehr und Bau- und Montagekombinat Chemie. Unterlagen zu militärisch bedeutsamen Objekten wie dem Schießplatz der sowjetischen Armee in Raguhn, dem NVA-Standortbereich Wolfen sowie der Schule für Abschnittsbevollmächtigte in Wolfen sind nun ebenfalls zugriffsfähig.

Im Bestand der KD Halle-Neustadt ist eine große Anzahl von Schriftproben überliefert, die im Zusammenhang mit den Ermittlungen zum Mord an einem Schüler („Kreuzworträtselmord“) vom MfS erhoben wurden.

Inhaltliche Schwerpunkte der sachlichen Erschließung der KD Merseburg bildeten Unterlagen über den VEB Kraftverkehr des Kreises, die Technische Hochschule Leuna-Merseburg und die Außenstelle Merseburg des Deutschen Zentralarchivs Potsdam. Da von dieser KD keine Zentrale Materialablage – eine von den operativen

Dienstleistungen des MfS in der Regel nach Personen und Sachverhalten untergliederte Ablage – und keine dazugehörige dezentrale Personenkartei überliefert sind, wurden im Erschließungsprozess personenbezogene Informationen in das Elektronische Personenregister (EPR) der BStU eingepflegt (siehe Kapitel 3.3.2).

Aus der KD Nebra wurden Unterlagen mit Informationen zu kulturellen und kirchlichen Einrichtungen und zu Sicherungseinsätzen anlässlich des jährlichen Winzerfestes in Freyburg sowie Stimmungsberichte über die Ereignisse im Herbst 1989 aus den Städten Balgstädt, Laucha, Lossa und Freyburg geordnet und verzeichnet.

Seit April 2010 wird in Kooperation mit der Außenstelle Neubrandenburg der Teilbestand Abteilung Finanzen der BV Halle erschlossen. Darunter sind von besonderem Informationswert die Nachweisbücher über vor allem durch die Abteilungen M (Postkontrolle) und IX (Untersuchungsorgan) konfiszierte Zahlungsmittel und Wertgegenstände. Die seit 1965 nachweisbaren Haushaltsplanungen und -analysen geben Aufschluss über die Struktur und Arbeitsweise der BV.

Die weiteren Arbeiten konzentrieren sich auf die Unterlagen der KD Naumburg, Saalkreis, Weißenfels und Zeitz.

Bezirksverwaltung Magdeburg

Die Außenstelle Magdeburg hat im Berichtszeitraum die zwei Teilbestände aus der Leitungsebene, Stellvertreter Operativ und Stellvertreter Operative Technik/Sicherstellung, ebenso vollständig erschlossen wie die der Zentralen Parteileitung und der Abteilungen II (Spionageabwehr) und 26 (Telefonüberwachung). Gleiches gilt für die Überlieferungen der Kreisdienststellen (KD) Gardelegen, Klötze, Magdeburg, Osterburg, Oschersleben, Schönebeck, Wolmirstedt und Zerbst.

Die verzeichneten Unterlagen des Stellvertreters Operativ, zu dessen Anleitungsbereich die Abteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft) gehörte, geben darüber Auskunft, wie das im Bau befindliche Kernkraftwerk (KKW) Stendal, der Volkseigene Betrieb (VEB) Kalibetrieb „Ernst Schneller“ in Zielitz sowie der VEB Minol Magdeburg abgesichert wurden. Im Falle des KKW Stendal, dessen Bau 1973 begann, lassen sich die Gründe für das Bauende 1991 u. a. wegen technischer Mängel und Planungsfehlern in Milliardenhöhe anhand der Überlieferung nachvollziehen. Die Unterlagen lassen zudem Rückschlüsse über den VEB Kalibetrieb in Zielitz zu, der einen Anteil von 23 Prozent an der Gesamtproduktion von Kalidüngemitteln der DDR hatte, von denen 90 Prozent für den Export bestimmt waren.

Die überlieferten Unterlagen des Stellvertreters Operative Technik/Sicherstellung vermitteln einen Einblick in den Dienstablauf innerhalb der Bezirksverwaltung (BV) Magdeburg, so z. B. bei der Bereitstellung von Mitteln und Technik für operative Tätigkeiten und bei der Durchführung von Baumaßnahmen.

Die bereits erschlossenen Dokumente der Kreisdienststellen verdeutlichen die lückenlose Überwachung der Re-

gionen, besonders im Grenzgebiet zur Bundesrepublik Deutschland.

Thematisch vorrangig bearbeitet wurden in diesem Rahmen Unterlagen über eine der bedeutsamsten Grenzkontrollstrecken, die Transitstrecke für den Auto- und Zugverkehr von und nach Westberlin über die Grenzübergangsstelle Marienborn, sowie Unterlagen über die Wasserstraßen der Elbe und den Elbe-Weser-Kanal.

Die Unterlagen der KD Oschersleben zur Absicherung des in der Grenzregion befindlichen Braunkohleabbaus am Grenzkohlepfiler, Tagebau Harbke, sind nunmehr für die Nutzung zugänglich.

Das Augenmerk des Staatssicherheitsdienstes war auch auf die Absicherung der militärischen Objekte sowie der Manöver und Truppenübungsplätze der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland gerichtet, wie die Unterlagen zum Truppenübungsplatz „Polygon“ in der Letzlinger Heide verdeutlichen.

Das überlieferte Schriftgut der KD Wolmirstedt belegt die Absicherung und Kontrolle der Volkseigenen Betriebe und Kombinate, wie u. a. des Möbelkombinats Dessau (Betriebsteil Zerbst), des VEB Asbestzementwerk „Otto Grotewohl“ (Betriebsteil Gardelegen) sowie des VEB Ceritolwerke Mieste.

Im Berichtszeitraum wurden durch die Projektgruppe „Manuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“ zerrissene Materialien des BV-Archivbestandes 2, Allgemeine Sachablage, rekonstruiert und durch die Außenstelle archivisch bearbeitet. Hierbei handelt es sich um Dokumente aus den 1950er- und 1960er-Jahren wie Berichte und Protokolle von Leitungssitzungen der BV und der KD, die die Einsatzstrategien und Personenermittlungen angesichts historischer Ereignisse wie dem 17. Juni 1953, dem 13. August 1961 und dem Prager Frühling in der ČSSR im Bezirk widerspiegeln.

Gegenwärtig werden die Unterlagen der Teilbestände der Abteilungen III (Funkaufklärung, Funkabwehr), VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel), des Büros der Leitung sowie der KD Genthin und Stendal erschlossen.

3.2.2.6 Freistaat Thüringen

Bezirksverwaltung Erfurt

Im Berichtszeitraum wurden in der Außenstelle Erfurt Unterlagen der Abteilungen XII (Auskunft/Speicher), Operative Technik und Rückwärtige Dienste erschlossen. Ferner wurden die Unterlagen der Wach- und Sicherungseinheit und der Arbeitsgruppe XXII (Terrorabwehr) wie auch die Unterlagen der Selbständigen Referate Abwehr Wehrbezirkskommando der NVA, Bewaffnung/Chemischer Dienst sowie Personenschutz abschließend bearbeitet.

Hervorzuheben ist eine Dokumentation über die fiktive Entführung einer Verkehrsmaschine der Interflug, in der Methoden der Bekämpfung von an Bord befindlichen Terroristen dargestellt werden.

Erwähnenswert sind auch Dokumente über Fahnenfluchten in den Grenztruppen mit einer Analyse der Hauptab-

teilung I (Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen).

Gegenwärtig wird an der Erschließung der verbleibenden Teilbestände gearbeitet. Hier handelt es sich um Unterlagen aus den Abteilungen VIII (Beobachtung, Ermittlung), Kader und Schulung, Nachrichten sowie Finanzen.

Bezirksverwaltung Gera

Nahezu alle Unterlagen der Diensteinheiten aus den Geraer Teilbeständen sind erschlossen. Die Bearbeitung des verbleibenden Restes tritt hinter die Notwendigkeit zurück, die Erschließung substantieller Dokumente aus noch unerschlossenen Überlieferungsteilen der Bezirksverwaltung (BV) Suhl des MfS kooperativ voranzubringen. So übernahm die Außenstelle Gera ab Mai des Jahres 2010 die Erschließung von Unterlagen der BV Suhl.

Daneben wurde das Aktenverzeichnis der Überlieferung aus der Abteilung XV (Aufklärung) erstellt. Die Bearbeitungsgeschichte dieses Teilbestandes zeigt exemplarisch, wie heterogen die physische Überlieferung eines Teilbestandes sein kann.

Die Abteilung XV, eine der Linienorganisationen der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), war für die Auslandsaufklärung im sogenannten Operationsgebiet (Westberlin und Bundesrepublik Deutschland) sowie in anderen westlichen Staaten zuständig. Ihre Arbeit wurde vor allem durch Vorgaben aus der HVA geplant und gesteuert.

Die archivische Arbeit am Teilbestand begann im Jahr 1993. Die Überlieferung wurde gesichtet, geordnet und mit Signaturen versehen. Seit 1998 erfolgte die Erschließung des Teilbestandes mittels Erstellung einer Kartei zu Klar- und Decknamen, hauptamtlichen Mitarbeitern, Objekten und Sachbezügen. Seit 2006 wurden alle Unterlagen vollständig in der Datenbank Sachaktenererschließung (SAE) verzeichnet. Personenangaben sind einerseits in der BStU-Datenbank Elektronisches Personenregister (EPR), andererseits im Personenindex der SAE nachgewiesen. Durch die BStU-Projektgruppe „Manuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“ wurden bis 2004 zehn Säcke mit zerrissenen Unterlagen der Abteilung XV der BV Gera wieder zusammengesetzt, die den Teilbestand ergänzen.

Das Aktenverzeichnis gibt einen Überblick über das gesamte bisher erschlossene Schriftgut der Abteilung XV der BV Gera. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch als vorläufig zu bezeichnen, weil noch nicht alle zerrissenen Unterlagen der Abteilung XV rekonstruiert und erschlossen sind. So ist zu erwarten, dass nach Abschluss der Pilotphase des BStU-Projekts „Virtuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“, in das die Außenstelle Gera u. a. mit dem Teilbestand der Abteilung XV involviert ist, weitere Unterlagen in den Bestand einzupflegen sind (siehe Kapitel 3.6).

Der Teilbestand der Abteilung XV umfasst derzeit 23,8 lfd. M. Unterlagen mit einer Laufzeit von 1953 bis

1990. Wesentlicher Inhalt sind operatives Ausgangsmaterial zu Hinweis- und Zielpersonen, Ausbildungsmaterial von inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeitern sowie zahlreiche Unterlagen zu Doppelgänger- und fiktiven Dokumenten. Verschiedene Verzeichniskarten weisen den Erhalt und die Ausgabe von operativer Technik, z. B. Geheimschreibmitteln oder Containern, und ferner die Ausbildungen in den Bereichen Chiffrier- und Funkwesen nach. Das Aktenverzeichnis steht interessierten Nutzern auf der Homepage der BStU zur Verfügung.

Bezirksverwaltung Suhl

Die Erschließungsarbeiten der Außenstelle Suhl werden von den Außenstellen Gera und Chemnitz unterstützt. Im Zuge der Kooperation führte Chemnitz 2010 die Erschließung der Unterlagen der Abteilung II (Spionageabwehr) und der Bezirkskoordinierungsgruppe fort, die in Suhl bereits begonnen worden war.

In der Außenstelle Gera begann die Erschließungs Kooperation für die Teilbestände der Abteilung XII (Auskunft/Speicher) und des Büros der Leitung.

In der Außenstelle Suhl selbst werden gegenwärtig die Unterlagen der Kreisdienststelle (KD) Schmalkalden und die Teilbestände der Abteilungen IX (Untersuchungsorgan) und XIV (Untersuchungshaft, Strafvollzug) archivisch bearbeitet und nutzbar gemacht.

Hervorzuheben sind die Planungsunterlagen zur neuen Untersuchungshaftanstalt in Suhl-Goldlauter (Abteilung XIV). Bei Aufnahme des Dienstbetriebes im Jahr 1990 wäre diese Haftanstalt als letzter Neubau das modernste Gefängnisgebäude der DDR gewesen.

3.2.3 Audio-visuelle Medien und maschinenlesbare Daten

Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes sind neben dem Schriftgut auch insgesamt mehr als 1,6 Millionen Fotodokumente und ca. 32 500 Film-, Video- und Tondokumente (audio-visuelle Medien) sowie maschinenlesbare Daten. Die Umfangangaben beruhen vor der Erschließung zum Teil auf Schätzungen und werden danach konkretisiert. Im Zuge der Erschließung werden nach wie vor Fotodokumente in den Bündeln aus den Unterlagen der Diensteinheiten aufgefunden und den Fotosammlungen übergeben. Auch bei der Anzahl von Tonträgern wird es bis zum Abschluss der Erschließung zu Korrekturen kommen, da erst im Erschließungsprozess festgestellt werden kann, ob die Tonträger überhaupt Informationen enthalten bzw. ob Mehrfachüberlieferungen vorliegen.

Die Erschließung und Aufbewahrung dieser Medienarten bedarf einer besonderen technischen Ausstattung, die in den Außenstellen nicht vorhanden ist. Deshalb sichert, erschließt und verwahrt die Zentralstelle der BStU Ton- und Filmdokumente sowie Datenprojekte auch aus den Bezirksverwaltungen (BV). Lediglich Fotodokumente werden sowohl in den Außenstellen als auch in der Zentralstelle in den Fotosammlungen erschlossen, aufbewahrt und recherchiert.

Zu den ca. 1,6 Millionen Fotodokumenten gehören neben den Fotopositiven die Negative, Dias und Mikrofilme aller üblichen Formate, vielfach lose und ohne schriftlichen Zusammenhang hinterlassen. Die Tondokumente umfassen ca. 29 800 Tonbänder, Tonkassetten, Schallplatten und andere Tonaufzeichnungen. Es sind 1 091 Filme und 1 663 Videos überliefert. Außerdem werden die Informationen von 44 Datenprojekten des MfS und der BV erschlossen und die Daten in modernen Speichermedien der BStU gesichert.

Aus konservatorischen Gründen und wegen des teils fehlenden sachlichen Zusammenhangs zum Schriftgut wurden diese Überlieferungen als teilbestandsübergreifende Sammlungen angelegt. Nach Möglichkeit werden die Sammlungen jedoch provenienzbezogen erschlossen.

Getrennt nach den Medienarten werden aktuelle Erschließungsergebnisse im Folgenden beschrieben.

3.2.3.1 Filme und Videos

Die Erschließung dieser Mediensammlung ist seit längerer Zeit abgeschlossen.

Im Juli 2009 wurde das Verzeichnis der Filme und Videos des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR online gestellt. Es umfasst die Titel und Kurzangaben sämtlicher archivwürdiger Filme und Videos, die vom Registraturbildner MfS, einschließlich der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen, überliefert sind. Das Verzeichnis bietet einen Überblick über die archivierten Quellen und einen Einstieg in die Thematik. Das im Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution 1989 erwartungsgemäß hohe Interesse an diesen Filmen und Videos (200 Nutzeranträge im Jahr 2008, 344 im Jahr 2009) hielt nicht zuletzt aufgrund des verfügbaren Verzeichnisses im Jahr 2010 (280 Nutzeranträge) weiterhin intensiv an.

3.2.3.2 Tondokumente

Den Schwerpunkt der Erschließung von Tondokumenten des MfS und der Bezirksverwaltungen (BV) bildeten Tonträger aus Akzessionen sowie Tonträger, die im Zusammenhang mit der Erschließung des dazugehörigen Schriftgutes aus den Bündeln oder den archivierten Ablagen zugänglich gemacht werden sollten.

Zurzeit werden die Tondokumente der BV Dresden, Halle, Gera, Leipzig und Suhl erschlossen, die noch ca. 5 100 Tonträger umfassen.

Die Überlieferungen beinhalten Aufnahmen von Raumüberwachungen, Vernehmungen und Prozessen sowie Mitschnitte von Beratungen, Versammlungen, Konferenzen und IM-Berichten.

Seit Herbst 2009 wird die Überlieferung der BV Gera bearbeitet. Sie bildet einen inhaltlichen Querschnitt aller Tonüberlieferungen des MfS ab mit historisch relevanten Aufzeichnungen von Prozessen aus den 1960er-Jahren, IM-Berichten zur Lage und Stimmung in der Bevölkerung und Vernehmungen zu Transitverhalten von Bürgern

der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins. Das Bezahlen an einer Tankstelle auf der Transitstrecke Hermsdorfer Kreuz mit Mark der DDR beispielsweise wurde von der Untersuchungsabteilung der BV Gera zum Anlass genommen, eine Befragung eines Bürgers aus Westberlin zur „Klärung eines Sachverhaltes“ durchzuführen und ihn für längere Zeit festzuhalten. Nach Zusage einer „Gegenleistung“ wurde der Befragte „entlassen“. Derartige Unterbrechungen im Transitverkehr waren keine Seltenheit.

Im Juli 2009 wurde mit der Erschließung und digitalen Sicherung von 50 Tondokumenten der Provenienz Wachregiment Berlin begonnen, da sich diese in einem teils sehr schlechten Erhaltungszustand befinden. Es handelt sich um Aufnahmen aus dem „Tonstudio Wachregiment“ aus den 1960er- und 1970er-Jahren. Sie geben Aufschluss u. a. über Treffen mit dem KGB, Festveranstaltungen, Aufnahmen zur Geschichte und zu kulturellen Ereignissen im Wachregiment. Sie widerspiegeln aber auch ganz alltägliche individuelle Begebenheiten.

Neben der archivischen Erschließung und Nutzbarmachung arbeitet die BStU derzeit daran, technisch nachhaltige und stabile Lösungen für die audio-visuellen Medien zu entwickeln, um die originären Informationen im Sinne des StUG zu sichern (siehe Kapitel 3.4.4).

3.2.3.3 Fotodokumente

Im Berichtszeitraum konnte die Erschließung der Fotos der Hauptabteilung (HA) VIII (Beobachtung, Ermittlung) abgeschlossen werden. Nunmehr steht eine der umfangreichsten Fotoüberlieferungen einer Hauptabteilung des MfS mit 86 155 Einzelbildern für die Nutzung vollständig zur Verfügung. Die operative Überwachung von Personen, Objekten und Transitwegen zählte zu den Kernaufgaben der HA VIII. Dies spiegelt sich auch in der fotografischen Überlieferung wider. Die mit versteckter Kamera beobachteten Besucher der Bluesmessen und der Friedenswerkstatt in der Berliner Erlöserkirche sowie die Kontrollen von Besuchern vor den Botschaftsgebäuden in Ostberlin seien hierfür exemplarisch genannt. Fotoserien zu den auf dem Gebiet der DDR operierenden westlichen Militärverbindungsmissionen bilden einen weiteren Schwerpunkt der fotografischen Überlieferung. Daneben sind zahlreiche Fotografien zu Fahrzeugblockierungen, Unfällen und Personenbewegungen an den repräsentativen Stützpunkten der Militärverbindungsmissionen in Potsdam und Neu Fahrland überliefert.

Die Erschließung von Fotografien der Teilbestände HA VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel) und Abteilung XII des MfS (Zentrale Auskunft/Speicher) wurde ebenfalls beendet. Nach wie vor wird an der Erschließung der Fotografien der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe, des Büros der Leitung, der HA II (Spionageabwehr), der HA IX (Untersuchungsorgan) und der HA XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) gearbeitet.

3.2.3.4 Maschinenlesbare Daten

Der Schwerpunkt der Arbeit an den Beständen maschinenlesbarer Daten des MfS lag weiterhin in der bereits im Neunten Tätigkeitsbericht dargestellten einheitlichen Dokumentation. Diese soll es künftigen Nutzerinnen und Nutzern sowohl ermöglichen, eine Übersicht über die vorhandenen Bestände zu erhalten, als auch die dort gespeicherten Informationen im Kontext der sonstigen Überlieferung des Staatssicherheitsdienstes richtig zu interpretieren. Unter anderem wurde eine umfangreiche Bestandsbeschreibung zur Datenüberlieferung der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS erarbeitet. Von den 44 Datenprojekten bzw. Archivbeständen maschinenlesbarer Daten sind nunmehr 15 erschlossen, wobei die Tiefe der Erschließung der Qualität und Quantität der jeweiligen Datensammlung angepasst wird (siehe Neunter Tätigkeitsbericht, S. 35–36).

3.3 Findmittel

3.3.1 Karteien des MfS

Findmittel des MfS, mit deren Hilfe personenbezogene Informationen zugänglich gemacht werden können, haben für die Recherchen eine hervorragende Bedeutung.

Hierfür werden an erster Stelle die vom MfS und seinen Bezirksverwaltungen umfangreich überlieferten zentralen personenbezogenen Karteien genutzt. Diese Karteien, vor allem die F 16 (Personenkartei) und die F 22 (Vorgangskartei), gewährleisteten den Zugriff auf die von den Abteilungen XII (Auskunft/Speicher) registrierten und archivierten Vorgänge. Neben diesen Karteien sind für die Arbeit der BStU weitere zentrale MfS-Karteien wie die F 77 (Decknamenkartei) und die F 78 (Straßenkartei) unverzichtbar.

Die MfS-Karteien werden bei der BStU durch Erkenntnisse aus laufenden Aktenbenutzungen und Erschließungsarbeiten unter Wahrung der Authentizität der originalen Bestandteile weiter vervollständigt. In der Zentralstelle wurden im Berichtszeitraum 2 317 Ergänzungen in den Karteien F 16 und F 22, in den Außenstellen analog 2 416, auf speziellen BStU-Karteikarten vorgenommen.

Neben den zentralen Karteien werden für die personenbezogenen Recherchen die zahlreichen dezentralen Karteien genutzt. Bei diesen handelt es sich um Arbeitskarteien verschiedener Dienstseinheiten des MfS, beispielsweise die Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien (VSH). Die Karteibereiche der BStU in der Zentralstelle übernahmen, ergänzten und ordneten im Berichtszeitraum weitere 64 dezentrale personenbezogene Karteien, die nun mit einem Umfang von über 13,6 lfd. M. (mehr als 52 237 Karteikarten) für Personenrecherchen genutzt werden können. Insgesamt stehen im Archiv der Zentralstelle 672 dieser Karteien mit einem Umfang von ca. 10,5 Millionen Karteikarten für Recherchen zur Verfügung. Analog verfahren die Außenstellen, sodass deren Archivbereiche nunmehr insgesamt ca. 3 640 dezentrale MfS-

Karteien mit ca. 17,6 Millionen Karteikarten für Personenrecherchen nutzen können.

Zur Karteiüberlieferung gehört auch eine Vielzahl von dezentralen MfS-Sachkarteien, deren Übersicht behördenintern zur Verfügung steht. Sachkarteien ergänzen thematische Recherchen, weshalb die Übersicht periodisch ergänzt wird. Im Berichtszeitraum kamen weitere Sachkarteien aus den Teilbeständen hinzu. Darunter befinden sich u. a. die Sichtlochkartei mit vom MfS als kriminell eingestuften Sachverhalten aus dem Teilbestand Hauptabteilung (HA) VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel), eine VS-Nachweiskartei aus der HA XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen) und die Frequenzbelegungskartei aus der HA III (Funkaufklärung, Funkabwehr).

3.3.2 BStU-Datenbanken in den Archiven

Zu den personenbezogenen Findmitteln gehören neben den Karteien auch Datenbanken der BStU. Die seit 1993 in Gebrauch befindlichen Elektronischen Personenregister (EPR) sind die umfangreichsten. Die EPR enthalten vor allem Personendaten aus den dezentralen Karteien und aus Erschließungsarbeiten an Schriftgut, audio-visuellen Medien und maschinenlesbaren Daten. Sie werden als Vorfilter zu weiterführenden Recherchen in den oben beschriebenen Karteien genutzt. In der Zentralstelle umfasst diese Datenbank ca. 9 Millionen Datensätze. In den Außenstellen haben die EPR einen Umfang von insgesamt 13,8 Millionen Datensätzen.

Die „Rosenholz“-Datenbank steht seit 2003 für Recherchen zur Verfügung. Insgesamt wurden in diesem Datenbestand bisher 149 879 Recherchen zu Personen und Vorgängen durchgeführt. In der Datenbank „Rosenholz“ befinden sich Daten aus der Personenkartei F 16, der Vorgangskartei F 22 und aus Statistikbögen der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA). Es sind Angaben zu 279 228 Personen bzw. 57 471 Vorgängen sowie zu 1 702 Statistikbögen enthalten.

In der Zentralstelle wurden 1995 die Datenbanken HHO (HVA/HIM/OibE) und HM/WR eingeführt, die bis heute ergänzt werden. Die HHO-Datenbank enthält derzeit 204 043 Datensätze zu Personen und Vorgängen mit Bezug auf HVA-Erfassungen, zu hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeitern (HIM) und zu Offizieren im besonderen Einsatz (OibE). In der Datenbank HM/WR sind Angaben zu hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS und Mitarbeitern des Wachregiments „Felix E. Dzierzynski“, insgesamt zu 277 000 Personen, erfasst.

Neben den personenbezogenen Findmitteln arbeitet die BStU mit einer Reihe von IT-Lösungen, die für die sachbezogenen Recherchen genutzt werden. Die wichtigste unter ihnen ist das Sachaktenschließungsprogramm (SAE), eine speziell für die BStU entwickelte Fachanwendung (siehe Fünfter und Sechster Tätigkeitsbericht).

In den letzten Jahren zeigte sich die Notwendigkeit, die archaische IT-Landschaft zu überdenken. Daraus entstand das Projekt elektronisches Archiv (eArchiv) mit

dem Ziel, eine fachliche und technische Neuausrichtung zu konzipieren.

Die bei der BStU im Archivbereich vorhandene IT-Fachanwendungslandschaft ergab sich aus der Abbildung des vom MfS überlieferten Archivgutes und aus der sukzessiven Umsetzung der Fachanforderungen in den Aufbaujahren der BStU. Bei den einzelnen IT-Fachverfahren handelt es sich um Hilfsmittel in elektronischer Form, die durch die BStU zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß StUG genutzt werden. Die IT-Landschaft ist funktional ausgerichtet und die IT-Fachverfahren basieren zudem auf veralteten Technologien, deren Wartbarkeit an Grenzen stößt.

Ziel des Projekts eArchiv ist die Ablösung der Datenbanken Sachaktenserschließung (SAE) und der Aktenausgabe Magazin (AMAG) durch die beim Bundesarchiv entwickelte integrierte Archivverwaltungssoftware BASYS 2, die zudem um die Verwaltung von Digitalisat-Informationen erweitert und an ein digitales Archivsystem angebunden werden soll.

Bis Ende 2009 erfolgte durch eine Projektgruppe der BStU die systematische Beschreibung aller archivischen Fachanforderungen an das zukünftige IT-System, die in einem Lastenheft (einer detaillierten Anforderungsspezifikation) gebündelt wurden. Darauf aufbauend erstellte die BStU eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und prüfte die beim Bundesarchiv entwickelte und teils bereits eingesetzte Archivverwaltungssoftware BASYS 2 auf Nutzbarkeit.

Die Beurteilung erfolgte anhand maßgeblicher archivischer Prozesse und wurde in Konsultation mit dem für BASYS 2 zuständigen Referat im Bundesarchiv realisiert.

Im Ergebnis wurde deutlich, dass BASYS 2 sich grundsätzlich für die Nachnutzung in den Archiven der BStU eignet. Diese Eignung bezieht sich sowohl auf die Magazin- und Nutzerverwaltung als auch auf Erschließungs- und Rechercheprozesse. Eine Ausnahme bilden jene Anforderungen, die den Bereich der personenbezogenen Datenbanken (Kartei) prägen. Für diese IT-Verfahren werden Schnittstellen innerhalb des zukünftigen Systems zu schaffen sein.

In einer weiteren Projektphase gilt es zu klären, welche konkreten Anpassungen des Programms an die speziellen BStU-Arbeitsprozesse nötig sein werden, wobei die BStU gleichzeitig ihre bestehenden Arbeitsabläufe analysieren und gegebenenfalls optimieren wird.

Gegenwärtig befindet sich das Projekt eArchiv in der Planungsphase zur Umsetzung von BASYS 2 und in der Prüfung (vergabe-)rechtlicher Themen. Die bisherige enge Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv wurde durch eine Verwaltungsvereinbarung vom November 2010 auch für die Zukunft fixiert.

Gleichzeitig wurde im Berichtszeitraum nach einer raschen Digitalisierungslösung für bestandsgefährdete analoge Audiodokumente gesucht (siehe Kapitel 3.4.4). Die Digitalisierung der analogen Audioinformationen erfolgt

mit WaveLab, einer professionellen Audiosoftware. Die Daten aus der Digitalisierung werden ausschließlich in der Zentralstelle über die Datenbank AudioDigital erfasst und nutzbar gemacht. Diese Anwendung wurde intern entwickelt, in Java realisiert und im Februar 2010 technisch umgesetzt. In ihr werden formale und technische Metadaten aus dem Digitalisierungsprozess gespeichert, zu denen es – wie auch zu den archivischen Daten – eine Such- und Recherchefunktion gibt. Die Daten und Metadaten aus dieser Interimslösung sind bereits so angelegt, dass es bei der Migration in ein neues System keine inhaltlichen Probleme geben wird.

Tonträger, die nicht von akutem Zerfall bedroht sind, werden nach der Digitalisierung weiterhin archivgerecht in ihrer analogen Form aufbewahrt.

3.3.3 Findmittel im Internet

Einen grundlegenden Überblick über die in der BStU verwalteten Bestände vermitteln die Bestandsinformationen, die wesentliche Erkenntnisse aus dem Erschließungsprozess widerspiegeln und regelmäßig aktualisiert werden.

In diesem Rahmen sei noch einmal auf die online-Einstellung des Verzeichnisses für Filme und Videos aus dem Jahre 2009 hingewiesen, das die Informationsmöglichkeiten für die externen Nutzer erweitert (siehe Kapitel 3.2.3.1).

Im Berichtszeitraum wurde eine Reihe von Aktenverzeichnissen zu Dienststeinheiten der Bezirksverwaltungen (BV) und Kreisdienststellen (KD) veröffentlicht. Im Gegensatz zu gedruckten Findmittelübersichten bieten diese Verzeichnisse eine kurze Einführung in die Thematik und verzichten dafür auf ein ausführliches Register.

Bisher standen die Aktenverzeichnisse der BV Neubrandenburg im Mittelpunkt. Neben zehn Dienststeinheiten und der Leitung der Parteiorganisation liegen zu allen Kreisdienststellen Verzeichnisse vor.

Eine Ergänzung fand die Übersicht zu Findmitteln durch die Veröffentlichung von zwölf Aktenverzeichnissen der BV Rostock. Auch zur Überlieferung der BV Karl-Marx-Stadt, Cottbus, Frankfurt (Oder), Gera und Magdeburg liegen nun Verzeichnisse im Netz vor.

Neu im Internetauftritt ist die Einstellung von ausgewählten Beispielen personenbezogener MfS-Karteien aus Teilbeständen der Zentralstelle mit Abbildungen und Erläuterungen. Der entsprechende Internetlink, der künftig ausgebaut wird, umfasst bisher Beispiele aus den Dienststeinheiten Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher), Hauptabteilung (HA) VII (Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei), HA XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen), HA XXII (Terrorabwehr), HA Kader und Schulung sowie aus dem Büro der Leitung und der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe.

Darüber hinaus werden Unterlagen auch außerhalb der Internetseiten der BStU online präsentiert. So werden beispielsweise die Bestände der Thüringer Außenstellen im Archivportal Thüringen, das von der Archivberatungsstelle beim Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar betrieben wird, vorgestellt.

Die BStU beteiligt sich mit verschiedenen Findbuchdateien am Archivportal „SED-/FDGB-Archivgut“. Bei diesem Portal handelt es sich um ein Kooperationsprojekt des Bundesarchivs mit den Landes- und Staatsarchiven der neuen Bundesländer und des Landes Berlin (siehe Neunter Tätigkeitsbericht, S. 39–40). Die BStU hat hierzu eine online-Beständeübersicht zu im MfS-Überlieferungsbereich enthaltenen Unterlagen von SED und FDGB erstellt, die seit Herbst 2009 in den online-Auftritt des Netzwerks „SED-/FDGB-Archivgut“ eingebunden ist. Den größten Anteil bildet dabei die Überlieferung zur SED-Kreisleitung und zum FDGB-Kreisvorstand im MfS. Weitere Erschließungsangaben betreffen die Bestände Leitung der Parteiorganisation in den MfS-Betriebsverwaltungen Gera und Neubrandenburg.

Durch die Mitarbeit am Archivportal wurden erstmals BStU-Findmittel im Verzeichnungs- und Präsentationsstandard EAD (Encoded Archival Description) erstellt, welches sich als fachliches Austauschformat im internationalen Maßstab etabliert hat.

3.4 Bestandserhaltung

3.4.1 Präventive Maßnahmen

Der Bestandserhaltung der Hinterlassenschaft des Ministeriums für Staatssicherheit wird in den Archiven der BStU die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet. Aus dieser speziellen Sicht konnten seit Bestehen der BStU sowohl die technische Ausstattung der Archive als auch die Methoden des Aufbereiten der Unterlagen für die Nutzung ständig verbessert werden.

Die Unterlagen waren 1990 in sehr unterschiedlichen Umgebungen vorgefunden worden. Das Spektrum reichte von zum Teil klimatisierten Magazinen im MfS-Zentralarchiv in Berlin bis zur unsachgemäßen Lagerung in einem Bunker in Cottbus.

Zum Verschleiß des Archivmaterials trugen zusätzlich die vielfache Nutzung und der Transport zwischen den Liegenschaften der BStU bei. Selbst dort, wo auf bestehende Magazine zurückgegriffen werden konnte, war ihre Kapazität auf die vom MfS bereits archivierten Ablagen ausgerichtet, nicht jedoch auf tausende zusätzliche Bündel und Säcke mit zerrissenen Unterlagen.

Mit dem Ausbau und der Modernisierung bestehender Liegenschaften oder dem Umzug in geeignetere Räumlichkeiten verbesserten sich auch die Lagerungsbedingungen für das Archivgut. Ein Großteil der Unterlagen wurde zwischenzeitlich in säurefreie Behältnisse verpackt; in den Magazinen wurden klimaverbessernde Lösungen geschaffen.

Tondokumente, Kinefilme und Videos werden unter speziellen Bedingungen zentral in Berlin gelagert. Fotos jedoch verbleiben – wegen der Möglichkeit der Erschließung, da keine weitere Technik benötigt wird – in den jeweiligen Archiven der Außenstellen. Hier artikuliert sich eine generelle Herausforderung für die BStU: Es ist notwendig, eine geeignete Lagerung mit zeitgleichem kurzfristigem Zugriff zu verknüpfen.

Auch die voranschreitende Erschließung zieht neue Herausforderungen für die Bestandserhaltung nach sich. Erstmals 2007 wurden beispielsweise Nitratfilme im Bestand nachgewiesen, die wegen ihrer Gefährlichkeit separat gelagert und möglichst rasch dupliziert werden müssen (siehe Kapitel 3.4.4).

Der BStU obliegt die langfristige Erhaltung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, damit auch nachfolgende Generationen diese nutzen können. Unter dieser Prämisse wurde die Bestandserhaltungskonzeption der BStU überarbeitet. Dabei begreift das Konzept die Erhaltung der Unterlagen nicht als exklusive Aufgabe der Archive, sondern vielmehr als Auftrag an alle Bereiche, die mit den Unterlagen umgehen – vom inneren Dienst bis zum Nutzer der Unterlagen. Die verantwortliche Archivabteilung organisiert Schulungen und Informationsveranstaltungen für die Beschäftigten der Behörde; Magazinmitarbeiterinnen und -mitarbeiter werden regelmäßig zu unterschiedlichen Fragen des Bestandschutzes unterrichtet. Auch den Beschäftigten aus den Erschließungsbereichen des Archivs obliegt eine besondere Sorgfaltspflicht bei der Verpackung der Verzeichnungseinheiten. Für alle Beschäftigten fand im Oktober 2010 eine Veranstaltung unter dem Thema „UNESCO-Welttag des audiovisuellen Erbes: Einblicke in Fotolabor, Tonstudios und Restaurierungswerkstatt“ statt, bei der die aufwändige Sicherung und Bearbeitung aller Materialien gezeigt und so das Bewusstsein für einen sachgerechten Umgang mit den Unterlagen geschärft wurde.

Um Folgeschäden von Katastrophen wie dem Hochwasser an Oder und Elbe, dem Brand in der Weimarer Anna Amalia Bibliothek 2004 und nicht zuletzt dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs im März 2009 wirksam begegnen zu können, streben Archive, Bibliotheken und verwandte Einrichtungen zunehmend Zusammenschlüsse auf lokaler und regionaler Ebene an. Ein Beispiel dafür ist der von Archiven mit Sitz in Magdeburg gegründete Notfallverbund. Vertreter von sechs Magdeburger Archiven unterzeichneten am 3. September 2009 im Gebäude des Landtags eine Vereinbarung zur wechselseitigen Unterstützung im Katastrophenfall. Neben der Außenstelle Magdeburg der BStU sind das Landeshauptarchiv, das Stadtarchiv, das Landtagsarchiv sowie das Archiv der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen und das Bistumsarchiv an der Vereinbarung beteiligt. Eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe erarbeitet Notfallpläne für Krisensituationen und stimmt diese mit zuständigen Behörden vor Ort ab. Mit dem Verbund sind so die Voraussetzungen geschaffen worden, um im Katastrophenfall gefährdetes Archivgut durch gegenseitige personelle, technische und räumliche Unterstützung so optimal wie möglich zu schützen. Wie ernst die Archivare der BStU ihre diesbezügliche Verantwortung nehmen, zeigt u. a. ihre Beteiligung an einer Übung zum Katastrophenschutz im Rahmen des Berliner Notfallverbundes im September 2010 sowie die Teilnahme am 80. Deutschen Archivtag 2010 in Dresden. Dieser hatte die Problematik „Archive unter Dach und Fach. Bau, Logistik, Wirtschaftlichkeit“ zum Thema.

3.4.2 Schutzverfilmung und Duplizierung

Eine häufige Nutzung der Aktenbestände und der Karteien des MfS führt zum Verschleiß des Papiers und zu Informationsverlusten. Die Schutzverfilmung gefährdeter Unterlagen ermöglicht einen fortwährenden Zugang sowie eine dauerhafte Sicherung derselben. Seit November 2002 werden die Unterlagen der Hauptabteilung IX/11 (Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen) schutzverfilmt; im Berichtszeitraum betraf das 170 113 Seiten.

Die Verfilmung des MfS-Karteibestandes der Zentralstelle wurde bereits im Jahr 2000 abgeschlossen. Die Schutzverfilmung der in den Außenstellen Chemnitz, Erfurt, Frankfurt (Oder), Rostock und Suhl überlieferten Karteien des MfS konnte ebenfalls beendet werden. Zurzeit werden die Karteien der Außenstellen Halle, Leipzig und Neubrandenburg verfilmt. Die Anzahl der verfilmten Karteikarten im Berichtszeitraum beläuft sich auf 465 697. Es folgen die Beständen Cottbus, Dresden, Gera, Magdeburg, Potsdam und Schwerin.

Eine besondere Aufmerksamkeit gilt der Bestandserhaltung der vom MfS gefertigten Mikrofilme. Diese sind durch den häufigen Gebrauch zu Recherchezwecken, zum Teil auch durch die Anfertigung von Rückkopien, sehr stark beansprucht und in ihrer Substanz gefährdet. Deshalb werden für die Akteneinsicht polaritätsgleiche Duplikatfilme gefertigt. Vor der Duplizierung werden die MfS-Mikrofilme hinsichtlich mechanischer Schäden geprüft. Falls vorhanden, werden Defekte, wie z. B. Ein- und Durchrisse, und Verschmutzungen beseitigt.

Die Duplizierung der vom MfS überlieferten Mikrofilmbestände in den Außenstellen Dresden, Frankfurt (Oder), Cottbus, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam und Schwerin ist beendet. Gegenwärtig werden die Mikrofilmbestände aus den Außenstellen Chemnitz und Rostock bearbeitet. Im Berichtszeitraum wurden 1 784 Filme dupliziert. Die Sicherung von Mikrofilmen der Außenstelle Gera folgt im Anschluss.

3.4.3 Papierrestaurierung und -konservierung

Die Restaurierungswerkstatt unterstützt viele Bereiche der Behörde mit fachlicher Beratung und gibt Anregungen zur Bestandserhaltung. Die Konservierung der Bestände umfasst diverse präventive Maßnahmen, wie archivgerechte Verpackung, klimatisierte Lagerung und umsichtige Handhabung in allen Bereichen. Die Unterlagen bestehen aus heterogenen Papieren und tragen, oft herstellungsbedingt, den Keim der Zerstörung durch Säurebildung in sich. Bei der häufigen Nutzung werden sie außerdem mechanisch stark beansprucht und auch geschädigt. Eine Konservierungsmöglichkeit für diese Papiere bietet die Entsäuerung. Im Jahr 2009 wurden für die Außenstelle Chemnitz ca. 100 Akten mit stark geschädigten Papieren aus den Jahrgängen 1947 bis 1949 im Einzelblattverfahren entsäuert und anschließend restauriert. Das Massenproblem des schleichenden Papierzerfalls kann jedoch nicht in Einzelrestaurierungen bewältigt werden. In der zentralen Restaurierungswerkstatt der BStU wurden daher ca. 90 lfd. M. Unterlagen aus den Teilbeständen

Hauptverwaltung Aufklärung, Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung sowie Hauptabteilung IX/11 für ein Pilotprojekt zur Massensäuerung vorbereitet, welches bis 2011 aus Mitteln des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung umgesetzt wird.

Nach ihrer Restaurierung und Konservierung konnten im Berichtszeitraum ca. 1 500 Blatt wieder der Nutzung zugeführt werden.

Karteikarten der Personenkartei F 16 aus der Zentralstelle (ca. 2 000 Stück), die starke Beanspruchungsspuren z. B. an den Griffkanten aufwiesen, wurden ebenfalls restauriert. Für die Außenstelle Gera wurde eine vom MfS vorvernichtete Kerblockkartei aus dem Teilbestand Abteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung) mit ca. 2 900 Karteikarten aufgearbeitet.

Sechs Säcke und zwei Koffer stark verschmutzter und mit Schimmelpilz befallener Unterlagen aus den Beständen der Außenstellen Potsdam und Suhl konnten an einer Reinraumwerkbank im Labor der Restaurierungswerkstatt gereinigt und desinfiziert werden.

3.4.4 Sicherung audio-visueller Medien und maschinenlesbarer Daten

Je nach Medienart und Trägermaterial ergeben sich aus konservatorischer und nutzungsspezifischer Sicht unterschiedliche Strategien für die Bestandssicherung. Das betraf im Berichtszeitraum beispielsweise die gefährdeten analogen Audiodokumente wie auch die feuergefährlichen Nitrofilme.

Für den Audio-Bestand ist die Digitalisierung der analogen Tonträger die angemessene Methode, um die Informationen nutzbar zu halten und perspektivisch langzeitarchivisch zu sichern. Im Berichtszeitraum konnten dafür konzeptionelle Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu wurden u. a. Digitalisierungsparameter sowie Metadatensets, Speicherformate und Arbeitsabläufe festgelegt. Die Daten aus dem Prozess der Digitalisierung sind in der Datenbank AudioDigital zugriffsfähig (siehe Kapitel 3.3.2).

Wie oben genannt, stellen Filmmaterialien auf Nitratbasis Archive vor eine hohe Herausforderung. Einerseits ist die Identifizierung mit nicht destruktiven Mitteln, also solchen, die das Filmmaterial dabei nicht zerstören, ausgesprochen schwierig, andererseits ist sie unumgänglich, da der Gesetzgeber Nitratfilmmaterial zu den Sprengstoffen zählt und dem Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz – SprengG) unterstellt. Im Laufe der vergangenen Jahre gelang es sukzessive, die Fotonegative auf Nitratbasis zu erkennen und aus dem Bestand herauszulösen.

Für diese derzeit 2 700 Einzelbilder, wie auch für zukünftig auftretendes Material auf Nitratbasis, sind Ersatzkopien auf Polyesterbasis und Digitalisate für die Nutzung vorgesehen. Nach umfänglicher Qualitätskontrolle der Reprografien werden die Originale sachgerecht entsorgt.

Obwohl die Informationen von fast allen überlieferten (nicht gelöschten) Datenträgern des MfS gesichert wur-

den, existieren noch einige Datenträger in besonders seltenen Formaten, die bisher nicht gelesen werden konnten. Da ohne den physischen Zugriff auf die Datenträger keine sicheren inhaltlichen Aussagen getroffen werden können, bemüht sich die BStU hier weiterhin, Lösungen zu finden. Für eine kleine Anzahl sehr seltener Datenkassetten aus dem Bereich der Rückwärtigen Dienste des MfS gelang es im Berichtszeitraum, in Zusammenarbeit mit einem externen Experten die Daten zu sichern, die sich im Ergebnis aber als bedeutungslos herausstellten. Für einen anderen Datenträgertyp wurden der BStU im Berichtszeitraum leihweise zwei inzwischen historische Speicherlaufwerke von der Universität Greifswald zur Verfügung gestellt. In Kooperation mit externen Fachleuten wird momentan versucht, diese Geräte für die Sicherung der Datenträger wieder in Betrieb zu setzen.

3.5 Herausgabe und Übernahme von Unterlagen

Im Frühjahr 1990 erfolgte die Bergung und Sicherung der umfangreichen schriftlichen Hinterlassenschaften des Staatssicherheitsdienstes, die sich auf viele – bekannte und geheime – Dienststellen verteilte. Oftmals erfolgte die Sicherung in großer Hast und nur provisorisch. Probleme bereiteten unklare Zuständigkeiten und getarnte Dienstobjekte. Es handelte sich hierbei also nicht um eine geordnete Übergabe von Registraturen und Archiven. Daher war es auch nicht möglich, letzte Gewissheit über die Existenz aller noch vorhandenen Unterlagen zu erhalten.

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz benennt, was zu den Stasi-Unterlagen zählt, schreibt dafür der BStU das Verwahrmonopol zu und regelt die unterschiedlichen Verwendungsmöglichkeiten. So erhalten – weil es sich nicht um Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes handelt – Betroffene und Dritte vom Staatssicherheitsdienst widerrechtlich weggenommene oder vorenthaltene Gegenstände und Unterlagen zurück (§ 6 Absatz 2 Nummer 4 StUG). Das betrifft etwa Familienfotos, Tagebücher und Briefe. In gleicher Weise wird verfahren, wenn bei der Erschließung Unterlagen fremder Provenienz ermittelt werden, die keine Bearbeitungsspuren des MfS tragen. Diese werden dann, den archivfachlichen Gepflogenheiten entsprechend, nach § 11 Absatz 1 StUG an die zuständigen Stellen und Archive abgegeben. Als Beispiel aus jüngster Zeit sei ein Fotoalbum der Porzellanmanufaktur Meißen aus den 1930er-Jahren genannt, das sich in den Überlieferungen der BV Dresden fand und am 7. April 2010 an das dortige Unternehmensarchiv abgegeben wurde. Zwischen 1990 und 2010 wurden insgesamt 302 lfd. M. Unterlagen abgegeben.

Andererseits gibt es auch die Anzeige- und Herausgabepflicht für das Auffinden von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes gegenüber der BStU (§§ 7 bis 9 StUG). Diese Unterlagen werden dann durch die BStU akzessioniert. Im Berichtszeitraum wurden ca. 12 lfd. M. Akzessionen eingearbeitet, die sich in verschiedene Herkunfts-Gruppen einteilen lassen:

Zum ersten handelt es sich um Unterlagen, die dem Staatssicherheitsdienst bis 1989 durch Geheimnisverrat

oder Spionage abhanden gekommen oder im Zuge der Besetzungen von MfS-Dienststellen 1989/90 entwendet worden waren. Des Weiteren gehören dazu Akten, die Gerichte und Behörden für unterschiedliche Zwecke – etwa zur Strafverfolgung, Rehabilitierung, Vermögensaufklärung, Rentenberechnung – vor Inkrafttreten des StUG nutzten. Und schließlich fallen darunter Überlieferungen, die sich nach 1990 noch in ehemaligen Liegenschaften des MfS fanden sowie Unterlagen, die nach Bestands- bzw. Provenienzbereinigungen von anderen Archiven an die BStU abgegeben werden, insbesondere aus Überlieferungen anderer bewaffneter Organe der DDR.

Die weitere archivische Bearbeitung dieser akzessionierten Unterlagen stellt die Archivare vor Herausforderungen. Teilweise sind sie restaurierungsbedürftig; unautorisierte Kopien und Digitalisate verlangen aktenkundliche Expertise. Für die Zuordnung sowie sachgerechte Verzeichnung sind fundierte Kenntnisse zur Überlieferungslage erforderlich.

Neben Akten wurden auch Disketten, Filme, Videos und Tonbänder akzessioniert.

3.6 Manuelle und virtuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen

3.6.1 Manuelle Rekonstruktion

Die seit 1995 bestehende Projektgruppe „Manuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“ hat den Auftrag, jene Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes wieder zusammenzusetzen, die von Angehörigen des MfS 1989/90 grob per Hand zerrissen, aber nicht mehr endgültig beseitigt werden konnten. Im Einzelnen ist sie zuständig für die Sichtung, Zusammensetzung und erste Formierung der Unterlagen. Im Anschluss werden die rekonstruierten Materialien dem jeweils zuständigen Archivbereich der BStU übergeben und dort archivisch erschlossen und nutzbar gemacht.

Inzwischen wurden von der BStU ca. 994 000 Blatt manuell rekonstruiert. Im Berichtszeitraum konnten Einzeldokumente, Vorgänge und Aktenteile im Umfang von ca. 84 600 Blatt manuell erstellt werden, daneben erhebliche Mengen an Blattfragmenten, die erst vervollständigt werden können, wenn in anderen Behältnissen die zugehörigen Teile gefunden worden sind.

Inhaltlich konzentrierten sich die Arbeiten auch in diesem Berichtszeitraum u. a. auf Unterlagen der Hauptabteilung (HA) XX. Zusammengesetzt wurden Schriftgutteile der HA XX/7 (Kultur und Medien) und XX/9 (Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit), beispielsweise weitere Unterlagen, die die Überwachung des Schriftstellers Stefan Heym aufzeigen. Außerdem konnten Berichte der Abteilung 26 (Telefonüberwachung) wiederhergestellt werden, die Auskunft u. a. über die engmaschige Überwachung der Berliner Oppositionsbewegung im Jahr 1989 geben.

Ein weiterer Fokus war auf die zerrissenen Materialien aus dem Bereich der Linien II (Spionageabwehr) und XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen), vor allem

aus den Bezirksverwaltungen (BV) Cottbus und Frankfurt (Oder), gerichtet.

Bei den rekonstruierten Unterlagen der Abteilungen XIX aus den BV Cottbus und Frankfurt (Oder) überwogen Materialien, die zerstörten IM-Vorgängen zuzuordnen sind.

Ebenfalls bearbeitet wurden Überlieferungen der Kreisdienststellen Eisleben und Meiningen, die unmittelbaren Aufschluss über den Einfluss des Staatssicherheitsdienstes in den Städten und Gemeinden der ehemaligen DDR geben. Diese Unterlagen werden aktuell weiterbearbeitet und nehmen nach erster Einschätzung beispielsweise Bezug auf das Staatstheater sowie das Staatsarchiv Meiningen und widerspiegeln umfassend die Überwachung der innerdeutschen Grenze und des sogenannten Grenzvorfelds.

Die Arbeitsergebnisse der Projektgruppe sind ein Nachweis dafür, welchen Wert die Rekonstruktion zerrissener Unterlagen für den einzelnen Antragsteller und für die Aufarbeitung der SED-Diktatur durch Forschung, Bildung und Medien hat. Im Mai 2010 würdigte die Bundesbeauftragte bei einem Besuch in Zirndorf die Arbeit der Projektgruppe anlässlich ihres 15-jährigen Bestehens.

Zahlreiche Schicksale, aber auch Verantwortlichkeiten konnten erst im Licht der durch die Projektgruppe rekonstruierten Unterlagen geklärt werden. Das betrifft Dokumente aus der Beobachtung und Verfolgung prominenter Oppositioneller und von Regimekritikern (z. B. Jürgen Fuchs, Robert Havemann, Stefan Heym). Daneben konnte ehemaligen inoffiziellen Mitarbeitern des MfS mit Hilfe der zusammengesetzten Unterlagen ihre Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst nachgewiesen werden.

Die Projektgruppe unterstützt die begleitenden Arbeiten der BStU für das Pilotverfahren zur virtuellen Rekonstruktion. So wird beispielsweise seit Mitte 2009 gemeinsam eine verfeinerte Sichtung der Behältnisse mit den zerrissenen Unterlagen durchgeführt. Dabei ermöglicht die Option einer künftigen virtuellen Rekonstruktion bereits jetzt eine differenzierte Bearbeitungszuweisung. Demnach können durch die Projektgruppe „Manuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“ jetzt vorzugsweise solche Unterlagen bearbeitet werden, die nur wenige Male zerrissen und daher für die händische Zusammensetzung besonders geeignet sind.

Nach Auffassung der BStU ist es für die Rekonstruktion großteils zerrissener Unterlagen auch künftig sinnvoll, parallel zur virtuellen auch die manuelle Rekonstruktion aufrechtzuerhalten, da letztere neben den Informationen auch das historische Material selbst wieder herstellt und damit zugänglich machen kann.

3.6.2 Virtuelle Rekonstruktion

Im Jahr 2007 bewilligte der Deutsche Bundestag finanzielle Mittel für die Durchführung eines Pilotverfahrens zur virtuellen Rekonstruktion von zerrissenen MfS-Unterlagen. Hierzu erging im Frühjahr 2007 ein Forschungsauftrag an das Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen

und Konstruktionstechnik (IPK), der sich an eine frühere Machbarkeitsstudie des Fraunhofer IPK anlehnt. Das Pilotverfahren besteht aus zwei Hauptbausteinen. Den ersten Hauptbaustein bildet die vom Fraunhofer IPK zu realisierende technische Entwicklungs- und Testphase. Im zweiten Hauptbaustein werden die virtuell rekonstruierten Einzelseiten durch die BStU archivfachlich bearbeitet. Ein Bericht der BStU an den Deutschen Bundestag, der dem Gesetzgeber eine Entscheidung über die Durchführung eines möglichen Hauptverfahrens zur virtuellen Rekonstruktion ermöglichen soll, wird das Pilotverfahren beschließen.

Zur fachlichen Begleitung des ersten Hauptbausteins sowie zur Vorbereitung der Ablauforganisation für den zweiten Hauptbaustein hat die BStU eine Projektgruppe eingerichtet.

Aktuell befindet sich der erste Hauptbaustein des Pilotverfahrens noch in der Entwicklungsphase. Die Entwicklung der verschiedenen Module gestaltete sich wesentlich zeitaufwändiger als der Auftragnehmer bei Projektstart angenommen hatte. Nach derzeitiger Einschätzung wird es deshalb insgesamt zu einer für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben dieser Komplexität nicht ungewöhnlichen deutlichen zeitlichen Verzögerung kommen. Abgesehen davon hat das Fraunhofer IPK bisher die Inhalte aller Meilensteine in dem im Forschungsauftrag definierten Umfang sowie in der geforderten Qualität geliefert. Da die Leistungen des Fraunhofer IPK erfolgsabhängig zu einem Festpreis vergütet werden, entstehen der BStU durch die Verzögerung keine Mehrkosten.

Im Berichtszeitraum konnte das virtuelle Rekonstruktionsverfahren in lauffähigen Versionen, die unter anderem die Suchparameter Papierfarbe, Risskante, Hand- und Maschinenschrift beinhalten, abgenommen werden. Die derzeitige Planung sieht vor, dass das Fraunhofer IPK die Entwicklungsphase zum Ende des Jahres 2011 abschließt.

Anfang 2010 hat der Deutsche Bundestag entschieden, den aktuellen Forschungsauftrag auszuweiten und weitere Module vom Fraunhofer IPK entwickeln und testen zu lassen. Innerhalb eines integrierten IT-Verfahrens soll die virtuelle Rekonstruktion der Schnipsel zu Einzelseiten über die IT-gestützte Formierung der Einzelseiten zu Dokumenten und Akten bis hin zu deren digitaler Erschließung erprobt werden. Hierfür hat der Deutsche Bundestag eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2 Mio. Euro in den Haushalt 2010 eingestellt, die in den Jahren 2011 und 2012 fällig wird. Der entsprechende Erweiterungsauftrag zum Forschungsauftrag wurde Anfang Dezember 2010 vom Beschaffungsamt des BMI (für die BStU) und von der Zentrale der Fraunhofer Gesellschaft (für das Fraunhofer IPK) unterzeichnet.

Nach gegenwärtigem Planungsstand ist vorgesehen, dem Parlament 2012 einen Zwischenbericht zum dann erreichten Sachstand sowie zur Machbarkeit der im Rahmen des erweiterten Forschungsauftrags entwickelten Zusatzmo-

dule zuzuleiten. Die BStU begleitet fachlich auch die Entwicklungsarbeiten, die im Rahmen des erweiterten Forschungsauftrags durchgeführt werden.

3.7 Archivfachliche Kontakte mit anderen Archiven und Einrichtungen

Die BStU hat im nationalen Rahmen ihre Zusammenarbeit mit anderen Archiven und Einrichtungen ausgebaut. Zum einen ist sie selbst an fachlichem Austausch interessiert, zum anderen bekommt sie aber auch Anfragen für Kooperationen. Das können sowohl an einem Sach- oder Fachthema orientierte Zusammenarbeiten oder regelmäßige Kooperationen auf institutioneller Ebene sein, etwa wenn mit dem Bundesarchiv an einer gemeinsamen IT-Lösung gearbeitet wird (siehe Kapitel 3.3.2) oder die Fachhochschulen für Archivwesen in Marburg und Potsdam mit der BStU über Weiterbildungsangebote regelmäßig in fachlichem Austausch bleiben.

Seit langem existieren zwischen der BStU und regionalen Archiven regelmäßige Abstimmungen, beispielsweise auf dem Gebiet der Bestandssicherung. Hierzu ist auch der im September 2009 von Magdeburger Archiven unter Beteiligung der Außenstelle der BStU gegründete Notfallverbund zur wechselseitigen Unterstützung im Katastrophenfall zu rechnen (siehe Kapitel 3.4.1).

Die BStU unterstützte im September und Oktober 2010 mit fünf Archivaren das Historische Archiv der Stadt Köln bei der Sichtung und Erfassung des infolge des Archiveinsturzes im März 2009 beschädigten Kölner Archivgutes. Ein Einsatz von weiteren fünf Archivaren der BStU ist für das Jahr 2011 geplant. Dabei kommen deren Erfahrungen im Umgang mit zerrissenen und losen Unterlagen zum Tragen. Am 30. November 2010 fand hierzu eine gemeinsame Pressekonferenz des Kölner Stadtarchivs und der BStU statt, in dem die positive Resonanz des ersten Einsatzes hervorgehoben wurde.

Ein weiteres Podium für fachlichen Austausch bilden die Archivtage auf Bundes- und regionaler Ebene, an denen sich Archivarinnen und Archivare der BStU beispielsweise durch Referate zu Archivthemen beteiligen.

In zunehmendem Maße werden Archivfachkräfte der Behörde auch eingeladen, vor internationalem Fachpublikum Vorträge über die Erfahrungen mit der Archivarbeit in der BStU und über die Überlieferungslage des MfS zu halten. Hervorzuheben sind Begegnungen mit Kollegen aus den Aufarbeitungsbehörden Polens, Ungarns, Tschechiens und der Slowakei, die anlässlich des 20. Jahrestages der jeweiligen nationalen Ereignisse 1989/90 im Rahmen verschiedener Fachtagungen stattfanden. Beispielsweise hierfür seien die Veranstaltungen zum 20. Jahrestag der Samtenen Revolution im Institut des Nationalen Gedenkens der Slowakei (ÚPN) im November 2009 in Bratislava sowie die Internationale Konferenz im Historischen Archiv des Ungarischen Staatssicherheitsdienstes im September 2010 in Budapest genannt. Ein

Treffen von Fachkräften aus den Archiven der osteuropäischen Aufarbeitungsbehörden unter Beteiligung der BStU fand zudem im Mai 2009 in Prag statt. Als jüngste Beispiele für die Beteiligung der BStU an internationalen Archivkonferenzen seien die Beiträge auf der 5th International Conference on the History of Records and Archives (I-CHORA) in London im Juli 2010 sowie auf der von der norwegischen Behörde Statens senter for arkiv, bibliotek og museum organisierten „ABM-Konferenz“ zur gesellschaftlichen Rolle von Archiven, Bibliotheken und Museen in Oslo im Oktober 2010 erwähnt.

Der fachliche Austausch mit dem polnischen Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) wurde fortgesetzt. Im Jahr 2008 begann eine Untersuchung der im Archiv des MfS und des Geheimdienstes der Volksrepublik Polen verwendeten Begriffe. Diese Arbeit hat das Ziel, wesentliche Begriffe aus der – populär gesehen – „Terminologie der Geheimdienstarchive“ der DDR und der Volksrepublik Polen zusammenzutragen und ihre Bedeutung und Verwendung zu beschreiben. Das MfS bediente sich in seiner Informationsverarbeitung und Schriftgutverwaltung, beim Anlegen und Führen von Karteien, Akten und Datenbanken einer oft eigentümlichen Terminologie, einer Geheimsprache, die zwar Lehnbegriffe aus der Verwaltung, der Archivwissenschaft und der Datenverarbeitung nutzte, diese aber häufig mit einem veränderten, MfS-spezifischen Inhalt füllte. Hinzu kamen Eigenschöpfungen des MfS, insbesondere für die Bezeichnung der vielfältigen Formblätter, Vorgangsarten und Überprüfungsverfahren. Im Nachbarland Polen stellte sich die Situation ähnlich dar. Die Arbeitsgruppen in beiden Ländern haben ihre wesentlichen Erkenntnisse bereits zusammengefasst. Inzwischen liegen Manuskripte mit jeweils über 600 Begriffsbeschreibungen vor, die weniger abstrahierend, sondern eher aktenkundlich informierend sind. Zwischen BStU und IPN wird die Form der Publizierung der Ergebnisse dieses gemeinsamen Projekts gegenwärtig abgestimmt.

Gegenseitiger Austausch ergibt sich in weiter steigendem Umfang bei Besuchen im Archiv. Archivführungen bieten den Gästen ein lebendiges Bild der Archivarbeit in der BStU. Zum Besucherkreis zählten Fachkollegen aus dem Inland, z. B. Mitarbeiter des Internationalen Suchdienstes (ITS) aus Bad Arolsen, Archivarinnen und Archivare des Stadtarchivs Köln, Archivinspektorenanwärter und -anwärterinnen des Bundesarchivs sowie Fachkollegen aus westlichen Demokratien, wie Norwegen und den Niederlanden, Südkorea und mehreren Ländern Lateinamerikas. Gäste aus Ländern Mittel- und Osteuropas mit vergleichbarer Diktaturerfahrung, beispielsweise aus Polen, Lettland, der Ukraine, dem Kosovo, aber auch aus anderen Regionen der Welt, wie Brasilien und dem Irak, wurden durch das Archiv geführt. Diese Besuche waren von intensiven Fachgesprächen begleitet, in denen die weltweit beachtete Vorreiterrolle der BStU bei der Aufarbeitung von Geheimdienstunterlagen einer untergegangenen Diktatur deutlich wurde.

4 Verwendung von Unterlagen auf Antrag oder Ersuchen

Die Auskunfts- und Herausgabefähigkeit der BStU war im Berichtszeitraum in besonderer Weise von drei Ereignissen gekennzeichnet und beeinflusst: Einem neuen aktuellen Höchststand bei den Antragseingängen im Bereich der persönlichen Akteneinsicht, dem unerwartet erstarkten Interesse an der Überprüfung politischer Mandats- und Amtsträger sowie dem 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution.

Die Zahl der Eingänge im Bereich der Bürgeranträge überstieg im Jahr 2009 erneut die Grenze von 100 000. Hiervon entfielen über 65 000 auf Erstanträge. 2010 gingen mehr als 87 000 Anträge ein, wobei mehr als 54 000 Bürger erstmals einen Antrag auf Akteneinsicht stellten.

Die öffentliche Diskussion über die frühere Verstrickung von Mandats- und Amtsträgern hatte zum wesentlichen Teil ihren Ursprung in der politischen Entwicklung im Bundesland Brandenburg, wo 20 Jahre nach dem Ende des SED-Regimes ein später Aufarbeitungsprozess an Dynamik zu gewinnen begann. Damit im Zusammenhang steigerten sich allein die Überprüfungsersuchen zu parlamentarischen und kommunalen Mandatsträgern um mehr als 150 Prozent. Auch die Diskussion über eine Novellierung des StUG wurde nicht zuletzt vor diesem Hintergrund durch Forderungen nach einer Verlängerung der Überprüfungsmöglichkeiten über das Jahr 2011 hinaus ausgelöst.

Der 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution beflügelte naturgemäß in besonderer Weise die Forschung und die Medien, was sich sowohl quantitativ als auch thematisch im Antragsaufkommen in diesem Bereich niederschlug. In den Jahren 2009 und 2010 konnten mit 1 930 bzw. 1 486 Anträgen die höchsten Eingangszahlen seit 15 Jahren verzeichnet werden. Die Zahl eingehender Forschungs- und Medienanträge pro Mitarbeiter hat sich so seit 2005 praktisch verdoppelt. Bemerkenswert ist auch das zu beobachtende zunehmende Interesse an Filmdokumenten. So waren etwa MfS-Schulungsfilme Gegenstand gesonderter Veranstaltungen und fanden sogar Aufnahme in ein Kurzfilmfestival.

Die bereits im Neunten Tätigkeitsbericht (siehe dort S. 10) dargestellte Problematik der den Auskunftsreich stark überproportional treffenden Nachbesetzungssperre (siehe auch Kapitel 2.3) hat sich – verstärkt durch das anhaltend hohe Arbeitsaufkommen – weiter verschärft. Obwohl die Erledigungszahl pro Mitarbeiter unter anderem durch verschiedene organisatorische Maßnahmen nochmals gesteigert werden konnte, ließ sich eine Verkürzung der maximalen Wartezeiten im Bereich der persönlichen Akteneinsicht daher nicht erreichen.

Die im Zusammenhang mit der Herausgabe von MfS-Unterlagen getroffenen Entscheidungen hatten bislang in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle bei der – nach wie vor sehr selten eingeklagten – rechtlichen Überprüfung durch Gerichte Bestand. Dies gilt auch für den Berichtszeitraum. Von grundsätzlicher Bedeutung für die Aufarbeitung eines speziellen Bereichs des Einflusses der ehemaligen DDR auf die Bundesrepublik war das Urteil des

Verwaltungsgerichts Berlin, das sich erstmals mit dem Komplex der sogenannten Gruppe Ralf Forster, einer militärischen Untergrundorganisation der DKP, und in diesem Zusammenhang mit den Voraussetzungen der Kategorisierung von Unterlagen als solche zu einem Begünstigten befasst hat.

Der Erfahrungsaustausch zu Fragen der Verwendung von Stasi-Unterlagen mit den Partnerorganisationen der östlichen Nachbarstaaten sowie im Rahmen internationaler Kongresse wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt und intensiviert. Intensiv waren die Kontakte insoweit besonders mit der bulgarischen Partnerinstitution COMDOS. Großes Interesse an den Erfahrungen mit der Verwendung der Stasi-Unterlagen bestand aber auch bei Vertretern aus Ländern, die bisher noch über keine institutionalisierte Aufarbeitung verfügen (hierzu siehe auch Kapitel 7).

4.1 Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes

4.1.1 Antragsaufkommen, Erledigungen, Bearbeitungszeiten

Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der persönlichen Einsicht in die Stasi-Unterlagen ist im Berichtszeitraum im Vergleich zu den Vorjahren unverändert hoch geblieben. Im Jahr 2009 gingen mit 102 658 Anträgen noch einmal rund 15 000 Anträge mehr ein als im Vorjahr. Im Jahr 2010 lag der Antragseingang mit 87 514 Anträgen in etwa wieder auf dem Niveau des Jahres 2008. Insgesamt konnte die BStU bis zum 31. Dezember 2010 rund 2,75 Millionen Anträge verzeichnen (siehe Anhang 5; zur Verteilung der Antragseingänge auf die Bundesländer siehe Anhang 6).

Die Steigerung im Jahr 2009 ist sicher im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution zu sehen. Dass sich jedoch die Antragszahlen insgesamt 20 Jahre nach Gründung der Behörde noch auf einem derart hohen Niveau bewegen würden, ist nicht zu erwarten gewesen.

Dabei sind es nicht überwiegend Wiederholungsanträge, die diese große Menge ausmachen, sondern im Gegenteil: Nach Abzug von Anträgen auf Decknamenentschlüsselungen bzw. auf das Erstellen von Kopien nach erfolgter Akteneinsicht, die in der Gesamtzahl enthalten sind, beträgt seit dem Jahr 2003 der Anteil der Erstanträge konstant etwa 75 Prozent.

Vereinzelt wird die Vermutung geäußert, zu diesen erst so spät gestellten Anträgen seien bestimmt keine Erfassungen vorhanden, denn die Bürgerinnen und Bürger, die im Fokus des MfS standen, hätten ihre Unterlagen doch längst gesehen. Auch das ist keineswegs der Fall: Ebenfalls seit dem Jahr 2003 ergeben die Recherchen konstant lediglich bei einem Anteil von 35 Prozent der Anträge keine Erfassung. Weitere fast gleichbleibende ca. 22 Prozent der Recherchen führen zu Karteierfassungen, die keine Hinweise auf weitere Unterlagen ergeben. Zu ebenfalls über die Jahre konstant bleibenden ca. 40 Prozent

der recherchierten Anträge wird umfangreicheres Material gefunden. Durchschnittlich 3 Prozent der Anträge werden zurückgenommen oder müssen als rechtlich unzulässig abgelehnt werden.

Die Entwicklung des Antragsaufkommens korrespondiert in keiner Weise mit dem Personalbestand. Die beim Aufbau der Behörde bevorzugt eingestellten lebenserfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreichen nach und nach das Rentenalter und ihre Stellen können nicht nachbesetzt werden (siehe auch Kapitel 2.2. und 2.3.1).

Dennoch konnten bis zum Ende der Jahre 2009 und 2010 fast alle bis einschließlich 2007 bzw. 2008 eingegangenen Anträge im Bereich Akteneinsicht erledigt werden. Hinzu kamen jeweils Erledigungen aus dem laufenden Jahr aus Gründen der Eilbedürftigkeit sowie die oben geschilderten Mitteilungen, dass entweder keine oder nur Karteierfassungen vorlagen. So wurden im Jahr 2009 insgesamt 90 626 Anträge erledigt (siehe Anhang 5), davon 77 205 Erst- und Wiederholungsanträge, 11 383 Anträge auf Entschlüsselung von Decknamen sowie 2 038 Kopieranträge nach erfolgter Akteneinsicht. Im Jahr 2010 waren es insgesamt 89 453 Anträge (siehe Anhang 5), davon 75 788 Erst- und Wiederholungsanträge, 11 886 Anträge auf Entschlüsselung von Decknamen sowie 1 779 Kopieranträge. Damit konnten im Vergleich zu den Vorjahren trotz sinkenden Personalbestandes die Bearbeitungszeiten und somit auch die Wartezeit von maximal zwei Jahren für die Bürgerinnen und Bürger konstant gehalten werden.

Dazu beigetragen haben verschiedene bereits vor Jahren ergriffene Maßnahmen, über die ausführlicher schon in vergangenen Tätigkeitsberichten informiert wurde: So werden jeweils zu neu eingehenden Anträgen sofort Recherchen in den Karteien durchgeführt, um diejenigen, die dort gar nicht erfasst sind oder zu denen über eine Erfassung auf Karteikarten hinaus keine Unterlagen vorliegen, möglichst schnell hierüber zu informieren. Die Betroffenen erhalten so binnen weniger Monate eine Nachricht, ob sie in den Karteien des Staatssicherheitsdienstes erfasst waren. Dadurch liegen bei sehr vielen Anträgen die Wartezeiten erheblich unter den oben genannten zwei Jahren. Über interne Kooperationen zwischen Außenstellen und Zentralstelle wird zudem eine behördenweit einheitliche Bearbeitungsdauer sichergestellt.

Bei geringem Aktenumfang und dann, wenn nach dem Inhalt der aufgefundenen Unterlagen kein Gesprächsbedarf zu erwarten ist, findet im Allgemeinen keine persönliche Akteneinsicht mehr statt, sondern es werden den Bürgerinnen und Bürgern Kopien der Unterlagen zugesandt. Erfahrungsgemäß können auf diesem Wege jährlich etwa 35 Prozent der Erst- und Wiederholungsanträge bearbeitet werden. Da im Anschluss an eine Akteneinsicht ohnehin in den meisten Fällen Kopien von den gelesenen Seiten beantragt werden, erspart dieses Verfahren der Behörde den mit einer Akteneinsicht vor Ort verbundenen erhöhten Arbeits- und Zeitaufwand und den Bürgerinnen und Bürgern teilweise erhebliche, mit Zeit und Kosten verbundene Wege. Den versandten Kopien liegt ein Begleitschreiben bei, mit dem der Inhalt der Unterla-

gen, z. B. Abkürzungen, Strukturen des MfS und Ähnliches, erläutert wird. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass auf Wunsch selbstverständlich zusätzlich eine persönliche Akteneinsicht möglich ist. Von diesem Angebot machen jedoch nur die Wenigsten Gebrauch.

Im Jahr 2008 führte eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe komplexe Prüfungen für den Bereich Akteneinsicht durch, die darauf abzielten, durch die weitere Optimierung der Arbeitsabläufe die Bearbeitungszeiten so zu straffen, dass bei anhaltend hohem Antragsaufkommen trotz des sinkenden Personalbestandes in allen Bereichen der Behörde eine angemessen zeitnahe Erledigung der eingehenden Anträge möglich ist und damit die Wartezeiten zumindest konstant gehalten werden.

Diese Untersuchungen bezogen sich schwerpunktmäßig auf fachlich-inhaltliche Aspekte der Antragsbearbeitung, aber auch auf Aspekte der Führungs- und Leitungstätigkeit, der Eigenmotivation und Eigenverantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Nach Abschluss der Untersuchungen wurden im Frühjahr 2009 die Ergebnisse mit den Verantwortlichen diskutiert und Festlegungen sowie organisatorische Maßnahmen beschlossen. In der folgenden Zeit unterstützte die Arbeitsgruppe die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Umsetzung der Maßnahmen durch regelmäßige Beratungen und Erfahrungsaustausche. So konnte im Vergleich zu den Jahren 2005/2006 eine weitere Steigerung der Erledigungszahlen um mehr als 10 Prozent erreicht werden.

Neben allen organisatorischen Maßnahmen und der im Laufe der Jahre gewonnenen Routine bei der Antragsbearbeitung ist es vor allem dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken, dass die Wartezeiten im Berichtszeitraum trotz des Personalsrückgangs nicht weiter gestiegen sind. Dabei sind es zum einen die Akteninhalte selbst, die immer wieder bewusst machen, mit welch besonderem Material die BStU umgeht. Zum anderen wirkt die Begegnung mit den Betroffenen, deren Biografien in den Unterlagen festgehalten sind und denen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BStU verpflichtet fühlen, in hohem Maße motivierend. Diese Begegnung beschränkt sich nicht immer nur auf die Akteneinsicht und die Antragsbearbeitung selbst. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Bereich Akteneinsicht beteiligen sich an der Repräsentation der Behörde bei den verschiedensten Veranstaltungen, um vor Ort die Fragen der interessierten Besucher zu beantworten.

4.1.2 Beweggründe für einen Antrag auf Akteneinsicht

Die Frage nach den Gründen für das anhaltend große Interesse der Bürgerinnen und Bürger an dem, was das MfS über sie dokumentiert hat, durchzieht alle bisherigen Tätigkeitsberichte. Grundsätzlich müssen Anträge auf Akteneinsicht in die zur eigenen Person angelegten Unterlagen nicht begründet werden. Abgesehen von den Ergebnissen einzelner Befragungen ergibt sich aber ein Gesamtbild aus den Eindrücken, die die Sachbearbeiterinnen

und Sachbearbeiter aus den anlässlich der Akteneinsichten geführten Gesprächen mitnehmen.

Danach sind die Beweggründe sehr vielfältig. Im Berichtszeitraum wurde das Interesse an einer persönlichen Akteneinsicht bei vielen Menschen durch die Berichterstattung über die Jahrestage im Zusammenhang mit der Friedlichen Revolution geweckt. Andere fanden mit dem Erreichen des Rentenalters nun die Zeit, sich mit der Thematik zu befassen. Einige wurden von ihren Kindern und Enkeln, die inzwischen älter und damit politisch bewusster geworden sind, zur Antragstellung angeregt. Auch im Rahmen der Zweckbegründung zu Anträgen naher Angehöriger von Vermissten und Verstorbenen kommt vermehrt zum Ausdruck, dass offenbar mit Voranschreiten der Zeit verschiedene bisherige Tabuthemen in Familien aufgearbeitet werden. Veranlasst werden Anträge auch durch Archivführungen von Schüler- und Studentengruppen sowie insbesondere in den Außenstellen durch Schülerprojekte. Es werden dann häufig Antragsformulare mitgenommen mit der Begründung, das Gespräch mit den Eltern oder Großeltern suchen zu wollen.

Allein das Bewusstsein, dass in jedem Lebensbereich eine Überwachung möglich war, bedingte bei vielen eine latente Misstrauensstimmung. Dieses Misstrauen gegenüber Freunden oder innerhalb der Familie wurde zunächst häufig verdrängt. Man war in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung viel zu sehr damit beschäftigt, sich in den veränderten Lebensumständen zurechtzufinden. Erst jetzt dringen diese Fragen wieder an die Oberfläche.

In vielen Fällen ist es aber auch gerade die Belastung selbst, die Menschen viele Jahre gehindert hat, die Unterlagen zu lesen. Es sind dies häufig diejenigen, deren Biografie durch das MfS besonders beeinträchtigt wurde, sei es durch erlittene Haftzeiten oder anderes Unrecht. Im Berichtszeitraum sind beispielsweise verstärkt Anträge von ehemaligen Heimkindern eingereicht worden, die aufgrund von Berichterstattungen über Misshandlungen in Heimen und Jugendwerkhöfen dazu angeregt wurden und nun ihre verdrängten Erinnerungen aufarbeiten möchten. In diesem Zusammenhang spielten auch Fragen der Rehabilitierung eine Rolle, nachdem das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil aus dem Jahr 2009 (Aktenzeichen 2 BvR 718/08) festgestellt hatte, dass auch ein erlittener Freiheitsentzug ohne strafrechtliche Verurteilung, wie zum Beispiel die Einweisung in einen Jugendwerkhof, rehabilitierungswürdig sein kann.

Ehemalige Haftinsassen stellen noch häufig im Zusammenhang mit der sogenannten Opferrente einen Antrag auf Akteneinsicht. Manchmal geschieht das in dem Glauben, die sich aus den Unterlagen ergebenden Nachweise selbst bei den zuständigen Ämtern vorlegen zu müssen. Die Ämter wenden sich jedoch selbst mit entsprechenden Auskunftersuchen an die BStU (siehe auch Kapitel 4.2.1.2). Die Bearbeitung dieser Ersuchen der Ämter erfolgt in der Regel schneller als die persönliche Akteneinsicht der oder des Betroffenen, weil dabei gezielt nach relevanten Belegen gesucht wird, während die Akteneinsicht in alle zur Person vorliegenden Unterlagen wesentlich umfangreicher sein kann.

Andere Akteneinsichtsansprüche wurden gestellt, weil aufgrund der Mitteilung der BStU an die ersuchenden Stellen eine Opferrente nicht zuerkannt bzw. Entschädigungen zurückgefordert wurden. In der Folge wird dann von den Betroffenen Einsicht in die Unterlagen beantragt, worauf sie unter anderen Umständen möglicherweise verzichtet hätten.

Im Rahmen von Wiederholungsanträgen führt der zeitliche Abstand bei inoffiziellen Mitarbeitern (IM) vermehrt dazu, dass nun doch Zugang zu den Mitarbeiterunterlagen begehrt wird, was beim Erstantrag meist noch zurückgewiesen worden war. In solchen Fällen war bei der ersten Antragstellung das Feld „Betroffener“ angekreuzt worden, im Ergebnis der Recherchen stellte sich aber heraus, dass zu der Person Unterlagen gefunden wurden, die das MfS zu einem inoffiziellen Mitarbeiter angelegt hatte. Der Zugang zu den Unterlagen wird damit nicht nur kostenpflichtig, sondern der Antrag muss auch nach anderen Rechtsgrundlagen bearbeitet werden.

Immer wieder werden Wiederholungsanträge auf erneute Akteneinsicht in bereits eingesehene Unterlagen gestellt mit der Begründung, „damals“ keine oder zu wenig Kopien beantragt zu haben oder diese, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr zu besitzen. Manche haben auch das Gefühl, das schon einmal Gelesene mit dem Abstand von Jahren besser verarbeiten zu können.

Vielfach wird als Begründung für einen Antrag angeführt, neue Erkenntnisse durch Gespräche mit anderen Personen gewonnen zu haben, die bereits Akteneinsicht hatten. Wenn diese Personen in den zu ihnen gefundenen Unterlagen Berichte über bestimmte Begebenheiten gelesen haben und anderen damals Beteiligten davon erzählen, werden von diesen häufig Anträge als Dritte gestellt (siehe auch Kapitel 4.1.4.1).

4.1.3 Bürgerberatung

Welche Motivation auch immer die Bürgerinnen und Bürger bewegt, einen Antrag auf Einsicht in die Stasi-Unterlagen stellen zu wollen: der erste Kontakt mit der Behörde kommt häufig über die Bürgerberatung der BStU zustande. Im persönlichen Gespräch, telefonisch oder per E-Mail können Fragen an die Behörde gestellt werden, sei es nach den Zugangsmöglichkeiten zu den Unterlagen, dem Stand der Bearbeitung von Anträgen oder sonstigen den Aufgabenbereich der BStU betreffenden Themen.

Im Laufe der Jahre hat sich eine professionelle Beratung etabliert, die sich auf genaue Kenntnisse der Arbeit des Staatssicherheitsdienstes und der von ihm hinterlassenen Archivbestände sowie deren Verwendung im Rahmen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes stützt und die gleichzeitig bemüht ist, dem einzelnen Menschen in seiner persönlichen Situation gerecht zu werden.

Die Berichterstattung über die mit der Friedlichen Revolution 1989 verbundenen Ereignisse und die zahlreichen Filme und Ausstellungen über die DDR und den Staatssicherheitsdienst führten dazu, dass die Anfragen nach Beratungen stark anstiegen: Meldeten sich in der Zentral-

stelle der BStU in Berlin im Jahr 2008 beispielsweise rund 3 500 Anrufer, waren es 2009 rund 6 400. Die Zahl der E-Mail-Anfragen stieg 2009 mit 686 auf mehr als das Doppelte des Vorjahres.

Insgesamt wurden von der Bürgerberatung der Berliner Zentralstelle im Berichtszeitraum 1 312 persönliche Beratungsgespräche geführt sowie 10 849 telefonische und 1 059 E-Mail-Anfragen aus dem In- und Ausland beantwortet.

Dabei nutzten nicht nur Privatpersonen, sondern auch öffentliche und nicht öffentliche Stellen bzw. Forscher und Medienvertreter das Beratungsangebot der BStU, um sich im Vorfeld eines Antrags oder Ersuchens zu informieren.

Seit einiger Zeit ist festzustellen, dass sich das Beratungsinteresse der Bürgerinnen und Bürger etwas verschiebt. Stand anfangs die Beratung zur eigenen Antragstellung, also zum Einzelschicksal, im Vordergrund, geht es mittlerweile mitunter um ganze Familiengeschichten. Oft wird in den Gesprächen auch der Einfluss des Staatssicherheitsdienstes auf das eigene Schicksal als Folge von Repressalien gegen die Eltern thematisiert. Das Interesse von Angehörigen an eventuell vorhandenen MfS-Unterlagen zu ihren Verwandten hat deutlich zugenommen.

Ausgehend von den unterschiedlichen Hintergründen der Anfragen ist eine umfassende Beratung zu den rechtlichen Zugangsmöglichkeiten stets geboten. Nicht jedes noch so plausibel vorgetragene Interesse zum Familienschicksal begründet einen zulässigen Antrag.

Im Rahmen der Antragstellung werden bei vielen Besucherinnen und Besuchern Erinnerungen an vergangene Zeiten, Geschehnisse, Lebensabschnitte wachgerufen. Sie nutzen dann das Beratungsgespräch, um zum Teil intensiv und detailliert auch über sehr persönliche Dinge zu sprechen und Fragen zu stellen, deren Beantwortung nicht in den Zuständigkeitsbereich der Behörde fällt. Hier hilft die Bürgerberatung durch allgemeine Informationen, die Vermittlung von Ansprechpartnern, Adressen oder Telefonnummern. Oft ist ein solches Gespräch für Bürgerinnen und Bürger auch Anstoß, nächste Schritte zu gehen, wie z. B. zu Rehabilitierungsbehörden, Landesarchiven oder zum Bundesarchiv. Wenn dabei umfassendere Hilfe oder auch Begleitung benötigt werden, stellt die BStU Kontakte zu geeigneten Anlaufstellen her, wie beispielsweise den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes.

Die Bürgerberatung in den Außenstellen erfolgt nicht nur vor Ort in den Dienststellen der BStU, sondern oft auch in enger Zusammenarbeit und Kooperation mit den verschiedensten Institutionen in Städten und Gemeinden im regionalen Umfeld, von denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BStU in der Regel sehr engagiert unterstützt werden. Es werden regelmäßig allgemeine Beratungstage angeboten, oft gemeinsam mit den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Die Außenstelle Rostock hat im Berichtszeitraum erstmals auch Beratungstage in einigen alten Bundesländern, in den Regionen Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein, angeboten, die sehr gut angenommen wurden. Der Zuspruch

zu den Beratungsangeboten in den Regionen ist ungebrochen. Diese besondere Bürgernähe wird in den Beratungsgesprächen oftmals lobend erwähnt und als sehr positiv empfunden.

Mehrfach war zu beobachten, dass in den Beratungen zur Antragstellung das Bedürfnis vorhanden war zu erklären, warum erst jetzt ein Antrag gestellt wird. Vielfach wurde angeführt, dass zunächst die Neuorientierung im wiedervereinten Deutschland im Vordergrund stand und jetzt mit dem nötigen zeitlichen und innerlichen Freiraum und Abstand dieser Schritt gegangen wird. Viele waren überrascht, dass der Entschluss zur Beantragung der Akteneinsicht nicht nur bei ihnen selbst so lange heranreifen musste, sondern das Interesse immer noch hoch ist und wegen der großen Zahl der Anträge deren Bearbeitung nach wie vor einen längeren Zeitraum in Anspruch nimmt.

Bürgerberatung wird durch die Außenstellen auch bei den verschiedensten Veranstaltungen angeboten, an denen sich die Behörde in der Region beteiligt. So zum Beispiel im Rahmen von Ausstellungen und Vorträgen der Behörde, an Tagen der Archive, bei der Beteiligung an Museumsnächten oder an Informationsständen anlässlich großer Veranstaltungen wie zum Tag der Deutschen Einheit.

Nach Schließung der Außenstelle Potsdam zum Jahresende 2008 bestand die Notwendigkeit, für die Bürgerinnen und Bürger Potsdams und Umgebung eine neue Anlaufstelle der Bundesbeauftragten zu schaffen. Übergangsweise wurden zunächst regelmäßige Beratungstermine im Alten Rathaus am Alten Markt in Potsdam durchgeführt. Seit Mai 2010 bietet die BStU jeweils am zweiten und vierten Dienstag im Monat eine Bürgerberatung in den Räumen der „Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ an. Die hohen Besucherzahlen in der Gedenkstätte und die zentrale Lage des Hauses tragen dazu bei, dass auch das Beratungsangebot der BStU intensiv genutzt wird. Im Berichtszeitraum sprachen 271 Bürgerinnen und Bürger vor.

4.1.4 Einzelne Antragsverfahren

Jede Bürgerin und jeder Bürger aus dem In- und Ausland hat das Recht, die über sie oder ihn durch das MfS dokumentierten Informationen einzusehen. Eine Begründung des entsprechenden Antrags ist nicht erforderlich, er muss lediglich eigenhändig unterschrieben sein. Der Antrag kann formlos gestellt werden und muss als unabdingbare Suchkriterien den vollständigen Namen einschließlich ggf. Geburtsnamen sowie das Geburtsdatum enthalten. Da aber einige weitere Angaben für die Bearbeitung wichtig sind, ist die Verwendung des entsprechenden Formulars zu empfehlen, das in allen Dienststellen der Behörde erhältlich ist, auf Anforderung zugesandt wird und unter www.bstu.de auch im Internet zu finden ist. Bei den in dem Formular erfragten Angaben sind zum Beispiel, jedenfalls bei früherem Wohnsitz in der DDR, die Anschriften sehr wertvoll, an denen die oder der Betroffene bis 1989 gewohnt hat. So können die für die entsprechenden Orte jeweils zuständigen Außenstellen in die Recher-

chen einbezogen werden. Sollte es andere Gründe als den damaligen Wohnsitz geben, im Archiv einer bestimmten Außenstelle zu recherchieren, so kann dies ebenfalls vermerkt werden. Das dem Formular vorgeheftete Merkblatt enthält Hinweise auf Angaben, die die Recherchemöglichkeiten und damit die Wahrscheinlichkeit, dass Unterlagen gefunden werden, erheblich erhöhen können. Besonders bei häufig vorkommenden Vor- und Familiennamen sind diese Angaben sehr hilfreich.

Zusätzlich zum Antrag ist die Vorlage einer amtlichen Identitätsbescheinigung zwingend erforderlich, anhand derer die Behörde sich vergewissern kann, etwaig vorhandene Unterlagen wirklich nur der bzw. dem Berechtigten zugänglich zu machen. Bei Anträgen, die persönlich bei der Behörde abgegeben werden, wird die Identität nach Vorlage des Personalausweises oder Passes direkt bestätigt und dies auf dem Antrag vermerkt. Ansonsten wird die Bestätigung in dem hierfür im Formular vorgesehenen Feld von der zuständigen Meldebehörde vorgenommen. Ersatzweise kann auch eine amtlich beglaubigte Kopie des Personalausweises vorgelegt werden.

4.1.4.1 Anträge als Dritte

Häufig werden trotz aller Bemühungen keine Unterlagen gefunden, die das MfS direkt zu der anfragenden Person angelegt hat. Da das MfS bei beobachteten Personen aber regelmäßig auch Informationen über das jeweilige Umfeld dokumentiert hat, kommt es häufiger vor, dass über eine Recherche in eigentlich zu anderen Personen angelegten Unterlagen sehr umfangreiches Material zu Antragstellern gefunden wird, die selbst nicht in den Karteien erfasst sind. Der Anspruch auf Kenntnis aller vom MfS zur eigenen Person dokumentierten Informationen besteht unabhängig davon, wo diese aufgefunden werden. Die Recherchen nach solchen Unterlagen setzen einen Antrag als sogenannte Dritte voraus. Dieser wird oft mit der Begründung gestellt, man habe doch aus der Familie oder dem Freundeskreis schon gehört, dass über die eigene Person so viel dokumentiert sei. Dies ist möglich, wenn jemand trotz Anonymisierung aus eigener Erinnerung weiß, wer bei bestimmten Begebenheiten anwesend war. Wenn es sich bei den Beteiligten um enge Familienangehörige handelt oder die Personenidentität aus sonstigen Gründen offenkundig ist, werden im Einzelfall bei der Akteneinsicht Namen von Dritten aber auch als sogenannte Beziehungsinformationen offen gelassen. In einem Fall begründete ein Antragsteller seinen Wiederholungsantrag etwa damit, er sei im Zusammenhang mit seinen Aktivitäten in der damaligen Jungen Gemeinde des Ortes vom MfS vernommen worden. Dazu habe sich in den bisher eingesehenen Unterlagen nur ein Satz gefunden. Nun habe er jedoch von einem anderen ehemaligen Mitglied der Jungen Gemeinde umfangreiche Kopien zu diesem Vorgang erhalten, die auch, allerdings anonymisiert, seine damalige Aussage beinhalten. Der Antragsteller wird in einem solchen Fall um die Personendaten der Person gebeten, die ihm diese Informationen gegeben hat, damit Recherchen eingeleitet werden können.

Der Gesetzgeber hat aber hier auch die Gefahr gesehen, dass solche Recherchen in Unterlagen anderer Personen das vertretbare Maß überschreiten könnten. Die Auskunft wird demnach nur erteilt, wenn der dafür erforderliche Aufwand nicht außer Verhältnis zu dem geltend gemachten Informationsinteresse steht. Ein solches Missverhältnis kann sich vor allem bei einer Nennung zahlreicher Namen ergeben, z. B. wenn das komplette damalige Kollegium benannt wird. In solchen Fällen werden die Betroffenen gebeten, den Kreis auf die Personen zu beschränken, bei denen es konkrete Anhaltspunkte für eine lohnende Recherche gibt und dies zu begründen. Andernfalls steht es im Ermessen der Behörde, eine Auswahl zu treffen und den Antrag zu den übrigen Personen abzulehnen. Ein Missverhältnis zwischen Aufwand und Informationsinteresse kann sich aber auch aus dem Umfang des Materials ergeben. In einem aktuellen Fall wurden zum Antragsteller selbst keine Unterlagen gefunden. Er hatte aber als Student in Berlin Kontakt zu einer Gruppe sogenannter Fluchthelfer und hat beim Graben von Tunneln geholfen. Das Interesse, in den Unterlagen der anderen Personen aus der Gruppe nach Informationen zu ihm zu suchen, ist nur allzu erklärlich. In Absprache mit ihm wird zunächst nur in den Unterlagen eines der anderen Beteiligten gesucht, was auch schon das Durchsehen einiger tausend Seiten bedeutet. Eine weitere Möglichkeit, den Bearbeitungsaufwand zu reduzieren, ist eine Eingrenzung des Zeitraums. In dem geschilderten Fall existiert zu dem anderen Beteiligten aus der Gruppe Material aus einem wesentlich längeren Zeitraum, als der Antragsteller Kontakt zu ihm hatte. Es werden daher von vornherein nur die Unterlagen aus der gemeinsamen Zeit gesichtet. Dennoch bedeutet gerade die Bearbeitung von Anträgen zu Dritten einen erheblichen Aufwand, der sich nicht immer im Vorfeld reduzieren lässt.

Umgekehrt finden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitunter gelegentlich des Lesens von Unterlagen Informationen zu Personen in Akten, die vom MfS zu einer anderen Person angelegt wurden, die aber für die Betroffenen von großer Bedeutung sein können. Dazu zählen beispielsweise Informationen über Maßnahmen des MfS mit erkennbar erheblichen Auswirkungen auf den Beruf oder das soziale Umfeld dritter Personen oder vielleicht den Verbleib von damals beschlagnahmten Vermögenswerten. Um sicherzustellen, dass diese Informationen im Fall eines Akteneinsichtsanspruchs der erwähnten dritten Person aufgefunden werden, erfolgt in solchen Fällen eine Rückmeldung an das Archiv, das die Daten der Person und die Signatur der Fundakte registriert.

4.1.4.2 Anträge naher Angehöriger von Vermissten oder Verstorbenen

Als einzige Ausnahme von dem Grundsatz, dass jeder Einzelne nur Informationen zur eigenen Person erhält, können unter bestimmten Voraussetzungen nahe Angehörige von vermissten oder verstorbenen Personen Auskunft aus eventuell zu diesen vorhandenen Unterlagen oder auch Einsicht in diese erhalten (§ 15 StUG). Hier gilt es in jedem Einzelfall abzuwägen, ob die Zweckbegründung des Antrags ein die Auskunft oder sogar Einsichtnahme

rechtfertigendes Interesse trägt. Einer solchen Begründung bedarf es für nahe Angehörige immer, weil das Gesetz ihnen nicht die gleichen Einsichtsrechte ermöglicht, wie die oder der Verstorbene bzw. Vermisste selbst sie gehabt hätte. Es werden Zweckvoraussetzungen genannt, die so konzipiert sind, dass der Anspruch als Wahrnehmung der Interessen der oder des Verstorbenen bzw. Vermissten zu verstehen ist. Zulässige Zwecke nach dem StUG sind die Rehabilitierung, der Schutz des Persönlichkeitsrechts und die Aufklärung des Schicksals der oder des Verstorbenen bzw. Verstorbenen. Gerade zum Schutz des Persönlichkeitsrechts, worunter insbesondere die Klärung des Vorwurfs einer Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst fällt, kann sich ein Antragserfordernis jederzeit ergeben. Wenn ein Antrag zu einer oder einem erst kürzlich Verstorbenen beispielsweise damit begründet wird, dass erst aktuell der Vorwurf einer Zusammenarbeit mit dem MfS erhoben wurde, besteht selbstverständlich ein Anspruch auf Auskunft für die Angehörigen.

Problematisch kann es sein, wenn die nahen Angehörigen den Zweck der Aufklärung des Schicksals als Begründung für ihr Interesse an den Unterlagen zu der oder dem Verstorbenen nennen. Wenn der Tod erst in der jüngeren Zeit lag, stellt sich die Frage, ob die Todesumstände tatsächlich im Zusammenhang mit den Inhalten der Unterlagen des MfS stehen. Hier bedarf es häufig einer besonders schwierigen Abwägung über die Zulässigkeit des Antrags.

Bei der Frage, wer naher Angehöriger im Sinne des StUG ist, hat der Gesetzgeber keinen Ermessensspielraum gelassen, sondern die Verwandtschaftsgrade explizit formuliert. Danach waren von Beginn an antragsberechtigt Ehegatten, Kinder, Enkelkinder, Eltern und Geschwister. Mit der siebten Novellierung des Gesetzes im Dezember 2006 wurden auch adoptierte Kinder hinsichtlich ihrer leiblichen Eltern antragsberechtigt und umgekehrt, wenn nicht auszuschließen ist, dass der Staatssicherheitsdienst auf die Adoption oder das Schicksal der leiblichen Eltern Einfluss genommen hat. Damit wurde einem großen Bedürfnis von Menschen Rechnung getragen, die einen Antrag stellten, weil sie beispielsweise nach Zwangsadoptionen ihre leiblichen Eltern bzw. Kinder suchten und hofften, dass sich aus den Unterlagen des MfS Hinweise auf die Identität ergeben könnten. Auch in diesem Zusammenhang ist die BStU auf die Informationen aus den überlieferten Unterlagen beschränkt, aber auch dies kann im Einzelfall helfen, denn zuvor war bei diesem Personenkreis gar keine Auskunft möglich, weil mit der Adoption die Verwandtschaft nach bürgerlichem Recht endete. Darüber hinaus wurde mit der Novellierung eine Antragsberechtigung für Verwandte bis zum dritten Grad ermöglicht, wenn sie glaubhaft machen, dass keine näheren Angehörigen vorhanden sind. In der Praxis der vergangenen Jahre zeigte sich, dass Anträge von Angehörigen dritten Grades überwiegend vor dem Hintergrund von Vermögensfragen gestellt werden. Solche Anträge müssen als nicht zulässig abgelehnt werden.

Der für die Bearbeitung eines Antrags notwendige Nachweis des Verwandtschaftsverhältnisses kann durch Vorlage unbeglaubigter Kopien von Personenstandsunterlagen erfolgen. Sollte dies nicht möglich sein, können auch andere Beweismittel, wie Auskünfte oder Zeugen, ausreichend sein. Der Nachweis ist erbracht bei einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit für die Richtigkeit der Angaben.

4.1.4.3 Anträge ehemaliger Mitarbeiter

Entsprechend § 1 Absatz 1 Nummer 1 StUG erhält jeder Einzelne, also auch ein ehemaliger inoffizieller Mitarbeiter (IM), Zugang zu allen vom MfS zu ihr oder ihm gespeicherten Informationen. Gleichzeitig müssen aber alle anderen in den Unterlagen erwähnten Personen davor geschützt werden, dass sie durch den Umgang mit den Unterlagen in ihren Persönlichkeitsrechten beeinträchtigt werden (§ 1 Absatz 1 Nummer 2 StUG). Dies geschieht im Rahmen aller Akteneinsichten durch entsprechende Schwärzungen in den vorgelegten Unterlagen. Im besonderen Maße gilt dies jedoch für die in IM-Unterlagen enthaltenen Berichte zu den von ihnen beobachteten Personen. Entsprechend bestimmt § 16 Absatz 2 StUG ausdrücklich, dass einem IM zusätzlich zu den Informationen zur eigenen Person lediglich eine Auskunft erteilt wird, die die Art und Umfang der Tätigkeit, den Personenkreis, über den berichtet worden ist, sowie die Häufigkeit der Berichterstattung umschreibt. Darüber hinaus ist nur dann eine Auskunft aus den erstellten Berichten oder Einsicht in diese möglich, wenn ein rechtliches Interesse glaubhaft gemacht werden kann. Dies kann etwa der Fall sein, wenn die oder der IM im Rahmen einer gerichtlichen Auseinandersetzung die Möglichkeit erhalten muss, zu Inhalten der Berichte Stellung zu nehmen. Eine solche Auskunft wird jedoch äußerst restriktiv erteilt. Damit ist aber der Teil II der IM-Akte, die Berichtsakte, nicht gänzlich von der Akteneinsicht ausgenommen. Bei mündlichen Berichten hat beispielsweise der Führungsoffizier die Informationen im Nachhinein niedergeschrieben und darin möglicherweise auch seine Eindrücke beispielsweise über Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit des IM festgehalten, was ebenfalls zu den personenbezogenen Informationen gehört.

4.1.5 Decknamenentschlüsselung

Ein Antrag auf Auskunft oder Akteneinsicht umfasst zunächst den Wunsch, zu erfahren, was das MfS zur eigenen Person dokumentiert hat. Da aber die in den Akten enthaltenen Berichte von inoffiziellen Mitarbeitern (IM) zumeist mit deren Decknamen unterschrieben sind, schließt sich regelmäßig das Bedürfnis an zu wissen, wer sich hinter diesen Decknamen verbirgt. Mit der Kenntnis der- oder desjenigen, die oder der Berichte an das MfS geliefert hat, können eventuell Zweifel und falsche Verdächtigungen ausgeräumt oder aber möglicherweise ein Gespräch gesucht werden. Vielfach haben die Betroffenen schon eine Vermutung, wer sich hinter dem Decknamen verbergen könnte, einzelne scheuen sich aber, diese im Antrag zu benennen. Sie haben das Gefühl, mit einer

falschen Namensnennung jemanden zu denunzieren. Diese Sorge ist unbegründet. Wenn sich im Laufe der Recherchen herausstellt, dass es nicht die vermutete Person war, sondern jemand anderes, wird dies die genannte Person nie erfahren. Es hat für die- oder denjenigen auch sonst keinerlei Folgen. Für die Bearbeitung hingegen kann ein solcher vermuteter Klarname (bürgerlicher Name) sehr hilfreich sein.

Basis für die ersten Recherchen sind die Angaben aus den Berichten in den Betroffenenunterlagen. Dort finden sich neben dem Decknamen selbst auch Hinweise auf den Führungsoffizier des IM, die Diensteinheit und den Zeitraum der Berichterstattung. Mit diesen Angaben wird zunächst in der vom Staatssicherheitsdienst überlieferten Decknamenkartei recherchiert. Das ideale Ergebnis ist eine Archivsignatur einer IM-Akte, die sodann aus dem Archiv angefordert werden kann. Aus dem Teil I dieser Akte, der sogenannten Personalakte, ergibt sich die Identität des IM. Der Teil II, die Arbeits- bzw. Berichtsakte, enthält im Idealfall ein Duplikat des Berichts aus der Betroffenenakte. Es ist dann kein Zweifel mehr möglich und der Klarname kann bekannt gegeben werden.

Häufig gestaltet sich die Suche aber erheblich schwieriger. Das kann zum einen die Identifizierung des IM betreffen, zum anderen aber auch den erforderlichen Bezug zu der oder dem Betroffenen. In den Fällen, in denen die Angaben aus der Betroffenenakte nicht ausreichen, um die zutreffende IM-Akte zu finden, werden die bereits angesprochenen vom Antragsteller vermuteten Klarnamen relevant. Eine Recherche in der Personenkartei setzt aber als Suchkriterium auch die Kenntnis des Geburtsdatums voraus, woran diese Möglichkeit mitunter scheitert. Es beginnt dann eine aufwändige Suche in der Betroffenenakte nach Zusammenhängen wie beispielsweise dem damaligen Kollegium, der Nachbarschaft usw. nach Hinweisen auf weitere Recherchemöglichkeiten.

Als weitere Voraussetzung für die Bekanntgabe eines Klarnamens verlangt das Gesetz, dass es sich um Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes handeln muss, die Informationen über die (den Antrag stellenden) Betroffenen gesammelt oder verwertet haben. Inoffizielle Mitarbeiter sind nach der Definition des Gesetzes Personen, die sich zur Lieferung von Informationen an den Staatssicherheitsdienst bereit erklärt haben. Es muss also aus den Unterlagen zu erkennen sein, dass die oder der IM wusste, dass es sich um das MfS handelte, dem sie oder er die Informationen gab. Wenn ein Bericht eigenhändig mit einem Decknamen unterzeichnet wurde, ist dies eindeutig der Fall. Wenn er aber von einer anderen Person, etwa dem Führungsoffizier, geschrieben wurde, muss sichergestellt sein, dass es sich nicht um eine andere betroffene Person handelte oder aber das MfS unter Verwendung einer Legende an die Person herangetreten ist. Dies lässt sich im Einzelfall nur durch gründliches Aktenstudium herausfiltern.

Dieses aufwändige Verfahren ist erforderlich, weil ein Klarname nur dann bekannt gegeben werden darf, wenn sich die Identität eines Mitarbeiters des MfS aus den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eindeutig ergibt

und sich darüber hinaus auch aus den Unterlagen belegen lässt, dass sie oder er tatsächlich über die Antragstellerin oder den Antragsteller berichtet hat. Beide Schlussfolgerungen müssen sicher aus den Unterlagen möglich sein, weil die Person, deren Name bekannt gegeben wird, hierüber nicht informiert wird. Der Gesetzgeber hat eine solche Informationspflicht gegenüber definitiv festgestellten IM bewusst nicht vorgesehen, weil sie bezüglich ihres damaligen Tuns nicht geschützt werden sollten.

Behördenweit sind die Antragsgänge im Bereich der Decknamenentschlüsselung kontinuierlich rückläufig. Waren im Jahr 2006 noch 18 076 Anträge gestellt worden, so hat sich die Zahl im Jahr 2009 auf 12 901 und im Jahr 2010 auf 11 743 reduziert. Im Jahr 2009 konnten einschließlich aller Außenstellen 11 383 Anträge erledigt werden, im Jahr 2010 waren es 11 886.

4.2 Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht öffentliche Stellen

4.2.1 Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts

4.2.1.1 Strafrechtliche Rehabilitierung

Nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) ist es noch bis zum 31. Dezember 2019 möglich zu beantragen, dass die strafrechtliche Entscheidung eines Gerichts der ehemaligen DDR für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben wird. Dies ist als Vorstufe für eventuelle Wiedergutmachungsleistungen nach diesem Gesetz (siehe auch Kapitel 4.2.1.2) zwingend erforderlich.

Nachdem die Rehabilitierungs- bzw. Wiedergutmachungsleistungen für erlittenes SED-Unrecht durch die Regelung vom 21. August 2007 über die Zahlung einer besonderen Zuwendung für Haftopfer (sogenannte Opferrente) erweitert wurden, gehen bei der BStU seit 2008 jährlich ca. 2 300 gerichtliche Ersuchen zum Zweck der strafrechtlichen Rehabilitierung ein. Die Zahl liegt gegenüber 2007 um über 40 Prozent höher und hat sich seitdem nicht verändert (siehe Anhang 5). Offenbar ist also für viele ehemals Inhaftierte erst die Opferrente ein Motiv, die frühere strafrechtliche Entscheidung aufheben zu lassen.

Um zu prüfen, ob die damalige Entscheidung eines DDR-Gerichts mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar war, wendet sich das für das Rehabilitierungsverfahren zuständige Landgericht an die BStU, um einschlägige Unterlagen aus den Archivbeständen anzufordern. Häufig kann dann die seinerzeit dem MfS überlassene Gerichtsakte im Original bereitgestellt werden. Sind solche Dokumente nicht vorhanden, erweitern sich die Recherchen auf alle anderen zu der Person gegebenenfalls vorhandenen MfS-Unterlagen, um vielleicht dort Hinweise über Verurteilungen und Inhaftierungen zu finden. Das können Angaben in Strafkarteien ebenso sein wie sonstige Fundstellen, die über das BStU-eigene Findmittel Elektronisches Personenregister (siehe auch Kapitel 3.3.2) ermittelt werden. Auch Vorstrafenlisten oder Dokumente von Strafverfol-

gungseinrichtungen mit Führungsberichten zu der inhaftierten Person werden ersatzweise herangezogen, wenn eine Gerichtsakte nicht vorhanden ist.

Generell ist in Rehabilitierungsangelegenheiten die Suche nach Unterlagen fast immer erfolgreich: Im Berichtszeitraum konnten den Gerichten in 73,5 Prozent der Fälle Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Eine thematisch bemerkenswerte Erweiterung zum Verwendungszweck der strafrechtlichen Rehabilitierung ergab sich durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Mai 2009. In der Entscheidung zum Aktenzeichen 2 BvR 718/08 stellte das Gericht klar, dass die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen nicht voraussetzt, dass der Freiheitsentziehung eine Tat zugrunde gelegen hat, die von der DDR-Justiz als strafrechtlich relevant eingeordnet wurde. Somit können seitdem auch Personen rehabilitiert werden und Wiedergutmachungsleistungen erhalten, die in Kinderheime und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe der ehemaligen DDR eingewiesen worden waren. Durch das am 9. Dezember 2010 in Kraft getretene Vierte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 2. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1744) ist dies inzwischen mit der Ergänzung des § 2 Absatz 1 StrRehaG berücksichtigt worden. Die Freiheitsentziehung im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau war schon vor längerer Zeit derjenigen in einer Haftanstalt gleichgesetzt worden. Aufgrund des genannten Beschlusses ersuchen die Rehabilitierungskammern der Landgerichte die BStU auch um Angaben zu Fällen der Unterbringung in anderen DDR-Heimen, da hier in jedem Einzelfall geprüft werden muss, ob es sich der Sache nach um eine Freiheitsentziehung handelte, die mit den Grundsätzen einer freiheitlichen Ordnung unvereinbar war. Die Recherchen können insbesondere dann zum Erfolg führen, wenn nicht nur unter dem Namen des damaligen Kindes gesucht wird, sondern auch die Personendaten der Eltern einbezogen werden.

4.2.1.2 Wiedergutmachung

Der Begriff der Wiedergutmachung, zu deren Zweck Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes genutzt werden können, ist weit gefasst. Hiervon abgedeckt werden nicht nur soziale Ausgleichsleistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz wie die Kapitalentschädigung oder die besondere Zuwendung für Haftopfer (sogenannte Opferrente). Auch Leistungen an Betroffene aus einer ganzen Reihe anderer Gesetze fallen hierunter. Für die BStU praktisch bedeutsam sind z. B. das Berufliche und Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz, das Bundesversorgungsgesetz, das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz, das Häftlingshilfegesetz und das Vermögensgesetz.

Besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferrente)

Nach dem Inkrafttreten des Dritten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer

der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 21. August 2007 hatte die BStU in kürzester Zeit eine sehr hohe Zahl von Ersuchen im Zusammenhang mit der beantragten Zahlung einer besonderen Zuwendung für Haftopfer (Opferrente) zu bewältigen (siehe auch Neunter Tätigkeitsbericht, S. 50–51). Erwartungsgemäß nahm der Umfang dieser Ersuchen im Jahr 2010 spürbar ab.

Bei der Bearbeitung von Ersuchen wegen beantragter Opferrente teilt die BStU Anhaltspunkte mit, die von den ersuchenden Stellen als Ausschließungsgrund für Leistungen gewertet werden könnten. Dabei geht es vor allem um den Verstoß gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit. Hier konnte im Berichtszeitraum eine zuvor bestehende Unklarheit hinsichtlich des im Sinne von § 19 Absatz 3 StUG „erforderlichen“ Umfangs der zu übermittelnden Informationen ausgeräumt werden. In der obergerichtlichen Rechtsprechung herrschte zunächst Streit darüber, ob es infolge der Tätigkeit als inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes zu nachweislichen Schäden für Dritte gekommen sein muss. Seit 2009 setzten sich bei den Behörden die vom Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 19. Januar 2006 (Aktenzeichen 3 C 11/05) vertretenen Bewertungsmaßstäbe durch. Maßgebend ist seitdem die Auffassung, dass ein inoffizieller Mitarbeiter keinen Einfluss darauf gehabt habe, ob und wie der Staatssicherheitsdienst die von ihm gelieferten Informationen gegen Dritte verwendete. Deshalb genüge es für die Annahme eines Ausschließungsgrundes nach § 16 Absatz 2 StrRehaG, dass die Person eine Spitzeltätigkeit begangen habe. Unter dem Aspekt der Recherchetiefe hat diese Gerichtsentscheidung für die BStU große praktische Bedeutung, weil sie den Aufwand bei der Bearbeitung auf die Auswertung der Unterlagen zur angefragten Person begrenzt.

Durchschnittlich dauert die Bearbeitung bei dieser Ersuchensart 2,8 Monate. In etwa 15 Prozent aller Ersuchen wurden im Berichtszeitraum Anhaltspunkte für das Vorliegen von Ausschließungsgründen für die Bewilligung einer Opferrente mitgeteilt.

Bei der Prüfung, ob ein Verstoß gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit als Ausschließungsgrund für die Gewährung einer Leistung vorliegt, war festzustellen, dass manche Antragsteller auf Opferrente auch wegen schwerer Straftaten wie Tötungs- oder Sexualdelikten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren. Der Bundesbeauftragten war es vor Inkrafttreten des Vierten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften am 9. Dezember 2010 nach bisheriger Rechtslage verwehrt, eine Mitteilung zu Hinweisen aus dem Bereich der allgemeinen (auch schwersten) Kriminalität zu machen. Dies begründete sich aus der ursprünglichen Überlegung, dass jemand, der soziale Ausgleichsleistungen für erlittenes politisches Unrecht in Anspruch nehmen will, nicht selbst in ein solches verstrickt sein darf. Die Würdigkeit, entschädigt zu werden, sollte sowohl für die im Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz von 1992 zu regelnden sozialen Ausgleichsleistungen als auch für den Erhalt einer besonderen

Zuwendung für Haftopfer nur entfallen, wenn das begangene eigene vorwerfbare Verhalten auch einen Bezug zum Unrechtssystem aufweist.

Im neuen Absatz 7 des § 17a StrRehaG ist nun geregelt, dass Personen, die wegen schwerer, außerhalb des Rehabilitierungszusammenhangs begangener Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt worden sind, von einer lebenslangen Zuwendung ausgeschlossen sind, sofern die Entscheidung in einer Auskunft aus dem Zentralregister enthalten ist.

Verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung

Wer in der DDR infolge staatlicher Repressionsmaßnahmen an der Ausübung seines Berufs oder einer angestrebten Tätigkeit gehindert wurde, wer einer politischen Verfolgung ausgesetzt war oder durch rechtsstaatswidriges Verwaltungshandeln Schaden erlitt, kann nach den Grundsätzen des Beruflichen oder Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes entschädigt werden. In diesen Fällen ersuchen die zuständigen Behörden um Unterlagen, die eine politische Verfolgung, eine berufliche Benachteiligung oder rechtsstaatswidriges Verwaltungshandeln belegen können. Außerdem wird nach Hinweisen auf Gründe angefragt, die Leistungen nach diesen Gesetzen ausschließen können. In Betracht kommen auch hier vorwiegend Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit.

Demzufolge erstrecken sich die Archivrecherchen auf sämtliche zu der Person vorhandenen Unterlagen. Aus diesen ist dann thematisch das für den Verwendungszweck jeweils Erforderliche herauszusuchen, für eine Mitteilung aufzubereiten sowie mit aussagefähigen Duplikaten zu belegen.

Häftlingshilfegesetz

Ersuchen auf der Grundlage des Häftlingshilfegesetzes (HHG) beziehen sich in der Mehrzahl der Fälle auf die Prüfung der Voraussetzungen für die Gewährung einer Beschädigtenversorgung, d. h. auf die Suche nach Gesundheitsunterlagen aus der Haftzeit. Daneben dienen die Anfragen bei der BStU der Prüfung, ob Ausschließungsgründe nach § 2 HHG vorliegen, anhand derer Leistungen zu versagen sind. Da auch Angehörige und Hinterbliebene der geschädigten Personen Anspruch auf Leistungen nach dem HHG stellen können, wenden sich die zuständigen Stellen häufig auch zu diesem Personenkreis zwecks Prüfung des Vorliegens von Ausschließungsgründen an die Bundesbeauftragte. Nicht selten liegen den Ersuchen der zuständigen Stellen zur Erläuterung persönliche Briefe der Antragsteller bei, in denen diese den Sachverhalt zum geltend gemachten Anspruch darlegen.

Ersuchen zu Vermögensangelegenheiten im Rahmen der Wiedergutmachung

Personen, denen rechtsstaatswidrig Vermögen entzogen wurde, konnten nach dem Vermögensgesetz Anträge auf Rückübertragung, Rückgabe oder Entschädigung stellen.

Das betrifft sowohl bewegliches Vermögen als auch Grundstücke und Immobilien.

Restitutionsanträge im Zusammenhang mit der Aufhebung rechtsstaatswidriger straf- und verwaltungsrechtlicher Entscheidungen können auch weiterhin nach Abschluss von Rehabilitierungsverfahren innerhalb einer Frist von sechs Monaten gestellt werden.

In der Regel ist die Klärung solcher Anliegen nur mit Beteiligung der BStU möglich. In den Archiven der Behörde wird dann auf Ersuchen der für Entschädigungen zuständigen Landesbehörden nach entsprechenden personen- und sachbezogenen Unterlagen recherchiert, was oft sehr arbeitsintensiv ist.

Wenn z. B. Angaben zu enteigneten und später vom MfS genutzten Grundstücken in den Archivablagen des Staatssicherheitsdienstes oftmals nicht unter der Bezeichnung der Adresse auffindbar sind, lässt sich hier versteckt hinter Oberbegriffen wie etwa „Gästehäuser“ oder „Dienstobjekte“ das Gesuchte – falls überhaupt – erst nach dem Lesen größerer Mengen nicht einschlägigen Materials finden.

Falls es nach abschließender Entscheidung der Ämter zu Widerspruchsverfahren und Klagen kommt, ersuchen die Verwaltungsgerichte dann ihrerseits bei der BStU um Mitteilung zu den Sachverhalten. Nicht selten sind hierbei durch veränderte Fragestellungen noch tiefer gehende Recherchen als gegenüber dem Erstersuchen notwendig.

Im Durchschnitt müssen in Vermögenssachen pro Ersuchen ca. 2 700 Seiten in den Unterlagen gelesen werden. Während des Berichtszeitraums gingen bei der BStU 237 Ersuchen zu Vermögensfragen ein, 300 Ersuchen wurden abschließend bearbeitet.

Ausgleichsleistungsgesetz

Die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen reichen auch auf der Grundlage des Ausgleichsleistungsgesetzes Ersuchen bei der BStU ein. Danach können natürliche Personen oder deren Erben für auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage enteignete Vermögenswerte eine Ausgleichsleistung erhalten, wenn der Berechtigte oder sein Rechtsvorgänger nicht gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder dem kommunistischen System in der sowjetisch besetzten Zone oder in der DDR erheblich Vorschub geleistet hat. Die Recherchen erstrecken sich demzufolge sowohl auf die Frage der Enteignung als auch auf das Auffinden von Ausschließungsgründen für Leistungen nach diesem Gesetz.

Im Berichtszeitraum erreichten die BStU hierzu 365 Ersuchen; 437 Ersuchen konnten erledigt werden.

4.2.2 Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr

In den rund 19 Jahren seit Inkrafttreten des StUG hat sich die Zielrichtung der Ersuchen nach § 23 des Gesetzes verändert. Während anfangs die Regimestraftaten, ein-

schließlich der geheimdienstlichen Agententätigkeit, einen Schwerpunkt bildeten, also Delikte im Vordergrund standen, die bis 1989 verübt wurden, geht es nunmehr vorrangig um solche, die in der Gegenwart begangen wurden. Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes können auch hier durchaus noch Hinweise geben, die Rückschlüsse auf Methoden der Tatbegehung oder auf Zusammenhänge zwischen handelnden Personen zulassen.

Ersuchen werden hierbei zu einer oder mehreren Personen bzw. zu Sachverhalten eingereicht. Oft erweitern sich die Recherchen dann auf die systematische Auswertung von Unterlagen zu vielen Personen oder Sachbezügen, weshalb der Arbeitsaufwand in diesen Fällen mitunter erheblich ist.

In der Sache betreffen die Ersuchen Delikte aus dem Bereich der allgemeinen Kriminalität, wie Tötungsverbrechen, Urkundenfälschung, gewerbsmäßigen Betrug, Untreue, Bestechung oder räuberische Erpressung. In einem Fall wurde z. B. nach einem seit mehreren Jahren vermissten Mädchen gesucht. Nachdem die Polizei Hinweise erhielt, dass das Kind getötet und in einem Bunker eines ehemaligen MfS-Objektes versteckt worden sein könnte, wurde über die BStU nach entsprechenden Bauunterlagen gesucht. Zwar konnten diese bereitgestellt werden, jedoch brachte die Suche der Polizei kein Ergebnis in Bezug auf das Opfer.

Spektakulär war im Berichtszeitraum der Fall der aufgefundenen Unterlagen zu Karl-Heinz Kurras, einem pensionierten ehemaligen Polizisten aus Westberlin, der dem MfS langjährig als Agent diente (siehe Kapitel 4.3.1.3 und 5.2.2). Die gegen ihn daraufhin eingeleiteten Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit und wegen Tötung des Studenten Benno Ohnesorg sind noch nicht abgeschlossen.

Seit jeher politisch wichtig ist die Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Regime. Verschiedene Strafverfolgungsbehörden, wie etwa US-Justizbehörden oder auch die Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, gehen seit Inkrafttreten des StUG auch Hinweisen aus MfS-Unterlagen nach, bei denen der Verdacht gegen Personen begründet erscheint, dass sie in der NS-Zeit Verbrechen begangen hatten.

Bei etwa einem Viertel der im Berichtszeitraum eingegangenen 28 Ersuchen zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen handelte es sich um Rechtshilfeersuchen.

Weitere Rechtshilfeersuchen ausländischer Strafverfolgungsbehörden trafen im Berichtszeitraum ein, so etwa eines, das die Aufklärung des Terroranschlages auf den Hauptbahnhof von Bologna vom 2. August 1980 zum Ziel hatte. Dabei ging es um die Suche nach Tätern, von denen vermutet wurde, dass sie sich auch in der DDR aufgehalten haben könnten.

Manche Ersuchen zu Zwecken der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr ergaben sich auch aus vorangegangenen Hinweisen, die die BStU zunächst von sich aus gemäß

§ 27 StUG als Mitteilung ohne Ersuchen an die zuständige Verfolgungsbehörde gegeben hatte.

In der Summe ist die Zahl von Ersuchen für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr im Berichtszeitraum der Tendenz der Vorjahre folgend stark zurückgegangen (siehe Anhang 5).

Die Bearbeitungszeit der Vorgänge hat sich dagegen im Vergleich zu den Anfangsjahren der Behörde beträchtlich verlängert. Dies ist zurückzuführen auf eine deutlich vergrößerte Zahl erschlossener Unterlagen, in denen recherchiert werden muss.

4.2.3 Verwendung von Unterlagen für Zwecke der Nachrichtendienste

Die Nachrichtendienste des Bundes, der Länder und der Verbündeten haben sich im Berichtszeitraum nur noch in wenigen Fällen an die BStU gewandt. Ihre personenbezogenen Anfragen dienten vorwiegend dem Zweck der Spionageabwehr.

Daneben wurden für aktuelle Lageeinschätzungen auch Anfragen gestellt, zu denen themenbezogen zu recherchieren war.

Das an die BStU gerichtete Auskunftsanliegen eines Nachrichtendienstes aus dem außereuropäischen Raum musste abgelehnt werden, da entsprechende Einrichtungen von Staaten, die nicht schon vor 1990 mit Deutschland verbündet waren, keine Ersuchensberechtigung haben.

4.2.4 Nutzung des Zentralen Einwohnerregisters der ehemaligen DDR

Eine Zugangsberechtigung zu den Daten des Zentralen Einwohnerregisters der ehemaligen DDR (ZER) gemäß § 2 Absatz 2 StUG haben für die externe Nutzung ausschließlich die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte. Darüber hinaus kann die Bundesbeauftragte diese Daten als internes Recherchehilfsmittel verwenden. Aufgrund der Tatsache, dass die letzten Einträge in dieser Datenbank nun bereits über 18 Jahre alt sind, haben externe Antragsteller kaum noch Gebrauch von ihrem Zugangsrecht gemacht und lediglich zu fünf Personen angefragt.

Als internes Recherchehilfsmittel hat das ZER jedoch noch immer einen hohen Stellenwert. Das Alter dieser Daten wirkt sich hier nicht negativ aus. Die Angaben des Registers ermöglichen in vielen Fällen eine Ergänzung unvollständiger Personendaten und helfen bei der Ermittlung bisher nicht bekannter weiterer Namen oder Wohnorte, unter denen möglicherweise Unterlagen zu den angefragten Personen abgelegt sein können. Immer wieder hilfreich ist das ZER bei der Identifizierung der Klarnamen inoffizieller Mitarbeiter. So können mit zunächst bruchstückhaften und nur auf Annahmen beruhenden Angaben zum Geburtszeitraum, Namen oder zur Wohnanschrift der Person Ansatzpunkte für Folge Recherchen gewonnen werden, nach deren Ergebnis dem Decknamen ein Klarnamen letztlich eindeutig zugeordnet werden kann

(siehe auch Kapitel 4.1.5). Im Berichtszeitraum wurden interne ZER-Anfragen zu ca. 1 450 Personen bearbeitet.

4.2.5 Ersuchen zur Überprüfung von Personen

Auch mehr als 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution ist die Überprüfung von Personen auf eine frühere hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst noch immer ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Behörde. Die Intensität der Debatten im öffentlichen Raum über grundsätzliche Fragen der Überprüfung wie über konkrete Einzelfälle hat, zumindest in manchen Bereichen, in der letzten Zeit eher zugenommen.

Wegen des Wegfalls von Verwendungszwecken ab dem 29. Dezember 2006 durch die siebte StUG-Novellierung hat sich der Fokus im Bereich der Überprüfung immer mehr zu Personen hin verschoben, die höherrangige, allgemein bekannte oder politisch relevante Funktionen einnehmen. Besonders deutlich wird dies bei den Angehörigen kommunaler Vertretungskörperschaften. Aufgrund der weit gediehenen parlamentarischen Diskussionen ist noch in der ersten Hälfte des Jahres 2011 eine Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes durch den Bundestag zu erwarten, bei der die derzeit noch bis zum 31. Dezember 2011 geltende Frist, bis zu der zu einigen Verwendungszwecken Überprüfungen erfolgen können, voraussichtlich noch einmal bis zum 31. Dezember 2019 verlängert wird (siehe Kapitel 1.3). Zudem ist vor allem im Bereich leitender Tätigkeiten im öffentlichen Dienst mit einer Ausweitung des Kreises überprüfbarer Funktionsträger zu rechnen.

Unverändert ist die Bundesbeauftragte zu einer Mitteilung ohne Ersuchen an die jeweils ersuchensberechtigten Stelle verpflichtet, wenn sie gelegentlich der Erfüllung ihrer Aufgaben die Tätigkeit einer Person für den Staatssicherheitsdienst feststellt. Im Berichtszeitraum gab es dazu zwei Fälle.

4.2.5.1 Abgeordnete, Angehörige kommunaler Vertretungskörperschaften und kommunale Wahlbeamte sowie Regierungsmitglieder

Der im September 2009 gewählte Bundestag hat bisher zu 375 Abgeordneten um Überprüfung gebeten. In der vorangegangenen Legislaturperiode waren insgesamt 129 Abgeordnete überprüft worden.

Landtage reichten in den laufenden (teilweise schon vor diesem Berichtszeitraum begonnenen) Legislaturperioden in folgender Aufteilung Ersuchen zur Überprüfung ein: das Abgeordnetenhaus von Berlin zu 155, der Landtag Brandenburg zu 74, der Landtag Sachsen zu 98, der Landtag Thüringen zu 71, der Landtag Sachsen-Anhalt zu 73, der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu 43, der Landtag Niedersachsen zu 50, die Bürgerschaft Bremen zu 28 und der Landtag Nordrhein-Westfalen zu 152 Abgeordneten.

Eine große politische Dynamik hat sich seit dem Jahr 2009 im Land Brandenburg entwickelt, besonders nach der Wahl des Landtages am 27. September 2009. Nach intensiven Debatten hat der Landtag mit der Novellierung des Abgeordnetengesetzes am 21. Januar 2010 einstimmig die Überprüfung seiner Abgeordneten beschlossen. Damit ist in Brandenburg, wie sonst nur noch in Sachsen und in Thüringen, die Überprüfung aller Abgeordneten obligatorisch. Zu allen Landtagsmitgliedern (sofern sie zum Stichtag 12. Januar 1990 das 18. Lebensjahr vollendet hatten), einschließlich der Nachrücker, sind die Überprüfungen abgeschlossen.

Die intensive und auch kontroverse Debatte um Verstrickungen heutiger Mandatsträger in die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes hat besonders auf der kommunalen Ebene in Brandenburg oftmals zu Auseinandersetzungen um die Frage geführt, ob und in welcher Art Überprüfungen von Angehörigen kommunaler Vertretungskörperschaften und von kommunalen Wahlbeamten durchzuführen sind. Im Ergebnis war bei der BStU eine sprunghafte Steigerung der Ersuchen zur Überprüfung von Personen aus diesen Bereichen zu verzeichnen. Während im Jahr 2008 noch zu 63 Mandatsträgern angefragt wurde, sind im Jahr 2009 schon 699 Personen überprüft worden. Im Jahr 2010 ist die Eingangszahl dieser Ersuchen noch einmal auf 1 697, also auf fast das Zweieinhalbfache, gestiegen.

Die heutigen Diskussionen erinnern in mancher Hinsicht an vergleichbare Entwicklungen in den anderen neuen Bundesländern Anfang der 1990er-Jahre: In vielen Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen finden Debatten und Beschlussfassungen über die Überprüfung der Mandatsträger seit etwa anderthalb Jahrzehnten zum ersten Mal wieder oder überhaupt zum ersten Mal seit Gründung des Landes Brandenburg statt. In einer Reihe von Fällen haben sich die kommunalen Vertretungskörperschaften dabei mehrheitlich gegen eine Überprüfung ausgesprochen.

Es herrscht insgesamt hoher Klärungsbedarf; viele Informationen zum Verfahren und zu den rechtlichen Voraussetzungen müssen von Grund auf vermittelt werden. Die Bundesbeauftragte leistet hier, unterstützt von der Brandenburger Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, eine intensive Beratungstätigkeit. Erwartungsgemäß hat sich ergeben, dass im Vergleich zu den anderen neuen Ländern ein erheblich größerer Anteil der angefragten Personen erstmals überprüft wird.

Im Berichtszeitraum wurde aus den Ländern zu Angehörigen kommunaler Vertretungskörperschaften sowie zu kommunalen Wahlbeamten (vor allem zu Bürgermeistern, Ortsbürgermeistern, Beigeordneten und Landräten) in folgender Größenordnung um Überprüfung ersucht: Brandenburg 2 117, Sachsen 1 746, Thüringen 1 606, Mecklenburg-Vorpommern 827 und Sachsen-Anhalt 452 Personen. Interessant ist dabei im Ländervergleich (für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2009; für dieses Jahr ist aufgrund der vorhandenen Daten die genaueste Übersicht möglich) der relative Anteil derjenigen

Personen, zu denen Mitteilungen mit Hinweisen auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst erfolgten: Thüringen gut 3 Prozent, Sachsen-Anhalt etwa 4,5 Prozent, in Sachsen etwa 5,5 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern knapp 6 Prozent und in Brandenburg knapp 7 Prozent. Diese Zahlen bestätigen, was schon in der öffentlichen Diskussion der letzten Zeit deutlich geworden ist: In Brandenburg hat es etwa seit Mitte der 1990er-Jahre in diesem Bereich kaum Überprüfungen gegeben. Frühere inoffizielle Mitarbeiter des MfS mussten daher sehr viel seltener als in den anderen neuen Bundesländern damit rechnen, als Mandatsträger ihre MfS-Vergangenheit zur Diskussion stellen zu müssen.

Im Berichtszeitraum wurde zu insgesamt 47 Mitgliedern von Landesregierungen, d. h. Ministern und Staatssekretären, um Überprüfung ersucht. Von diesen gehören 22 zur Landesregierung in Brandenburg, zehn zum Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, acht zur Regierung des Freistaates Sachsen, fünf zur Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und je eines zur Regierung von Sachsen-Anhalt und zum Senat von Berlin.

4.2.5.2 Beamte und Angestellte, die eine Behörde leiten oder eine vergleichbar verantwortungsvolle Aufgabe wahrnehmen

Während im vorangegangenen Berichtszeitraum noch zu 587 Personen Ersuchen mit Bezug auf den öffentlichen Dienst eingegangen waren, wurde im aktuellen Berichtszeitraum zu 231 Personen um Überprüfung gebeten. Dieser Rückgang erklärt sich dadurch, dass damals manche öffentliche Stellen noch nicht realisiert hatten, dass nach der siebten StUG-Novellierung im Dezember 2006 der Verwendungszweck, nach dem alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst überprüft werden konnten, zum Ende des Jahres 2006 durch Fristablauf entfallen war. Der neu gefasste Verwendungszweck gemäß §§ 20/21 Absatz 1 Nummer 6d) StUG ermöglicht nur noch die Überprüfung von Beamten und Angestellten, die eine Behörde leiten oder eine vergleichbar verantwortungsvolle Aufgabe wahrnehmen. Dies ist ein relativ kleiner Personenkreis.

Von den Ersuchen zu den 231 Personen mussten 182 abgelehnt werden, da die rechtlichen Voraussetzungen nicht vorlagen. Dies entspricht fast 80 Prozent. Bei einem Teil dieser Vorgänge kam der Verwendungszweck schon von vornherein nicht in Frage, da es sich zwar um Beschäftigte im öffentlichen Dienst, nicht aber um Personen mit höherer Leitungsfunktion handelte. Bei einem anderen Teil blieben die Anfragen erfolglos, da die Institution, deren Leiter überprüft werden sollte, weder eine Behörde im Sinne des StUG noch eine Einrichtung mit vergleichbar verantwortungsvoller Aufgabe war. Ein weiterer Teil der Ablehnungen ergab sich aus der Tatsache, dass die angefragte Person weder die jeweilige Leitungsfunktion innehatte noch als ständiger Stellvertreter anzusehen war, wie es in der Gesetzesbegründung ausgeführt ist. Zu diesem Punkt gab es in einigen Fällen Unverständnis bei ersuchenden Stellen, da die zur Überprüfung eingereichten Personen zweifellos in ihrer Institution eine wichtige

Funktion ausüben, aber eben nicht den vom Gesetz geforderten Status erfüllen.

Bei den 40 Personen, zu denen Mitteilungen erfolgten, handelte es sich um Schulleiter, Rektoren und Kanzler von Hochschulen, Intendanten, Vorstandsmitglieder staatlicher Kliniken, einen Landesbeauftragten für Datenschutz, einen Museumsdirektor, den Leiter einer Landesbehörde für IT-Dienstleistungen, den Vizepräsidenten eines Landesrechnungshofes und Leiter einiger weiterer Behörden.

4.2.5.3 Berufsrichter und ehrenamtliche Richter

Um Überprüfung ersucht wurde zu allen acht amtierenden Richtern des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg. Der Ausschuss des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern zur Vorbereitung der Wahl der Richter des Landesverfassungsgerichtes hat zu drei dafür vorgesehenen Kandidaten um Mitteilung gebeten. Ersuchen wurden ferner eingereicht zu zwei Berufsrichtern aus Thüringen sowie zu 39 ehrenamtlichen Richtern des Finanzgerichtes, 37 ehrenamtlichen Richtern des Obergerichtes und zwei ehrenamtlichen Richtern des Berufsgerichtes für Heilberufe von Mecklenburg-Vorpommern.

Wie schon seit Jahren wurde wieder von verschiedenen Städten und Gemeinden in Sachsen um die Überprüfung von insgesamt zehn Personen gebeten, die zu Friedensrichtern ernannt werden sollten. Da diese Funktionen der Schiedsgerichtsbarkeit aber nicht zu den ehrenamtlichen Richtern im Sinne des StUG gehören, waren diese Ersuchen abzulehnen.

4.2.5.4 Leitende Personen im Sport sowie Trainer und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften

Schon für die Olympischen Sommerspiele in Peking 2008 hatte das Präsidium des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zu 288 leitenden Mitgliedern der Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland um Überprüfung gebeten – Trainerinnen und Trainer, Betreuerinnen und Betreuer sowie weitere Funktionsträgerinnen und Funktionsträger. Daran anknüpfend hat der DOSB zu 146 Mitgliedern der deutschen Mannschaft für die Olympischen Winterspiele in Vancouver 2010 Mitteilungen erbeten. Daneben gab es Ersuchen zu fünf Personen aus einem Sportverband und zu einer Person aus einem Olympiastützpunkt.

4.2.5.5 Beiratsmitglieder der BStU und Beschäftigte in Aufarbeitungsinitiativen

Überprüft wurden zwei neu ernannte Mitglieder des Beirats der Bundesbeauftragten. Bei den beiden Beiräten der Bundesbeauftragten wurden nur noch ergänzend die jeweils nachgerückten Mitglieder überprüft. Ersuchen wurden eingereicht zur Überprüfung von zwei neuen und einer amtierenden Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sowie von acht bei den Landesbeauftragten Be-

schäftigten. Von mit der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes oder der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen DDR befassten Einrichtungen wurde bis Ende des Jahres 2010 zu 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um Überprüfung gebeten.

4.2.5.6 Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Im Rahmen der Überprüfungen von Personen nach den Sicherheitsüberprüfungsgesetzen des Bundes und der Länder sowie dem Luftsicherheitsgesetz (LSG), dem Atomgesetz (AtG) bzw. der Atomrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungsverordnung (AtZÜV) wird in vielen Fällen die Bundesbeauftragte zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst einbezogen.

Die Anzahl der von den für Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen zuständigen Stellen eingereichten Ersuchen ist gegenüber dem Jahr 2008 im Jahr 2009 um 27 Prozent auf 11 587 gestiegen. Davon wurden 683 Ersuchen im Rahmen der Überprüfungen nach dem LSG und zwei Ersuchen nach dem AtG bzw. der AtZÜV eingereicht. Im Jahr 2010 waren 10 467 Neueingänge zu verzeichnen (siehe Anhang 5).

Der Anteil der Mitteilungen mit Hinweisen auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit lag 2009 bei knapp 8 Prozent und 2010 bei gut 7 Prozent.

4.2.5.7 Rentenangelegenheiten

Die Stellen, die für die Überführung der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der ehemaligen DDR in die gesetzliche Rentenversicherung zuständig sind, sind verpflichtet, vor der Rentenfestsetzung zu prüfen, ob eine hauptamtliche oder verdeckt-hauptamtliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst vorlag. Die Anzahl der dazu bei der Bundesbeauftragten eingereichten Ersuchen ist seit Jahren rückläufig. Gegenüber dem Jahr 2008 sind die Eingänge im Jahr 2009 nochmals um 37 Prozent auf 6 792 gesunken. Im Jahr 2010 lag die Anzahl der Eingänge bei 5 334 (siehe Anhang 5).

4.2.5.8 Ordensangelegenheiten

Die Anzahl der eingereichten Ersuchen zu Ordensangelegenheiten ist weiter gestiegen. In den drei vorangegangenen Berichtszeiträumen waren es 599, 790 und 923. Im aktuellen (verkürzten) Berichtszeitraum sind zu 679 Personen Anfragen gestellt worden. Die weitaus meisten Ersuchen werden weiterhin von den Staats- und Senatskanzleien sowie einzelnen Ministerien der neuen Bundesländer einschließlich Berlin gestellt. Nur ein kleinerer Anteil von ca. einem Fünftel kommt aus den alten Bundesländern, dann in der Regel zu aus der DDR stammenden Personen. In Einzelfällen fragt das Bundespräsidialamt auch direkt bei der BStU an. Unverändert ist der gegenüber anderen Verwendungszwecken deutlich höhere Anteil von durchschnittlich ca. 9 Prozent Mitteilun-

gen mit Hinweisen auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst.

Auf der Grundlage des für Ordensangelegenheiten einschlägigen Verwendungszwecks gemäß § 20 Absatz 1 Nummer 10 StUG können wegen der Gesetzessystematik zu einer angefragten Person nur Inhalte im Zusammenhang mit einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst mitgeteilt werden. Andere sich aus den Unterlagen ergebende relevante Informationen dürfen den einreichenden Stellen nicht zugänglich gemacht werden, auch wenn es sich um Sachverhalte handelt, die offensichtlich für die zu treffende Entscheidung über die Verleihung einer Ehrung von Bedeutung sind. Vereinzelt gibt es auch Vorgänge, bei denen die Bundesbeauftragte (erneut) um Mitteilung ersucht wird, weil die Rücknahme eines schon verliehenen Ordens geprüft wird.

Durch Teilnahme von Vertretern der Bundesbeauftragten bei der vom Bundespräsidialamt jährlich veranstalteten Fachtagung mit den für Ordensangelegenheiten Verantwortlichen der Bundesländer, des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums des Innern ist die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen auf Arbeitsebene intensiviert worden.

4.3 Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung sowie von Presse, Rundfunk und Film

Die im Berichtszeitraum stattgefundenen Jubiläen dürften der hauptsächliche Grund dafür sein, dass die Antragszahlen im Bereich der Forschung, der Medien und der politischen Bildung weiter zugenommen haben: Während im vorherigen Berichtszeitraum monatlich zwischen 80 bis 100 Anträge bei der BStU eingingen, liegt diese Zahl aktuell mit durchschnittlich 125 Anfragen deutlich darüber. Diese Steigerung hat auch dazu geführt, dass bei im Wesentlichen unverändert gebliebener Mitarbeiterzahl für den Bereich Forschung und Medien die Pro-Kopf-Be-lastung deutlich zugenommen hat: Die Zahl der Anträge pro Mitarbeiter hat sich im Zeitraum 2005 bis 2009 nahezu verdoppelt.

Im Berichtszeitraum sind 2 955 Forschungs- und Medienanträge nach §§ 32 ff. StUG neu gestellt worden, hiervon kamen 1 665 Anträge von Forschern und 1 290 Anträge von den Medien. Die beigefügte Übersicht (Anhang 7) gibt Aufschluss über die Gesamtzahlen sowie darüber, welchen Institutionen bzw. Bereichen die antragstellenden Forscher und Medienvertreter zuzuordnen sind.

Wie in den vergangenen Jahren kommen die Anträge von Studenten, Journalisten, Doktoranden und Schriftstellern bis hin zu renommierten Forschern unterschiedlichster Wissenschaftszweige. Unter den Antragstellern finden sich aber auch Schulen, Organisationen, Vereinigungen und Universitäten sowie Mahn- und Gedenkstätten. Die schon im Neunten Tätigkeitsbericht erkennbare Veränderung der Antragstellerstruktur hat sich im Berichtszeit-

raum fortgesetzt: Die Zahl derjenigen, die die von der BStU verwahrten Unterlagen für ihre Magisterarbeit oder Dissertation nutzen wollen, nimmt zu. Das verdeutlicht, dass auch mehr als 20 Jahre nach dem Ende der DDR das Interesse an der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gerade unter jüngeren Antragstellern nicht nachlässt, sondern zunimmt.

Auch das Interesse von ausländischen Forschern und Medienvertretern ist ungebrochen: Waren es im Berichtszeitraum des Neunten Tätigkeitsberichts 264 Anträge, so erreichten die Behörde im aktuellen verkürzten Berichtszeitraum 262 Anträge.

Gerade im Medienbereich ist zu beobachten, dass die Antragsteller erwarten, dass die BStU trotz aller rechtlichen Besonderheiten des Archivzugangs nach kurzen Bearbeitungszeiten Materialien herausgeben kann. Im Berichtszeitraum waren diese kurzfristigen Nachfragen wegen der politisch wichtigen Ereignisse besonders ausgeprägt.

Interessant ist, dass gerade durch die Antragsteller aus dem Medienbereich immer öfter ausdrücklich nach Film-, Video- und Tonmaterial gefragt wird. Audio-visuelle Medien werden für ansprechende publikumswirksame Darstellungen immer wichtiger.

4.3.1 Ausgewählte Themenschwerpunkte

Aus organisatorischen Gründen werden in der Regel bestimmte Themenkomplexe bei der Antragsbearbeitung immer wieder in den gleichen Arbeitsbereichen erledigt. Damit kommt Spezialistenwissen bei der Erledigung der Anträge zum Tragen, wodurch vor allem die Bearbeitung beschleunigt wird. Dies gilt im Grundsatz auch für die Antragsbearbeitung in den Außenstellen, wenngleich hier wegen der deutlich geringeren Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Anträge aus dem Bereich Forschung und Medien bearbeiten, nicht immer daran festgehalten werden kann.

4.3.1.1 Friedliche Revolution

Der 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution hat im Jahr 2009 die Öffentlichkeit intensiv beschäftigt. Erwartungsgemäß gingen daher zahlreiche Anträge ein, die einen thematischen Bezug zum Herbst 1989 hatten. Nur beispielhaft sollen die folgenden Anträge erwähnt werden:

Dem Deutschlandfunk wurden nach aufwändiger Anonymisierung 15 Tonträger übergeben, aus denen ein Radiofeature mit dem Titel „Wo sind wir nur hingekommen? – Die letzten Stunden der Stasi im Originalton“ entstand.

Die Evangelische Kirchengemeinde Berlin-Prenzlauer Berg benötigte in Vorbereitung einer Ausstellung zur Geschichte der Gethsemanekirche im Zusammenhang mit der Friedlichen Revolution 1989 kurzfristig umfangreiches Material. Zusätzlich zu Unterlagen des MfS in Papierform konnten 320 Fotos zur Einsicht vorgelegt und 15 Fotos herausgegeben werden.

Der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn wurden zum Thema „Demonstrationen und Kundgebungen 1989“

3 237 Fotos zur Einsicht vorgelegt und 144 auf Antrag herausgegeben.

Auch ausländische Antragsteller beschäftigten sich mit den Ereignissen 1989. So erhielt das Tschechoslowakische Dokumentationszentrum in Prag zum Thema „Flüchtlinge in der Prager Botschaft 1989“ 1 550 Seiten Duplikate von Unterlagen, welche für eine umfangreiche Publikation genutzt wurden.

Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und der NDR stellten zur Vorbereitung einer Ausstellung „Aufbruch im Norden“ einen Forschungsantrag zum Thema „Friedliche Revolution im ehemaligen Bezirk Neubrandenburg“.

Gelegentlich werden auch neue Wege der Vermittlung beschritten: Zwei junge Künstler erhielten zur Erarbeitung eines Comics für jugendliche Zielgruppen Unterlagen zum Thema „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und zur Zeitschrift grenzfall. Innerhalb von zwei Monaten wurde Einsicht in 10 469 Duplikate und 5 704 Fotos gewährt. Es konnten insgesamt 1 810 Kopien und 69 Fotos herausgegeben werden.

Der Stadt Dresden wurde umfangreiches Ton- und Videomaterial (Originalaufzeichnungen des MfS) zur Gestaltung einer Video-Lichtgrafik-Klang-Installation am 7. Oktober 2009 im Lichthof des Dresdner Rathauses und an der Außenwand des Dresdner Hauptbahnhofs zur Verfügung gestellt. Dieses Projekt wurde begleitet von der Gestaltung und Fahrt eines dem Zug mit den ersten Botschaftsflüchtlingen von Prag nach Hof nachgestalteten Zuges. Das Projekt „Zug der Freiheit“ vom Kulturaktiv e. V. Dresden wurde von der Außenstelle Dresden mit der Gestaltung eines Waggons unterstützt.

Zu einem Antrag des Stadt- und Kreismuseums Dippoldiswalde zum Thema „Das politische Geschehen in Dippoldiswalde im Herbst 1989“ wurden 198 Kopien zur Gestaltung einer Ausstellung herausgegeben.

Aus einem Antrag der Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, zu dem die Außenstelle Erfurt der BStU umfangreiche Unterlagen bereitgestellt hatte, entstand eine sogenannte Marktplatz-Ausstellung, die 2009 in allen größeren Städten Thüringens auf großes Interesse in der Bevölkerung stieß und anlässlich des Tags der offenen Tür der Außenstelle Erfurt am 12. September 2010 auf dem Erfurter Petersberg gezeigt wurde.

Anträge der Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen zu einem Quelle-Zeitzeugen-Projekt mündeten 2010 in den Film „Feindberührung“. Er zeigt das gemeinsame Aktenstudium eines „Täter-Opfer-Paares“ aus der Region. Deutlich werden die infamen Methoden der Geheimpolizei, aber auch die Schwierigkeiten einer Aussöhnung zwischen Opfern und Tätern. Der Film wurde Ende Oktober 2010 im Rahmen der 44. Hofer Filmtage gezeigt. Anlässlich des Festivals des Deutschen Kinos Ende November 2010 wurde er im Rahmen einer Dokumentarfilmreihe als Eröffnungsfilm aufgeführt.

Aus einem Medienantrag des MDR entstand die Buchpublikation von Dr. Rainer Erices und Jan Schönfelder „Willy Brandt in Erfurt“, die im März 2010 im Ch. Links Verlag erschienen ist. Zu diesem Antrag hatte die Außenstelle Erfurt rund 3 600 Seiten durchgesehen und schließlich 747 Seiten in Kopie herausgegeben.

Eine Ausstellung des Fördervereins des Stadt- und Regionalmuseums Lübben, erarbeitet durch die „Kulturlandschaft Aktiv“, dokumentiert Informationsberichte des Staatssicherheitsdienstes vom Oktober und November 1989 über Veranstaltungen des Neuen Forums in Lübben. In diesem Zusammenhang wurden auch Originale von Flugblättern mit Hinweisen auf Veranstaltungen der Bürgerbewegung aufgefunden.

Dem 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution war auch das Buch „Schritte zur Freiheit. Die friedliche Revolution 1989/90 in Halle an der Saale“ gewidmet. Herausgegeben von dem Zeitgeschichtler Patrick Wagner von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg stützt sich das im Mitteldeutschen Verlag Halle und Leipzig erschienene Buch ganz maßgeblich auch auf Unterlagen aus dem Bestand der BStU. Mit ihrer Hilfe wurde eine Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Zustände im wirtschaftlich wichtigsten Bezirk der DDR, aber auch des Erstarkens der Opposition ermöglicht. Zugleich war damit eine Rekonstruktion der Ereignisse zwischen Mai 1989 (Fälschung der Kommunalwahlen) und Mai 1990 (erste freie Kommunalwahlen) möglich. Die Regionalstudie belegt eindrucksvoll den anwachsenden Konflikt zwischen Staat, SED und Blockparteien auf der einen Seite und der wachsenden Opposition bzw. der unzufriedenen Masse auf der anderen Seite. Deutlich wird, dass das MfS bis zuletzt versuchte, die Macht der SED und ihrer Bündnispartner zu retten, dann aber als Geheimpolizei selbst nicht mehr in der Lage war, seine Besetzung und folgende Auflösung zu verhindern.

Für eine Ausstellung des Leipziger Bürgerkomitees „Wir sind das Volk“ wurde zwischen dem Bürgerkomitee Leipzig und der Außenstelle Leipzig eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Für die Ausstellung, die am 2. Oktober 2009 eröffnet worden ist, wurden von der Außenstelle Leipzig zu dem eingereichten Thema insgesamt 5 863 Seiten in Kopie herausgegeben.

4.3.1.2 Westarbeit des MfS

Der Komplex Westarbeit des Staatssicherheitsdienstes ist schon seit Jahren ein Schwerpunkt der Arbeit der BStU. Strukturen, Agentennetze und Informationsflüsse konnten teilweise rekonstruiert werden, obwohl der Aktenbestand der HVA, der Auslandsabteilung des Staatssicherheitsdienstes, fast vollständig vernichtet wurde. Von den zahlreichen Anträgen zu diesem Themenbereich sollen nur einige angeführt werden, die eindrucksvoll die Vielfältigkeit illustrieren:

So beantragte Stephan Stracke für die ARD zur Aufarbeitung des Einflusses des MfS auf Mitglieder der FDP die Herausgabe zum sogenannten Naumann-Kreis. Der

Naumann-Kreis war eine Gruppe ehemaliger Nationalsozialisten um Werner Naumann, den letzten Staatssekretär des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels. Dieser versuchte 1952/53, die FDP bundesweit zu unterwandern, mit dem Schwerpunkt im Landesverband Nordrhein-Westfalen. Bei der Bearbeitung dieses Antrags wurden rund 11 600 Seiten durchgesehen, 648 Seiten konnten zur Akteneinsicht vorgelegt und 43 Seiten in Kopie herausgegeben werden.

Ein anderer Antrag beschäftigte sich mit dem Thema „Die Grünen und die Alternative Liste in Berlin“. Hierfür wurden 694 Seiten durchgesehen, 684 Seiten zur Einsicht vorgelegt und schließlich 576 Seiten in Kopie herausgegeben.

Mehrere Anträge untersuchten einen möglichen Einfluss des MfS auf den früheren Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins Dr. Uwe Barschel bzw. die Umstände seines Todes: Für den Antragsteller Dr. Rainer Erices vom MDR wurden zu dieser Fragestellung rund 2 400 Seiten durchgesehen und 812 Seiten herausgegeben; für den thematisch noch weiter gefassten Antrag von Dr. Heribert Schwan vom WDR („Die Bonner Republik“) wurden knapp 26 000 Seiten durchgesehen und 2 470 Seiten herausgegeben.

Im Achten Tätigkeitsbericht wurde breit über Medienanträge zum Einfluss des Staatssicherheitsdienstes auf die Mitglieder des 6. Deutschen Bundestages informiert. Im Berichtszeitraum wurden entsprechende Anträge zum 10. und 11. Deutschen Bundestag gestellt. Da die Legislaturperiode des 11. Deutschen Bundestages mit der Wiedervereinigung endete, handelt es sich hier um eine historisch besonders interessante Periode. Inzwischen konnten dazu Unterlagen mit einem Umfang von 1 204 Seiten zu 25 Personen herausgegeben werden.

Die Herausgabe der Unterlagen zu den 25 Abgeordneten des 10. und 11. Deutschen Bundestages wurde gemäß §§ 32 bis 34 StUG zu ihnen als Person der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen oder aufgrund der Offenkundigkeit der in den Unterlagen enthaltenen Informationen durchgeführt. Zum besseren Verständnis der vorgelegten Unterlagen erhielten alle Antragsteller ein entsprechendes Informationsblatt.

Da die Aktenlage wie oben erwähnt in diesem Bereich eher bruchstückhaft ist, stellen Unterlagen zur Westarbeit des MfS immer besondere Herausforderungen an die Fähigkeit der Rezipienten zur sachgerechten Interpretation und Darstellung. Besondere Schwierigkeiten der Interpretation dieser besonderen Unterlagen liegen darin, dass das MfS sowohl mit der Erfassung von Personen als auch allen weiteren elektronischen Informationssystemen (SIRA-Datenbanken) vor allem dokumentieren wollte, ob stabile Informationsbeziehungen zu Personen oder zuverlässige Informationsquellen in Institutionen vorhanden waren. Ob Informationsquellen tatsächlich aktiv als inoffizielle Mitarbeiter (IM) tätig waren oder in geeigneter Weise – wie es in der Fachsprache des MfS hieß – „abgeschöpft“ wurden, lässt sich aus den Informationsdaten-

banken und Karteien nur in Ausnahmefällen mit ausreichender Sicherheit entnehmen. Die Unterlagen zeigen oft nur an, dass vom MfS als zuverlässig und hochwertig bewertete Informationen bestimmte Wege gegangen sind. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz lässt die Bekanntgabe von Namen beteiligter Personen nur zu, wenn deren Status als inoffizieller Mitarbeiter den Unterlagen zu entnehmen ist. Bleibt die Feststellung der IM-Eigenschaft zweifelhaft, können Unterlagen nur unter besonderen Bedingungen herausgegeben werden: Entweder nach der Einwilligung des Betroffenen oder nach einem Benachrichtigungsverfahren bei Personen der Zeitgeschichte, Amts- oder Funktionssinhabern.

4.3.1.3 Justiz und Strafvollzug sowie Polizei

Besondere Aufmerksamkeit hat im Berichtszeitraum das Auffinden von Unterlagen zum ehemaligen Westberliner Polizisten Karl-Heinz Kurras hervorgerufen: Im Frühjahr 2009 fanden Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung der BStU im Rahmen der Recherchen zu einem internen Forschungsprojekt die IM-Unterlagen von Karl-Heinz Kurras (siehe Kapitel 5.2.2). Dieser arbeitete von 1955 bis 1967 als inoffizieller Mitarbeiter unter dem Decknamen „Otto Bohl“ für den Staatssicherheitsdienst. In dieser Zeit lieferte Kurras eine Vielzahl von teilweise sehr wichtigen Informationen aus dem Bereich der Westberliner Polizei an das MfS. Kurras entwickelte sich im Laufe der Jahre zu einer der wichtigsten Quellen, die der Staatssicherheitsdienst in Westberlin hatte. Dieser Aktenfund erhielt seine besondere Brisanz vor allem dadurch, dass Karl-Heinz Kurras während einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien am 2. Juni 1967 in Westberlin den Studenten Benno Ohnesorg erschoss.

Nach Bekanntwerden dieses Aktenfundes wurden in kürzester Zeit etwa 40 Forschungs- und Medienanträge an die Bundesbeauftragte gerichtet. Den Antragstellern wurden nach den Bestimmungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes aufbereitete Unterlagen aus 16 der insgesamt 17 Bände des IM-Vorgangs und die Ergebnisse einer Sachrecherche zur Verfügung gestellt. Dabei handelte es sich um jeweils etwa 3 800 Duplikate. Hinzu kamen bei vielen Anträgen teils umfangreiche Recherchen zum Umfeld von Karl-Heinz Kurras, zur Tat vom 2. Juni 1967 sowie zu Personen der Studentenbewegung. Der Band 17 der IM-Unterlagen war bis in den September 2010 durch eine Sperrerklärung der Generalbundesanwaltschaft für die Nutzung gemäß §§ 32 bis 34 StUG nicht zugänglich, weil aufgrund des Aktenfundes gegen Karl-Heinz Kurras ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde; zwischenzeitlich ist auch dieser Aktenteil frei- und an die Antragsteller herausgegeben worden.

Infolge des Aktenfundes wurden zahlreiche Presseartikel veröffentlicht, in denen die Umstände des Todes Benno Ohnesorgs und die Bedeutung dieser Tat für die Studentenbewegung im Lichte der nun bekannten Tatsache, dass Karl-Heinz Kurras zum Tatzeitpunkt auch als inoffizieller Mitarbeiter für das MfS arbeitete, diskutiert wurden. Bis zum heutigen Tag erschienen zwei Bücher zur Thematik. Der Fall Kurras gab den Anstoß, erneut die Bedeutung

der Studentenbewegung für die Geschichte der Bundesrepublik intensiv zu diskutieren.

Angeregt durch den Aktenfund beauftragte der Polizeipräsident von Berlin eine Gruppe von Wissenschaftlern des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, über den Fall Kurras hinausgehend die Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes auf die Polizei Westberlins über den gesamten Zeitraum der Existenz des MfS hinweg systematisch zu erforschen. Hierzu hat die BStU zahlreiche Recherchen durchgeführt und der Forschergruppe eine Vielzahl von Akten zur Verfügung gestellt. Die Forschungen dauern derzeit noch an.

Zahlreiche Medienbeiträge, darunter auch eine Dokumentation von Spiegel TV, beschäftigten sich mit den Bedingungen in der Strafvollzugsanstalt in Hoheneck anhand des Schicksals verschiedener betroffener Frauen. Als Ergänzung zu einem früheren Antrag aus dem Jahr 2008 fragte Spiegel TV 2009 nach weiteren Erkenntnissen aus Unterlagen der BStU für eine Fernsehdokumentation zum Thema „Die Frauen von Hoheneck“. Eine der betroffenen Frauen wurde in der Außenstelle Frankfurt (Oder) bei der Akteneinsicht mit der Kamera begleitet. Zu weiteren 15 betroffenen Frauen, zwei NS-Täterinnen und zwei Vollzugsbeamten des Frauengefängnisses Hoheneck wurden Recherchen durchgeführt. Die Ergebnisse verarbeitete Spiegel TV in der Dokumentation „Eingesperrt, um frei zu sein – das geheime Frauengefängnis der DDR“, die am 14. November 2009 bei VOX gezeigt wurde.

4.3.1.4 Kinder und Jugendliche

Vor dem Hintergrund der 2010 bekannt gewordenen Fälle von Misshandlung und Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland gingen bei der BStU vermehrt Anträge zum Umgang mit Kindern und Jugendlichen in der DDR ein. Dies betraf zum einen die Strafverfolgung von Sexualstraftaten und Kindesmissbrauch wie sie in einem Medienantrag des MDR durch die Außenstelle Leipzig bearbeitet wird. In Vorbereitung dieses noch laufenden Antrags wurden bis jetzt 30 048 Seiten gelesen und 531 Seiten zur Einsicht vorgelegt.

Der weitaus größere Teil der insgesamt 13 Anträge befasst sich mit den staatlichen DDR-Kinderheimen, darunter dem Kombinat der Sonderheime für Psychodiagnostik und pädagogisch-psychologische Therapie, den (Geschlossenen) Jugendwerkhöfen sowie dem zeitweilig existierenden Jugendarbeitslager Rüdersdorf. Dabei geht es unter anderem um die Zuständigkeiten und Gründe für die Einweisungen, um die Unterbringung und Lebensumstände in den Heimen, um die Erzieher, Erziehungsmethoden und -ziele sowie um Schicksale von einzelnen Betroffenen in solchen Heimen. Im Rahmen dieser Forschungsarbeiten wurden auch Dokumente zu brutalen körperlichen Übergriffen, sexuellem Missbrauch und Arretierungen von Kindern aufgefunden.

Da die Einweisungen durch die Jugendhilfeeinrichtungen vorgenommen wurden und die Heime dem Volksbil-

dungsministerium unterstanden, beschränken sich die Funde in den Archiven des Staatssicherheitsdienstes auf Unterlagen, die das politisch-operative Zusammenwirken zwischen Staatssicherheitsdienst, Jugendhilfe und gegebenenfalls der Volkspolizei dokumentieren, auf Informationen von willigen Zuträgern in den Einrichtungen, auf Akten von Heimerziehern oder Zöglingen, die für eine inoffizielle Zusammenarbeit gewonnen worden waren. Eine direkte Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes sowohl auf die Jugendämter und Jugendhilfeausschüsse als auch auf die Zustände in den Heimen, Jugendwerkhöfen und dem Arbeitslager ist daraus kaum zu entnehmen.

Genau vor diesem Problem stehen die vielen tausend Betroffenen, die heute eine Rehabilitation anstreben: Sie müssen im Einzelfall nachweisen, dass die damalige Einweisung auch sachfremden politischen Zwecken gedient hat und mit den Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung nicht vereinbar ist.

Die Forschungsanträge der Landesbeauftragten Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsen-Anhalts und Brandenburgs zielen deshalb auch darauf, die vielen ehemaligen Heimkinder des jeweiligen Bundeslandes bezüglich ihrer verwaltungsrechtlichen Rehabilitation besser beraten zu können und die erworbenen Kenntnisse in Form von Büchern oder Broschüren zu dokumentieren. Das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit hat mit dem gleichen Anliegen einen „Arbeitskreis Kindesmisshandlung und Kindesmissbrauch in ehemaligen DDR-Kinderheimen und Jugendwerkhöfen“ gegründet, der selbstständig Forschungen betreibt, und darüber hinaus einen Forschungsbericht beim Jenaer Zentrum für empirische Sozial- und Kulturforschung e. V. „Zur sozialen Lage der ehemaligen DDR-Heimkinder in Thüringen“ in Auftrag gegeben.

Es gab im Berichtszeitraum aber auch einen Forschungsantrag, der sich beispielsweise nur mit dem Heimschicksal einer Person befasste oder den Antrag des Amtsdirektors des Amtes Gerswalde, der durch seinen Ortschronisten aus eher heimatkundlichem Interesse heraus die Geschichte des Spezialkinderheimes, Jugendheimes und späteren Jugendwerkhofes Gerswalde untersuchen lies. Allein zu diesem, 2009 gestellten und 2010 abgeschlossenen Antrag wurden 4 238 Seiten durchgesehen, meist aus Akten inoffizieller Mitarbeiter (IM), die im Heim in ein sogenanntes Führungs-IM-System integriert waren. 311 Seiten lagen zur Akteneinsicht vor und 86 Seiten sind in Kopie herausgegeben worden.

Die thematischen Recherchen bzw. die zu Personen werden jeweils im Zentralarchiv sowie in den Außenstellen durchgeführt, in deren Territorium sich die angefragten Personen, Heime bzw. Jugendwerkhöfe befanden.

4.3.1.5 Sport

Gerade wenn größere Sportereignisse anstehen, wie z. B. im Berichtszeitraum die Olympischen Winterspiele 2010 in Vancouver, gehen vermehrt Anträge zum Einfluss des MfS auf den Sport ein. Die Anträge beinhalten Anfragen

zu Biografien einzelner Sportler, zu Sportclubs ebenso wie zum Verhalten von Fans bis hin zu bestimmten großen Sportereignissen wie Olympischen Spielen oder Weltmeisterschaften. Sie beleuchten aber auch das gesamte Spektrum deutscher Sportgeschichte wie beispielsweise die Anträge „Deutsch-deutsche Sportbeziehungen“ und „Die Zentrale Steuerung und Kontrolle des DDR-Sports“.

Das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig stellte bereits 2008 einen Antrag zum Thema „Sport und Politik“, der die BStU bis weit in das Jahr 2009 hinein beschäftigte. Für die Ausstellung „Wir gegen uns. Sport im geteilten Deutschland“, welche vom 25. November 2009 bis zum 5. April 2010 in Leipzig zu sehen war, wurden nicht nur Papierkopien, sondern auch zahlreiche Foto-, Ton- und Filmmaterialien bereitgestellt.

4.3.1.6 Grenzregime, Fluchten, Militär und Militärverbindungsmissionen

Zum Jubiläumsjahr 2009 standen auch zahlreiche Anträge zum o. a. Themenbereich im Fokus. So ist im August 2009 das gemeinsame Dokumentationsprojekt „Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989“ des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) und der Stiftung Berliner Mauer nach mehr als vierjähriger Forschungsarbeit beendet worden. Die Ergebnisse sind sowohl in der Gedenkstätte in der Bernauer Straße zu besichtigen als auch auf der Internetseite www.chronik-der-mauer.de abrufbar. Zeitgleich ist ein biografisches Handbuch über 136 an der Berliner Grenze getötete Menschen im Ch. Links Verlag erschienen. Insgesamt wurden für dieses Projekt 83 227 Seiten gesichtet, 10 729 Kopien und 606 Fotos herausgegeben. Als hilfreich erwies sich dabei, dass die hier forschenden Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nach Inkrafttreten des Siebten Gesetzes zur Änderung des StUG nach § 32 Absatz 1 Nummer 7 verpflichtet werden konnten und dadurch in nicht anonymisierte Unterlagen Einsicht erhielten.

Auch durch die Regelung, dass Unterlagen zu Betroffenen 30 Jahre nach deren Tod ohne Einwilligung verwendet werden können, weil nach diesem Zeitraum nur noch sehr wenige postmortale Schutzrechte bestehen, konnten zu vielen an der Mauer getöteten Menschen umfangreiche Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Denn von den 136 Todesopfern starben über die Hälfte innerhalb der ersten fünf Jahre nach dem Mauerbau 1961. Die meisten der Todesopfer waren DDR-Flüchtlinge, die versuchten, die Sperranlagen um Westberlin zu überwinden. 98 der Flüchtlinge wurden dabei erschossen, verunglückten oder nahmen sich in der Folge das Leben (entweder in der U-Haft oder weil sie erkannten, dass der Fluchtversuch gescheitert war). Weitere 30 Menschen aus Ost und West kamen ohne Fluchtabsichten an der Grenze zu Tode, ebenso acht DDR-Grenzsoldaten. Durch die Recherchen konnten 164 sogenannte Verdachtsfälle als „Maueropfer“ ausgeschlossen werden. In 16 weiteren Fällen konnten die Forscher aufgrund mangelnder Belege keine Entscheidung treffen. Dabei handelt es sich um Wasserleichen mit ungeklärter Identität, bei denen es keinen

eindeutigen Nachweis für einen Bezug zur DDR-Grenzsicherung gab.

Dem genau entgegengesetzten Thema, nämlich „Versuchte(n) Grenzübertritte(n) an der Berliner Mauer von West nach Ost“ widmete sich Dr. Martin Schaad vom Einstein Forum Potsdam. Ihm ging es darum, die Motivationen und Handlungsmuster der Grenzübertreter sowie die Folgen ihrer Handlungen zu untersuchen. Dabei galt es auch, die Reaktionsmuster der DDR-Staatsorgane, insbesondere des Ministeriums für Staatssicherheit, in den BStU-Unterlagen zu studieren. War doch das MfS in solchen Fällen federführend bei Befragung, Inhaftierung oder Rückführung der betreffenden Personen. Normalerweise wäre die Bearbeitung dieses Antrags sehr kompliziert gewesen, denn diese Personen sind in der Mehrzahl als Betroffene anzusehen. Somit hätten alle Akten zum Thema zunächst kopiert und die Namen der Betroffenen anonymisiert werden müssen, was die Rezeption der Akteninhalte deutlich erschwert hätte. Durch die Verpflichtung von Dr. Schaad gemäß § 32 Absatz 1 Nummer 7 StUG konnten in kurzer Zeit nach Recherchen zu etwa 130 Personen bei 27 Akteneinsichten insgesamt 29 625 Seiten sowie drei Tonbänder und einige Fotos vorgelegt werden. Für die Herausgabe wählte der Forscher 1 107 Seiten und ein Foto aus den Stasi-Unterlagen aus. In dem 2009 im Ch. Links Verlag unter dem Titel „Dann geh doch rüber. Über die Mauer in den Osten“ erschienenen Buch beschreibt der Autor beispielhaft sechs Fälle, die teils mit fiktiven Namen versehen oder allgemein bekannt sind oder ihre Einwilligung in die Verwendung der Stasi-Unterlagen erteilt hatten. Darüber hinaus wurden der Autor und das Buch in mehreren Kulturmagazinen wie „Titel, Thesen, Temperamente“ (ARD), „Stilbruch“ (RBB) und „artour“ (MDR) vorgestellt.

Zum 20. Jahrestag des Mauerfalls erarbeitete im Auftrag der Berliner Wasserbetriebe eine Forscherin eine Sonderausstellung, die unter dem Titel „Zeugnisse der Spaltung. Kanalisation im geteilten Berlin“ im Museum des Wasserwerkes Friedrichshagen gezeigt wurde. Hierzu wurden nicht nur Beispiele über geglückte oder missglückte Fluchtversuche in den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes recherchiert, sondern auch die zahlreichen Maßnahmen des MfS sowie der Grenzsicherungskräfte demonstriert, durch den Einbau von immer neuen Sperranlagen diesen Fluchtweg möglichst komplett zu versiegeln. Dazu wurden 5 786 Seiten gelesen, der Wissenschaftler 1 786 Seiten und 117 Fotos zur Einsicht vorgelegt und 337 Seiten und sechs Fotos in Kopie herausgegeben. Mittlerweile ist über diese Thematik auch eine kurze Abhandlung unter dem gleichen Titel im Buchhandel erhältlich.

Ein Student aus den USA untersucht für seine Dissertation die Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes auf NATO-Deserteure. Bereits übergebene Unterlagen konnten den Nachweis erbringen, dass in den 1960er- und 1970er-Jahren im Aufnahmeheim Angelenhof bei Briesen (Land Brandenburg) NATO-Deserteure auf ihr zukünftiges Leben in der DDR vorbereitet wurden. Unter den Beschäftigten und NATO-Deserteuren wurden ziel-

gerichtet inoffizielle Mitarbeiter geworben. Die Beschäftigten waren Mitarbeiter des Ministeriums des Innern der ehemaligen DDR.

4.3.1.7 MfS

Anträge zum MfS selbst spielen weiterhin eine bedeutende Rolle bei der Antragsbearbeitung der Behörde. Zum Thema „Schulungsfilme des MfS“ wurde im Zeitraum Mai bis Oktober 2009 ein umfangreicher Medienantrag der Interfilm GmbH, Matthias Groll, bearbeitet. Insgesamt wurden für den Antrag 37 Filme vorbereitet und nach einer mehrtägigen gemeinsamen Sichtung mit dem Antragsteller insgesamt 31 Filme herausgegeben; einige der Filme wurden bisher noch nicht bzw. nur selten herausgegeben und sind dementsprechend bisher noch nicht öffentlich gezeigt worden.

Die Filme wurden im Rahmen des 25. Internationalen Kurzfilmfestivals, das vom 3. bis zum 8. November 2009 in Berlin stattfand, gezeigt. Diese 1982 ins Leben gerufene Veranstaltung entwickelte sich im Laufe der Zeit zum zweitgrößten Filmfestival in Berlin und erzielt auch international große Beachtung. Das Festival stand unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und wurde durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert.

Neben dem regulären Programm, in dem rund 400 Filme aus der ganzen Welt in verschiedenen, thematisch höchst unterschiedlichen Wettbewerben miteinander konkurrierten, wurden außer Konkurrenz verschiedene Spezialprogramme aufgeführt. Anlässlich des Jubiläums der Friedlichen Revolution stand das umfangreichste Spezialprogramm unter dem Titel „Ostfront/Westfront“. In fünf Kurzfilmprogrammen über die Zeit des Kalten Krieges zwischen Mauerbau und dem Ende der DDR wurde auf die Lebensverhältnisse in Ost und West eingegangen: Unterdrückung und Widerstand gegen das DDR-Regime auf der einen, das Leben in der ummauerten „Frontstadt“ Westberlin auf der anderen Seite. Das Programm umfasste insgesamt 23 Filme, mit wenigen Ausnahmen handelte es sich hierbei um Material aus den Beständen der BStU.

Ein weiteres Vorhaben stand unter dem Titel „Kino der Geheimdienste“. Hierbei handelte es sich um ein Gemeinschaftsprojekt der BStU, des Centrum Hungaricum Berlin, des Zeughauskinos (Deutsches Historisches Museum Berlin) und verschiedenen osteuropäischen Aufarbeitungsinstitutionen (Ungarn, Slowakei, Tschechien) und der Kuratorin der Filmreihe, Karin Fritzsche.

Für dieses Projekt wurden über mehrere Wochen hinweg 60 Filme gesichtet und dem Antragsteller letztendlich 44 (sowohl Schulungsfilme als auch operatives Material wie Überwachungsfilme) zur Verfügung gestellt. Daneben wurden rund 16 500 Seiten Schriftgut gesichtet und dem Kooperationspartner rund 2 700 Seiten übergeben.

Die herausgegebenen Filme wurden im Rahmen der Reihe „Kino der Geheimdienste“ im Zeitraum 24. November bis 17. Dezember 2009 im Zeughauskino gezeigt. Die Filmreihe gab erstmals Einblick in die überlieferten Filmmaterialien der ehemaligen Geheimdienste der an

der Kooperation beteiligten Länder. Hierbei lag der Fokus weniger auf der Geschichte des jeweiligen Geheimdienstes selbst, sondern vielmehr auf dem jeweiligen Umgang mit Wort, Bild und Schrift. Wie stellten sich die Geheimdienste nach innen selbst dar, wie den Gegner? Was wurde aufgezeichnet und warum?

Die einzelnen Programmpunkte (1. „Geheimdienste im internationalen Vergleich“, 2. „Von Spionen und Kundschaftern“, 3. „Genossen, ihr werdet nicht oft besungen“, 4. „Observation und Rekonstruktion“, 5. „Mit der Kamera gegen die Wende“ und 6. „Der Stasi-Film zwischen Archiv-Dokument und Kino“) wurden jeweils mit Informationen zu den gezeigten Filmen (Entstehungszeit, verwendetes Filmmaterial, Drehbuch etc.) eingeleitet, nach Abschluss jedes Programms erfolgte eine Podiumsdiskussion.

Die Veranstaltungsreihe hatte eine große und positive Publikumsresonanz und zog mehrere Folgeanträge öffentlich-rechtlicher Fernsehanstalten nach sich.

4.3.1.8 Kirche und Religion

Schon seit Jahren sind Anfragen zum Bereich der Kirchen ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der BStU. Das verwundert nicht, waren doch die „Kirchen im Sozialismus“ aus der Sicht der herrschenden Partei ein besonderer Bezugspunkt des Sicherheitsapparats. Dass Forscher und Journalisten hier zunächst lange Zeit mit besonderem Nachdruck Anfragen mit Bezug auf die evangelischen Kirchen in der DDR gestellt haben, entsprach der Bedeutung und dem besonderen Spannungsverhältnis der evangelischen Kirchen zur SED-Herrschaft. Allerdings waren die vielfachen Versuche des MfS, in den Bereich der Kirchen einzudringen und dort Einfluss zu nehmen, natürlich nicht auf die Kirchen auf dem Gebiet der DDR beschränkt.

Im Berichtszeitraum war eine Anfrage der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) einer der umfangreichsten Anträge zu diesem Thema. Mit diesem Vorhaben plant die EKHN die Aufarbeitung des Einflusses des MfS und der Staatsorgane der DDR auf die Partnerschaftsbeziehungen ihrer Kirche in die DDR, speziell zur Kirchenprovinz Sachsen. Diese besondere Beziehung ergab sich aus der Kirchenorganisation: Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau war, ebenso wie die nördlicher gelegene Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck, mit der ostdeutschen Partnerkirche, der Evangelischen Kirchenprovinz Sachsen, verbunden. Diese Partnerschaften der einzelnen Landeskirchen und Gemeinden gingen auf Hilfsaktionen aus den Jahren nach 1949 zurück, die vom Evangelischen Hilfswerk als Paketaktion zwischen West und Ost initiiert worden waren.

Untersuchungen mit so ehrgeizigen Fragestellungen stellen entsprechend auch besondere Anforderungen an Recherche- und Bearbeitungsaufwand. Schon die Bandbreite der zu untersuchenden Themen bei solchen Vorhaben ist breit gefächert: Neben grundlegenden Fragen wie der des Verhältnisses von Staat und Kirche, der Einordnung und Bewertung dieser Kirchenbeziehungen durch

das MfS und die Partei, der vielfältigen territorialen und regionalen Zuordnungen der einzelnen Kirchenbeziehungen stehen berechnete empirische Fragen zur Überwachung des Kirchenbereichs. Um möglichst aussagekräftige und umfassende Aufstellungen und Informationen über Art und Umfang der Treffen, die involvierten Personen auf Kirchenleitungsebene, die besprochenen Themen und den Ablauf der Kontakte zwischen Kirchenvertretern und MfS zu erhalten, musste intensiv in die Tiefe recherchiert werden. Die Recherchen in den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes reichten von den Anfängen der Bildung einer eigenständigen Evangelischen Kirche in der DDR über die Zusammenarbeit in den Evangelischen Akademien, das Evangelische Hilfswerk, die Studentengemeinden bis zur Diakonie.

Im Lauf der Bearbeitung ergaben sich an vielen Stellen weiterführende Hinweise auf neue Sachverhalte. Natürlich muss sich auch die Frage nach der individuellen Beziehung einzelner Personen zum Staatssicherheitsdienst stellen. Aber auch Informationen über die beteiligten inoffiziellen Mitarbeiter, Kontaktpersonen und Gesprächspartner und damit Fragen nach der individuellen Verantwortung müssen bei einer wirklich umfassenden Untersuchung berücksichtigt werden.

Ebenso ergeben sich viele Hinweise auf Personen, die vom MfS überwacht wurden und in der Sprache des MfS unter operativer Bearbeitung standen. In vielen Fällen wurde die für die Verwendung der Unterlagen der Betroffenen notwendige Einwilligung erteilt.

Schon allein die nüchternen Zahlen zu den recherchierten und bearbeiteten Seiten sind beeindruckend: Die für die Bearbeitung des Antrages notwendigen Unterlagen mussten aus tausenden Seiten Aktenmaterial herausgefiltert werden. Nur für diesen speziellen Antrag wurden bisher neben den umfangreichen Sachrecherchen auch 1 153 Personenrecherchen durchgeführt und 225 582 Seiten gesichtet.

Bisher konnten der Antragstellerin 104 796 Seiten aus Sach- und Personenakten – teilweise nach umfangreichen Benachrichtigungsverfahren und Verfahren zur Einholung von Einwilligungen – zur Akteneinsicht vorgelegt und 10 327 Seiten herausgegeben werden.

Die Bearbeitung des Antrags wurde am 1. Juli 2009 auf dem Nutzerforum der BStU anhand einer Präsentation vorgestellt. Die anschließende Berichterstattung im Rundfunk hat danach möglicherweise dazu beigetragen, dass auch eine zweite große West-Kirche, die ihre Partnerschaften in der DDR aufarbeiten möchte, angefragt hat. Weitere Kirchen haben bereits ihr Interesse bekundet.

4.3.1.9 Herrschaftsmechanismen in der DDR

Bei der siebten Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes im Jahr 2006 wurde neben der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes erstmalig auch die Aufarbeitung der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als Gegenstand der Verwendung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes benannt.

Die Erweiterung der Verwendungszwecke der Unterlagen auf den Herrschaftsapparat der DDR muss mehr als eine Klarstellung der bisherigen Arbeit der BStU und weniger als inhaltliche Erweiterung verstanden werden. Der novellierte Gesetzeswortlaut sollte eindeutig erkennen lassen, dass die Verwendung der MfS-Unterlagen für die Forschung, die Medien und die politische Bildung keineswegs einseitig auf das Wirken des Staatssicherheitsdienstes beschränkt bleiben sollte.

Im Berichtszeitraum wurden vermehrt Anträge auch ausdrücklich zum Thema „Herrschaftsapparat der DDR“ gestellt. So forscht die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Thema „Ausschaltung der parlamentarischen Opposition in den Landtagen der SBZ/DDR – Brandenburg und Thüringen (1946–1952)“. Die Studie soll die Frage beantworten, welchen Einfluss die „bürgerlichen“ Fraktionen von CDU und LDP auf den von der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht dominierten politischen Kurs nehmen konnten. Zu dem Antrag wurden 41 414 Seiten durchgesehen und 395 Seiten herausgegeben.

Im Rahmen des Projektverbundes Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Universität Leipzig, Technische Universität Chemnitz und Universität Rostock beschäftigt sich Frau Kathy Hannemann von der Universität Leipzig mit einem Forschungsprojekt „Politikspielräume und Interessenskonflikte im Bezirk und Kreis: Die Wohnungspolitik im Bezirk Halle 1961–1989“. Hierfür wurden explizit Unterlagen über die Tätigkeit des SED-Politbüros beantragt. Bis jetzt wurden rund 17 000 Seiten durchgesehen und 244 Seiten in Kopie herausgegeben. Im Rahmen des gleichen Projektverbundes bearbeitet Dr. Andreas Malycha vom Institut für Zeitgeschichte München-Berlin das Thema „Die SED zwischen Mauerbau und Mauerfall. Strukturen, Eliten und Konflikte (1961 bis 1989/90)“. Zu diesem noch laufenden Antrag wurden bislang 54 669 Seiten durchgesehen und 390 Seiten herausgegeben.

4.3.1.10 Medizin

Immer wieder erreichen die Behörde auch Anträge zum Themenkomplex Einfluss des MfS auf Mediziner bzw. medizinische Einrichtungen. Aus Anlass des 300-jährigen Bestehens der Berliner Charité stellte diese Einrichtung einen wegen der Vielzahl der angefragten Personen in der Bearbeitung außerordentlich umfangreichen Antrag, dessen Ergebnisse im Rahmen einer Festschrift, einer Ausstellung im Abgeordnetenhaus Berlin und eines gemeinsamen Workshops zwischen der Charité und der BStU der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht wurden. Innerhalb eines halben Jahres wurden allein für diesen Antrag von rund 24 000 gesichteten Seiten ca. 13 800 zur Einsicht vorgelegt und etwa 2 500 bereits in Kopie übergeben. Auch nach den Feierlichkeiten zum 300. Jubiläum wird die breit angelegte Forschung zur Charité fortgesetzt.

4.3.1.11 Wirtschaft

In aktuell-politische Debatten sind Anträge aus dem Bereich Wirtschaft einzuordnen. So stellten verschiedene

Medien Anträge zum Thema „Endlager Gorleben – Umgang der deutschen Wirtschaft mit dem Atommüll“ (ca. 20 000 Seiten gesichtet) oder mit Ausblick auf das kommende Jahr „25 Jahre Tschernobyl“ (ca. 12 000 Seiten), worüber der MDR eine Dokumentation in Spielfilmlänge produziert. Vom NDR wurde zum vergangenen Jahreswechsel ein Beitrag anlässlich des 20. Jahrestages der Aufdeckung des Waffenlagers Kavelstorf bei Rostock durch Kavelstorfer Bürger produziert.

Anlässlich des 100. Geburtstages von Prof. Dr. Heinrich Dathe, dem 1991 verstorbenen früheren Leiter des Tierparks Berlin, stellte der RBB einen Antrag zu dieser publikumswirksamen Einrichtung. Hier konnten dem Antragsteller nach Durchsicht von rund 4 400 Seiten zahlreiche Unterlagen (90 Seiten) zur Verfügung gestellt werden.

Eine Ausstellung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung veranschaulicht Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit anhand von Unterlagen, die in der Außenstelle Frankfurt (Oder) im Ergebnis der Forschungen über vietnamesische Vertragsarbeiter in der DDR aufgefunden wurden. Die Ausstellung war im Sommer 2009 auch im Rathaus in Frankfurt (Oder) zu sehen.

„Der Einfluss des MfS auf das Staatsjagdgebiet Schorfheide“ stellte im Berichtszeitraum ein weiteres umfangreicheres Forschungsthema dar, das in der Außenstelle Frankfurt (Oder) bearbeitet wurde. Dabei handelt es sich um ein Projekt des Schorfheide Museums e.V. zur Erstellung einer historischen Dokumentation im Jagdschloss Groß Schönebeck. Diese beschäftigt sich mit der Gründung, Entwicklung, Jagdbewirtschaftung und Jagdausübung im ehemaligen Staatsjagdgebiet der DDR. Das Forschungsprojekt ist noch nicht abgeschlossen. Es wurde jedoch bereits umfangreiches Schrift- und Fotomaterial (u. a. knapp 20 000 Seiten) gesichtet und dem Antragsteller in Kopie zur Verfügung (ca. 800 Seiten) gestellt.

4.3.1.12 Kultur und Kunst

Auch kulturelle Themen spielen eine weiterhin große Rolle: Eine besondere Bedeutung bei der Arbeit der Außenstelle Dresden hatte hierbei der Antrag des Vereins „riesa efau. Kultur Forum Dresden“ zur „Kunst und Alternativkultur“ in Dresden. Zu der Kunstaussstellung mit dem Titel „ohne uns“ konnten 67 Kopien herausgegeben werden, die auch Eingang in den umfangreichen Katalog der Ausstellung fanden und die facettenreiche Alternativkultur, aber auch deren massive Unterdrückung durch das MfS belegen.

Für den MDR Radio Sachsen und den Deutschlandfunk hat die Außenstelle Dresden maßgeblich mit der Einsicht in mehr als 4 000 Seiten und der Herausgabe von 163 Kopien an der Gestaltung einer Dokumentation mit dem Titel „Am Abend mancher Tage“ über die Rockgruppe Lift mitgewirkt. Mit bisher unbekanntem Fakten zur Geschichte dieser Gruppe ist eine mehr als einstündige Sen-

dung entstanden, die am 25. November 2009 ausgestrahlt wurde.

Unter den 2010 abgeschlossenen Vorgängen verdient vor allem ein Forschungsantrag zum Thomanerchor Leipzig Erwähnung: Die Antragstellerin hat unter dem Arbeitstitel „Die Kulturpolitik der DDR im Zusammenhang mit dem Thomanerchor“ den Einfluss des MfS sowohl auf die Thomanerschule als auch auf den Chor beleuchtet. Die Arbeit wurde von der Fachhochschule des Bundes als Diplomarbeit angenommen. In Vorbereitung der Akteneinsicht wurden 25 444 Seiten gelesen; 6 915 Seiten wurden zur Akteneinsicht vorgelegt und schließlich 889 Seiten in Kopie herausgegeben.

Die Repression in der DDR-Diktatur wird zunehmend auch künstlerisch verarbeitet. Damit werden neue Vermittlungswege zur Verdeutlichung und Illustration des Lebens in der Diktatur beschrritten. Beispielhaft dafür sind zwei Theaterprojekte, die mit streng anonymisierten und zum Teil verfremdeten Kopien von Briefen aus der Postkontrolle arbeiteten. Diese Briefe hatte der Staatssicherheitsdienst wegen politischen Gedankenaustauschs oder Kritik am System, der Mitteilung über geplante Ausreisen oder Sehnsucht nach zurückgebliebenen Verwandten einbehalten. Schauspieler des Berliner Maxim Gorki Theaters erzählten in Veranstaltungen zum 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer mit diesen Briefkopien jeweils eine Geschichte, einen Aspekt des Lebens in der Diktatur. Im Rahmen des Theaterspektakels „Die Riesen in Berlin“ im Oktober 2009 hatten die Veranstalter der Berliner Festspiele die Idee, die Briefkopien durch die Riesen symbolhaft an die Menschen zurückzugeben. Dies geschah mit dem Verteilen der anonymisierten und verfremdeten Kopien durch die Riesen bei ihren Wanderungen durch die Straßen von Berlin.

4.3.1.13 Wissenschaft

In der Außenstelle Halle beschäftigte sich ein Forschungsantrag mit dem Ziel einer Dissertation mit der Überwachung der traditionsreichen Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Die Außenstelle Halle stellte dafür umfangreiches Material zur Verfügung. Die Arbeit belegt das Zusammenspiel des Ministeriums für Staatssicherheit, der SED und der staatlichen Leitung der Universität im Hinblick auf die Auswahl, Förderung und Begünstigung des wissenschaftlichen Personals, aber auch auf die Überwachung von politisch nonkonformen Beschäftigten – seien es Angehörige des Lehrkörpers oder der Studentenschaft, ausländische Universitätsangehörige oder Personen mit Westkontakten. Deutlich wird im Untersuchungszeitraum von 1968 als dem Beginn der Dritten Hochschulreform bis 1989 als dem Zeitpunkt der Friedlichen Revolution, wie das MfS seine Aufgabenstellungen modifizierte und für diese Überwachungsaufgaben seine inneren Strukturen anpasste – sich aber in einem Punkt treu blieb: die Universität wegen ihres intellektuellen Potenzials stets als Gefahr zu begreifen. Schließlich war es mit Hilfe der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes sowie anderer Archivquellen möglich,

den politischen Umbruch und die Erneuerung an der Universität darzustellen.

4.4 Widersprüche gegen Entscheidungen der BStU

Im Verhältnis zur Gesamtzahl der bearbeiteten Anträge und Ersuchen ist die Zahl der bei der BStU eingehenden Widersprüche weiterhin ausgesprochen niedrig. Im Berichtszeitraum wurde in insgesamt 58 Fällen Widerspruch gegen einen Bescheid der BStU eingelegt. Im Vergleich zu den vorhergehenden Berichtszeiträumen sind in der Tendenz – zahlenmäßig wie inhaltlich – keine nennenswerten Abweichungen zu verzeichnen. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass es der BStU ein besonderes Anliegen ist, sowohl Privatpersonen, öffentliche und nicht öffentliche Stellen wie auch Forscher und Medienvertreter, die sich an die Behörde wenden, über die geltenden gesetzlichen Grundlagen und deren Anwendung umfassend zu informieren. Fragen von Antragstellerinnen und Antragstellern, beispielsweise über Art und Umfang ihrer Zugangsrechte zu den Unterlagen, können so bereits im Vorfeld möglicher Rechtsstreitigkeiten geklärt werden.

Der Schwerpunkt der Widerspruchsverfahren lag im Berichtszeitraum wiederum eindeutig im Bereich der privaten Akteneinsicht. Inhaltlich richteten sich 30 Widersprüche gegen die Ablehnung von Anträgen auf Akteneinsicht in Unterlagen zu verstorbenen oder vermissten nahen Angehörigen gemäß § 15 StUG. Diese Vorschrift ist eine Ausnahme zu dem im StUG geltenden Grundsatz, dass jeder Einzelne nur Einsicht in die vom Staatssicherheitsdienst zu seiner eigenen Person gesammelten Informationen erhält. Der Gesetzgeber hat an die Ausnahmeregelung des § 15 StUG bestimmte Zugangsvoraussetzungen geknüpft, die die Antragstellerinnen und Antragsteller erfüllen müssen. So ist u. a. glaubhaft zu machen, zu welchem Zweck die Auskunft aus den Akten zu verstorbenen oder vermissten nahen Angehörigen benötigt wird. Die Auskunftszwecke sind im Gesetz abschließend geregelt, sodass beispielsweise Anträge zwecks Klärung vermögensrechtlicher Angelegenheiten oder Anträge, denen lediglich ein allgemeines Interesse an der Familiengeschichte zugrunde liegt, nicht zulässig sind. Zu Irritationen führte bei nahen Angehörigen gelegentlich auch der Umstand, dass zu der vermissten oder verstorbenen Person zwar Akten aufgefunden wurden, in diesen aber keine Informationen zum geltend gemachten Auskunftszweck enthalten waren, die dem nahen Angehörigen hätten zur Verfügung gestellt werden können. Ein Widerspruch richtete sich gegen einen Ablehnungsbescheid, der sich auf einen vermeintlich entgegenstehenden Willen des Verstorbenen gründete. Die Zugangsvoraussetzungen für nahe Angehörige werden voraussichtlich Gegenstand der kommenden StUG-Novellierung sein (siehe Kapitel 1.3).

Darüber hinaus wandten sich auch in diesem Berichtszeitraum elf Bürgerinnen und Bürger mit einem Widerspruch gegen die archivische Kategorisierung der zu ihnen aufgefundenen Unterlagen als solche von Mitarbeitern des

Staatssicherheitsdienstes einschließlich der damit verbundenen Kosten. In derartigen Fällen erläuterte die BStU vor Erlass eines kostenpflichtigen Widerspruchsbescheides ausführlich die Sach- und Rechtslage unter Hinweis auf die Besonderheit der archivischen Betrachtungsweise der Unterlagen und die dazu bestehende gefestigte Rechtsprechung durch das Verwaltungsgericht Berlin. Dabei musste in nur einem Fall die Kategorisierung im Rahmen des Widerspruchsverfahrens zurückgenommen werden.

Zu weiteren Widerspruchsverfahren kam es unter anderem, weil die Behörde Anträge wegen fehlender Rechtsgrundlage ablehnen musste. Hierbei handelte es sich beispielsweise um Anträge von Privatpersonen, die Auskünfte zu anderen Personen wünschten, etwa um diese auf eine vermeintliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst überprüfen zu lassen, Familienangehörige zu suchen oder vermögensrechtliche Angelegenheiten zu klären. Auch der Umstand, dass die Recherchen in den Karteien des Staatssicherheitsdienstes keine Hinweise auf Unterlagen ergaben, führte in einem Fall zum Widerspruch.

Im Arbeitsbereich der Ersuchen öffentlicher und nicht öffentlicher Stellen gab es im Berichtszeitraum keine Widersprüche. Im Forschungs- und Medienbereich bezogen sich sieben Widersprüche auf Bescheide, mit denen die zugrunde liegenden Forschungs- und Medienanträge wegen fehlender Zugangsvoraussetzungen abgelehnt worden waren. In einem Fall wurde der Widerspruch gegen die Kostenerhebung zurückgewiesen.

In 13 Fällen hob die BStU aufgrund der eingelegten Widersprüche die Ausgangsbescheide teilweise oder vollständig auf. Dazu kam es insbesondere, wenn die Widerspruchsführer ihre Anträge erst im Widerspruchsverfahren entsprechend den gesetzlichen Vorgaben glaubhaft gemacht oder erforderliche Begründungen nachgereicht hatten. In den übrigen 45 Fällen wurden die Widersprüche zurückgewiesen, weil die Prüfung ergab, dass die Entscheidungen der Behörde rechtmäßig ergangen waren bzw. in einem Fall auch, weil der Widerspruch nicht fristgerecht innerhalb eines Monats bei der BStU eingegangen war.

4.5 Rechtsstreitigkeiten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz

Im Berichtszeitraum sind bei der Bundesbeauftragten 13 Klagen bzw. Anträge auf vorläufigen Rechtsschutz eingegangen, die sich auf die Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes beziehen. Davon richten sich fünf Klagen gegen einen zuvor ergangenen Widerspruchsbescheid der Behörde. In einem Fall begehrt der Kläger Schadenersatz aus Amtspflichtverletzung wegen einer vorausgegangenen rechtswidrigen Herausgabe von Unterlagen zu seiner Person. In zwei Klageverfahren aus dem vorhergehenden Berichtszeitraum steht eine abschließende gerichtliche Entscheidung noch aus.

Insgesamt sechs bei der Bundesbeauftragten geführte Verwaltungsstreitverfahren zu Rechtsfragen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes wurden im Berichtszeitraum durch

eine gerichtliche Entscheidung abgeschlossen; ein Rechtsstreit wurde in der Berufungsinstanz durch Vergleich beigelegt.

Hierunter wurde in drei Fällen das Verfahren wegen Klage- bzw. Antragsrücknahme durch Beschluss des Gerichts eingestellt. Diese Rechtsstreitigkeiten hatten den Aktenzugang von Betroffenen, Dritten bzw. Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes zum Gegenstand. Dabei ging es in einem Verfahren um das Zugangsrecht naher Angehöriger und die Anforderungen an die Glaubhaftmachung der in § 15 StUG genannten Zwecke. In einem anderen Rechtsstreit machte ein ehemaliger inoffizieller Mitarbeiter, der als Doppelagent sowohl für das MfS als auch für einen westdeutschen Landesverfassungsschutz tätig gewesen war, einen Anspruch auf Decknamenentschlüsselung geltend, um zu erfahren, wer ihn seinerzeit an das MfS verraten hatte. Das Recht, die Namen der Mitarbeiter zu erfahren, die über sie berichtet haben, steht nach dem StUG nur Betroffenen und Dritten zu, nicht aber Personen, die bei formaler Betrachtung nach Aktenlage als inoffizielle Mitarbeiter des MfS anzusehen sind. Dementsprechend konnte dem Kläger eine Decknamenentschlüsselung nicht gewährt werden. Hinweise auf möglicherweise beteiligte Personen ergaben sich allerdings aus wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu den MfS-Verstrickungen hochrangiger westlicher Geheimdienstmitarbeiter. Auf einen entsprechenden Hinweis hin nahm der Kläger die Klage zurück.

Drei weitere Rechtsstreitigkeiten hatten die Verwendung von Unterlagen durch Forschung und Medien nach §§ 32 ff. StUG zum Gegenstand. Zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung durch Forschung und Medien erlaubt das StUG die Herausgabe von Unterlagen mit personenbezogenen Informationen über Mitarbeiter bzw. Begünstigte des MfS sowie über Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen oder Amtsträger, soweit es sich um Informationen handelt, die deren zeitgeschichtliche Rolle, Funktions- oder Amtsausübung betreffen. Die Herausgabe erfolgt grundsätzlich nach Maßgabe einer einzelfallbezogenen Interessenabwägung. Personen der Zeitgeschichte, Funktions- oder Amtsträger sind zudem vorab rechtzeitig über eine geplante Herausgabe zu benachrichtigen, damit sie gegebenenfalls Einwände dagegen geltend machen können.

Abhängig davon, ob ein Benachrichtigungsverfahren durchzuführen ist oder eine bereits erfolgte Herausgabe von Unterlagen zu Mitarbeitern bzw. Begünstigten zu einem Rechtsstreit führt, ergeben sich im gerichtlichen Verfahren unterschiedliche Konstellationen. Während es im ersteren Falle zumeist um vorläufigen und vorbeugenden Rechtsschutz geht, ist im letzteren Falle in der Regel die Rechtmäßigkeit einer bereits erfolgten Herausgabe Streitgegenstand.

In einem Fall wurde der Rechtsstreit um die Verwendung von Unterlagen durch Forschung und Medien durch übereinstimmende Erledigungserklärung der Beteiligten beendet. Dem zugrunde lag eine bereits erfolgte Herausgabe von Unterlagen, die nach Aktenlage als solche zu einem inoffiziellen Mitarbeiter anzusehen waren, an die Medien.

Hier erklärte der Kläger den Rechtsstreit für erledigt, nachdem die Bundesbeauftragte im Hinblick auf die besondere Fallkonstellation zugesichert hatte, ihn bei eventuellen zukünftigen Herausgaben von Unterlagen zu seiner Person vorab zu benachrichtigen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurden in der Öffentlichkeit zwei Rechtsstreitigkeiten verfolgt, denen die auf Medienanträge hin erfolgte Herausgabe von personenbezogenen Unterlagen als solche zu Begünstigten des MfS gemäß § 32 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 in Verbindung mit § 6 Absatz 6 StUG zugrunde lag.

Die seitens der Bundesbeauftragten vorgenommene Kategorisierung der Unterlagen stützte sich auf eine Erfassung der betreffenden Personen auf einem Sicherungsvorgang mit dem Decknamen „Gruppe Aktion“. Auf diesem Sondervorgang wurden vom MfS Personen registriert, die in Zusammenhang mit der sogenannten Gruppe Ralf Forster, einer geheimen Militärorganisation der DKP, gestanden haben sollen. Wie sich aus den Sachinformationen, die ebenfalls Gegenstand der Herausgabe waren, ergibt, wurden die Mitglieder dieser Gruppe überwiegend für spezielle militärische Aufgaben in der Bundesrepublik vorbereitet. Aus den Unterlagen geht hervor, dass die Gruppe mit Unterstützung des MfS auf dem Gebiet der DDR militärische Schulungen durchgeführt hat.

Die Betroffenen wandten sich gegen die Herausgabe sowie die zugrunde liegende Kategorisierung als Begünstigte und machten einen entsprechenden Unterlassungsanspruch gerichtlich geltend. Daraufhin erging eine grundlegende Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin zu den Anforderungen des Begünstigtenbegriffs im Sinne des § 6 Absatz 6 StUG, insbesondere wurden hier die Anforderungen an die der Kategorisierung zugrunde liegende Aktenlage konkretisiert (Urteil vom 16. Dezember 2009, Aktenzeichen VG 1 K 282.09).

Das Gericht führt in diesem Zusammenhang aus, dass die Begünstigteneigenschaft nicht schon dann gegeben sei, wenn es nach Auswertung des verfügbaren MfS-Aktenmaterials überwiegend wahrscheinlich erscheint, dass die fragliche Person im Sinne von § 6 Absatz 6 StUG begünstigt wurde. Vielmehr müsse der Begünstigtenstatus auch aus archivischer Sicht zweifelsfrei feststehen.

Aus den im vorliegenden Fall vorhandenen Unterlagen sei nicht ersichtlich, dass der Kläger Straftaten gefördert, vorbereitet oder begangen habe, wie es § 6 Absatz 6 Nummer 3 StUG voraussetzt. Es gebe in den Akten keinen tragfähigen Beleg für eine persönliche Verstrickung des Klägers in die „Gruppe Aktion“. Zwar lasse sich aus den Unterlagen die Absicht des MfS erkennen, den Kläger in die Aktivitäten dieser Gruppe einzubeziehen. Dies sei aber auch bei archivischer Betrachtungsweise kein hinreichender Beleg dafür, dass dieser tatsächlich an seiner Einbeziehung in den erfassten Personenkreis mitgewirkt oder sich zu einer Mitarbeit in der genannten Gruppe bereit erklärt hatte.

Im Ergebnis wurden die Unterlagen zur Erfassung auf dem Sicherungsvorgang „Gruppe Aktion“ damit vom Verwaltungsgericht als nicht ausreichend angesehen, um

eine persönliche Beteiligung der dort erfassten Personen anzunehmen.

In seinem Urteil bekennt sich das Verwaltungsgericht Berlin ausdrücklich zu der von der Bundesbeauftragten bei der Kategorisierung zugrunde gelegten archivischen Betrachtungsweise. Gleichzeitig definiert es klar die Anforderungen an die Aktenlage bzw. die tatsächlichen Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, um einen Begünstigtenstatus zu begründen. Die Bundesbeauftragte hat das Urteil, in dem sich das Verwaltungsgericht Berlin erstmals zur Auslegung bestimmter Aspekte des Begünstigtenbegriffs geäußert hat, als eine Grundsatzentscheidung akzeptiert und umgesetzt. Durch die Entscheidung besteht in rechtlicher Hinsicht Handlungssicherheit im Hinblick auf künftige, vergleichbar gelagerte Fälle.

Im Hinblick auf diese Entscheidung wurde in einem parallel gelagerten Fall der mit der Klage geltend gemachte Unterlassungsanspruch seitens der Bundesbeauftragten anerkannt. Bereits vor Klageerhebung hatte sie zugesichert, bis zum Ablauf der Rechtsmittelfrist im Parallelverfahren vorerst keine Unterlagen in Bezug auf den Kläger mehr herauszugeben.

In den drei letztgenannten Fällen, in denen Unterlagen als solche zu einem Mitarbeiter bzw. zu Begünstigten des MfS herausgegeben worden waren, richteten sich die Klagen zudem gegen Äußerungen zur Aktenlage, die die Bundesbeauftragte begleitend zur Aktenherausgabe getätigt hatte. Die Befugnis zur Bewertung von MfS-Unterlagen ergibt sich in bestimmtem Umfang aus § 37 Absatz 1 Nummer 5 StUG, wonach die Bundesbeauftragte die Aufgabe der Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes hat. Dies schließt grundsätzlich die Befugnis zur Bewertung herausgegebener personenbezogener Informationen einschließlich des archivrechtlichen Status der betreffenden Personen ein.

In einem anderen Fall ging es um die vorgesehene Bereitstellung von Unterlagen zu einer Person der Zeitgeschichte auf einen entsprechenden Medienantrag hin. Im Benachrichtigungsverfahren nach § 32a StUG hatte die betreffende Person Einwände geltend gemacht und gegen die beabsichtigte Herausgabe geklagt.

Der Rechtsstreit hatte grundlegende Fragen zur Herausgabefähigkeit bestimmter MfS-Unterlagen im Zusammenhang mit der Anwendung der Grundsätze des zweiten Kohl-Urteils des Bundesverwaltungsgerichts (Urteil vom 23. Juni 2004, BVerwGE 121, 115 ff.) zum Gegenstand, die höchstrichterlich bislang noch nicht entschieden sind. Kernpunkt war insofern die im Rahmen der Abwägung nach § 32 Absatz 1 Satz 2 und 3 StUG maßgebliche Frage, ob den streitgegenständlichen Unterlagen unbedenkliche Quellen zugrunde liegen oder die Informationserhebung erkennbar auf einer Menschenrechtsverletzung beruht. Dabei ging es insbesondere darum, ob Unterlagen, die auf IM-Einsatz oder Wohngebietsbefragungen beruhen, bzw. Unterlagen, deren Quellen sich nur indirekt erschließen lassen, wie zusammenfassende Berichte und

Beurteilungen, auf menschenrechtswidrige Weise erlangt sind.

Das Verwaltungsgericht Berlin war in seinem erstinstanzlichen Urteil der Argumentation der Bundesbeauftragten gefolgt und hatte versucht, die vom Bundesverwaltungsgericht im Rechtsstreit Kohl entwickelten Grundsätze praktisch handhabbar zu machen. Eine rein theoretische Möglichkeit einer Bespitzelung sei für die Annahme einer menschenrechtswidrigen Informationsbeschaffung nicht ausreichend. Vielmehr müssten konkrete Anhaltspunkte für eine menschenrechtswidrige Gewinnung ersichtlich sein, um eine Herausgabe von Unterlagen auszuschließen. Von einer menschenrechtswidrigen Informationsbeschaffung ist nach der Rechtsprechung grundsätzlich dann auszugehen, wenn Informationen unter Verletzung der räumlichen Privatsphäre, des Rechts am gesprochenen Wort oder durch Spionage gewonnen wurden.

Dieser Rechtsstreit wurde vor dem Oberverwaltungsgericht mit einem Vergleich beendet.

5 Forschung und Publikationen

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) weist der BStU auch die Aufgabe zu, die Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu unterrichten. Zu diesem Zweck hat die Behörde 1993 die Abteilung Bildung und Forschung eingerichtet, wodurch auch die damals noch wesentlich größeren Zugangsrestriktionen der wissenschaftlichen Aktennutzung ausgeglichen werden sollten. Als Beschäftigte der Behörde haben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unbeschränkten Aktenzugang. Bei der Veröffentlichung ihrer Arbeitsergebnisse unterliegen sie jedoch selbstverständlich den gleichen Maßgaben nach dem StUG wie externe Forscher.

Der weit gefasste Aktenzugang auferlegt den Beschäftigten eine besondere Verantwortung im Umgang mit den Unterlagen, die das Ministerium für Staatssicherheit sammelte. Sie stehen besonders in der Pflicht, sich sowohl datenschutzrechtlich mit der gebotenen Umsicht als auch mit der fachlichen Expertise dem schwierigen Material anzunähern, ihre Ergebnisse im Kollegenkreis und mit dem Wissenschaftlichen Beratungsgremium zu diskutieren, bevor sie sie veröffentlichen und der übliche wissenschaftliche Diskurs eine Bewertung ihrer Forschungsleistung vornimmt. So können die Forscherinnen und Forscher der BStU einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung des SED-Systems leisten, weil sie sich in ihren Arbeiten mit einem Spezialaspekt, der Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes der DDR und seinen Strukturen, auseinandersetzen. Diese Tätigkeit hat nicht nur akademische Funktion, sondern beeinflusst auch den öffentlichen Diskurs dieser Themen, in denen insbesondere den Stellungnahmen ehemaliger Funktionsträger der DDR sorgfältig recherchierte Forschungsergebnisse gegenübergestellt werden.

Gleichzeitig verstehen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Arbeit als Grundlagenforschung, die einen Servicecharakter für die Forschung insgesamt besitzt.

Der privilegierte Zugang zu den Akten verpflichtet die BStU, in ihren Arbeiten solche Schneisen des Wissens zu schlagen, die für nachfolgende Forscher gangbare und weiterführende Wege eröffnen. Diesem Zweck dienen zunächst die Nachschlagewerke wie das Handbuch und das in Kürze erscheinende MfS-Lexikon; aber auch die Monografien markieren als quellengesättigte Arbeiten zu meist den Beginn der Arbeit auf bestimmten Forschungsfeldern.

Der besondere Aktenzugang begründet andererseits selbstverständlich keine Monopolstellung hinsichtlich der MfS-Forschung. Bei der breiten Palette von relevanten Forschungsfragen mit Bezug auf den Staatssicherheitsdienst und auf die Repressionsgeschichte der DDR und den ehemaligen „Ostblock“ sieht die Forschung in der Stasi-Unterlagen-Behörde gerade in der Kooperation mit externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Institutionen einen fruchtbaren Weg, dem gesetzlichen Auftrag zu entsprechen und in größerem Umfang der Öffentlichkeit und der Wissenschaft Erkenntnisse zugänglich zu machen. Bei der Vermittlung von zeitgeschichtlichen Erkenntnissen sind in erster Linie die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Bundeszentrale für politische Bildung und eine Reihe von Landeszentralen als Partner zu nennen. Enge Wissenschaftskontakte und Kooperationen bestehen zum Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, zum Zentrum für Zeithistorische Forschung und zum Militärgeschichtlichen Forschungsamt, beide in Potsdam. Gemeinsame Projekte verbinden mit der Robert-Havemann-Gesellschaft, der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Evangelischen Akademie in Thüringen sowie den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Intensiviert hat sich auch der wissenschaftliche Austausch mit den Partnerbehörden in den mittelosteuropäischen Staaten, mit denen die BStU 2008 ein Netzwerkabkommen zur Zusammenarbeit abgeschlossen hat (siehe auch Kapitel 7.1). Auch die Verbindungen zu den Universitäten sind eng. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Forschungsabteilung lehren an der Humboldt-Universität zu Berlin, der Leibniz-Universität Hannover, der Philipps-Universität Marburg und der Süddänischen Universität Odense.

Das Gedenken an die Ereignisse der Jahre 1989/90 war im Berichtszeitraum sehr intensiv. Es hat – neben anderen aktuellen Anlässen – deutlichen Niederschlag in der Tätigkeit des Forschungsbereichs gefunden. Neben wissenschaftlichen Projekten wurden insgesamt knapp einhundert kleinere Publikationen in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht, die vielfach die historischen Geschehnisse aufgriffen und kontextualisierten. Als Beispiel seien hier die Beiträge genannt, die bei dem Rumänienexperten Dr. Georg Herbstritt nach der Verleihung des Literaturnobelpreises an Herta Müller und dem Aufkeimen der Diskussion um die Securitate in den rumänendeutschen Literatenzirkeln angefragt wurden. Noch intensiver als die Publikationstätigkeit entwickelte sich im Berichtszeitraum die Vortragstätigkeit, die mit etwa

150 Referaten und Teilnahmen an Podiumsdiskussionen im Jahr 2009 eine Dimension erreichte, die von außerordentlichem Einsatz zeugt. Das umso mehr, als sich solche Verpflichtungen bei den Kolleginnen und Kollegen besonders konzentrierten, die zu ihrer fachlichen Expertise auch noch eine Zeitzeugenschaft besitzen und aktiv die revolutionären Ereignisse vor 20 Jahren unterstützten. Dass der im Neunten Tätigkeitsbericht ausführlich vorgestellte Band „Endspiel“ von Ilko-Sascha Kowalczyk im Berichtszeitraum enorm nachgefragt wurde, spiegelt ebenfalls das Interesse an den Ereignissen vor 20 Jahren.

Auch Gedenk- und Bildungsveranstaltungen zu begleiten, ist Teil der Aufgabe des Forschungsbereichs, der damit die gesetzliche Informationspflicht der Bundesbeauftragten unterstützt. Gleichzeitig ist diese Art der sachlichen und fundierten Informationsvermittlung aus erster Hand ein Ausweis dafür, dass die Bereiche Forschung und politische Bildung innerhalb der BStU sinnvoll miteinander verbunden sind und sich in ihrer Zusammenarbeit viele Synergien ergeben.

Mit einem semesterbegleitenden wissenschaftlichen Kolloquium trat die Forschung der BStU auch selbst an die Öffentlichkeit. In 14 Veranstaltungen stellten wissenschaftliche Mitarbeiter ihre Forschungsprojekte und Teilergebnisse daraus vor und luden zur Diskussion darüber ein. Einmal pro Semester trug ein externer Wissenschaftler seine Forschungsergebnisse vor, die in der Regel zumindest durch die Nutzung von MfS-Unterlagen einen Bezug zum Forschungsfeld der BStU aufwiesen. Eine tabellarische Aufstellung der einzelnen Veranstaltungen ist in Anhang 9 enthalten.

5.1 Arbeit des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums

Das vom Bundestag benannte und vom BKM bestellte Wissenschaftliche Beratungsgremium hat im Berichtszeitraum in unveränderter Besetzung (siehe Anhang 8) die Arbeit des Forschungsbereichs begleitet. Unter der Leitung des Vorsitzenden Prof. Dr. Hans-Joachim Veen und seines Stellvertreters Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke tagte das neunköpfige Gremium im Berichtszeitraum dreimal. Nach der intensiven Anlaufphase, in der das gesamte Forschungsprogramm der Abteilung vorgestellt und evaluiert wurde, hat sich nun ein regelmäßiger halbjährlicher Tagungsrythmus herausgebildet.

Auch weiterhin beriet das Gremium intensiv neue Projekte, gab wertvolle Anregungen und justierte in Einzelbereichen nach. Gleichzeitig diskutierten seine Mitglieder mit den Forscherinnen und Forschern, der Abteilungs- und der Behördenleitung den Fortschritt längerfristiger Projekte im Lichte der bereits vorliegenden Teilergebnisse. Gerade bei komplexeren Fragestellungen bieten die konstruktiven Gespräche Gelegenheit, mögliche Veränderungen des Zuschnitts kompetent zu reflektieren.

Größeren Raum in den Beratungen nahm die Frage der perspektivischen Ausrichtung der Forschung innerhalb der BStU ein. Konsens konnte rasch dahingehend erzielt werden, dass Relevanz und Zukunftsfähigkeit die Richt-

schnur sein müssen, nach denen neue Forschungsfelder erschlossen werden sollten, wenn die laufenden Projekte zu guten Ergebnissen geführt haben. Dass sich auch zukünftige Forschungsarbeiten im Rahmen dessen bewegen müssen, was das StUG vorgibt, ist ebenso klar wie die Tatsache, dass die Arbeiten den Standards der Geschichtswissenschaft genügen müssen.

Diese nunmehr dreijährigen Erfahrungen bestätigen die positive Wirkung des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums. Die kritischen Diskussionen und Evaluationen ersetzen nicht die öffentliche Debatte um Forschungsergebnisse, stärken jedoch die Projekte und helfen dabei, die Qualität der Forschung in der BStU insgesamt zu sichern. Gerade die frühzeitige Spiegelung der Forschungsvorhaben mit Vertreterinnen und Vertretern bedeutender Institutionen und Universitäten befördert ihre bruchlose Einfügung in die allgemeine Forschungslandschaft. Die Bezüge in den Wissenschaftsbetrieb hinein werden enger, der Austausch befruchtet die Arbeit im Forschungsbereich.

Im Berichtszeitraum hat das Wissenschaftliche Beratungsgremium intensiv darüber diskutiert und im Ergebnis angeregt, dass die BStU vom Deutschen Bundestag mit der Erstellung eines Gutachtens zum Einfluss des Staatssicherheitsdienstes auf die Abgeordneten aller Deutschen Bundestage bis 1989 beauftragt werden soll. Dieser Vorschlag wurde vom Ältestenrat des Deutschen Bundestages aufgegriffen und die Beauftragung der BStU mit einer solchen Studie Anfang Oktober 2010 beschlossen.

5.2 Forschungsprogramm

5.2.1 Widerstand im Alltag – Alltag des Widerstandes

Im Rahmen der Projektgruppe werden seit 2008 die Einzelprojekte „Wahlen in der DDR 1950 bis 1961“, „SED-Wissenschaftspolitik und Staatssicherheit von 1955 bis 1975“, „Aktenlandschaft Jürgen Fuchs“, „Die Rolle des MfS im Militärgefängnis und der Disziplinareinheit Schwedt“, „Telefonabhörprotokolle – Wie das MfS die Opposition in den achtziger Jahren bespitzelte“ und – als Hauptprojekt – „Widerstand und Opposition im ‚Ostseebezirk‘ Rostock 1949 bis 1989“ bearbeitet. Sämtliche Projekte befinden sich in der Phase der Materialerhebung und -auswertung.

5.2.2 Zusammenarbeit des MfS mit den Sicherheitsdiensten des Ostblocks zur Verhinderung von Flucht und Opposition/Westarbeit des MfS

Im Projektbereich wird zum einen das Wirken des MfS bei der Verhinderung von Fluchten aus der DDR und zur Absicherung ihrer Grenzen sowie die konkrete Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsdiensten der Staaten des Warschauer Paktes bei der Unterbindung der Flucht von DDR-Bürgern untersucht. Ein zweiter Schwerpunkt der Forschung besteht in der Analyse der Vorgehensweise des MfS bei der Bekämpfung grenzüberschreitender

der Verbindungen zwischen Oppositionellen der DDR und anderen Ostblockstaaten sowie der Unterbindung und Unterwanderung ihrer Unterstützung aus dem westlichen Ausland.

Diesen Themen widmen sich mehrere laufende Einzelprojekte: Zwei Studien analysieren einerseits den Umgang des MfS mit Todesfällen an der Berliner Mauer und andererseits den Umgang mit bei Fluchtversuchen verletzten Personen. Im Rahmen des ersten Projekts wird u. a. eine Dokumentation der Entwicklung der Bestimmungen und Dienstanweisungen des MfS zur Verhinderung der Republikflucht an der innerstädtischen Berliner und der innerdeutschen Grenze erarbeitet.

Im Zusammenhang mit diesen Recherchen wurde im Mai 2009 die IM-Akte des ehemaligen Westberliner Polizeibeamten Karl-Heinz Kurras untersucht und eine erste Mitteilung über diesen Fund veröffentlicht (Helmut Müller-Enbergs, Cornelia Jabs: Der 2. Juni 1967 und die Staatsicherheit, in: Deutschland Archiv, 42 (2009), 3, S. 395–400). Kurras, der am 2. Juni 1967 am Rande einer Demonstration den Studenten Benno Ohnesorg erschoss, war laut dieser Akte bereits seit April 1955 in Westberlin als inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes tätig.

Fortgesetzt wurden kooperative Forschungen mit den öffentlich zugänglichen Archiven der früheren osteuropäischen Sicherheitsdienste, die auf eine Dokumentation von Flucht und Fluchtversuchen von DDR-Bürgern über Grenzen von Drittländern zielen. Im Ergebnis soll eine bereits 1998 vorgelegte BStU-Studie über die „Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von ‚Republikflucht‘“ erweitert werden, in der die Tätigkeit der „Operativen Gruppen“ des MfS in den Warschauer-Pakt-Staaten und die der dortigen Partnerdienste in der DDR beschrieben werden. Hierzu zählen u. a. Aktionen der Verschleppung und des offenen Menschenraubs, bei denen das MfS mit verbündeten Diensten kooperierte.

Eine durch neu erschlossenes Aktenmaterial erweiterte deutsche Fassung einer Studie zur geheimpolizeilichen Zusammenarbeit zwischen dem MfS und der rumänischen Securitate bei der Verfolgung Oppositioneller ist 2010 abgeschlossen worden. Sie entstand in Zusammenarbeit zwischen der BStU, dem Institut zur Untersuchung der kommunistischen Verbrechen in Rumänien (IICCR) und dem Nationalen Rat für das Studium der Archive der Securitate (CNSAS). Einzelne Aspekte dieser Arbeit wurden bereits in Aufsätzen publiziert. So konnte die Observierung der Literaturnobelpreisträgerin des Jahres 2010, Herta Müller, durch Agenten der Securitate und des MfS mit Aktenmaterial dokumentiert werden.

Durch den Projektbereich konnte die Fertigstellung einer externen Studie zur Abteilung Verkehr des ZK der SED unterstützt werden. Die Überlieferung der Abteilung Verkehr, die mit geheimdienstlichen Methoden und in enger Zusammenarbeit mit dem MfS die Verbindungen der SED zu ihren kommunistischen Partnern in der Bundesrepublik absicherte, der KPD und der DKP sowie den ihr nahestehenden Organisationen logistische, finanzielle

und personelle Unterstützung sicherte, konnte von der SED bis Dezember 1989 und anschließend von der PDS vor Übergabe des SED-Archivs an die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv fast restlos vernichtet werden. In der Studie gelang es dem Autor Wilhelm Mensing mit Hilfe der zum Teil parallelen bzw. ergänzenden Überlieferung in der BStU, Struktur und Arbeitsweise dieser ZK-Abteilung zu rekonstruieren. Die Studie ist in der Schriftenreihe „BF informiert“ erschienen.

Fortgeführt wurden die Forschungen zur Westarbeit des MfS. Das umfangreiche Manuskript des Handbuchbeitrags zur Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) wurde im Bereich inhaltlich weiterentwickelt und aufgrund neu erschlossenen Materials nochmals erheblich ergänzt. Es befindet sich zur Druckvorbereitung im Lektorat. Aus der fragmentarischen Überlieferung der Akten der HVA werden deren Organisationsstrukturen, Leiter von Dienst-einheiten, deren jeweilige Aufgaben und die jeweils wichtigsten drei Quellen rekonstruiert. Die Forschungsarbeiten schließen die Vorgängerinstitution der HVA, das Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung, ein.

Der Zusammenarbeit des Staatssicherheitsdienstes der ČSSR (StB) und des MfS widmeten sich Forschungen zur Geschichte der Opposition in der DDR. Fortgesetzt wurden Forschungen zur Geschichte der DDR-Opposition, ihrer Vernetzung mit Oppositionellen in der ČSSR, Rumänien und Ungarn sowie der Bekämpfung dieser Vernetzung durch das MfS. In einer Einzelstudie zum literarischen Austausch zwischen ungarischen und DDR-Oppositionellen in den 1980er-Jahren wird die wechselseitige Anregung ebenso untersucht wie deren Beobachtung und Behinderung durch die Staatssicherheitsdienste Ungarns und der DDR. Eine weitere Untersuchung befasst sich mit verdeckten Operationen gegen die Unterstützung osteuropäischer Oppositioneller durch unabhängige Organisationen der Bundesrepublik im gleichen Zeitraum. Hierzu wurden erste Arbeitsergebnisse auf einem Panel des Historikertages in Berlin 2010 vorgelegt.

5.2.3 Das MfS und der KSZE-Prozess. Der Kampf der osteuropäischen Geheimdienste gegen Modernisierung und Globalisierung

Ziel der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) war es, Konfrontation abzubauen und Brücken zwischen Ost- und Westeuropa zu schlagen. Wie die Entwicklung nach 1990 gezeigt hat, entsprach das nicht nur staatlichen Interessen, sondern auch einem tiefen Bedürfnis weiter Teile der Bevölkerung im sowjetischen Machtbereich. Mittelfristig hat die KSZE dazu beigetragen, die kommunistische Herrschaft zu untergraben und letztlich zu überwinden. Selbstverständlich ist das den Geheimdiensten bzw. Geheimpolizeien dieser Staaten nicht verborgen geblieben und sie haben versucht, dem gegenzusteuern. Im Zentrum des Forschungsvorhabens stehen folgende Fragen: Welchen Einfluss hatte das MfS auf die Positionen der DDR in der KSZE? Gab es einen ostdeutschen Sonderweg bezüglich der KSZE und der

Menschenrechte innerhalb des östlichen Bündnisses? Wie bekämpfte das MfS die Auswirkungen der KSZE hinsichtlich der Menschenrechte in der DDR? Und in welchen Bereichen arbeitete das MfS mit den anderen osteuropäischen Geheimdiensten zusammen, um Entwicklung und Folgen der KSZE einzudämmen? Wie eng war diese Art der Zusammenarbeit mit den einzelnen „Bruderorganen“?

Im Berichtszeitraum wurden Recherche und Materialerfassung fortgesetzt, deren Haupthindernis ist, dass für den KSZE-Prozess innerhalb des MfS die HVA federführend zuständig war, deren Archivbestände bekanntlich weitgehend, aber keineswegs vollständig vernichtet worden sind. Recherchen in den Archiven der Partnerinstitutionen in Warschau und Prag haben dazu beigetragen, einige Wissenslücken zu füllen. Neben der Recherche in Beständen unterschiedlicher MfS-Dienststellen, die in einzelnen Fragen mit dem KSZE-Prozess zu tun hatten, stand die Durchsicht von unerschlossenen Beständen der für das Außenministerium der DDR zuständigen MfS-Abteilung mit mehreren tausend Akteneinheiten im Vordergrund. Vor allem auf Basis der SIRA-Datenbank wurden einschlägige Informationswege im MfS und bei der Kooperation mit seinen „Bruderorganen“ rekonstruiert.

Erste Arbeitsergebnisse haben sich in der Veröffentlichung von Aufsätzen und in Beiträgen auf internationalen Konferenzen in Berlin, Sofia, Washington und in Madison/Wisconsin niedergeschlagen. Publiziert wurden Aufsätze über den „KSZE-Prozess der 1970er-Jahre aus der Perspektive der DDR-Staatssicherheit“ und über „Die Wiener KSZE-Folgekonferenz und der Handlungsspielraum des DDR-Sicherheitsapparates 1989“. Ein Beiproduct der Arbeit war die inzwischen abgeschlossene Vorbereitung einer Internetpublikation, für die mit dem History and Public Policy Program (HPP) des Woodrow Wilson International Center for Scholars (Washington) ein Abkommen geschlossen wurde, nach dem Grundsatzdokumente zur Zusammenarbeit von MfS und KGB in deutscher Originalsprache und englischer Übersetzung auf deren Website ins Netz gestellt werden.

5.2.4 Herrschaft und Gesellschaft in der DDR-Provinz

Das Forschungsprojekt untersucht im überschaubaren Rahmen des Landkreises Halberstadt die regionalen Strukturen von Herrschaft und Gesellschaft in ihrer Langzeitentwicklung. Im Zentrum der Untersuchungen steht das Wirken der lokalen Kreisdienststelle des Staatssicherheitsdienstes.

Das Projekt zielt auf die umfassende Rekonstruktion der konkreten Herrschaftsausübung im DDR-Alltag. Hierzu wurden die Akten der Kreisdienststelle Halberstadt und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Magdeburg sowie die einschlägigen Bestände der SED, der Volkspolizei und des Rates des Kreises gesichtet und teilweise auch schon ausgewertet. Erste Teilergebnisse wurden in mehreren Vorträgen und einem Aufsatz bereits vorgestellt. Dabei zeichnen sich Schwerpunkte alltäglicher Überwachung und Repression ab, die für Regionen ty-

pisch sein dürften, in denen es wenig organisierte Opposition gab. Das Gesamtergebnis des Projekts soll in Form zweier umfangreicher Studien veröffentlicht werden.

Zu dem methodisch und thematisch eng verwandten Projekt „MfS und ‚Ausreiser‘ in den 1970er- und 1980er-Jahren. Eine mikrohistorische Studie zum Kreis Halberstadt“ des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam bestehen Kooperationsbeziehungen.

An den Projektbereich ist ein weiteres Kooperationsprojekt angeschlossen, das ebenfalls einen regionalen, mikrohistorischen Ansatz verfolgt und in Kooperation mit dem Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena bearbeitet wird: „Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression – Kulturkampf in der Provinz der späten DDR“. Hierbei geht es um die exemplarische Erforschung des staatlichen Umgangs mit der alternativdissidentischen Popularkultur der 1980er-Jahre in der Bezirksstadt Gera, wobei sich der BStU-Beitrag auf die spezifische Rolle des MfS konzentriert. Die entsprechende Studie liegt zum größten Teil in Manuskriptform bereits vor.

5.2.5 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Edition und Analyse der Stimmungs- und Lageberichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS

Wie bereits in Kapitel 1.6 ausführlich dargelegt, ist die Edition der geheimen Berichte, die die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des Ministeriums für Staatssicherheit zur Information der Partei- und Staatsführung der DDR seit dem Juniaufstand 1953 verfasst hat, im Oktober 2009 unter dem Titel „Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung“ gestartet. Das Projekt verbindet die Edition aller Inlandsberichte mit der Präsentation erster Auswertungsergebnisse und Forschungen zum Informations- und Berichtswesen des Staatssicherheitsdienstes. In den Berichten wird ein Tableau entfaltet, welches in der Langzeitperspektive deutlich macht, wie MfS und Staats- und Parteiführung die allgemeine Lage in der DDR einschätzten, welche Schwierigkeiten und „Bedrohungen“ sie für den Aufbau und die Festigung ihrer Herrschaft sahen und welche Konsequenzen daraus gezogen wurden. Die Berichte sagen darüber hinaus auch etwas über das Verhältnis von MfS und Staatsführung sowie den Einfluss des MfS auf die Meinungsbildung der höchsten politischen Führungsschicht in der DDR aus. Für die Pilotphase wurde jeweils ein Jahrgang aus den vier Jahrzehnten DDR-Geschichte ausgewählt, um so einen möglichst repräsentativen Überblick über Struktur und Inhalte der ZAIG-Berichte zu vermitteln. Es handelt sich um die Jahre 1953, 1960, 1976 und 1988. Zum 50. Jahrestag des Mauerbaus im Jahr 2011 wird zusätzlich der Jahrgang 1961 publiziert. Die Bände werden in Form einer Auswahledition (Buch) und einer Komplettedition auf einer CD publiziert. Ende 2010 startete auch der Internetauftritt des Projekts – mit der Einspeisung des ersten Jahrgangs 1976.

Um auch externen Nutzern einen schnellen inhaltlichen Überblick über die nicht durch die Edition erfassten Auslandsberichte der ZAIG zu ermöglichen, die in großem Maße Geschehnisse in der Bundesrepublik behandeln, wird eine Liste der Titel und Signaturen dieser Berichte, versehen mit einer Einleitung, zur Veröffentlichung im Internet vorbereitet. Zu einem späteren Zeitpunkt, nach Abschluss der Pilotphase des Gesamtprojekts, ist die Publikation eines Bandes als Auswahl-edition dieser Auslandsberichte in Aussicht genommen.

5.2.6 Rechtsanwälte in der Ära Honecker

In diesem Projekt soll untersucht werden, inwieweit das MfS die Rechtsanwälte in der späten DDR kontrollierte oder sogar steuerte und dies insbesondere im Rahmen politischer Prozesse.

Zu untersuchen ist, wie dicht diese Kontrollen waren und wie effektiv das MfS auf die nominelle Selbstverwaltung der Anwaltschaft überhaupt einwirken wollte und konnte. Die überschaubare Gruppe der Anwälte eignet sich exemplarisch dafür, Mechanismen, Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme des MfS nachzuzeichnen.

Im Bereich der politischen Justiz war das MfS nicht nur sicherndes Organ, sondern bei „staatssicherheitsgefährdenden“ Delikten als Untersuchungsorgan auch für die Ermittlungen vor dem Strafprozess verantwortlich.

Es ist davon auszugehen, dass die strafprozessuale Stellung der Verteidigung und die Rolle des Verteidigers seismografisch auch Aufschluss über die Stellung des Individuums, hier des politisch Verfolgten, gegenüber dem Staat in der Honecker-Ära geben kann.

Gegenstand eines gesonderten Teiles der Untersuchung ist eine quantitative und qualitative Analyse der Untersuchungsvorgänge des MfS. Es wird der Frage nachgegangen, ob sich in den 1970er- und 1980er-Jahren die Institution der Verteidigung und das Verhalten der Verteidiger sowohl im Vorfeld als auch bei der Durchführung von politischen Verfahren veränderten.

5.3 Publikationen

Die Manuskripte der Forschungsabteilung werden im Sachgebiet Publikationen von der Manuskriptbearbeitung über Satz und Layout bis hin zur Drucklegung als Verlags- oder Eigenveröffentlichung begleitet. Diese behördeneigene redaktionelle Schnittstelle ermöglicht die Qualitätssicherung im Haus sowie die Durchführung von Kooperationsprojekten und die Realisierung von Buchhandelsausgaben. Hier können je nach Bedarf Dienstleistungen vom Lektorat über das Korrektorat bis hin zum Erstellen von Registern oder der Gestaltung von Schaubildern und Tabellen in Anspruch genommen werden.

Die Eigenpublikationen der BStU werden in großen Teilen zusätzlich zu den Printausgaben als barrierefreie PDF-Dateien kostenlos online zur Verfügung gestellt. Über den Internet-Auftritt der Behörde und die dortigen Download-Möglichkeiten sowie ein regelmäßig aktualisiertes „Gesamtverzeichnis der Veröffentlichungen“ werden die

Publikationen beworben und über einen eigenen Publikationsverkauf – via Buchhandel, Direktversand oder über Büchertische – einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Durch die Bereitstellung einer behördeneigenen ISBN können seit Kurzem die Eigenpublikationen der BStU auch über die klassischen Buchhandelswege angeboten werden.

Im Folgenden werden die im Berichtszeitraum erschienenen Veröffentlichungen vorgestellt. Eine Übersicht über die Gesamtheit der Publikationen der BStU befindet sich in Anhang 10.

5.3.1 Monografien und Sammelbände

5.3.1.1 Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR

Die Forschung zur DDR und zum Ministerium für Staatssicherheit hat sich in den vergangenen 20 Jahren enorm ausdifferenziert. In dieser Zeit wurde ein profundes Wissen darüber erarbeitet, wie der weit verzweigte Apparat des MfS aufgebaut war und wie er funktionierte, welche seine Methoden waren und welchen Einfluss seine Tätigkeit in der DDR – und darüber hinaus – besaß. Wesentliche Arbeiten dazu sind bei der BStU entstanden. Gleichwohl sind die Informationen über viele Werke verstreut und kaum kompakt auffindbar.

Diese Lücke wird das MfS-Lexikon, das im Frühjahr 2011 im Ch. Links Verlag erscheint, schließen. Es bündelt das Wissen über Strukturen, Arbeitsweisen und Methoden des Staatssicherheitsdienstes in einem eigenen Kompendium in knapper Form. Die Expertinnen und Experten für die einzelnen Themengebiete, vorwiegend Beschäftigte der BStU, haben in lexikalischer Form ihre Kenntnisse zusammengetragen und für eine breite Leserschaft zusammengestellt. Das Lexikon bietet grundlegendes Wissen zur Staatssicherheit. Es informiert über: die Struktur des MfS in seiner historischen Genese; die Biografien der wichtigsten leitenden Mitarbeiter des MfS; die Dienstleistungen sowie die jeweils wahrgenommenen Aufgaben; die Techniken, die die Staatssicherheit anwendete; das engere Umfeld, in dem die Staatssicherheit arbeitete, um besonders den politischen Kontext, in dem sie agierte, zu verdeutlichen, sowie Aktenarten und Karteien, die den wesentlichen Schlüssel dazu darstellen, das Wissen der Staatssicherheit aus den Akten zu schöpfen.

5.3.1.2 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung: 1976 und 1988

Im Oktober 2009 startete die neue Reihe der BStU „Die DDR im Blick der Stasi. Die Geheimen Berichte an die SED-Führung“. Die Gesamtreihe wird im Auftrag der Bundesbeauftragten herausgegeben von Daniela Münkler, bei den ersten beiden Bänden zusammen mit Jens Gieseke. Als erster Band erschien der Jahrgang 1976 der ZAIG-Inlandsberichte. Das Jahr 1976 war eines der ereignisreichsten in der DDR-Geschichte. Die KSZE-Beschlüsse zeigten innenpolitische Wirkungen: Gewachsen war die Bereitschaft der Unzufriedenen zu offenem Pro-

test, viele stellten Ausreiseanträge. Die Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz und die Ausbürgerung Wolf Biermanns hatten Folgen, die die SED-Führung und ihren Machtapparat herausforderten. Dieser Band dokumentiert, wie der Staatssicherheitsdienst die neuen Probleme wahrnahm und die Partei- und Staatsführung detailliert über alles informierte, was machtpolitisch wichtig schien. Er ist eine einzigartige Quelle zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in der DDR im Jahr 1976. Den Jahrgangs-Band 1976 hat Siegfried Suckut inhaltlich bearbeitet und herausgegeben.

Im Dezember 2010 folgte der Jahrgangs-Band 1988 der ZAIG-Inlandsberichte, bearbeitet von Frank Joestel. Der Band 1988 versammelt wichtige Dokumente im Vorfeld der Friedlichen Revolution. 1988 dominierte in den Meldungen des MfS das Aufbegehren von Teilen der ostdeutschen Bevölkerung gegen den vormundschaftlichen Staat sowie das zunehmend öffentliche Eintreten für ein selbstbestimmtes Leben. Der Staatssicherheitsdienst informierte über die Proteste auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar, über die Aktionen kirchennaher Kreise zur Unterstützung von Verhafteten sowie über die Schulverweise, die Schülerinnen und Schüler der Berliner Ossietzky-Schule wegen pazifistischer Tendenzen erhielten. Er berichtete über die spektakuläre Flucht von drei jungen Männern in einem Lkw über die Gliencker Brücke, von Aktionen Ausreisewilliger im öffentlichen Raum sowie von Besuchen westdeutscher Politiker bei DDR-Oppositionellen.

5.3.1.3 Militär und Staatssicherheit

Mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Potsdam wurde auf Basis einer gemeinsam organisierten Tagung ein Sammelband über „Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten“ in der Herausgeberschaft von Torsten Diedrich und Walter Süß veröffentlicht. In Beiträgen von Experten für die Geschichte der Staatssicherheitsdienste sowie Militärgeschichtlern aus Bulgarien, Deutschland, Rumänien, Serbien, Ungarn und den USA wird das Verhältnis von innerer und äußerer Sicherheit in den Staaten Ost- und Südosteuropas erörtert. Es geht um das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten, das Agieren der Warschauer-Pakt-Staaten in Krisensituationen und die Konsequenzen, die sie daraus gezogen haben, sowie um die Auswirkungen der Entspannungspolitik auf die innere Stabilität kommunistischer Staaten in den letzten beiden Jahrzehnten des Sowjetblocks. Damit wird ein tieferes Verständnis der Sicherheitsarchitektur dieser Staaten und der Gründe für ihr Scheitern angestrebt.

5.3.1.4 Stasi-Stadt und Mielkes Revier

Im Berichtszeitraum erschienen zwei Publikationen von Christian Halbrock – „Stasi-Stadt“ und „Mielkes Revier“ –, die sich der ehemaligen MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg zuwenden. Beide Veröffentlichungen können als Ergebnis eines zweijährigen Kooperationsprojekts mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur angesehen werden, in dessen Verlauf der „Alltag und Wandel“ im Stadtquartier nördlich der Frankfurter Allee untersucht

wurde. Aufgabe des Projekts war es zum einen, sowohl institutions- wie baugeschichtliche Aspekte mit der Alltagsgeschichte vor Ort zu verbinden. Zum anderen galt es, den Anforderungen, die sich aus der historisch-politischen Bildungsarbeit ergeben, gerecht zu werden. Heutigen Besuchern, insbesondere Jugendlichen, soll der Zugang zum noch immer unwirtlich wirkenden Gelände des Staatssicherheitsdienstes in Berlin-Lichtenberg erschlossen werden. Geschichte wird so am konkreten Objekt aufgezeigt.

Die Publikation „Stasi-Stadt. Die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg“ wurde im Ch. Links Verlag veröffentlicht und ist als „historischer Rundgang“ konzipiert. Der Stadtspaziergang führt über 20 Stationen anhand von historischen wie aktuellen Fotos und versehen mit detaillierten Informationen durch das übermächtige Bauensemble rund um die Normannenstraße. Er macht den Leser dabei zugleich mit den Praktiken und Strukturen des Staatssicherheitsdienstes vertraut.

Im Lukas-Verlag erschien zudem pünktlich zum 20. Jahrestag der Besetzung der MfS-Zentrale am 15. Januar 1990 die Monografie „Mielkes Revier. Stadtraum und Alltag rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg“. Beschrieben wird hier das unaufhaltsame Wachstum des MfS-Hauptquartiers mit allen seinen Auswirkungen auf den Stadtraum zwischen Rusche-, Gotlinde- und Magdalenenstraße. Zugleich widmet sich die Abhandlung auch den Zwischenfällen, einzelnen Protesten oder auch den Regungen von Opposition und Widerstand, die es im Schatten der MfS-Zentrale ebenso gab. Beide Abhandlungen Halbrocks, die erstmals den Stadtraum insgesamt in den Fokus nehmen, basieren auf einer umfassenden Archivrecherche, der Auswertung umfangreicher Fotomaterials sowie auf Zeitzeugeninterviews.

5.3.1.5 Geheimhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges

Band 9 der Reihe „Archiv zur DDR-Staatssicherheit“, herausgegeben von Dagmar Unverhau. Teilband 1: Beiträge und Anlagen. Teilband 2: Abbildungen.

In 21 Beiträgen von Autoren zehn verschiedener Länder, darunter die damaligen Führungsmächte USA und UdSSR, wird die Entwicklung der Kartographie verschiedener Gattungen unter den Bedingungen von Geheimhaltung und Staatssicherheit – verstanden als schützenswertes Wohl des Staates bzw. als Institution – während dieser Systemauseinandersetzung untersucht. Hiermit wird in erweiterter Perspektive an die Bände 5 und 7 dieser Reihe angeknüpft.

5.3.1.6 SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946 bis 1976)

Wie immer die SED sich in Sachen Deutsche Einheit während ihrer gut 40-jährigen Herrschaft positionierte – stets hatte die Partei den Anspruch, Politik für ganz Deutschland zu machen. Außerhalb ihres Herrschaftsbe-

reichs sollte dies mit Hilfe der von ihr unterstützten Kommunisten in Westdeutschland gelingen. Dazu unterhielt sie in ihrer Parteizentrale Apparate, die die politische Anleitung und die materielle Ausstattung der Westgenossen zu besorgen hatten. Für Letzteres war vom Beginn bis zum Ende der SED-Herrschaft die Abteilung Verkehr des Zentralkomitees verantwortlich. Sie organisierte, streng geheim und auf illegalen Wegen, die Reisen der Kader, den Transport von Ausrüstung und Propagandamaterial und vor allem von Geld – und sie betreute die „Westfirmen“ der Partei.

Wilhelm Mensing hat, in Zusammenarbeit mit Georg Herbstritt und Gudrun Weber seitens der BStU, die Arbeit der Abteilung Verkehr untersucht. Zwar waren alle Akten der immer konspirativ arbeitenden Abteilung vernichtet worden, dennoch ließ sich ihre Tätigkeit nun mit Hilfe von Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit rekonstruieren.

5.3.2 Handbuch

Das MfS-Handbuch „Anatomie der Staatssicherheit“ besteht aus einzelnen Teillieferungen, die sukzessive erscheinen und sich mit der Struktur und Arbeitsweise des MfS am Beispiel einzelner Diensteinheiten und bestimmter Schwerpunktthemen befassen. Darin wird einem wissenschaftlichen Fachpublikum und der interessierten Öffentlichkeit ein umfangreiches Grundwissen zum MfS zur Verfügung gestellt. Inzwischen liegen 24 Bände vor, vier Teillieferungen stehen noch aus. Im Berichtszeitraum erschienen die folgenden MfS-Handbuchbeiträge als Druckexemplar sowie als kostenlose PDF-Datei:

5.3.2.1 Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR

Walter Süß beschäftigt sich in dieser Überblicksdarstellung mit der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR. Die Entwicklung des MfS und seiner nachgeordneten Diensteinheiten wird darin unter drei Aspekten beleuchtet: Erstens die Tätigkeit des MfS im internationalen Umfeld sowohl im Sinne der klassischen Spionage und der Spionageabwehr wie auch der Abschirmung gegen äußere Einflüsse, die als destabilisierend betrachtet wurden. Zweitens der Beitrag des Staatssicherheitsdienstes zur Stabilisierung der Diktatur im Innern. Und drittens institutionelle Veränderungen im Sicherheitsapparat als Versuche, sich neuen Umweltbedingungen anzupassen. Ins Blickfeld geraten dabei auch die vor dem Hintergrund der KSZE-Folgekonferenzen und des politischen Klimawandels in Ost und West veränderten Aufgabenstellungen für die Geheimpolizei bis hin zur Entmachtung und Auflösung des MfS im Winter 1989/90.

5.3.2.2 Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei

In dieser Teillieferung des MfS-Handbuchs widmet sich Tobias Wunschik der Tätigkeit der Hauptabteilung VII mit ihren zuletzt über 300 Mitarbeitern in der Zentrale,

den rund 500 Hauptamtlichen in den Bezirksverwaltungen und den über 260 sogenannten Abwehroffizieren Volkspolizei, die als verlängerter Arm der Abteilung auf der Ebene der Kreisdienststellen auftraten. Die Linie VII des MfS stand an der Schnittstelle zwischen dem Ministerium des Innern (MdI) und dem Ministerium für Staatssicherheit. Sie überwachte und instruierte das MdI sowie die ihm unterstellten Bereiche und organisierte zugleich die Kooperation zwischen beiden Organen. Erst im Jahre 1959 wurde die Abteilung VII in der Zentrale des Staatssicherheitsdienstes zu einer Hauptabteilung aufgewertet. Ihre „Blütephase“ erlebte die Diensteinheit in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre, als die innerdeutsche Entspannung und insbesondere der grenzüberschreitende Reiseverkehr aus Sicht des MfS neue Gefahren für die innere Sicherheit der DDR heraufbeschworen.

5.3.2.3 Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) war das „Funktionalorgan“ des Ministers für Staatssicherheit und somit die wichtigste Schaltstelle im MfS, in der nahezu alle komplexen Stabsfunktionen konzentriert waren. Zu den Aufgaben der ZAIG zählten die zentrale Auswertung und Information, einschließlich der Berichterstattung an die politische Führung, und die Optimierung der entsprechenden Verfahren und Strukturen im Gesamtapparat des MfS. Die ZAIG führte zentrale Kontrollen und Untersuchungen durch und analysierte die geheimpolizeilich-geheimdienstliche Effektivität des MfS auf der Grundlage der bei diesen Kontrolleinsätzen gewonnenen Erkenntnisse und der bei ihr ebenfalls zusammenlaufenden Daten der operativen Statistik. Der von Roger Engelmann und Frank Joestel gebotene Überblick über Struktur und Tätigkeit der ZAIG schließt die Aktivitäten der Informations- und Auswertungsorgane vor Gründung der Diensteinheit ein.

5.3.2.4 Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr

Die Hauptabteilung III mit den ihr nachgeordneten Abteilungen III in den Bezirken war unter dem Leitbegriff „Elektronischer Kampf des MfS“ innerhalb des Staatssicherheitsdienstes für die Funkaufklärung und Funkabwehr zuständig. Zu ihren Aufgaben gehörte es, aus den Funk- und Fernmeldeverbindungen der Bundesrepublik und Westberlins möglichst viele und hochwertige Gesprächsinhalte abzuschöpfen. Aber auch auf dem Gebiet der DDR wurde die Abteilung aktiv und sollte etwa illegale Funksendungen aufklären und deren Urheber ermitteln. Die von Andreas Schmidt vorgelegte Teillieferung des MfS-Handbuchs beschreibt die Geschichte dieser Diensteinheit und ihrer Vorläufer von den Gründungsjahren des MfS bis zu seiner Auflösung. Im Mittelpunkt stehen dabei die Strukturentwicklung der im September 1989 zuletzt etwa 2 400 Mitarbeiter umfassenden Hauptabteilung und die funktechnischen Mittel und Methoden, die jeweils zum Einsatz kamen. Der Autor hat u. a. quantifiziert, wie viele Funk- und Telefonverbindungen poten-

ziell vom Staatssicherheitsdienst abgehört werden konnten. Die Lieferung enthält eine Karte, die die räumliche Verteilung der Stützpunkte der HA III auf dem Gebiet der DDR anschaulich macht.

5.4 Wissenschaftliche Tagungen

5.4.1 Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als Zäsur der europäischen Geschichte

Vom 28. bis 31. Mai 2009 fand in Berlin eine internationale wissenschaftliche Konferenz im Rahmen des „Geschichtsforums 1989/2009“ der Bundeszentrale für politische Bildung, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Kulturstiftung des Bundes statt. In 22 Beiträgen stellten Wissenschaftler und Zeitzeugen aus acht Ländern Untersuchungen über den Zusammenhang der demokratischen Revolutionen von 1989 vor, die sich über ein breites Feld von Themen und gesellschaftlichen Bereichen erstreckten.

5.4.2 Workshop „The Stasi and its Foreign Intelligence Service“ in Washington

Vom Deutschen Historischen Institut (GHI) in Washington und dem Cold War International History Project des Woodrow Wilson International Center for Scholars wurde in Kooperation mit der BStU im April 2010 in Washington ein Workshop „The Stasi and its Foreign Intelligence Service“ organisiert. Damit verbunden war eine öffentliche Filmvorführung mit anschließender Diskussion im GHI. Von drei wissenschaftlichen Mitarbeitern der BStU wurden Referate vorgetragen: Walter Stüß „Die SED und die Staatssicherheit“, Douglas Selvage „Die HVA, der KGB und der Informationsaustausch über den KSZE-Prozess im Sowjetblock (1972 bis 1989)“ und Georg Herbstritt „Erfolge und Misserfolge der Westarbeit der HVA“. Das Ziel des Workshops war aus Sicht der BStU die Diskussion mit amerikanischen Wissenschaftlern über diese Forschungsergebnisse und deren eigene Arbeiten, darüber hinaus das Bemühen, die Forschungstätigkeit in der BStU einem breiteren Publikum in den USA bekannt zu machen.

5.4.3 Historikertag vom 28. September bis 1. Oktober 2010 in Berlin

Die Abteilung Bildung und Forschung der BStU beteiligte sich mit einer eigenen Sektion am Historikertag 2010, der vom 28. September bis 1. Oktober 2010 in Berlin stattfand. Das Motto dieses Historikertages lautete „Über Grenzen“. Unter der Leitung von Helge Heidemeyer präsentierte sich die BStU mit Vorträgen und mittels einer Podiumsdiskussion zum Schwerpunkt „Grenzen überwinden – Die Systemgrenzen sprengende Kraft von Opposition und Widerstand in der DDR“. Der Historiker Gerhard A. Ritter verwies in seinem Einleitungsstatement darauf, dass es „niemals die Chance zur Schaffung einer demokratischen DDR“ gegeben habe. Das Sondergebilde DDR litt zudem an der ungeklärten nationalen Frage: die Mauer und die Grenzen im System wurden zu Sinnbil-

dern. Ilko-Sascha Kowalczyk stellte in seinem Beitrag die Frage nach dem „Reglement im Inneren“ der DDR und ging auf die „Funktionsumwandlung von Grenzen in einer Diktatur“, aber auch auf die semantischen Deutungen der in diesen Grenzen Wohnenden ein. Tomáš Vilimek (Prag) fragte u. a. danach, warum sich große Bevölkerungsteile trotz ablehnender Grundhaltung an den politischen Ritualen beteiligten. Zudem referierte Krzysztof Ruchniewicz (Wrocław) zu den grenzüberschreitenden Kontakten zwischen Polen und Ostdeutschen, den von ostdeutschen Oppositionellen – wie er ausführte – „hierbei gemachten besonderen Lernerfahrungen“ sowie zur Wahrnehmung der jeweils anderen Seite. Bernd Florath ging im Folgenden auf das Sozialistische Osteuropakomitee in der Bundesrepublik und Westberlin ein, eine Initiative, die sich 1970/71 im Umfeld trotzkistischer Politaktivisten gründete. Abschließend fragte Helge Heidemeyer, dessen Thema die „Flucht aus der DDR“ war, nach den Flucht- und Abwanderungsgründen und verwies darauf, dass Flucht und Übersiedlung nicht nur den SED-Staat, sondern ebenso die Opposition in der DDR geschwächt hätten.

Ein wichtiger Bestandteil des Historikertages ist traditionell die begleitende Verlagsausstellung, auf der Fachverlage, wissenschaftliche Verbände, Stiftungen, Bildungs- und Kultureinrichtungen ihre Arbeit und ihr aktuelles Medienprogramm vorstellen können. Auch die BStU war hier mit einem eigenen Stand vertreten. Unter anderem wurden Buch und Jahrgangs-CD der Edition der ZAIG-Berichte „Die DDR im Blick der Stasi 1976“ (siehe 5.3.1.2) präsentiert. Die Behördenpublikationen fanden ebenso Interesse wie die Bildungsangebote, insbesondere die für Lehrkräfte. Auch wurde oft nach einer möglichen Einsichtnahme in die Stasi-Unterlagen gefragt, sowohl für Forschende wie für Privatpersonen. Einige Anträge auf private Akteneinsicht wurden gleich am Stand gestellt.

5.5 Bibliothek

Die BStU betreibt eine wissenschaftliche Spezialbibliothek. Diese wurde im Berichtszeitraum Mitglied im Deutschen Bibliotheksverband e. V., dort in der Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken e. V. Sie sammelt Veröffentlichungen insbesondere zum Ministerium für Staatssicherheit und anderen Geheimdiensten, zu modernen Diktaturen, zu Kommunismus und Totalitarismus, zur SBZ und zur DDR, zur Deutschlandpolitik und den innerdeutschen Beziehungen, zu Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa sowie Biografien und biografische Nachschlagewerke.

Der Bibliotheksbestand in Freihandaufstellung hat sich im Berichtszeitraum auf über 69 000 Bände erweitert, er ist über den Online-Katalog recherchierbar. Die Bibliothek bezieht laufend rund 150 Zeitschriften sowie 14 Tages- und Wochenzeitungen inklusive Nachrichtenmagazinen. Darüber hinaus verfügt die Bibliothek über einen Archivbestand von über 200 deutschsprachigen Zeitschriften. Zu den Serviceleistungen gehört die Aus-

wertung der laufend gehalten Zeitschriften zu Sammel-
schwerpunkten und die Erfassung der Artikel im Katalog.

Zwar bedient die Bibliothek vorrangig die Anforderungen der Beschäftigten der BStU, darüber hinaus steht sie aber auch allen fachlich Interessierten zur Verfügung. Die Neuerwerbungen der Bibliothek werden zweimonatlich, eine Bibliografie zum Staatssicherheitsdienst der DDR jährlich aktualisiert auf der Internetseite veröffentlicht.

6 Bildungs-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

6.1 Die politische Bildungsarbeit der BStU

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz definiert als eine der Kernaufgaben der BStU die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes der DDR.

Dieser Aufgabe kommt die BStU mit einem ausdifferenzierten Katalog an Bildungsangeboten nach. Er umfasst Themenveranstaltungen für die breite Öffentlichkeit, Wechsel-, Wander- und Dauerausstellungen zur Geschichte des MfS, Fortbildungen für Multiplikatoren, Projekttag für Schülerinnen und Schüler sowie didaktisch aufbereitete Materialien.

Mit ihren Angeboten, die inhaltlich und methodisch stets weiterentwickelt werden und aktuelle Fragestellungen wie auch Forschungsergebnisse berücksichtigen, nimmt die BStU einen festen Platz in der Bildungslandschaft der Bundesrepublik zur DDR-Geschichte ein. Ausgehend von ihrer Anbindung an das MfS-Thema, leistet die BStU damit einen prägnanten Beitrag zur kritischen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur.

Auch der Bereich der politischen Bildung ist mit der Ressourcenknappheit konfrontiert, wobei sich vor allem der kontinuierlich abnehmende Personalbestand ungünstig auf die Angebote der BStU in diesem Bereich auswirkt. Besonders betroffen sind personalintensive Vorhaben wie beispielsweise Projekttag, nach denen sich inzwischen auch in den alten Bundesländern eine erfreulich große Nachfrage entwickelt hat. Längere Anmeldefristen, vor allem für Vor-Ort-Angebote in den alten Bundesländern, sind bereits jetzt die Folge. Die BStU reagiert auf diese Entwicklung mit einer Akzentverschiebung. Indem sie eigene Materialien („Quellen für die Schule“) herstellt, spezielle Informationen für Schulen (Unterrichtsfilm, Downloads von Foliensätzen etc.) anbietet und vermehrt Multiplikatoren qualifiziert, ermöglicht sie, dass die Auseinandersetzung mit dem Staatssicherheitsdienst an den Schulen zunehmend durch Lehrkräfte selbst geleistet werden kann.

Dennoch stellt die direkte Arbeit der BStU mit jungen Menschen weiterhin eine sehr wichtige Aufgabe dar. Daraus resultieren Erfahrungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die schließlich zu stark praxisorientierten Bildungsangeboten führen. Dafür werden mit einer speziellen Projektwerkstatt im neuen Bildungszentrum der BStU in Berlin sehr gute Bedingungen geschaffen, die

hoffentlich auch von Schulen aus den alten Bundesländern im Rahmen von Exkursionen angenommen werden.

6.1.1 Veranstaltungen

Mit einem Angebot von über 750 Veranstaltungen im Berichtszeitraum informierte die Bundesbeauftragte die Öffentlichkeit über den Staatssicherheitsdienst. Zahlreiche dieser Veranstaltungen waren dem 20. Jubiläum des Revolutionsjahres 1989, der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes und der Öffnung seiner Akten gewidmet. Dabei standen neben der Freude über die erkämpfte Freiheit und Demokratie auch Informationen über die überwundene Diktatur im Mittelpunkt. Die Ereignisse der Friedlichen Revolution und ihre Folgen für unsere heutige Gesellschaft rief die Bundesbeauftragte durch zahlreiche Konferenzen, Ausstellungen, Aktionstage, Diskussionsrunden, Schülerprojekte, Vorträge, Lesungen und Gedenkveranstaltungen in ganz Deutschland in Erinnerung.

6.1.1.1 Veranstaltungen der Zentralstelle

Das Angebot der Zentralstelle war im Berichtszeitraum thematisch breit gestreut und wurde von mehr als 13 000 Personen besucht. Wie oben bereits ausgeführt, standen die Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 im Mittelpunkt. So zeichnete die Zentralstelle mit ihren öffentlichen Veranstaltungen in Berlin und Potsdam den Weg aus der SED-Diktatur in die Friedliche Revolution und die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes nach. Die Podiumsdiskussionen „Frühjahr 1989 – zwischen Unmut und Aufbegehren“, „Gefälschtes ‚Zettelfalten‘ – die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989“ und „Der Einfluss der Ausreisebewegung auf das Ende der DDR“ beschäftigten sich mit der Vorgeschichte der Friedlichen Revolution. Die dreitägige internationale wissenschaftliche Tagung „Das Revolutionsjahr 1989“ weitete anschließend den Blick auf Europa aus und untersuchte im Mai 2009 auf dem Geschichtsforum in Berlin die demokratischen Revolutionen in Osteuropa als Zäsur der europäischen Geschichte.

Die Berliner Hauptveranstaltung zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution fand vom 7. bis 9. Oktober 2009 unter dem Titel „Revolution in Berlin“ in der Gethsemanekirche statt. Die Kirche war 1989 einer der Brennpunkte der Ereignisse in Berlin. Gemeinsam mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., dem Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und der Evangelischen Kirchengemeinde Prenzlauer Berg-Nord gelang es in einer dreitägigen Veranstaltung mit hunderten von Besuchern, nicht nur die Geschichte der Herbstrevolution 1989 in Berlin nachzuzeichnen, sondern auch die Bedrohung der Demokratiebewegung durch MfS und Polizei darzustellen. Eine Podiumsdiskussion über das Vermächtnis der Revolution rundete die Veranstaltungstage ab.

„Kino der Geheimdienste“ lautete der Titel einer zehnteiligen Filmreihe im Zeughauskino, die im November und Dezember 2009 Einblicke in das filmische Schaffen der Staatssicherheitsdienste der DDR, der Tschechoslowakei

und Ungarns ermöglichte. Die Filmreihe fand in Kooperation mit dem Zeughauskino, dem Collegium Hungaricum und der Medienjournalistin Karin Fritzsche als Kuratorin der Filmreihe statt (siehe auch Kapitel 4.3.1.7).

Als Höhepunkt im Berichtszeitraum kann der 20. Jahrestag der Besetzung der Berliner Zentrale des MfS und der daraus folgenden endgültigen Auflösung des Staatssicherheitsdienstes gesehen werden. Aus diesem Anlass fand am 15. Januar 2010 eine Festveranstaltung statt, die die Erinnerung an die Opfer der SED-Diktatur in den Mittelpunkt stellte: Vor 400 Gästen wurde im Maxim Gorki Theater als gemeinsame Veranstaltung der Bundesbeauftragten und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur das Theaterstück „Staatssicherheiten“ (Hans Otto Theater Potsdam) aufgeführt, in dem 13 ehemalige Stasi-Häftlinge eindrucksvoll von ihrem Schicksal berichten.

Am folgenden Tag, dem 16. Januar, öffnete die Stasi-Unterlagen-Behörde ihre Türen: Im Archiv der Zentralstelle in Berlin-Lichtenberg fand ein Bürgerfest mit knapp 30 öffentlichen Veranstaltungen statt. Eröffnet wurde das Fest gemeinsam durch die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien Prof. Monika Grütters, die Bundesbeauftragte Marianne Birthler und den rumäniendeutschen Schriftsteller Richard Wagner. Neben einer international besetzten Podiumsdiskussion zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen in Europa wurden den Besuchern Filme, Lesungen, Ausstellungen, Geländeführungen, Diskussions- und Vortragsveranstaltungen geboten. Das Archiv stand zur Besichtigung offen. Abgeschlossen wurde der Tag mit einem Konzert von Jan Josef Liefers und seiner Band Oblivion, in dem Liefers ausführlich über seine Jugend in der DDR berichtete. Etwa 4 000 Personen waren Gäste des Bürgerfestes.

Mit zwei Veranstaltungen im Jahr 2010 gedachte die Zentralstelle der Öffnung der Stasi-Unterlagen 20 Jahre zuvor: Gemeinsam mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und dem Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes fand zunächst eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Meine Akte gehört mir!“ – Der Kampf um die Öffnung der Stasi-Akten“ statt, auf der die Auseinandersetzungen und Diskussionen auf dem Weg zum geregelten Aktenzugang vor 20 Jahren nachgezeichnet wurden. Die Bilanz von zwei Jahrzehnten intensiver Aktennutzung und die Erfordernisse der kommenden Jahre thematisierte die Veranstaltung „Die Akten bleiben offen“ am 1. Oktober 2010 im Großen Protokollsaal des Deutschen Bundestages. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hielt die Festrede, in der er sich für den Fortbestand der Stasi-Unterlagen-Behörde bis mindestens 2019, dem 30. Jahrestag des Mauerfalls, aussprach. In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierte die Bundesbeauftragte, Marianne Birthler, mit Gästen über die Nutzung der Stasi-Unterlagen in Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft und Bildung in den kommenden zehn Jahren. Gäste waren u. a. der Fernsehjournalist Roland Jahn, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, der Historiker

Prof. Dr. Thomas Lindenberger und die Malerin Cornelia Schleime.

6.1.1.2 Veranstaltungen der Außenstellen

Ähnlich wie in der Zentralstelle war das Veranstaltungsprogramm der Außenstellen vom 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution, der Besetzung und Auflösung der Dienststellen des Staatssicherheitsdienstes sowie von den sich anschließenden Debatten um die Öffnung und Nutzbarmachung der Akten gekennzeichnet. Im Berichtszeitraum fanden rund 700 Veranstaltungen der Außenstellen statt, die insgesamt von mehr als 100 000 Personen besucht wurden.

Besonders erfreulich war die große Resonanz auf die Veranstaltungen im Jahr 2009 sowie eine starke Vernetzung mit zahlreichen Kooperationspartnern vor Ort. In etlichen Städten hatten sich lokale Aktionsbündnisse zusammengeschlossen, um gemeinsam an die Ereignisse 1989/90 zu erinnern. In diesen Arbeitskreisen kooperierten oftmals Stadtverwaltungen, Museen, Kirchengemeinden, Vereine, Aufarbeitungsinitiativen, Stiftungen und die Außenstellen der Bundesbeauftragten. Dadurch ist es nicht nur gelungen, mit einem breit angelegten Veranstaltungsangebot eine gute Öffentlichkeitswirkung zu erzielen. Für die Bundesbeauftragte bot sich auch die Möglichkeit, über den Kreis der traditionellen Kooperationspartner hinaus neue Partner für eine künftige Zusammenarbeit zu finden. Insgesamt konnte durch die verstärkten Kooperationen erreicht werden, das Thema Staatssicherheit in den Veranstaltungen und Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution zu verankern.

Neben zentralen Veranstaltungen zu den historischen Ereignissen fanden im Berichtszeitraum wie in den Vorjahren eine Vielzahl von Podiumsdiskussionen, Ausstellungen, Filmabenden, Theateraufführungen, Lesungen, Vorträgen usw. statt. Aus der Vielzahl der Veranstaltungen seien einige hier beispielhaft erwähnt:

Die Außenstelle Rostock war als einer von vielen Kooperationspartnern am Großprojekt „Wir sind das Volk. 20 Jahre Friedliche Revolution in Rostock“ beteiligt. Höhepunkt war ein Demonstrationzug auf den Spuren der Rostocker „Donnerstagsdemonstrationen“ von 1989. Die Rostocker Außenstelle präsentierte vor der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung Überwachungsfotos und Tonbandmitschnitte des MfS von den Herstdemonstrationen 1989. An das Ende des Staatssicherheitsdienstes erinnerten auch Podiumsdiskussionen mit ehemaligen Besetzern der MfS-Dienststellen in der Stralsunder Jakobikirche sowie in der früheren Rostocker Untersuchungshaftanstalt des Staatssicherheitsdienstes. Dort konnten Filme, Fotos und Tonaufzeichnungen von den Besetzungen in Rostock, Greifswald, Stralsund und Ribnitz-Damgarten teilweise erstmals öffentlich präsentiert werden.

Die Außenstelle Schwerin beteiligte sich an der Schweriner Zentralveranstaltung zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution mit einer „Nacht der Dokumente“ im Schweriner Dom. Unter anderem präsentierte dort Schülerinnen und Schüler Projektarbeiten, zu denen sie u. a. in

Lagefilmen des MfS aus dem Herbst 1989 recherchiert hatten. Ein weiteres Projekt der Schweriner Außenstelle waren zwei Tage der offenen Tür im Juli 2010 unter dem Motto „Verlorene Jahre“, die sich mit Heimerziehung, Jugendwerkhöfen und dem Einfluss des MfS auf die staatliche Jugendberufshilfe auseinandersetzten.

In Neubrandenburg veranstaltete die Außenstelle im November 2009 einen Tag der offenen Tür, der dem Thema „Staatssicherheit im Revolutionsjahr 1989“ gewidmet war und neben Vorträgen und Informationen auch zahlreiche Zeitzeugen in Diskussionen versammelte. Auf einer großen Podiumsdiskussion im September 2010 zeichneten ehemalige Volkskammerabgeordnete des Jahres 1990 die Auseinandersetzungen auf dem Weg zur Öffnung der MfS-Unterlagen nach.

Die zentrale Veranstaltungsreihe der Außenstelle Frankfurt (Oder) zur Friedlichen Revolution fand im November und Dezember 2009 in Cottbus statt. Höhepunkte waren zwei Aufführungen des Theaterstücks „Macht das Tor auf – über das Leben von Michael Gartenschläger“ (Interkunst e. V.) sowie eine Festveranstaltung in der Oberkirche, auf der die Bundesbeauftragte einen Festvortrag zum Thema „1989 – Aufbruch in die Freiheit“ hielt.

Wie zahlreiche andere Außenstellen waren auch die Außenstellen Magdeburg und Halle in lokale Aktionsbündnisse zur Erinnerung an die Ereignisse 1989/90 eingebunden. In Magdeburg thematisierte die Außenstelle mit den „Magdeburger Montagsgesprächen“ über viele Monate hinweg vielschichtige Aspekte des Revolutionsjahres von der Opposition über die Ausreise bis hin zur Auflösung des Staatssicherheitsdienstes in Magdeburg. In Halle fanden das Theaterstück „Akte R“ des Theaters Strahl, Berlin, über einen vom Staatssicherheitsdienst verfolgten jugendlichen Flüchtling sowie Zeitzeugengespräche zur Auflösung der Hallenser MfS-Dienststelle großen Zuspruch. Gemeinsam gingen beide Außenstellen im November 2009 in Wittenberg mit der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt e. V. und dem Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in einer Podiumsdiskussion der Frage nach, welchen Wert die (un)heimliche Hinterlassenschaft für unsere Gesellschaft hat: „Fluch oder Segen?“.

In Chemnitz beteiligte sich die Außenstelle im Mai 2009 mit einem vielfältigen Veranstaltungsprogramm an der Museumsnacht der Stadt, die unter dem Motto „1989: Jetzt oder nie – für Demokratie“ an das Revolutionsjahr vor 20 Jahren erinnerte. Szenische Lesungen aus Stasi-Unterlagen zeigten den Blick des Staatssicherheitsdienstes auf die Friedliche Revolution. Die Geheimpolizisten selbst wurden schließlich zu „Protokollanten des Untergangs“ – so der Titel der Lesungen.

Mit dem „Aufbruch Leipzig – 20 Jahre Friedliche Revolution und Einheit Europas“ gedachte die Stadt Leipzig des Jubiläums. Daran war auch die Leipziger Außenstelle der BStU beteiligt. Sie lud während des städtischen Lichtfestes am 9. Oktober 2009 zu einer „Nacht der offenen Tür“ mit zahlreichen Veranstaltungen und Führungen in das Gebäude der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung

(„Runde Ecke“) ein, bei der mehrere tausend Besucher gezählt wurden.

Die Außenstelle Dresden zeichnete im August 2010 in einer viel beachteten Zeitzeugen-Diskussion die Auseinandersetzungen um die Öffnung der Stasi-Unterlagen vor 20 Jahren nach: Ehemalige Mitglieder des Volkskammer-Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung der Staatssicherheit diskutierten über die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit und die Entstehung des Volkskammer-Gesetzes über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen MfS/AfNS im Jahr 1990.

In Kooperation mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung blickten die drei sächsischen Außenstellen dann gemeinsam auf einer großen Tagung in Leipzig im November 2010 auf die SED-Diktatur zurück: „Eine Bilanz nach 20 Jahren Aufarbeitung“ lautete der Titel dieser Veranstaltung. Neben den Podiumsdiskussionen präsentierten Schülerinnen und Schüler aus Hoyerswerda einen Beitrag zum „Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau 1964–1989“. Eine Ausstellung zur „Rumänischen Revolution in Bildern“ beendete die Tagung mit beeindruckenden Filmszenen.

Auch die drei Thüringer Außenstellen der BStU in Erfurt, Gera und Suhl waren in einen lokalen Arbeitskreis („20 Jahre Friedliche Revolution“) eingebunden und organisierten gemeinsam mit zahlreichen Kooperationspartnern am 4. Dezember 2009 eine Gedenkveranstaltung an der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung Erfurt aus Anlass des 20. Jahrestages ihrer Besetzung. Bei einem anschließenden Festakt im Thüringer Landtag hielt die Bundesbeauftragte einen Festvortrag. Am nächsten Tag schloss sich ein wissenschaftliches Symposium „Aufarbeitung als Zukunftsgewinn“ mit internationaler Beteiligung an. So sprachen u. a. Forscher aus Polen, Lettland, Ungarn, Rumänien und Deutschland zu den jeweiligen Aufarbeitungsmodellen ihrer Länder. Die Außenstelle Erfurt nahm im Vorfeld verschiedene Themen und Aspekte der Überwindung der SED-Diktatur in einer Veranstaltungs- und Vortragsreihe in der Erfurter Kleinen Synagoge in den Blick. Die Besetzung und Auflösung der Dienststellen des MfS war zudem Gegenstand weiterer Gedenk- und Informationsveranstaltungen in Thüringen: Die Außenstelle Gera veranstaltete anlässlich des 20. Jahrestages der Besetzung der MfS-Bezirksverwaltung Gera gemeinsam mit Kooperationspartnern eine öffentliche Podiumsdiskussion unter Mitwirkung zahlreicher Zeitzeugen. Die Außenstelle Suhl erinnerte an drei Veranstaltungstagen im Dezember 2009 an die Besetzung der Sühler MfS-Dienststelle am historischen Ort, an dem aus diesem Anlass eine Gedenktafel angebracht wurde. Schüler des Staatlichen Gymnasiums Suhl zeichneten mit einer szenischen Lesung aus Stasi-Unterlagen die Ereignisse des Jahres 1989 nach. In einer Podiumsdiskussion in der Sühler Innenstadt wurde mit Blick auf die Aufarbeitung heute der Frage nach den Hinterlassenschaften von MfS und SED 20 Jahre nach dem Ende der Diktatur nachgegangen. Eine Ausstellungseröffnung und ein Kunstprojekt in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt

des MfS Suhl bildeten den Abschluss. Diese Veranstaltungen fanden in Kooperation mit der Stadt Suhl statt.

6.1.2 Informations- und Dokumentationszentren, Gedenkstätten, Ausstellungen

6.1.2.1 Die Wanderausstellung der BStU

Seit Herbst 2008 präsentiert die BStU ihre neue Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“. Die Ausstellung beschreibt die Funktion des MfS in der SED-Diktatur und zeigt seine Struktur, Tätigkeit und Wirkungsweise auf. Besondere Aufmerksamkeit lässt sie den Menschen zuteil werden, die in das Visier des Staatssicherheitsdienstes geraten sind. Ihr Schicksal zeichnet die Ausstellung exemplarisch in 13 biografischen Sequenzen nach. Ausgewählte Daten – in einem sogenannten Zeitstrahl dargeboten – gewährleisteten die zeitgeschichtliche Kontextualisierung der Ausstellungsinformationen. Der begleitend erschienene Katalog gibt die Ausstellung in konzentrierter Form wieder.

Wie ihre Vorgängerin erfreut sich auch die neue Wanderausstellung großer Nachfrage: Nachdem sie im Oktober 2008 in Hamburg eröffnet wurde und anschließend in Berlin, Cottbus und Potsdam zu sehen war, wanderte sie im Berichtszeitraum durch 18 westdeutsche Städte sowie ins europäische Ausland. Insgesamt besuchten im Berichtszeitraum 35 685 Menschen die Ausstellung.

Zu den Stationen 2009 und 2010 zählten auch Landeshauptstädte der alten Bundesländer. Hier wurde die Ausstellung, ergänzt durch themenspezifische Module, explizit im Kontext des 20. Jahrestages der Friedlichen Revolution sowie der deutschen Wiedervereinigung präsentiert.

Wie die Ausstellung auf die Besucherinnen und Besucher wirkte, zeigen die Einträge ins Gästebuch. Ein Eintrag aus der Zeit vom 20. bis 30. Mai 2009 in Bremen lautet: „Danke für die beeindruckende deutsch-deutsche jüngere Geschichte. Wir im Schwabenland können uns die damaligen Verhältnisse in der früheren DDR nicht vorstellen. Dass die Vereinigung so friedlich ablief, nach so vielen ‚Eiszeitjahren‘, ist für mich ein Wunder.“ In der Zeit vom 12. bis 28. August 2009 in Garbsen schrieb der Bürgermeister: „Ich gratuliere der BIRTHLER-Behörde zu dieser vorzüglichen Ausstellung. Es ist auch heute noch wichtig, an die kriminellen Methoden der Stasi zu erinnern. Dies darf nicht in Vergessenheit geraten. Diese Aufklärungsarbeit ist vorbildlich für andere Staaten auf dieser Welt.“ Ein nächster Eintrag lautet: „Eine sowohl chronologisch wie inhaltlich hervorragend konzipierte Ausstellung – ein Muss für jeden, der nach 1989 geboren wurde. Bei den Menschen, die den Ablauf der Geschehnisse in den Medien verfolgt haben, werden die Ereignisse wieder aktuell. Danke.“ Aus Kiew (17. bis 28. September 2009) ist zu lesen: „Eine sehr aufschlussreiche und interessante Ausstellung. Das Beeindruckendste für mich ist, dass die Behörde zur Aufarbeitung der Stasiakten quasi ‚von unten‘ gegründet wurde. Dankeschön für die interessante Ausstellung.“

Eine Übersicht über alle Ausstellungsorte und die Besucherzahlen gibt Anhang 12.

6.1.2.2 Ausstellungsprojekte zu den Jahrestagen 2009 und 2010

Im Sommer 2009 endete mit einem großen Fest das sachsenweite Jugendkulturprojekt „DemokratieVersprühen“. Der unter Federführung der Außenstelle Leipzig der BStU durchgeführte Graffiti-Wettbewerb thematisierte Demokratie und Toleranz. Neben den drei sächsischen Außenstellen der BStU engagierten sich die Leipziger Außenstelle der Sächsischen Bildungsagentur, die Universität und der Graffitiverein Leipzig sowie die Gedenkstätte und der Steinhaus e. V. in Bautzen. Die Preisträger selbst wählten die besten Exponate in eine Wanderausstellung. Diese tourt seit Herbst 2009 durch Sachsen. Vom 8. Juni bis 5. Juli 2010 war sie im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags in Dresden zu sehen, wo sie der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Röbber, vor zahlreichen Besucherinnen und Besuchern eröffnete. Andere Ausstellungsorte waren Leipzig, Plauen, Bautzen und Chemnitz (siehe Kapitel 6.1.3.2).

Ein besonderer Beitrag zum 20. Jubiläum der Friedlichen Revolution ist die neue Wanderausstellung „Stasi Ohn(e)Macht“, ein Projekt, an dem alle Außenstellen der BStU beteiligt waren. Im Mittelpunkt stehen die Protestbewegungen des Herbstes 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken und in Ostberlin sowie die Besetzung und Auflösung der MfS-Dienststellen. Mit einprägsamen Fotos und Zeitdokumenten werden den Betrachtern die wichtigsten Ereignisse dieser Monate nahegebracht. Die Gesamtschau setzt sich aus sechs Regionalteilen zusammen (die fünf neuen Bundesländer und Berlin), die jeweils separat als eigenständige Ausstellungen fortlaufend gezeigt werden. In Berlin wurde die Ausstellung anlässlich des Bürgerfestes der BStU im Januar 2010 erstmals der Öffentlichkeit präsentiert.

In der Geraer Region erfuhr die Sonderausstellung zum 20. Jubiläum des Mauerfalls in den Museen der Schloss- und Residenzstadt Greiz von Oktober 2009 bis März 2010 große Aufmerksamkeit. Unter dem Titel „verdeckt und getarnt – die Mittel und Methoden der geheimen Beobachtung des Staatssicherheitsdienstes der DDR“ zog die Ausstellung, an deren Präsentation die Außenstelle Gera beteiligt war, mehr als 7 000 Besucher an. Vor allem Schulklassen nutzten das Angebot einer Ausstellungsführung der BStU.

6.1.2.3 Weitere Ausstellungen

Die Wanderausstellung „Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof“ wurde mit tschechischen Beiträgen und Fotodokumenten erheblich erweitert. Es gibt nun neben der deutschsprachigen Ausstellung eine tschechische Fassung. Zu einer Festveranstaltung am 30. September 2009 luden die Sächsische Staatskanzlei und die Deutsche Botschaft in Prag in die Räume der Deutschen Botschaft in Prag ein. Im Herbst 1989 hatten hier rund 4 000 DDR-Bürger bis zu ihrer Ausreise in die

Bundesrepublik Zuflucht gesucht. Anwesend waren der bundesdeutsche Außenminister von 1989, Hans-Dietrich Genscher, der damalige deutsche Botschafter in Prag, Hermann Huber, der Sächsische Ministerpräsident, Stanislaw Tillich, und der amtierende deutsche Botschafter in Prag, Johannes Haindl, sowie tschechische Politiker. Die etwa 1 000 geladenen Gäste konnten auf dem Botschaftsgelände die Ausstellung „Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof“ besichtigen.

Als Kooperationspartner wirkte die Außenstelle Dresden an der Aktion „Zug der Freiheit“ mit. Der Zug, der 1989 die DDR-Flüchtlinge von Prag in die Bundesrepublik brachte, ist heute Geschichts- und Erinnerungsort. Am 1. Oktober 2009 fuhr er auf historischer Strecke von Prag nach Hof. Diesmal reisten ehemalige Botschaftsflüchtlinge, Zeitzeugen, Künstler, Schüler und prominente Persönlichkeiten mit. Im Zug konnte die BStU-Wanderausstellung „Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof“ besichtigt werden. Zu lebhaften Begegnungsstätten wurden die Haltebahnhöfe des Zuges. Im Dresdner Hauptbahnhof richteten der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Stanislaw Tillich, die Oberbürgermeisterin Dresdens, Helma Orosz, sowie der Generalkonsul der Tschechischen Republik in Deutschland, Tomáš Podivinský, Grußworte an die Mitreisenden. Die Ereignisse vom 4. Oktober 1989, wie die Zusammenstöße zwischen Polizei und DDR-Bürgern auf dem Dresdner Hauptbahnhof, wurden anhand von Videoprojektionen mit von der BStU bereitgestellten Original-Filmaufzeichnungen des Staatssicherheitsdienstes in der Hauptbahnhofshalle wieder lebendig.

Die Leipziger Außenstelle der BStU zeigte die Ausstellung „Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof“ anlässlich der 19. Schulmusik- und Schulkunst-Begegnung Sachsen – Baden-Württemberg am Tag der Deutschen Einheit 2009 in Karlsruhe. Dem Vortrag der Leipziger Außenstellenleiterin zur Friedlichen Revolution 1989 innerhalb des Rahmenprogramms folgten 500 Schülerinnen und Schüler.

Gezeigt wurden die Ausstellungen „Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof“ sowie „Jugend zwischen Aufbegehren und Anpassen“ von November 2009 bis Februar 2010 auch in der französischen Stadt Brest. Sie wurden von mehreren Podiumsdiskussionen und Vorträgen an drei Brester Gymnasien begleitet, die die Jugendlichen sehr interessiert aufnahmen.

Die von der Außenstelle Frankfurt (Oder) erstellten Wanderausstellungen „Die Arbeit am Feind ...“ und „Postgeheimnis? Die Stasi und die Cottbuser Briefe“ fanden im Berichtszeitraum erneut großen Zuspruch. Auch aus den alten Bundesländern gab es Anfragen. So konnte die Ausstellung „Die Arbeit am Feind ...“ in den Monaten April/Mai 2010 in einer Schule in Frankenberg bei Kassel und im Juni in einer Schule in Dieburg bei Darmstadt gezeigt werden.

Teile der neuen Wanderausstellung „Stasi Ohn(e)Macht“ mit Bezug zum Land Brandenburg wurden anlässlich der Festveranstaltung zum 20. Jahrestag des Mauerfalls in der

Oberkirche Cottbus eröffnet und ergänzten das Festprogramm.

Seit November 2009 stellen namhafte Thüringer Künstler ihre Werke zur kommunistischen Diktatur und deren Folgen in der Außenstelle Erfurt aus. Die Gemälde und Grafiken wurden von Werner Schubert-Deister, Alfred Traugott Mörstedt, Gisela Richter, Harald Lange und Gert Weber geschaffen. Begleitet wird die Ausstellung von Künstlergesprächen und anderen Veranstaltungen.

Im Berichtszeitraum zeigte die Außenstelle Erfurt elf weitere Ausstellungen, die Einblicke in das MfS und die Rolle der Sicherheitsorgane in der ehemaligen DDR geben. Eine neue Wanderausstellung präsentierte die Außenstelle mit „Im Fokus der Staatssicherheit – Willy Brandt in Erfurt“. Diese dokumentiert die Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes im März 1970 zur Absicherung des Treffens von Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt. Neben den zahlreichen Maßnahmen zur Kontrolle und Observation spiegeln die Fotos der MfS-Mitarbeiter ungewollt die große Begeisterung der DDR-Bevölkerung für den westdeutschen Gast wider, der offiziell als Repräsentant des Klassenfeindes galt.

Zur Fußballweltmeisterschaft 2010 zeigte die Außenstelle Gera die Ausstellung „Doppeltes Spiel – Fußball im Visier der Staatssicherheit“. Im Oktober 2010 lockte das Ausstellungsprojekt „Wollen immer, kriegen nimmer!“ mit dem Ausstellungsteil der BStU „gut gekauft, gern gekauft – der überwachte Konsum in der DDR“ im Jenaer Einkaufszentrum Goethe-Galerie zahlreiche Besucher an. Neben den Außenstellen Gera und Schwerin der BStU waren das Stadtmuseum Gera und das Industrie- und Filmmuseum Wolfen sowie weitere regionale Partner an dem Projekt beteiligt.

In Magdeburg erfuhr die Wanderausstellung „Zwischen Aufbegehren und Anpassen – Jugend in der DDR“ während der Präsentation in der Außenstelle von März bis Juni 2010 großen Zuspruch. Sie wurde insbesondere von Schulklassen zur Projektarbeit genutzt. Auch die Medien griffen das Ausstellungsthema mehrere Male auf. So wurde am 5. Mai 2010 eine 11. Klasse des Winkelmann-Gymnasiums Stendal bei ihrem Besuch der Außenstelle Magdeburg von einem MDR-Fernsehteam begleitet. Der entsprechende Beitrag wurde am Folgetag in der MDR-Rubrik „Sachsen-Anhalt heute“ gesendet.

Die Neubrandenburger Außenstelle der BStU erreichte mit Ergänzungstafeln zu der Ausstellung „Von der Friedlichen Revolution in der DDR bis zur Auflösung der Stasi“, die im Herbst 2009 im Neubrandenburger Rathaus gezeigt wurde, ein breites Publikum. Die hier dokumentierte Rolle des MfS im Herbst 1989 in Neubrandenburg stieß insbesondere bei Jugendlichen auf großes Interesse. Zahlreiche Schulklassen nutzten Führungen, die in Diskussionsrunden mit Neubrandenburger Zeitzeugen mündeten.

Im Berichtszeitraum war die Außenstelle Rostock mit insgesamt drei Wanderausstellungen im ehemaligen DDR-Ostseebezirk sowie in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen prä-

sent. „Stasi im Ostseeraum“, „Eigentor. Der F. C. Hansa Rostock und die Stasi“ und „Stasi Ohn(e)Macht“ wurden an insgesamt 13 Orten gezeigt. Sowohl die Ausstellungen selbst als auch die dazugehörigen thematischen Eröffnungsvorträge fanden große Resonanz.

Seit vielen Jahren gepflegt wird die Kooperation mit dem Verein „Über die Ostsee in die Freiheit“. Dessen Ausstellung „Über die Ostsee in die Freiheit. Maritime Fluchten aus der DDR“ thematisiert in anschaulicher Weise vor allem anhand von Einzelschicksalen ein dramatisches Kapitel jüngerer Zeitgeschichte und übt eine starke Anziehungskraft auch auf jüngeres Publikum aus.

Unter dem Motto der Veranstaltungsreihe „20 Jahre Aufbruch 1989 – Tage der Erinnerung im Schweriner Dom“ schrieb die Bundesbeauftragte Marianne Birthler gemeinsam mit Pastor Volker Mischok von der Domgemeinde Schwerin an der Design Schule Schwerin im März 2009 einen Plakat-Wettbewerb aus. Die Exponate sollten Ereignisse der Friedlichen Revolution in Schwerin 1989/90 thematisieren. Eine Jury wählte im Juni 2009 das Exponat der Studentin Daniela Scharffenberg zum Siegerplakat. Es zeigt ein Meer von Kerzen – das Symbol der Friedlichen Revolution 1989. Alle Wettbewerbsbeiträge konnten anschließend im Schweriner Dom in einer Ausstellung präsentiert werden. Als Wanderausstellung der Schweriner Außenstelle wurden die Exponate danach in der Paulskirche Schwerin und im „Dat lütt Museum“ in Alt Jabel gezeigt.

„Das war’s“ ist der Titel einer Wanderausstellung der Außenstelle Suhl. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe wurde sie am 6. Dezember 2009 in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Suhl mit einer Klanginstallation und Lesungen eröffnet. Die Ausstellung widmet sich der Historie des Gebäudes und zeigt die unmenschlichen Haftbedingungen und den Haftalltag. Besonders beeindruckend begegnen den Besucherinnen und Besuchern die Biografien ehemaliger Untersuchungshäftlinge. Die Ausstellung wurde auch zur Geschichtsmesse der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Suhl vom 25. bis 27. Februar 2010 gezeigt. Es folgten die Außenstelle Suhl und die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Juli und August 2010.

Sehr gefragt im Jahr 2009 war die Leihausstellung „Wende ’89 im Bezirk Suhl – Die Friedliche Revolution“. Ausstellungsorte waren u. a. die ehemalige Untersuchungshaftanstalt des MfS in Suhl, das Landratsamt Hildburghausen und die Stadtverwaltung Sonneberg.

Die Ausstellung „Zwangsaussiedlung. Ein dunkles Kapitel deutscher Geschichte“ erfuhr aus den neuen wie alten Bundesländern wieder großen Zuspruch. Sie wurde 2009 z. B. auf der Feste Kronach und im Grenzturm bei Wendehausen gezeigt, 2010 war sie im Dorfgemeinschaftshaus in Lautertal zu sehen.

Traditionell beteiligten sich viele Außenstellen der BStU an den Langen Nächten der Museen, so die Chemnitzer Außenstelle an der 10. Chemnitzer Museumsnacht am 16. Mai 2009. „1989: Jetzt oder nie – für Demokratie“ war der Titel einer Ausstellung, die im Zusammenwirken

mit dem Künstlerverband e. V., dem Schlossbergmuseum Chemnitz und ehemaligen Mitgliedern von Bürgerinitiativen entstanden war und Plakate, Transparente und Exponate der Demonstrationen von 1989 zeigte. Während der 11. Chemnitzer Museumsnacht am 8. Mai 2010 rückte unter dem Motto „Jugend unangePASST“ die Punk- und Hip Hop-Szene der DDR in den 1980er-Jahren in den Mittelpunkt. Sie war für Jugendliche eine Alternative zum reglementierten DDR-Freizeitangebot und wurde folglich von SED und MfS intensiv beobachtet. Vorträge zu den Themen „Hip Hop in der DDR – Breakdance, Graffiti und Mode“ und „Hip Hop in der DDR – Rap und Djing“ sorgten für die fachliche Information. Die künstlerische Umrahmung setzte die Breakdancegruppe „Wild Juniorz“ aus Chemnitz. Ein Höhepunkt des Abends war die Präsentation der Siegertafeln des sachsenweiten Jugendwettbewerbes „DemokratieVersprühen“.

Die Außenstelle Halle zeigte im Rahmen der Museumsnächte 2009 und 2010 eine Reihe von Sonderausstellungen. Hierzu zählten u. a. die sachsen-anhaltinischen Teile der Ausstellung „Stasi Ohn(e)Macht“ und die Ausstellung „Macht-los – Das Ende der Stasi in Eisleben“.

Eine Übersicht über die regionalen Ausstellungen der BStU findet sich in Anhang 13.

6.1.2.4 Informations- und Dokumentationszentren, Gedenkstätten

Die Informations- und Dokumentationszentren in Berlin, Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Halle und Rostock nehmen die in § 37 Absatz 1 Stasi-Unterlagen-Gesetz formulierte Aufgabe wahr, die Öffentlichkeit über Geschichte, Struktur und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes der DDR durch Ausstellungen, Veranstaltungen unterschiedlicher Formate und schulspezifische Bildungsangebote zu informieren. Diesem Bildungs- und Informationsauftrag kommt die BStU auch in der Dokumentations- und Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder) und in der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Rostock (DuG) nach. Die Adressen der Informations- und Dokumentationszentren sowie Gedenkstätten enthält Anhang 14.

Neben Dauerausstellungen über die Struktur und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes mit besonderen Schwerpunkten auf regionalen Besonderheiten werden an diesen Orten Wechselausstellungen zu zeitgeschichtlichen Themen sowie Kunstaussstellungen präsentiert.

Im Informations- und Dokumentationszentrum Berlin wurde 2009 gemeinsam mit dem Tschechischen Zentrum Berlin die Ausstellung „Einige von uns ... Einige von den vielen, die zum Jahrestag des Umsturzes in der Tschechoslowakei von 1948 in Erinnerung gebracht werden sollten“ gezeigt. Die biografische Ausstellung erinnert an Schriftsteller, Geistliche und weitere Bürgerinnen und Bürger, die in den 1950er-Jahren Widerstand gegen das kommunistische Regime leisteten. Sie wurde von dem tschechischen Bürgerverein Post Bellum recherchiert, einer Vereinigung unabhängiger Journalisten und Histori-

ker, und stand unter der Schirmherrschaft des geschäftsführenden Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik, Mirek Topolánek.

Während der Langen Nacht der Museen im August 2009, an der sich das Informations- und Dokumentationszentrum Berlin beteiligte, lud die BStU zur Veranstaltung „Ein Sandsack zuviel“ ein. Ulrich Gumpert (Piano) und Dietmar Diesner (Saxofon), Vertreter des europäischen Jazz und der DDR-Jazzavantgarde, unterhielten das Publikum musikalisch und berichteten von ihren Erfahrungen mit dem Staatssicherheitsdienst.

In der langen Berliner Museumsnacht im Januar 2010 näherte sich die BStU der MfS-Thematik mit einer szenischen Lesung aus der Akte „Romeo“, einem Vorgang, den die Geheimpolizei in den 1980er-Jahren über den britischen Historiker Timothy Garton Ash angelegt hatte. Ash hielt sich damals im Rahmen eines Forschungsstipendiums in Ostberlin auf. Er wurde vom MfS überwacht und 1982 schließlich wegen kritischer Veröffentlichungen aus der DDR ausgewiesen. Die szenische Lesung wurde von den Schauspielern Silvia Voigt und Alexander Unger aufgeführt.

Das Informations- und Dokumentationszentrum Berlin musste im April 2010 seinen bisherigen Standort in der Französischen Straße/Mauerstraße aufgrund bautechnischer Mängel aufgeben. In dieser Liegenschaft war das Informationszentrum seit dem 9. November 1998 untergebracht. Bis 2010 kamen über 364 000 Besucher, um die Doppelausstellung „Staatssicherheit – Machtinstrument der SED-Diktatur“ und „Ein offenes Geheimnis – Post- und Telefonkontrolle in der DDR“ zu sehen. Allein im Jahr 2009 waren es mehr als 50 000 Gäste, darunter 350 Besuchergruppen aus dem In- und Ausland.

Seit Juli 2010 hat das Informations- und Dokumentationszentrum Berlin seinen neuen Standort in der Zimmerstraße 90/91, nahe dem ehemaligen Kontrollpunkt der West-Alliierten „Checkpoint Charlie“. Für Seminar- und Projekttag mit Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern stehen eigens hergerichtete Räume bereit. Mit dem neuen Namen Bildungszentrum wird den verstärkten Anstrengungen an diesem Ort bei der Vermittlung im Bereich der politischen Bildungsarbeit Rechnung getragen. Am 15. Januar 2011 wird im Bildungszentrum die neue Dauerausstellung „STASI – Die Ausstellung zur DDR-Staatssicherheit“ eröffnet.

Am neuen Standort wurden neue Voraussetzungen geschaffen, Wechselausstellungen zu präsentieren. Zunächst wurden eine Sonderausstellung der BStU zur Auflösung des Staatssicherheitsdienstes im Winter 1989/90 sowie eine Dokumentation zur Arbeit der BStU gezeigt. Am 5. Oktober 2010 eröffnete die BStU eine Wechselausstellung mit Kunstobjekten und Bildern, die von in der DDR verfolgten und inhaftierten Künstlern geschaffen wurden. Diese Ausstellung, die auf ein Vorgängerprojekt des Menschenrechtszentrums Cottbus e. V. zurückgeht, trägt den Titel „Künstler in Gefangenschaft – Gefangene, die zu Künstlern wurden“. Neben der Präsentation von Werken u. a. von Roger Loewig und Bärbel Bohley wurden die

Biografien der Künstler in einem Ausstellungskatalog dokumentiert. Kuratorin der Ausstellung war Anna Schädlich.

Die Informations- und Dokumentationszentren sowie die von Außenstellen der BStU mitbetreuten Gedenkstätten in Frankfurt (Oder) und Rostock erfreuen sich einer wachsenden Resonanz. Dabei war die ausgeprägte mediale und öffentliche Aufmerksamkeit zum 20. Jahr der Friedlichen Revolution offensichtlich für Viele ein Impuls, die Ausstellungen der BStU aufzusuchen.

Die Bedeutung der Dokumentations- und Gedenkstätte (DuG) in Rostock für die historisch-politische Bildungsarbeit spiegelte sich auch in den Besucherzahlen wider. Jährlich kamen rund 13 000 deutsche und ausländische Besucher in die Gedenkstätte, die BStU realisierte etwa 390 deutsch- und englischsprachige Führungen durch den historischen Ort und die Ausstellungen. Im Rahmen des „Greifswald International Students Festival“ wurden beispielsweise einer international zusammengesetzten Besuchergruppe im Zellentrakt die Haftbedingungen für politische Gefangene erläutert, eine anwesende Zeitzeugin schilderte ihre persönlichen Haft Erfahrungen. Eine Teilnehmerin schrieb der Zeitzeugin später: „Ihre Lebensgeschichte war für uns – ich spreche für alle Teilnehmer des Workshops – inspirierend. Dank solcher Menschen wie Ihnen können wir heute über Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit sprechen.“

Die Hauptausstellung in dem ehemaligen Rostocker Untersuchungsgefängnis des MfS wurde punktuell ergänzt. Zentrale Informationen werden nun auch in englischer Sprache angeboten. Beeindruckt zeigen sich Besucherinnen und Besucher besonders von Exponaten, die die rigiden Haftbedingungen veranschaulichen. Dazu zählen ein selbst gebasteltes Kartenspiel, Notizen und Skizzen zum Haftalltag oder ein Kassiber auf Toilettenpapier. Spektakulär ist die Präsentation eines nachgebauten Ein-Personen-U-Bootes des Rostocker Ingenieurs Walter Gerber, mit dem er 1980 über die Ostsee fliehen wollte.

Die jährlich etwa 2 400 Schülerinnen und Schüler stellen eine große Gruppe unter den Gästen. Über 50 Projekttag, teilweise unter Einbindung von Zeitzeugen, wurden im Berichtszeitraum mit Schülergruppen abgehalten. Besondere Bedeutung für das forschende Lernen hat bei diesen Projekttagen die Einbeziehung des historisch-authentischen Ortes sowie der Ausstellung.

Die Gedenkstätte in Rostock bot mehrfach den Rahmen für Fotoausstellungen. So wurden in der Ausstellung „In einem stillen Land“ fotografische Arbeiten von Roger Melis gezeigt, die Fotoausstellung von Roland Hartig visualisierte „Die Friedliche Revolution in Rostock 1989/90“. Wie kaum eine andere Ausstellungsform dokumentieren diese unverstellten historischen Fotos sachlich und zugleich atmosphärisch die innere Verfassung der DDR.

Das Informationszentrum der Außenstelle Halle zeigte eine Fotoausstellung von Harald Hauswald. Er beobachtete sehr einfühlsam die Jugendkultur in der DDR und überschrieb seine Ausstellung mit „VEB Nachwuchs – Jugend in der DDR“. Detlev Vreisleben, der die techni-

schen Methoden des MfS erforscht, präsentierte und erläuterte die „Observations- und Abhörtechnik des Staatssicherheitsdienstes“.

Das Informations- und Dokumentationszentrum der Außenstelle Dresden zeigt im Rahmen von Kooperationen regelmäßig Gast-Ausstellungen zu Themen der Aufarbeitung der DDR-Diktatur. Neben einer Plakat-Ausstellung unter dem Titel „DENKMALnach-DENKMALjetzt“ von Bernd Hanke fand die Dokumentation zum „Abzug der Westgruppe der sowjetisch-russischen Truppen 1990–1994 aus Deutschland“ von Bernhard Mroß beachtliches Interesse.

Auch die Besucherinnen und Besucher der Ausstellung „War after war – Der bewaffnete antisowjetische Widerstand in Litauen 1944–1953“ in der Außenstelle Erfurt zeigten sich beeindruckt. Der breite antisowjetische Widerstand in Litauen stellte sich gegen den stalinistischen Terror und gegen die Sowjetisierung der multiethnischen Gesellschaft. Die Ausstellung wurde erstellt vom Widerstands- und Genozid-Museum der Republik Litauen in Vilnius. Zur Eröffnung am 12. Oktober 2009 sprachen Rasa Balcikonyte, Kulturattaché der Botschaft der Republik Litauen in Deutschland, und Bernd Moser, Honorarkonsul der Republik Litauen für Thüringen und Sachsen-Anhalt. Vilnius ist Partnerstadt von Erfurt.

Die Angebote der Informationszentren und Gedenkstätten sind fester Bestandteil der jährlichen Kulturkalender der Regionen. Zu den relevanten Terminen gehören die Museumsnächte (Berlin, Dresden, Halle, Rostock) oder der bundesweite Tag des offenen Denkmals (Rostock).

Nach der Schließung der Außenstelle Potsdam bezog die BStU zunächst ein Zwischenquartier im Potsdamer Rathaus, bevor sie im Juli 2010 in der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ einen Informationspunkt mit Beratungsstelle eröffnen konnte (siehe Kapitel 2.6 und 4.1.3).

6.1.3 Bildungsarbeit für junge Menschen und Multiplikatoren

6.1.3.1 Zusammenarbeit mit Bildungsministerien

Im Berichtszeitraum unterzeichnete die Bundesbeauftragte mit drei Landesbildungsministern gemeinsame Erklärungen. In ihnen wurde die bestehende Zusammenarbeit bekräftigt und das Ziel vereinbart, zukünftig die Auseinandersetzung mit dem Staatssicherheitsdienst in der Bildungsarbeit gemeinsam stärker zu fördern.

Am 6. August 2009 gaben die Bundesbeauftragte Marianne Birthler und der damalige Thüringer Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Bernward Müller, eine gemeinsame Erklärung in diesem Sinne ab (siehe Anhang 15). In dieser wird herausgehoben, dass die Außenstellen der BStU in Erfurt, Gera und Suhl eine besondere Verantwortung bei der Vermittlung des Themas Staatssicherheit im Schulunterricht, bei Schülerprojekten sowie bei der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte tragen. Kultusminister Bernward Müller betonte: „Der Geist der

Demokratie muss von Generation zu Generation neu erworben werden. Die Etablierung der Demokratie als Herrschafts- und als Lebensform in Thüringen verlangt danach, sich klar und kritisch mit Diktaturen auseinanderzusetzen. Es kommt aber auch darauf an, demokratisches Schulleben herauszufordern und zu fördern.“ Aufgrund der Vereinbarung wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet, die regelmäßig zusammenkommt und im Berichtszeitraum folgende drei Themen beriet: Ausbau und Verbesserung der Kommunikation mit den Schulen, Realisierung von Informations- und Bildungsangeboten sowie Erfahrungsaustausch zur Zusammenarbeit im „Jahr der Demokratie 2009“ in Thüringen.

Auf die Tätigkeit der Arbeitsgruppe ist zurückzuführen, dass die Thüringer Außenstellen der BStU bei Schülerwettbewerben und in den Veranstaltungen des Förderprogramms „Demokratisch handeln“ präsent waren. Daneben haben sie mitgearbeitet in der Steuergruppe zum „Jahr der Demokratie 2009“ und bei der Erstellung eines Medienkoffers für Schulen.

Am 2. September 2009 unterzeichneten die Bundesbeauftragte und der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Henry Tesch, eine gemeinsame Erklärung im Bildungsministerium in Schwerin (siehe Anhang 16). Ziel ist es, die bestehende erfolgreiche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Aufarbeitung der SED-Diktatur zu verstetigen und auszubauen. In der Erklärung wird hervorgehoben, dass die Außenstellen der BStU in Schwerin, Neubrandenburg und Rostock die Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes im Schulunterricht, bei Schülerprojekten und bei der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte unterstützen. Wie in Thüringen ist eine Arbeitsgruppe gebildet worden, um diese Ziele umzusetzen. Der Minister sagte: „Mit der heute unterzeichneten Vereinbarung mit der Bundesbeauftragten haben wir einen verlässlichen Partner dazubekommen. Der bereits vorhandene sehr gute Kanon an Angeboten in Mecklenburg-Vorpommern, auch der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sowie der Landeszentrale für politische Bildung, kann so weiter ausgebaut werden.“

Eine weitere Vertiefung der bisher schon guten Zusammenarbeit vereinbarte die Bundesbeauftragte auch mit dem Berliner Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, in einer gemeinsamen Erklärung, die sie am 16. März 2010 im Berliner Archiv der BStU unterzeichneten (siehe Anhang 17). Beide Seiten rufen darin zur verstärkten und kontinuierlichen Beschäftigung mit der Geschichte der DDR und der Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit für den Machterhalt der SED-Diktatur auf. Senator Zöllner: „Freiheits- und Demokratiebewusstsein sollen junge Menschen sensibilisieren und motivieren, an der Gestaltung von Demokratie mitzuwirken und sich für die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Freiheitsrechten einzusetzen.“ Schwerpunkte der Zusammenarbeit zwischen der BStU und der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Entwicklung von unterrichtsbezoge-

nen Materialien und die Beratung sowie Fortbildung von Lehrkräften.

Damit hat die BStU seit 2002 mit allen Bildungsministerien der neuen Bundesländer und Berlins feste Vereinbarungen getroffen. Diese gehen auf eine Initiative der Bundesbeauftragten zurück, die im Jahr 2001 zu einer auch durch formale Erklärungen gefestigten Zusammenarbeit mit den Bildungsministerien in den neuen Bundesländern aufgerufen hatte.

6.1.3.2 Besondere Projekte in den Jahren 2009 und 2010

Ein wichtiges Vorhaben zum 20. Jahr der Friedlichen Revolution war die Produktion eines auf den Schulunterricht zugeschnittenen Films über die wichtigste Machtstütze der SED-Diktatur, das Ministerium für Staatssicherheit. Der Film mit dem Titel „Ein Volk unter Verdacht. Die Staatssicherheit der DDR“ wurde für die BStU von der Berliner Firma Facts and Files produziert, Regisseurin ist Franziska Schlotterer. Im Mittelpunkt stehen die Betroffenen der Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes. Bewusst soll so die MfS-Perspektive der Akten durch die Perspektive der Bespitzelten ergänzt werden. Zentraler Bestandteil sind Interviews mit fünf Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die bereits als Jugendliche ins Visier des Staatssicherheitsdienstes geraten waren. Durch seine auf ein jugendliches Publikum zugeschnittene Bildsprache eignet sich der Film gut für die Unterrichtsgestaltung ab der 9. Klassenstufe. Zusätzlich zu dem 40-minütigen Unterrichtsfilm enthält die DVD Materialien zur Vor- und Nachbereitung der Thematik im Unterrichtsgespräch. Premiere war am 11. Januar 2010 im Berliner Zeughauskino. Weitere größere Aufführungen des Films mit anschließenden Podiumsdiskussionen für Schülerinnen und Schüler folgten in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg im Filmmuseum in Potsdam sowie dem Kino Arsenal in Berlin. Ein besonderer Präsentationsort war das Jugendwiderstandsmuseum in der Galiläa-Kirche in Berlin-Friedrichshain, wo die Aufführung im Mai 2010 mit einem Podiumsgespräch und anschließendem Punk-Konzert verbunden wurde.

Das Ende des Staatssicherheitsdienstes und die Debatte um die Öffnung der Akten vor 20 Jahren waren der Anlass für eine zweitägige Bildungskonferenz Ende März 2010 in Berlin. Die Tagung wurde von der BStU gemeinsam mit dem Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg veranstaltet. Ziele der Veranstaltung waren eine bilanzierende Betrachtung der Aufarbeitung der SED-Diktatur in der historisch-politischen Bildung und die Entwicklung neuer Perspektiven. Zunächst wurde diskutiert, welche Rolle die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes im Demokratisierungsprozess in der DDR gespielt hat und in welchem Maße die Aktenöffnung die gesellschaftlichen und politischen Diskurse über die DDR prägte. Anschließend wurde aufgezeigt, wie die Thematik „DDR und Staatssicherheit“ in den vergangenen 20 Jahren Eingang

in die gesamtdeutsche Bildungslandschaft gefunden hat und welche Fragen und Kontroversen sich dabei ergaben. Neben Lehrkräften, politischen Bildnern und Vertretern von Lehrerbildungsinstitutionen nahmen auch Schülerinnen und Schüler an der Veranstaltung teil.

Lust machen auf Geschichte, Politik und Kultur – vor allem jungen Menschen: Das Projekt „DemokratieVersprühen“ rief zum 20. Jahr der Friedlichen Revolution Jugendliche auf, die jüngste deutsche Vergangenheit zu erkunden (siehe Kapitel 6.1.2.2). In Leipzig, Dresden, Plauen, Chemnitz und Bautzen beschäftigten sich Jugendliche mit der Adaption von Jugendkulturen in der DDR, sprachen mit Zeitzeugen über deren kulturelle Praxis und Versuche der Beeinflussung seitens der Staatsmacht. Die dabei gewonnenen Eindrücke lieferten ihnen die Ideen zur kreativen Auseinandersetzung mit Geschichte. Das Projekt „DemokratieVersprühen“ wurde im Rahmen des Wettbewerbes „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2009“ als vorbildlich eingestuft und ist Preisträger des Bündnisses für Demokratie und Toleranz. Über die erste Phase des Projekts ist im Neunten Tätigkeitsbericht der BStU nachzulesen. Die zweite Phase begann im Sommer 2009 mit einer zweitägigen Kombination von Geschichtsworkshop und Graffitibattle an fünf aufeinanderfolgenden Wochenenden (bzw. Feiertag/Samstag) jeweils in den Städten Bautzen, Dresden, Chemnitz, Plauen und Leipzig. Zunächst wurden die Jugendlichen mit einer Führung durch die Gedenkstätte Bautzen bzw. durch die Archive der sächsischen Außenstellen der BStU und Gespräche mit Zeitzeugen für die DDR-Geschichte sensibilisiert. Dann konnten sie sich bei Aktenstudien vertieft mit dem System der SED-Diktatur auseinandersetzen. Höhepunkt des Projekts war die Gestaltung einer Hausfassade in der Leipziger Innenstadt durch Preisträger aus Plauen, Chemnitz, Dresden, Leipzig und Bautzen. Beim Abschlussfest am 25. Juni 2009 wurde das Ergebnis der Öffentlichkeit präsentiert. Die Bundesbeauftragte und Vertreter aus Kommunal- und Landespolitik beglückwünschten alle Teilnehmenden und riefen zu couragiertem und demokratischem Handeln im Alltag auf.

6.1.3.3 Projektstage und andere Veranstaltungen mit Schülerinnen und Schülern

Zentralstelle

Die Zentralstelle der BStU führte im Berichtszeitraum insgesamt 140 Projektstage und Seminare mit 8 803 Schülerinnen und Schülern durch, davon 76 Veranstaltungen an Schulen in den alten Bundesländern. Ein Veranstaltungsschwerpunkt blieb dabei aufgrund der guten Zusammenarbeit mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung das Land Hessen. Im Berichtszeitraum wurden dort gemeinsam 25 Projektstage an wechselnden Schulen realisiert, an denen 2 095 Schülerinnen und Schüler teilnahmen. Zusätzlich wurden fünf Projektstage mit 194 Schülern in Berlin durchgeführt.

Auch an vielen Gymnasien, Gesamtschulen und berufsbildenden Schulen anderer alter Bundesländer, wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Bayern, konnte ein erfreuliches Interesse an Schulpro-

jekttagen verzeichnet werden. Im Berichtszeitraum gab es neben den Projektwochen an hessischen Schulen u. a. Schülerprojekttage in Oldenburg, Vechta, Bersenbrück, Lönigen, Lüneburg, Hamburg, Bad Tölz, Erlangen, Duisburg, Unna, Düsseldorf und Germering.

In einer Veranstaltungsreihe zum 20. Jahrestag des Mauerfalls führte die BStU im September 2009 im Tattersall von Bad Kissingen ein zweitägiges Schülerprojekt durch. Am ersten Tag beschäftigten sich die Schülerinnen und Schüler mit Auszügen aus MfS-Akten. Am zweiten Tag stand ein Zeitzeugengespräch mit dem ehemaligen Pfarrer der Leipziger Nikolaikirche, Christian Führer, und dem ehemaligen Bürgerrechtler Dr. Martin Böttger im Mittelpunkt.

Ebenfalls anlässlich des Jubiläumsjahres 1989 gestaltete die BStU in Kooperation mit der Bundestagsabgeordneten Beatrix Philipp im Dezember 2009 eine mehrtägige Projektreihe für sechs Düsseldorfer Gymnasien. Diese Veranstaltungen sollen auf Wunsch von Düsseldorfer Schulen im Jahr 2011 fortgesetzt werden.

Darüber hinaus besuchten insgesamt 75 Jugendliche aus niedersächsischen und Bremer Kinder- und Jugendheimen die BStU in Berlin. Sie erhielten anhand von zielgruppenorientierten Kurzvorträgen und spielerischer Gruppenarbeit Einblick in Struktur und Methoden des Staatssicherheitsdienstes.

Auch etliche Berliner Schulen nutzten wieder die Bildungsangebote der BStU, wie die Paul-Natorp-Oberschule Friedenau. Hier gestaltete die BStU am 9. November 2009 einen Projekttag für 200 Schülerinnen und Schüler zum Thema „Feind war, wer anders dachte“. Nach einer kurzen Einführung in das Thema erfuhren die Jugendlichen anhand von Fallbeispielen aus Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, wie Menschen in der DDR vom MfS verfolgt wurden. Die Schüler arbeiteten parallel in 13 kleinen Gruppen. Anschließend gestaltete jede Gruppe Lernplakate, die in der Aula ausgestellt wurden. Abschließender Höhepunkt des Projekttag war eine Lesung mit der Zeitzeugin Uta Franke aus ihrem Buch „Sand im Getriebe“. Ein norwegisches Kamerateam filmte den Projekttag, um über die Grenzen Deutschlands hinaus Bildungsangebote zum Thema Staatssicherheit vorzustellen.

Zum zweiten Mal nach 2009 unterstützte die BStU im August 2010 eine Initiative der Ferien-Aktion des Berliner Jugendkulturservice und ergänzte den Berliner Ferienpass mit einem Angebot zum Thema Staatssicherheitsdienst. Auf den „Spuren der Stasi“ führte eine Bustour von Berlin nach Potsdam in das ehemalige Untersuchungsgefängnis des MfS in die Lindenstraße. Hartmut Richter begleitete als Zeitzeuge die Tour und zeigte u. a., wo seine spektakuläre Flucht aus der DDR als 18-Jähriger begann. Zum Abschluss der Exkursion lud die Gedenkstätte die Schüler zu einer Führung ein.

Außenstellen

In wachsender Zahl nehmen Schulen die Angebote der Außenstellen für Schülerseminare und Projekttag an.

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum in den Außenstellen 159 Projekttag und Seminare mit 4 493 Teilnehmern durchgeführt. Die Schülerinnen und Schüler vertieften sich in Aktenauszüge und Arbeitsbögen. Sie holten sich an historischen Orten Informationen über geschichtliche Ereignisse oder sprachen mit Zeitzeugen. Die „Materialien für Schulen“ der Außenstellen spielten dabei eine besondere Rolle. Zunehmend wurden Mitarbeiter der Außenstellen zu Projekttag auch in die alten Bundesländer eingeladen, was trotz der personell engen Kapazitäten ermöglicht wurde. So waren Mitarbeiter der Außenstelle Gera bei Projekttag in Landstuhl (Baden-Württemberg), Osnabrück (Niedersachsen), Püttlingen (Saarland), Kronach (Bayern) und Leverkusen (NRW).

Im niedersächsischen Osterholz-Scharmbeck begleitete die Außenstelle Erfurt Ende 2009 eine Aufführung der „Stasi-Stücke: Szenische Umsetzungen von Fällen aus MfS-Akten“, die auf einer BStU-Publikation beruht, durch Gymnasiasten. Die Veranstaltung fand große Resonanz in den lokalen Medien, die Darsteller lobten die andere Art des Geschichtsunterrichts. Eine vergleichbare Veranstaltung mit den „Stasi-Stücken“, die seit Jahren sehr intensiv nachgefragt werden, führte die Außenstelle Erfurt im fränkischen Marktbreit durch.

Die Ausstellung „Die Arbeit am Feind“ der Außenstelle Frankfurt (Oder) war Grundlage für ein Projekt in Frankenberg, Hessen. Die Jahrgangsstufe 12 der Edertalschule in Frankenberg hatte sich intensiv mit dem Thema DDR befasst und die Ausstellung aus Frankfurt (Oder) angefordert. Die 19 Jugendlichen des Leistungskurses Geschichte stellten ihren Mitschülern die Ausstellung vor und berichteten von ihren Lernergebnissen. Die bei den meisten Schülern sehr eng begrenzten Kenntnisse über die DDR wurden so durch tiefer gehende Informationen erweitert.

Zudem hat die Außenstelle Frankfurt (Oder) die enge Zusammenarbeit mit der Zivildienstschule Schleife fortgesetzt. Im Berichtszeitraum fanden erneut zehn Veranstaltungen vor Ort statt, in denen mehr als 250 Zivildienstleistende zur Thematik des Ministeriums für Staatssicherheit und seiner Repressionsarbeit informiert wurden.

In der Außenstelle Leipzig trafen sich im Februar 2010 – wie in jedem Jahr seit 2004 – Oberschüler des Städtischen Gymnasiums Odenkirchen aus Mönchengladbach (NRW) mit Leipziger Gymnasiasten zu einem gemeinsamen Projekt. Mit dem Ziel „Nachhaltige Geschichte – Die Arbeit und die Methoden von Geheimdiensten in unterschiedlichen Diktaturen als Unterdrückungsapparate nach Innen“ sollten die Schülerinnen und Schüler anhand der Arbeit mit Originalakten sowohl des Staatssicherheitsdienstes als auch der Gestapo (Staatsarchiv Düsseldorf) Eindrücke über die systematische Bespitzelung und Verfolgung von Andersdenkenden in den beiden deutschen Diktaturen gewinnen und diese in die zeitgeschichtlichen Ereignisse einordnen lernen.

Auch junge Besucher aus Israel wurden in der Außenstelle Leipzig begrüßt: Im April 2010 war eine Gruppe

Schülerinnen einer 11. Schulklasse aus Herzliya von der dortigen Rishonim-High School zu Gast. Zusammen mit den Schülerinnen und Schülern des Anton-Philipp-Reclam-Gymnasiums Leipzig haben sie die Gelegenheit genutzt, Wissenslücken aufzufüllen. Auf der Basis von Quellen wie historischen Zeitungsartikeln, Lexikoneinträgen, Foto- und Filmdokumenten, Texten von Mitarbeitern des MfS, Musik und Zeitzeugenberichten erweiterten die Schüler in Gruppenarbeit und abschließender Ergebnispräsentation ihr Wissen über den Staatssicherheitsdienst und dessen Stellung zu Israel.

Die Außenstelle Halle betreute eine Projektgruppe im Rahmen der jährlichen Schülerakademie im Nachwuchsforum der Franckeschen Stiftungen (Umwelt). Ebenso gestaltete sie den jährlichen Workshop im Rahmen des Jugendgeschichtstages Sachsen-Anhalt „Die ‚andere Jugend‘ und das MfS“ mit.

In der Außenstelle Rostock wurden mehrere herausragende Projekte vor allem in der Dokumentations- und Gedenkstätte (DuG) durchgeführt. Zu einer guten Partnerschaft entwickelte sich die Zusammenarbeit der Außenstelle mit dem Innerstädtischen Gymnasium Rostock. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte und die Tätigkeit und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes wurden zu Schwerpunktthemen dieser Schule. Das Gymnasium ist als UNESCO-Projektschule mit 7 000 Schulen verbunden, sodass diese Themen weltweit ausstrahlen. Eine Mitarbeiterin der Außenstelle erarbeitete gemeinsam mit einer Lehrerin der Schule eine didaktisch-methodische Handreichung zur Arbeit mit der 2007 von der BStU herausgegebenen CD „Das Ministerium für Staatssicherheit. Materialien für den Unterricht“. Diese Handreichung wurde bei einem Workshop der 44. Bundestagung der UNESCO-Projektschulen in der Lutherstadt Wittenberg im September 2009 vorgestellt. Seit Herbst 2010 steht sie den Lehrern der deutschsprachigen UNESCO-Projektschulen sowie den Schulen auf dem Gebiet des ehemaligen DDR-Bezirks Rostock zur Verfügung.

Auf Initiative der Außenstelle Rostock wurde im Sommer 2008 das schulübergreifende Filmprojekt „Die Deutsche Revolution 1989. Was war – Was ist – Was bleibt?“ ins Leben gerufen und fachlich begleitet. In Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt, dem Rostocker Bürgerfernsehen rok-tv, dem „institut für neue medien“ und sieben Schulen aus dem Schulamtsbezirk Rostock entstanden im Zeitraum 2008 bis 2009 sieben Dokumentarfilme. Darin setzen sich Schüler sehr unterschiedlich mit den Ereignissen, Motiven, Zielen und Erfahrungen aus dem Herbst 1989 in ihrer Heimatstadt auseinander. Das Filmprojekt erhielt beim Filmfestival „FISH X“ in Rostock im Frühjahr 2010 den „Medienkompetenzpreis Schule“ des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern.

Das Projekt „Delphin“ der Außenstelle und des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums Rostock nähert sich dem Thema SED-Diktatur über die naturwissenschaftlichen Fächer. Schülerinnen und Schüler der 11. Klasse erforschten über ein Schuljahr lang auf der Grundlage von Akten des MfS und Zeitzeugeninterviews die gescheiterten Fluchtversu-

che des Rostocker Ingenieurs Walter Gerber, der 1980 mit einem selbst gebauten Mini-U-Boot aus der DDR fliehen wollte. Die naturwissenschaftlichen Fächer wurden einbezogen, indem die Schüler die Ursachen für das technische Versagen des Bootes bei der Flucht ermittelten. Als Höhepunkt des Projekts bauten die Schüler in Kooperation mit der Bootsbaufirma „Eikboom“ das U-Boot im Maßstab 1:1 nach. Die Ergebnisse des Projekts sind seit Herbst 2009 in der ständigen Ausstellung in der DuG in Rostock zu sehen. Der damalige Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, gleichzeitig Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Wolfgang Tiefensee, zeichnete im Juni 2009 die Schüler für ihr Projekt mit dem ersten Preis im bundesweiten Jugendgeschichtswettbewerb „20 Jahre Friedliche Revolution“ aus.

Im Zusammenhang mit dem von der Kultusministerkonferenz ins Leben gerufenen jährlichen deutschlandweiten Projekttag am 9. November hat die Außenstelle Neubrandenburg im Berichtszeitraum Schulen spezielle Veranstaltungen angeboten, die auf großes Interesse stießen. 2009 wurden in einem Neubrandenburger Kino Filme aus der Sendereihe „Zeitreise“ des Norddeutschen Rundfunks zum Thema „Friedliche Revolution in der DDR und Maueröffnung“ gezeigt. Anschließend diskutierten Zeitzeugen aus der Region mit über 500 Schülern über den Herbst 1989. Im Jahr 2010 hat die Autorin Grit Poppe in der Aula des größten städtischen Gymnasiums in zwei Veranstaltungen aus ihrem Buch „Weggesperrt“ gelesen. Im Anschluss fanden sehr intensive Gespräche zwischen den Schülern, Grit Poppe und dem Zeitzeugen Stefan Lauter statt. Die beiden Veranstaltungen wurden von insgesamt etwa 300 Schülerinnen und Schülern besucht.

6.1.3.4 Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikatoren

Die 20. Jahrestage des Mauerfalls und der Deutschen Einheit führten im Berichtszeitraum zu einem sehr starken Anstieg der Anfragen nach Weiterbildungsveranstaltungen bei der BStU. So hat sich die Anzahl der Fortbildungen für Lehrkräfte und Multiplikatoren seit Januar 2009 mehr als verdoppelt.

Die Außenstellen führten im Berichtszeitraum 30 Fortbildungen durch. Die Außenstelle Magdeburg beteiligte sich beispielsweise an dem Fortbildungskurs „Deutsch-deutsche Zeitgeschichte und ihre Behandlung im Geschichtsunterricht“, der vom Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) und der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg initiiert worden war. Dabei informierten Beschäftigte der Außenstelle die Lehrkräfte über die Angebote der BStU für Schulen und die Möglichkeiten des Aktenzugangs für Forschungsarbeiten. Der Erfolg dieses Projekts spiegelte sich nicht zuletzt in schulischen Forschungsarbeiten wider, die im Nachgang zum Beispiel an einem Halberstädter Gymnasium zum „17. Juni 1953“ eingereicht wurden, und in halbtägigen Fortbildungsveranstaltungen ganzer Lehrerkollegien.

In Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt Neubrandenburg und dem Institut für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern hat die Neubrandenburger Außenstelle im Juni 2010 eine erste Fortbildungsveranstaltung für Lehrer mit dem Themenschwerpunkt Staatssicherheitsdienst durchgeführt. Führungen durch das Archiv, Vorträge, Videobeiträge und intensive Gespräche haben dazu beigetragen, dass die teilnehmenden Lehrkräfte in ihrem Unterricht künftig kompetenter mit diesem Thema umgehen können.

Die Zentralstelle führte Fortbildungsseminare vorrangig für Lehrkräfte aus Berlin, dem westlichen Brandenburg und den alten Bundesländern durch. Die Weiterbildungsseminare fanden sowohl bei der BStU als auch an den jeweiligen Schulstandorten statt. Zur Weiterbildung nach Berlin kamen 24 Lehrergruppen mit 652 Teilnehmern.

Nach Einladungen von vielen Schulleitungen, von Landesschulbehörden und einzelnen Volkshochschulen (Celle, Oldenburg, Löhne, Bergisch-Gladbach und Traunreut) wurden im Berichtszeitraum 49 Fortbildungsveranstaltungen mit insgesamt 1 485 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den alten Bundesländern durchgeführt. Besonders bemerkenswert ist an dieser Stelle eine Initiative der Niedersächsischen Landesschulbehörde, Bereich Fachberatung für das Unterrichtsfach Politik an berufsbildenden Schulen. Die BStU erhielt das Angebot, in Dienstberatungen der Fachgruppenleiter Politik an den berufsbildenden Schulen das Thema „DDR und MfS“ sowie die dazugehörigen Angebote für die Unterrichtsgestaltung vorzustellen. In acht Ganztagsveranstaltungen wurden die 221 Obleute aller 136 berufsbildenden Schulen Niedersachsens mit der Thematik vertraut gemacht. Die Obleute haben als Multiplikatoren die Aufgabe, die Informationen und Materialien im Kollegium ihrer Schulen in Umlauf zu bringen, sodass damit etwa 4 000 Lehrkräfte nahezu direkt erreicht werden konnten. Inzwischen haben sich mehrere berufsbildende Schulen aus Niedersachsen an die BStU gewandt und um Materialien sowie Unterstützung bei Schülerprojekten gebeten.

Ebenso hervorzuheben ist die Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Celle. Auf Initiative der Volkshochschule führte die BStU in Celle eine Veranstaltungsreihe über das Leben in der DDR und das MfS durch. An den drei Veranstaltungen nahmen 105 Personen teil.

Auch die Anzahl der Studienseminare, die für ihre Lehramtsreferendare die Angebote der BStU nutzen wollen, hat deutlich zugenommen. So fanden im Berichtszeitraum 15 Weiterbildungsveranstaltungen für Lehramtsreferendare statt. Einzelne Studienseminare haben die Weiterbildungen zur Behandlung des Themas „DDR und MfS im Unterricht“ inzwischen als regelmäßige Veranstaltungen in ihr Programm aufgenommen.

Die seit 2003 regelmäßig durchgeführten Eintagesveranstaltungen für Rechtsreferendare des Berliner Kammergerichts zum Thema „Politische Justiz in der DDR“ fanden im Berichtszeitraum weiterhin zweimal jährlich statt. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Rolle des MfS als Ermittlungs- und Untersuchungsorgan, Fallbeispiele für

Rechtsbeugung und der menschenrechtswidrige Umgang mit Gegnern der SED-Diktatur sowie Fragen der Aufarbeitung und der dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen.

Als dauerhafte Zusammenarbeit hat sich die deutsch-polnische Lehrkräftefortbildung etabliert, die seit 2003 fast jährlich angeboten wird. Sie wird zusammen mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg durchgeführt und ist eine direkte Konsequenz der gemeinsamen Erklärung der Bundesbeauftragten mit dem Brandenburgischen Bildungsminister aus dem Jahr 2002. Im Oktober 2009 stand in Słubice die Beschäftigung mit dem Thema „20 Jahre danach: Die demokratischen Revolutionen in Deutschland, Polen und Tschechien als Herausforderungen für die Bildung“ auf der Tagesordnung.

6.1.3.5 Betreuung von Facharbeiten

Die individuelle Betreuung von Facharbeiten, Jahresarbeiten, besonderen Lernleistungen und Seminarfacharbeiten, vornehmlich in den Fächern Geschichte, Politische Bildung und Sozialkunde, nahm im Berichtszeitraum wiederum einen wichtigen Platz ein. Dabei arbeiten Schülerinnen und Schüler an einem meist selbst gewählten Thema anhand von Aktenauszügen, Sekundärliteratur oder Zeitzeugeninterviews. Die Ergebnisse werden in den Schulen als schriftliche Ausarbeitung eingereicht oder als Referat präsentiert.

Insgesamt wurden von der BStU 20 Schülerprojekte betreut. Darüber hinaus wurden elf Studentinnen und Studenten bei der Anfertigung ihrer Examensarbeiten fachlich beraten und betreut.

6.1.3.6 Materialien

Neben dem bereits erwähnten Unterrichtsfilm entwickelte die BStU weitere neue schulverwendbare Materialien, darunter auch solche mit regionalem Bezug. Die von der BStU seit 2003 herausgegebene Broschürenreihe „Quellen für die Schule“ ist inzwischen zu einem in vielen Schulen gern genutzten Arbeitsmaterial geworden. Das beweisen sowohl die ausnahmslos positiven Meldungen von Geschichts- und Politiklehrkräften aus der gesamten Republik als auch die gleichbleibend hohen Bestellzahlen der Broschüren. Aus diesem Grund mussten beispielsweise die Quellen 1 bis 3 im Berichtszeitraum zum dritten Mal neu aufgelegt werden. Gleichzeitig wurde die Reihe um eine weitere Broschüre ergänzt. Im Oktober 2010 erschien die Quelle Nr. 6, in der der Fall von vier im Jahr 1988 in der Berliner Carl-von-Ossietzky-Schule relegierten Schülern vorgestellt wird. Die Jugendlichen wurden von der Schule verwiesen, weil sie sich offen gegen Militärparaden und Rechtsextremismus in der DDR ausgesprochen hatten. Der Fall wurde öffentlich und rief eine bis dahin nicht gekannte Welle der Solidarität hervor. In Verbindung mit der Quelle Nr. 5 ermöglicht die neue Broschüre den Lernenden den Vergleich zwischen Repressionsmaßnahmen gegen Schüler in der DDR in den 1960er- und 1980er-Jahren.

Die BStU kann die Durchführung von Seminaren und Fortbildungsveranstaltungen für Lernende und Lehrkräfte aus Gründen der Personalkapazität nur noch begrenzt ausbauen. Daher entwickelt sie neben ihrer Arbeit mit Multiplikatoren auch praxisorientierte Angebote, die einen großen Kreis interessierter Lehrkräfte erreichen und ihnen gesicherte Informationen an die Hand geben. Aus diesem Grund stellt die BStU Unterrichtsmaterialien wie die „Quellen für die Schule“ oder einen Foliensatz auch als Downloads ins Internet, das zukünftig noch stärkere Bedeutung für die Verbreitung der Bildungsangebote erhalten wird.

Die Materialien der BStU für die historisch-politische Bildungsarbeit sind im Anhang 11 aufgeführt.

6.1.3.7 Kooperationspartner

Für überregionale Vorhaben hat sich die Zusammenarbeit in der sogenannten trilateralen Arbeitsgemeinschaft aus BStU, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Bundeszentrale für politische Bildung bewährt. Im Jahr 2010 reagierte diese Arbeitsgruppe auf einen Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 18. Juni 2009, der festlegt, dass in jedem Jahr am 9. November ein Projekttag in Schulen durchgeführt wird. Ziel dieses Projekttages ist es, eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem „Zeitalter der Extreme“ in Deutschland im 20. Jahrhundert anzuregen und damit zur Demokratieerziehung beizutragen. Das Datum des 9. November steht im 20. Jahrhundert zugleich für die verhängnisvollen und die glücklichen Momente der deutschen Geschichte, vor allem für die Pogromnacht vom 9. November 1938 und die Maueröffnung am 9. November 1989. Die drei Einrichtungen stellten einen Flyer mit Angeboten und Anregungen für die Ausgestaltung eines Projekttages am 9. November zusammen. Dieser soll sich mit Fragen von Mut und Zivilcourage im Großen wie im Kleinen beschäftigen. Vorgestellt wurden die Angebote in einem Workshop am 28. Juni 2010 in den Räumen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Das Online-Angebot ist unter www.projekttag-deutsche-geschichte.de zu finden.

Auch die Zusammenarbeit mit dem Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e. V. wurde ausgebaut. Auf Einladung des Landesverbands Hessen konnte ein Mitarbeiter der BStU im Mai 2010 auf dem dortigen Historikertag über die Funktion des MfS zur Sicherung der SED-Diktatur referieren und die Angebote der BStU für den Unterricht vorstellen. Der Landesverband Brandenburg lud gemeinsam mit dem Verband der Politiklehrer Deutschlands e. V., Landesverband Brandenburg, zu einer eintägigen Lehrkräftefortbildung zum Thema Staatssicherheit nach Berlin ein.

Die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes gehört im Bildungsbereich zur Selbstverständlichkeit. Gemeinsame Tagungen wie die unter Kapitel 6.1.3.2 „Besondere Projekte“ genannte in Berlin stehen dabei neben regionalen Kooperationen. So arbeitet die Außenstelle Erfurt regelmäßig mit der Thüringer Landesbeauftragten

beim „Quellen-Zeitzeugen-Projekt“ für Schulklassen zusammen. Dabei können die Schüler auch die Diskussion eines ehemaligen inoffiziellen Mitarbeiters mit einem durch seine Berichte zu mehreren Jahren Gefängnis Verurteilten verfolgen. Im Rahmen dieses Projekts entstand auch der Dokumentarfilm „Feindberührung“, der bei Veranstaltungen in der Außenstelle verwendet wird.

Eine herausragende Zusammenarbeit besteht nach wie vor mit der hessischen Landeszentrale für politische Bildung. Dabei ist besonders erwähnenswert, dass viele unterschiedliche Schulen erreicht werden. Das Thema wird so sehr breit und nachhaltig „gestreut“, weil die projektbegleitenden Lehrkräfte in der Folgezeit das Thema auf der Grundlage von Bildungsmaterialien der BStU eigenständig umsetzen können. Dies rechtfertigt auch den Mitarbeiterentsatz der BStU, der nicht den Geschichtsunterricht an einer einzigen Schule dauerhaft ersetzt, sondern flächendeckend Impulse für die weitere Arbeit zum Thema Staatssicherheitsdienst durch die Lehrkräfte vor Ort gibt. Bereits zum siebten Mal in Folge konnte in Kooperation von BStU und hessischer Landeszentrale eine viertägige Lehrkräftefortbildung in Berlin angeboten werden. Die Resonanz ist so positiv, dass eine Wiederholung für 2011 bereits feststeht. Vier eintägige Fortbildungen für hessische Lehrkräfte ergänzen dieses Bild.

Eine für die Bildungsarbeit der BStU möglicherweise richtungweisende Zusammenarbeit hat sich in den Außenstellen Rostock und Gera entwickelt. Die staatlichen Schulämter Rudolstadt/Ilmkreis, Jena/Stadtroda und Gera/Schmölln haben sich bereit erklärt, für einen befristeten Zeitraum Lehrkräfte zur BStU abzuordnen. Ebenso hat das staatliche Schulamt Rostock zunächst für ein Jahr eine Lehrerin abgeordnet, die als Unterstützungslehrerin in der Dokumentations- und Gedenkstätte tätig wird. Ziel ist es, zusammen mit den Außenstellen Bildungsangebote zum Thema Staatssicherheitsdienst zu entwickeln und diese in die Schulen zu bringen. Darin liegt eine große Chance, den Schulen in der Region regionalspezifische und unterrichtspraktische Materialien zur Verfügung zu stellen und Lehrkräfte zu qualifizieren.

6.2 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

6.2.1 Pressearbeit

Mit großem Interesse nahmen in- und ausländische Medien im Berichtszeitraum die Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde zur Kenntnis. Ereignisse wie die 20. Jahrestage der Friedlichen Revolution, der Besetzung der Dienststellen des MfS in den Regionen und in Berlin, des Volkskammer-Gesetzes über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen MfS/AfNS, des Mauerfalls und nicht zuletzt der Gründung der Stasi-Unterlagen-Behörde bildeten den Schwerpunkt der Pressearbeit. Zahlreiche Interview-, Dreh- und Auskunftsanfragen an die Pressestelle – deutlich mehr als in vergangenen Jahren – dokumentieren dies.

Die sehr große Zahl von Eigen- und Kooperationsveranstaltungen, Ausstellungen und Publikationen im Zusammenhang mit den Ereignissen der Friedlichen Revolution,

von den Kommunalwahlen in der DDR am 7. Mai 1989 bis zur Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990, mündeten in eine verstärkte Pressearbeit. Beispielhaft seien die Festveranstaltungen zu den 20. Jahrestagen der Besetzung der MfS-Dienststellen in den ehemaligen Bezirken der DDR und der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin zu nennen. Für die Veranstaltungen am 15. und 16. Januar 2010 in Berlin konnten die Tageszeitung *Der Tagesspiegel* und der Rundfunk Berlin-Brandenburg als Medienpartner gewonnen werden.

Auch die alltägliche Pressearbeit überstieg den sonst üblichen Umfang. Anfragen von Journalisten aus dem In- und Ausland von Europa über Nord- und Südamerika bis Asien waren zu beantworten, Interviews der Bundesbeauftragten, des Direktors der Behörde, leitender und wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorzubereiten und zu begleiten. Interviewanfragen waren häufig mit Drehanfragen verbunden, die von der Pressestelle betreut wurden.

Als Dienstleistung für die Medien konzipiert waren die Pressemitteilungen der 14-teiligen Serie „Kennen Sie dieses Dokument zur Friedlichen Revolution?“ Zu bedeutsamen Daten des Revolutionsjahres 1989 bis zum Ende des Staatssicherheitsdienstes 1990 wurden Text- und audiovisuelle Dokumente aus den Archiven der BStU ausgewählt, vor allem um die Entwicklungen aus der Sichtweise des Staatssicherheitsapparates in der regionalen oder auf der Führungsebene darzustellen bzw. in Erinnerung zu rufen.

Viele Anfragen an die Pressestelle bezogen sich auf den Aktenfund zu dem ehemaligen Westberliner Polizisten Karl-Heinz Kurras, der 1967 Benno Ohnesorg erschoss und der für den Staatssicherheitsdienst gearbeitet hatte (siehe Kapitel 4.3.1.3 und 5.2.2). Darüber hinaus waren für die Medien von großem Interesse: die Debatte um den Verbleib ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes in den Verwaltungen und die Diskussionen um die Überprüfung des 2009 neu gewählten Brandenburger Landtags auf eine mögliche Zusammenarbeit der Abgeordneten mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR.

Zusammenfassend lässt sich einschätzen, dass die starke Aufmerksamkeit, die im Berichtszeitraum auf die Arbeit der Behörde gerichtet wurde, die Anerkennung seitens der Medien unterstreicht, dass die Stasi-Unterlagen-Behörde eine wichtige Säule der Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte ist.

6.2.2 Öffentlichkeitsarbeit

6.2.2.1 Internet

Die Internetseite www.bstu.de erfreute sich eines regen Interesses. Im Berichtszeitraum wurden rund 64 000 Besuche und rund 380 000 Seitenaufrufe pro Monat gezählt.

Mit einem umfangreichen Relaunch des Internetauftritts ist begonnen worden. Für die Pflege der Webseiten nutzt die BStU das einheitliche Content-Management-System für die Bundesverwaltung aus der E-Government-Initiative BundOnline: den Government Site Builder (GSB).

Mit einer eigenen kleinen Website im Internetauftritt der BStU unter der Domain www.demokratie-verspruehen.de wurde das von der Außenstelle Leipzig initiierte Projekt „DemokratieVersprühen“ unterstützt (siehe Kapitel 6.1.2.2 und 6.1.3.2). Hier konnten sich die Jugendlichen über das sachsenweite Projekt informieren, sich anmelden und die Ergebnisse der einzelnen Workshops anschauen. Ein Sonderprojekt auf der Internetseite mit dem Titel „Am Vorabend der Friedlichen Revolution“ dokumentiert wegweisende Ereignisse in den vorrevolutionären Jahren 1987/88 aus der Perspektive des Staatssicherheitsdienstes. Der Bereich behandelt ausgewählte Ereignisse in chronologischer Reihenfolge, die für die Entwicklung zur Revolution eine bedeutende Rolle gespielt haben. Hunderte Dokumente aus den Archiven der BStU unterlegen die historischen Zusammenhänge.

Im Archivbereich lag ein Schwerpunkt auf der Erstellung weiterer Findmittel für die erschlossenen Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Auch der Ausbau der Archivseiten der Außenstellen wurde fortgesetzt. Im Berichtszeitraum wurde eine Reihe von Aktenverzeichnissen zu Dienststeinheiten der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS veröffentlicht. Im Gegensatz zu gedruckten Übersichten bieten diese Verzeichnisse knappe Einleitungstexte zu den betreffenden Unterlagen und verzichten auf ausführliche Register. Neu aufgenommen in den Internetauftritt des Archivs wurden ausgewählte Beispiele personenbezogener Karteien von Teilbeständen der Zentralstelle. Die Darstellung besteht aus Abbildungen repräsentativer Karteikarten und einem beschreibenden Text.

Zum Thema „20 Jahre Friedliche Revolution“ ging im März 2009 die Internetseite www.friedlicherevolution.de online. Das vom Netzwerk „Kooperative Berlin“ betreute Internet-Portal wurde mit Mitteln der BStU, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, des Freistaates Sachsen und in Kooperation mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam konzipiert und realisiert. In einem umfangreichen Kalender wurden weit über 1 000 Veranstaltungen rund um das Thema in ganz Deutschland zusammengetragen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern übersichtlich zugänglich gemacht. Mit vielen Interviews, Besprechungen, Themenpaketen, einem Medienmonitor und einem wöchentlich erscheinenden Radioformat wurden unterschiedlichste Aspekte anschaulich und lebendig aufbereitet. Das „Archiv der Auseinandersetzung“ bot Veranstaltern die Möglichkeit, Mitschnitte und Berichte eigener Veranstaltungen zu veröffentlichen und so einem breiten Publikum vorzustellen. Die Website konnte bis Dezember 2010 rund 280 000 Seitenaufrufe und rund 120 000 Besuche verzeichnen.

6.2.2.2 Seminare und Besuchsprogramme für Journalistinnen und Journalisten

Zum festen Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der BStU gehören Seminarangebote und Besuchsprogramme für Journalistinnen und Journalisten. Die Programme werden aus einzelnen Modulen je nach Interesse der

Gruppe zusammengestellt. Zu den Gästen der BStU zählten im Berichtszeitraum u. a. die Medienakademie von ARD und ZDF, die Volontäre des NDR aus allen Landesfunkhäusern, die Axel-Springer-Akademie sowie das Journalistische Seminar der Universität Mainz.

Die Angebote der BStU richten sich an Journalisten, vor allem Volontäre und Studierende der Publizistik/Journalistik, die sich einen Überblick über die Entstehung der Behörde und ihre Aufgaben verschaffen möchten. Während in der Vergangenheit vor allem Fachvorträge nachgefragt wurden, richtete sich das Interesse im Berichtszeitraum stärker auf Grundinformationen zum MfS, zum Archiv und zu den journalistischen Arbeitsmöglichkeiten bei der BStU.

Insgesamt führte die BStU im Berichtszeitraum sieben Programme unterschiedlicher Länge mit rund 175 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch.

6.2.2.3 Weitere Angebote

Im Jahr 2009 legte die Behörde in Zusammenarbeit mit der Autorin und Literaturwissenschaftlerin Prof. Ines Geipel, der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Berlin und dem Verlag Büchergilde Gutenberg eine Reihe szenischer Lesungen mit dem Titel „Unter Verschluss“ auf. In einer Collage wurden Texte in Szene gesetzt, die der staatlich geduldeten Ästhetik in der DDR nicht gehorchten und vom Staatssicherheitsdienst oder den unterschiedlichen Zensurstellen als schädlich oder systemzersetzend eingestuft worden waren. Dieser unveröffentlichten Literatur wurden Auszüge aus den Stasi-Unterlagen der Autoren und Dokumenten des MfS, wie z. B. Dienstanweisungen, gegenübergestellt. Die szenische Lesung „Unter Verschluss“ wurde im Jahr 2009 in elf Städten, u. a. in Dresden, Rostock, Karlsruhe und Oldenburg, insgesamt 13-mal aufgeführt. Ebenso war das Stück am 16. Januar 2010 auf dem Bürgerfest zum 20. Jahrestag der Besetzung der Zentrale des MfS in der Berliner Normannenstraße zu sehen. Rund 1 600 Besucherinnen und Besucher konnten insgesamt gezählt werden. Gefördert wurde das Projekt u. a. vom Deutschen Literaturfonds.

Nach wie vor ziehen die Archive der Zentralstelle und der Außenstellen besonders große öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Im Jahr 2009 hatten sich insgesamt 296 Gruppen mit rund 3 400 Besucherinnen und Besuchern allein im Archiv der Zentralstelle angemeldet. 2010 waren es 328 Gruppen mit 3 893 Besuchern. Neben den Führungen für angemeldete Gruppen finden in den Archiven in der Regel an einem Abend im Monat Führungen für interessierte Einzelbesucherinnen und -besucher statt. Das Archiv der Zentralstelle der BStU in Berlin bietet darüber hinaus monatlich zwischen April und Oktober, bei Bedarf auch zusätzlich, öffentliche Geländeführungen an. Durch den Hinweis im Internet stieg die Nachfrage der Besucher, die auch aus dem Ausland kamen, an. Die Interessierten können sich einen Eindruck von der Entwicklung des Stadtraumes rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg zwischen 1945 und 1989 verschaffen.

Im Berichtszeitraum besuchten verstärkt Gruppen aus dem Ausland das Archiv. So kamen Journalisten aus 20 Ländern Europas, Asiens und Nordamerikas über den Verein der Ausländischen Presse in Deutschland in die BStU. Journalisten aus der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), Menschenrechtsexperten aus Lateinamerika sowie Mitglieder des Europäischen Parlaments informierten sich über die Arbeit der Behörde und des Archivs. Im Juli 2010 wurde die erste Archivführung für Gehörlose mit Hilfe von Gebärdendolmetschern organisiert. Der anschließende Bericht im Internet führte zu vermehrten Anfragen nach Wiederholungsterminen.

Die BStU hat auch 2010 am bundesweiten „Tag der Archive“ teilgenommen, der unter dem Motto „Dem Verborgenen auf der Spur“ stand. Neben dem Archiv der Zentralstelle in Berlin-Lichtenberg beteiligten sich die Außenstellen in Erfurt, Frankfurt (Oder), Leipzig, Magdeburg, Rostock und Schwerin mit Archiv- und Geländeführungen, Ausstellungen, Lesungen, Musterakten, Präsentationen und Vorträgen – teils im Verbund mit weiteren Archiven der Region. Ein Publikumsmagnet in Berlin war eine Präsentation des Landeskriminalamtes. Die Experten zeigten, wie vom MfS geschwärzte Unterlagen mit Hilfe spektralselektiver Untersuchungen – also Bestrahlung mit Licht verschiedener Wellenlängen – wieder lesbar gemacht werden können.

Die Außenstelle Dresden beteiligte sich am 80. Deutschen Archivtag, der 2010 in Dresden stattfand. Mit regem Interesse an den Archiven der BStU nahmen die Teilnehmer des Archivtages die Angebote zu Führungen im Archiv der Außenstelle Dresden wahr. Gleiches gilt für die Beteiligung an den Veranstaltungen des Freistaates Sachsen zum Tag der Deutschen Einheit. An diesem Tag informierten sich über 700 Besucherinnen und Besucher über die Arbeit der Behörde, die Möglichkeiten der persönlichen Akteneinsicht sowie die Publikationen der BStU.

Bei den zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Saarbrücken (2009) und Bremen (2010) war die Behörde jeweils mit einem Informationsstand vertreten. Großer Andrang herrschte auch am Informationsstand der BStU am Mecklenburg-Vorpommern-Tag in Schwerin (14./15. August 2010) und am Tag der offenen Tür der Bundesregierung im Bundespresseamt (21./22. August 2010). Den Besuchern standen umfangreiches Informationsmaterial sowie Beratungsangebote zum Thema Akteneinsicht zur Verfügung.

6.2.2.4 Broschüren und Informationsmaterialien

Die Standard-Flyer der Behörde mit Grundinformationen zu einzelnen Dienstleistungsangeboten sind weiterhin stark nachgefragt und wurden aktualisiert nachgedruckt. Das Layout für Flyer, Einladungskarten und Plakate für Veranstaltungen wurde neuen Anforderungen angepasst. Für die Herausgabe von digitalisierten Materialien des Archivs wie Filme oder Tonaufzeichnungen wurde ein einheitliches Design entwickelt. Damit ist nun auch dieser Bereich ins Corporate Design der Behörde integriert. Zu Werbezwecken wurden ganzseitige Anzeigen entwi-

ckelt und in regionalen Broschüren und im „Berliner Fenster“, einem Werbemedium in den Berliner U-Bahnen, geschaltet.

Für das sachsenweite Projekt „DemokratieVersprühen“ entwarf die Öffentlichkeitsarbeit ein Gesamtpaket an Werbemitteln, darunter eine Broschüre, die das Projekt vorstellt und dokumentiert, sowie Flyer, Plakate und Aufkleber für die verschiedenen Veranstaltungsorte. Für die „Runde Ecke“ in Leipzig wurde ein großes Werbebanner für die Außenfassade des Hauses gestaltet und produziert.

Für die Reihe szenischer Lesungen „Unter Verschluss“ wurde ebenfalls eine Palette von Werbematerialien erarbeitet. In Kooperation mit dem Verlag Büchergilde Gutenberg entstanden zwei Programmhefte sowie Einladungskarten, Flyer und Plakate. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum rund 360 Veranstaltungen der Behörde mit Werbematerialien unterstützt.

7 Internationalisierung der Aufarbeitung

Im Neunten Tätigkeitsbericht wurde ausführlich über die Gründung des „Europäischen Netzwerkes der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ informiert. In der Gründungsveranstaltung wurde die BStU einstimmig mit der Geschäftsführung für das erste Arbeitsjahr (2009) beauftragt. Der Behörde oblag es damit, neben der Einrichtung von Arbeitsstrukturen auch ein erstes für die Öffentlichkeit interessantes Projekt zu realisieren. Der entstandene Reader gibt einen vergleichenden Überblick über den Zugang zu den Akten, die Rechtsgrundlagen und die jeweiligen Dienstleistungen der im Netzwerk zusammengeschlossenen Behörden (siehe Kapitel 7.1).

Darüber hinaus erfreute sich die Behörde weiterhin eines regen Interesses von Gästen und Institutionen außerhalb der im Netzwerk vertretenen Länder. Wiederholt zeigte sich bei Besuchen und Gesprächen, dass die Arbeit der BStU international anerkannt und Expertenrat aus den verschiedenen Abteilungen des Hauses nachgefragt wird. Vermittler solcher Begegnungen sind u. a. die parteinahen Stiftungen, die Goethe-Institute, die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., die Robert Bosch Stiftung, das Auswärtige Amt, die Europäische Akademie Berlin. Sie sind oftmals selbst Gastgeber und fragen bei der BStU an bzw. reagieren auf den gezielten Besuchswunsch der ausländischen Gäste entsprechend.

Eine Auswahl der Besuche und Gespräche aus dem Berichtszeitraum ist in Kapitel 7.2 beschrieben.

Interessant sind weitere Initiativen aus dem Ausland, die sich mit der Aufarbeitung von Diktatur-Vergangenheit in europäischer bzw. internationaler Perspektive befassen. Die Ansätze sind dabei unterschiedlich.

Das tschechische Institut für das Studium totalitärer Regime – ÚSTR – hat eine Arbeitsgruppe zur Bildung einer Plattform gegründet, die einen breiten Ansatz hat (Plattform of European Memory and Conscience). Sie soll auf europäischer Ebene Ursachen und Auswirkungen totalitärer Regime untersuchen, die Öffentlichkeit unterrichten und gegen Intoleranz und Extremismus gerichtet sein.

Bereits mit seiner Entschließung vom 2. April 2009 forderte das Europäische Parlament die Errichtung einer Plattform für das Gedächtnis und das Gewissen Europas, um die Vernetzung und die Zusammenarbeit nationaler Forschungsinstitute zu unterstützen, deren Fachgebiet die Geschichte des Totalitarismus ist. Ziel ist außerdem die Errichtung eines gesamteuropäischen Dokumentationszentrums bzw. einer gesamteuropäischen Gedenkstätte für die Opfer aller totalitären Regime. In der Zeit der tschechischen Ratspräsidentschaft wurde der Initiative mit einem Hearing am 18. April 2009 in Brüssel weitere Tragweite verliehen.

Ende April 2010 waren Mitarbeiter der BStU zu einer Tagung des Centro Documental de la Memoria Historica, dem Archiv des spanischen Bürgerkrieges, eingeladen. Auch andere Einrichtungen aus dem Netzwerk der Aufarbeitungsbehörden waren vertreten. Ziel des spanischen Archivs ist eine multinationale Vernetzung mit Institutionen, die sich allgemein mit dem Erbe totalitärer Regime befassen (siehe auch Ausführungen zu Spanien in Kapitel 7.2).

Beide Modelle befinden sich noch im Anfangsstadium und es wird sicherlich noch größeren Abstimmungsbedarf auf verschiedenen Ebenen erfordern, bis die konkrete Arbeit aufgenommen werden kann.

7.1 Die Arbeit des Netzwerkes 2009/2010

Nach der Gründungsphase des „Europäischen Netzwerkes der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ nahm die BStU zu Beginn des Jahres 2009 die Planungen für das Jahr des Vorsitzes im Netzwerk auf. Ab Februar 2009 konstituierte sich die Koordinierungsgruppe. Dieses Gremium stellt die Arbeitsebene dar, welche die öffentlichkeitswirksamen Auftritte des Netzwerkes abstimmt und vorbereitet. Gleichzeitig gewährleistet es einen steten Nachrichtenaustausch zu den Leitungen der Einrichtungen.

Die Koordinierungsgruppe erarbeitete Vorschläge, wie das oben schon erwähnte erste gemeinsame Projekt der Netzwerkbehörden (Reader) zu gestalten wäre. Auf ihrer Tagung im April 2009 in Berlin stimmte die Koordinierungsgruppe u. a. die Inhalte der ersten jährlichen Konferenz des Netzwerkes ab, die im Sitzland der jeweils geschäftsführenden Behörde stattfindet.

Am 23. Juni 2009 trafen sich die Netzwerkvertreter nach der Gründungsveranstaltung ein weiteres Mal in der Vertretung der Europäischen Kommission (Europäisches Haus) in Berlin in unmittelbarer Nähe des Brandenburger Tors. Auf ihrer ersten jährlichen Konferenz berieten sie über gemeinsame Strategien zur Aufarbeitung auf europäischer Ebene. Unter anderem stellten die Vertreter aus Prag ihre Planungen für das weitere Vorgehen nach der am 2. April 2009 verabschiedeten Resolution des Europäischen Parlaments vor. Andere mögliche gemeinsame Linien wurden diskutiert. Für die Geschäftsführung im Netzwerk im Jahr 2010 wählten die Behördenleiter einstimmig das polnische Institut des Nationalen Gedenkens (IPN).

Der zweite Teil der Konferenz hatte öffentlichen Charakter und stand unter dem Titel „Was sollen unsere Kinder wissen? Historisch-politische Bildung zu Geheimpolizeien in kommunistischen Diktaturen“. Vertreter aus verschiedenen Ländern berichteten vor allem zu Bildungsangeboten und über die Reflexion der Vergangenheit insbesondere unter der Jugend.

Im dritten Teil konnte im Verbund mit dem Journalisten-Netzwerk n-ost und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung eine Podiumsdiskussion angeboten werden, die unter dem Titel „Wir müssen alles wissen. Aufarbeitung der Geheimdienstakten im östlichen Europa“ nicht nur die sieben Netzwerkländer umfasste. Die Veranstaltung wurde von der Robert Bosch Stiftung und dem Polnischen Institut Berlin unterstützt.

Anfang 2010 konnte das erste Exemplar des Readers über die Netzwerkorganisationen der Öffentlichkeit präsentiert werden. Mit dem gedruckt und auch via Internet in deutscher und englischer Sprache vorliegenden Kompendium existiert nun erstmals eine handliche und allgemeinverständliche, nach festen Strukturebenen (Geschichte, Aufgaben, Struktur, Archiv, Aktenzugang, Kooperationen, Perspektiven) gegliederte Übersicht zu den im Netzwerk zusammengeschlossenen Behörden, die auch die jeweiligen nationalen Gesetze zum Zugang und zur Nutzung der Geheimpolizeiakten in autorisierter englischer Übersetzung abbildet. Jede der Einrichtungen kann den Reader in die Landessprache übersetzen lassen und für ihre Arbeit nutzen. Nicht nur in Deutschland erfreut sich die Publikation großen Zuspruchs, auch aus Polen und Rumänien erreichte die BStU positive Resonanz. Vor allem in Bukarest gab es bereits eine hohe Nachfrage seitens der Universitäten und Hochschulen.

Mit Beginn des Jahres 2010 ging der Vorsitz im Netzwerk an das IPN über. Der damalige Leiter, Prof. Janusz Kurtyka, stellte erste Pläne für die Zeit der polnischen Geschäftsführung vor. Präzisiert wurden diese Planungen während der internen Klausurtagung des Netzwerkes am 30. März 2010 in Warschau. So soll im Jahr 2011 als gemeinsames Projekt unter Federführung des IPN eine Publikation erscheinen, in der alle Netzwerkeinrichtungen auf ihre Archive fokussiert berichten.

Die jährliche Konferenz der Netzwerkbehörden fand, verbunden mit einer internen Klausurtagung, am 7. und 8. Oktober 2010 in Warschau statt. Begleitend wurde eine Ausstellung über die Geheimpolizeiakten aus dem früheren Ostblock gezeigt, die unter Mitwirkung der Partnerbehörden entstanden ist. Während der internen Klausurtagung wurden verschiedene Aspekte der gemeinsamen Arbeit besprochen und der Arbeitsstand des Publikationsprojekts zu den Aufgaben und Tätigkeiten der Archive vorgestellt. Beschlossen wurde, dass nach dem polnischen IPN der rumänische CNSAS den Vorsitz im Netzwerk übernehmen sollte. Ihm wird die bulgarische sogenannte Kostadinov-Kommission (amtlich: COMDOS) folgen.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Teils der Netzwerkkonferenz standen am zweiten Veranstaltungstag die Ehrung

des mit der polnischen Präsidentenmaschine am 10. April 2010 verunglückten Leiters des IPN, Prof. Kurtyka, und Ausführungen über das zehnjährige Bestehen des IPN. Im Rahmen einer Panel-Diskussion unter dem Titel „How the functioning of the institutes of remembrance influences the social conscience“ hatten Vertreter aller Netzwerkbehörden Gelegenheit, die Sicht aus ihrem jeweiligen Land darzustellen.

Neben der Arbeit des gesamten Netzwerkes sei an dieser Stelle auf einige Veranstaltungen hingewiesen, die einzelne Netzwerkpartner unter Beteiligung der BStU organisierten:

Mitte April 2009 veranstaltete die bulgarische COMDOS in Sofia eine internationale Tagung, zu der sie anlässlich ihres zweijährigen Bestehens eine Arbeitsbilanz präsentierte. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Die Archive der früheren Geheimpolizeien – eine geschichtliche Wissensquelle“. Zum Panel „Archive: Verschiedene Wege zur Nutzung und Interpretation geschichtlicher Ereignisse“ sprach der Leiter der Abteilung Verwendung der Unterlagen der BStU.

Ende Mai 2009 organisierte das Prager Institut für das Studium totalitärer Regime (ÚSTR) einen Archiv-Workshop. Spezialisten aus den Partnereinrichtungen berichteten in vier Panels über ihre besonderen Erfahrungen mit den Geheimpolizeihinterlassenschaften, über die Zugangsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit, Findmittel und Digitalisierungsansätze.

Das slowakische Institut des Nationalen Gedenkens (ÚPN) hatte anlässlich der Erinnerung an die Samtene Revolution vor 20 Jahren mehrere Veranstaltungen organisiert. Eine davon war eine wissenschaftliche internationale Konferenz am 12. November 2009 in Bratislava. Experten der BStU sprachen zum Thema der zerrissenen Stasi-Unterlagen und deren mögliche Rekonstruktion.

Vom 24. bis 26. Februar 2010 fand in Prag eine Konferenz mit internationalen Gästen zum Thema „Crimes of the Communist Regimes“ in der Senatshalle des Parlaments statt. Der Direktor der BStU war dort mit einem Vortrag vertreten. Neben dem Senat war das ÚSTR Ausrichter der Konferenz. Zusätzlich gab es dort ein Treffen der Arbeitsgruppe, die sich mit der Schaffung einer „Platform of European Memory and Conscience“ befasst.

7.1.1 Bilaterale Kooperationen innerhalb des Netzwerkes

Neben der Vereinbarung über die Zusammenarbeit der sieben Partnerbehörden im Netzwerk gibt es mittlerweile verschiedene bilaterale Kooperationsvereinbarungen zwischen den einzelnen Einrichtungen. Für die BStU waren im Berichtszeitraum folgende von Bedeutung, für die die Initiativen von den jeweils genannten Ländern ausgingen.

Bulgarien

Die bulgarische COMDOS wandte sich mit der Bitte um Abschluss eines Kooperationsvertrages an die BStU, der am 4. Dezember 2009 im Beisein des Ständigen Vertre-

ters der Deutschen Botschaft in Sofia, Dietrich Becker, unterzeichnet wurde. Die bulgarische Presse nahm das Treffen der Partner interessiert auf und es gab diverse Fragen, die sich auf die Zusammenarbeit der kommunistischen Geheimpolizeien bis 1989 bezogen. Das Abkommen hat eine Laufzeit von zunächst drei Jahren.

Aufbauend auf diese Kooperationsvereinbarung weilte eine fünfköpfige Delegation von COMDOS zwischen dem 25. und 29. Oktober 2010 bei der BStU in Berlin. Im Vordergrund des Interesses der bulgarischen Gäste standen Sachfragen aus der Arbeit mit den Unterlagen der Geheimpolizeien und archivfachliche Themen, da man in Sofia aktuell mit dem Aufbau des Archivs befasst war. Die verschiedenen Teilbestände werden künftig zentral verwahrt.

Tschechien

Eine Übereinkunft zwischen dem tschechischen ÚSTR und der BStU wurde am 7. September 2009 abgeschlossen. Der deutsche Botschafter, Johannes Haindl, war bei den Gesprächen mit den tschechischen Experten sowie Journalisten und auch bei einer Führung durch das Institut zugegen. Er umriss den geschichtlichen Bogen, der sich von der Besetzung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag 1989 durch DDR-Flüchtlinge bis hin zur Zusammenarbeit zweier Aufarbeitungseinrichtungen 20 Jahre später spannt.

Das Abkommen hat eine Dauer von fünf Jahren und ist fokussiert auf Bereiche der Bildungsarbeit, der Archive und den Austausch von Publikationen.

Rumänien

Am 24. September 2009 wurde in Berlin eine Veranstaltung des rumänischen Nationalen Rates für das Studium der Archive der Securitate (CNSAS) und der BStU in der Landesvertretung Schleswig-Holsteins durchgeführt. Sie gründete sich auf eine projektbezogene Kooperation mit der rumänischen Partnerbehörde.

Das Projekt zum Thema „Geschichte durch Erfahrungen aus der Vergangenheit erlernen. Die Überwachung einfacher Bürger durch die Securitate in den 1970er- und 1980er-Jahren“ war von der Europäischen Union gefördert worden. Projektpartner war darüber hinaus die Universität in Klausenburg (Cluj-Napoca). Es entstanden ein Dokumentarfilm und ein Begleitband für die Bildungsarbeit in rumänischer und englischer Sprache.

7.2 Weitere internationale Kontakte

Spanien

In Spanien setzt sich u. a. das Centro Documental de la Memoria Histórica für die Dokumentation und Aufarbeitung der Franco-Ära ein. Es ermöglicht beispielsweise mit einem Archiv des Bürgerkrieges (organisatorisch im Kultusministerium angesiedelt) eine Einsicht in diverse vom Franco-Regime gesammelte Unterlagen zu Oppositionellen und Widerstandsgruppen. Im April 2010, während der spanischen EU-Ratspräsidentschaft, fand in

Salamanca das zweite internationale Treffen von Erinnerungszentren statt. Die Palette der Teilnehmer reichte von Vertretern der Résistance-Vereinigungen bis zu solchen von Yad Vashem. Neben einem Vertreter der BStU waren weitere Gäste aus den im Netzwerk der Geheimpolizeiarchive vertretenen Einrichtungen zugegen. Verschiedenste Ansätze des Umgangs mit diktatorischer Vergangenheit wurden vorgestellt. Weitergehendes Ziel der Veranstalter war es, ein Netzwerk der einschlägigen Institutionen zu schaffen. Zu diesem Zweck erarbeiteten sie eine „Salamanca Charta“. Sie fordert alle Institutionen, die über entsprechende Aktenbestände verfügen, demokratisch verfasst sind und sich der Aufarbeitung der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts stellen, zur Zusammenarbeit auf. Die BStU unterstützt diese Charta. Ziel ist insbesondere, der Öffentlichkeit und speziell der Jugend die jüngere Geschichte näherzubringen.

Niederlande

Wie schon erwähnt, unterhält die BStU enge Arbeitsbeziehungen zu den Goethe-Instituten. Die Bundesbeauftragte folgte im April 2009 einer Einladung nach Amsterdam, die vom Duitsland Instituut an der dortigen Universität unter Mitwirkung des Goethe-Instituts ausgesprochen wurde. Das Duitsland Instituut lädt regelmäßig Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ein, um über persönliche Erfahrungen zu politisch interessanten Themen berichten zu lassen. Hier ging es um Betrachtungen zur deutschen Wiedervereinigung und den deutschen Umgang mit der jüngsten Vergangenheit. Eine Diskussionsveranstaltung im Goethe-Institut rundete das Programm ab. Außerdem wurde die Reise mit einem Vortrag der Bundesbeauftragten im niederländischen Außenministerium (Den Haag) verbunden.

Über die Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde informierten sich am 11. Juni 2010 Mitglieder des Lions-Clubs „Land van Heusden en Altena“ bei der Bundesbeauftragten.

Frankreich

Gäste aus Frankreich wurden im Rahmen des „Deutsch-Französischen-Zukunftsdialogs“ der Robert Bosch Stiftung am 9. Juli 2009 empfangen. Dieses 2007 ins Leben gerufene Projekt richtet sich an Nachwuchsführungskräfte aus beiden Ländern. Das Gespräch beschäftigte sich überwiegend mit Fragen nach dem Leben in der DDR-Diktatur sowie den Einflüssen des Staatssicherheitsdienstes und politischer Organisationen auf den Alltag der Menschen. Schon wenige Tage vorher hatten französische Nachwuchsjournalisten bei einem Besuch der Behörde aktuelle Probleme bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit hinterfragt.

Griechenland

Das Goethe-Institut in Thessaloniki veranstaltete im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer einige Termine für die griechische Öffentlichkeit, die unter dem Titel DE.FORUM2009 liefen. Der Leiter

der Abteilung Bildung und Forschung der BStU war im Oktober 2009 beim Goethe-Institut zu einer Vortragsveranstaltung eingeladen. Mit ihm zusammen diskutierte eine Vertreterin aus dem griechischen Staatsarchiv über einen möglichen Vergleich der Epoche der griechischen Militärjunta und der SED-Diktatur. Ein Jahr später sprach die Bundesbeauftragte auf Einladung des Goethe-Instituts Thessaloniki und der Deutschen Botschaft in der Juristischen Fakultät der Aristoteles-Universität in Thessaloniki über die Arbeit mit den MfS-Akten unter Berücksichtigung der Aspekte Öffentlichkeit, öffentliches Recht und Politik. Im Goethe-Institut hielt sie eine Rede im Rahmen einer Veranstaltung zum Thema „Erinnern, nicht verdrängen“. In Athen hatte die Botschaft eine Veranstaltung mit der Deutschen Schule organisiert. Über 100 Schüler der 11. und 12. Klassen hatten sich auf das Gespräch mit der Bundesbeauftragten mit Hilfe des von der BStU herausgegebenen Unterrichtsfilms „Ein Volk unter Verdacht: Die Staatssicherheit der DDR“ vorbereitet.

Polen

Als im Jahre 2009 vieler wichtiger politischer Ereignisse aus dem 20. Jahrhundert gedacht wurde, initiierten die BStU und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Erklärung zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes. Die im August 2009 in der Wochenzeitung DIE ZEIT erschienene Erklärung mit dem Titel „Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 zu erinnern“ (siehe Anhang 18) richtete sich an die deutsche und insbesondere an die Öffentlichkeit der östlichen Nachbarländer. Sie erinnerte daran, dass der von Deutschland 1939 begonnene Zweite Weltkrieg die Ursache der europäischen Teilung war und würdigte zugleich die Freiheitsbewegungen in den kommunistischen Diktaturen, die in die friedlichen Revolutionen des Jahres 1989 mündeten und die Voraussetzungen zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas schufen. Die Unterzeichner forderten eine aktive und verantwortungsbewusste Erinnerungskultur in Europa. Die Erklärung ist auf außergewöhnlich große Resonanz im In- und Ausland gestoßen. Insbesondere alle wichtigen polnischen Medien nahmen Bezug auf den Text und würdigten ihn als eine der bedeutendsten Wegmarken im deutsch-polnischen Vergangenheitsdiskurs.

Im Mai 2009 besuchte eine fast 20 Gäste umfassende Gruppe aus Polen die Behörde. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hatte ein Programm für junge Politiker und politische Berater aufgelegt, die sich u. a. mit der Arbeitsweise der BStU vertraut machen wollten und Vergleiche zur Arbeit des polnischen IPN zogen.

Slowakei

Im Rahmen eines von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Dialogprogramms war eine Politikerdelegation der slowakischen christlich-demokratischen Partei KDH am 1. Dezember 2009 in der Behörde zu Gast. Besonders interessiert zeigten sich EU-Kommissar und Parteichef Jan Figel und der Oberbürgermeister der Stadt Bratislava, Andrej Durkowsky, an der Arbeit der BStU.

Wenige Tage zuvor war die Wanderausstellung der Behörde von der Bundesbeauftragten in der Comenius-Universität von Bratislava eröffnet worden. Anwesend waren der Deutsche Botschafter, Dr. Axel Hartmann, und der Direktor der slowakischen Partnereinrichtung ÚPN, Dr. Ivan Petrasky.

Ukraine

Am 16. und 17. Dezember 2009 war die BStU zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Europäischen Austausch Veranstalter für ein Fachgespräch unter dem Dach der Veranstaltungsreihe „Kiewer Gespräche“ in der ukrainischen Botschaft in Berlin. Bei den „Kiewer Gesprächen“ handelt es sich um ein deutsch-ukrainisches Gesprächsforum, das seit 2005 durchgeführt wird. Ukrainische und deutsche Experten aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft diskutierten eine Reihe von Schlüsselfragen des Aktenzugangs und erwogen mögliche ukrainische Handlungsoptionen, auch im Vergleich zu Deutschland.

In einem Fachgespräch über „Datenschutz vs. Recht auf Zugang zu Informationen“ legte der Leiter der Abteilung Verwendung der Unterlagen der BStU die Erfahrungen der Behörde dar. Vsevolod Rechitski und Jewhen Zakharov vom Kharkow Human Rights Center brachten ihre Sichtweise auf das Thema ein.

Prof. Manfred Wilke vom Institut für Zeitgeschichte München und Volodymyr Viatrovyeh vom SBU Kiew (Sluschba bespeky Ukrajin; Sicherheitsdienst der Ukraine) diskutierten die „Institutionalisierung der Erinnerungsarbeit“.

Anlässlich der Eröffnung der BStU-Wanderausstellung am 16. September 2010 in Kiew nahm die Bundesbeauftragte an einer Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen und Historikern des Landes zum Thema „Was bedeutet Stasi heute“ teil. 247 Gäste konnte die Bundesbeauftragte gemeinsam mit dem deutschen Botschafter in der Ukraine, Dr. Hans Jürgen Heimsoeth, bei der Eröffnung der BStU-Wanderausstellung in Kiew begrüßen.

Russland

Für fünf russische Stipendiaten hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung im August 2009 einen Besuch bei der BStU organisiert. Die Teilnehmer waren vorher mehrere Wochen in Stadtverwaltungen deutscher Kommunen eingesetzt. Bei der BStU informierten sie sich über das Verhältnis zwischen DDR und UdSSR, insbesondere über die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die Überwachung von DDR-Bürgern und die mit der sowjetischen Perestroika verbundenen Hoffnungen in den späten 1980er-Jahren in der DDR.

Über die internationale Menschenrechtsorganisation MEMORIAL Deutschland e. V. und in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung besuchten interessierte russische Studenten während einer Studienreise zur Gedenkstättenkultur in Deutschland Ende November 2009 Orte

wie das Jüdische Museum in Berlin, die Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam, das Haus der Wannseekonferenz in Berlin, das Museum in der Runden Ecke in Leipzig und den ehemaligen MfS-Komplex Normannenstraße in Berlin mit dem zentralen Archiv der BStU.

Der Deutsch-Russische Austausch e. V. organisierte im Februar 2010 mit anderen Einrichtungen einen Jugendaustausch für die Gewinner eines Essaywettbewerbs. Die Essays befassen sich mit dem Blick von Russland aus auf das wiedervereinigte Deutschland. Ein während des Besuchs kontrovers diskutiertes Thema war die Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit in beiden Ländern. Ebenfalls über den Deutsch-Russischen Austausch e. V. diskutierten russische Stipendiaten mit BStU-Vertretern Ende Oktober 2010 über die DDR im Zusammenhang mit diktatorischen Einflussnahmen auf die Zivilgesellschaft.

Weißrussland

Im Rahmen eines Studien- und Dialogprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung für eine Journalistengruppe aus Weißrussland wurde eine halbtägige Informationsveranstaltung in der BStU organisiert. Neben vielen anderen Programmpunkten ging es um die Erinnerungsarbeit in Deutschland, zu der die Behörde mit ihrer Arbeit beiträgt.

Kasachstan

Vom Bundesministerium der Justiz wurde die BStU eingeladen, einer Delegation aus dem Justizministerium der Republik Kasachstan die Erfahrungen der strafrechtlichen Aufarbeitung mit Hilfe der MfS-Unterlagen darzulegen. In einer Gesprächsrunde am 18. November 2009 informierte die BStU zum Thema Menschenrechtsverletzungen durch die DDR-Repressionsorgane.

Georgien

Eine Gruppe von jungen Historikern aus Tiflis nutzt die Zugänglichkeit der Archive im Land, um das Thema „Aufarbeitung des Stalinismus“ in Georgien voranzutreiben. 2009 gründeten sie das unabhängige „Soviet Past Research Laboratory“. In mühsamer Kleinarbeit in staatlichen und privaten Archiven sowie durch Interviews mit Zeitzeugen schafft das von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte „Laboratorium“ Grundlagen für die differenzierte Erforschung des Phänomens Stalinismus und dessen Auswirkungen auf die georgische Gesellschaft. Dieses Projekt wurde der Bundesbeauftragten am 30. November 2010 im zentralen Archiv der BStU vorgestellt. Gleichzeitig diskutierte man über die Möglichkeit einer Aufarbeitung mittels einer staatlichen Behörde und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen.

Mittel- und Südosteuropa

Wiederholt vermittelte die Robert Bosch Stiftung junge Führungspersönlichkeiten aus der Verwaltung verschiedener mittel- und südosteuropäischer Länder zur BStU, die zum Thema DDR und im Rückblick auf die Zeit 1989/90 Seminare abhielten und angeregt diskutierten.

Eine Gruppe von Stipendiaten aus diesem Länderbereich besuchte im Mai 2010 die BStU im Rahmen des Programms „Politische Bildung in Aktion“, das mit der Robert Bosch Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung organisiert wurde. Die Gäste waren in ihren Heimatländern selbst im Bereich der politischen Bildung tätig und gewannen in Deutschland Einblicke in die Arbeit hiesiger Einrichtungen.

Zu einem Workshop vom 27. bis zum 29. April 2009 über den Entwurf eines mazedonischen Geheimdienst-Unterlagen-Gesetzes hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung nach Cadenabbia (Italien) auch eine Juristin aus der BStU eingeladen, die dort über Vergangenheitsaufarbeitung und Lustration im Vergleich zwischen Deutschland und dem Balkan referierte. Gleichzeitig waren Parlamentarier und Juristen aus Mazedonien anwesend, um über die seit Beginn des Jahres 2008 eingesetzte Lustrationskommission in Skopje zu berichten.

Der mazedonische Staatspräsident, Prof. Dr. Gjorge Ivanov, war im Rahmen eines Staatsbesuches in Berlin am 14. September 2009 zu Gast bei der BStU. Die Bundesbeauftragte empfing ihn, seine Delegation sowie Journalisten aus Mazedonien im Berliner Archiv der Behörde. Bis zu diesem Zeitpunkt war in Mazedonien die erste Phase des Lustrationsgesetzes angelaufen, nach der Amts- und Funktionsträger der verschiedenen staatlichen Hierarchiestufen Erklärungen für eine Wahrheitskommission vorlegen sollten. Problematisch war u. a., dass nicht alle Akten aus Geheimdienstarchiven des ehemaligen Jugoslawien zugänglich waren.

Am 27. Mai 2010 fand in Skopje eine Fachdiskussion zum Thema der Implementierung eines Lustrationsgesetzes als Schritt zur Aufarbeitung und Demokratisierung der mazedonischen Gesellschaft statt. Ein Experte der BStU war zu der Konferenz eingeladen. Teilnehmer waren vor allem Abgeordnete, Mitglieder der Lustrationskommission und Journalisten. Das Medieninteresse war groß. Eine Diplomatengruppe aus dem Kosovo informierte sich am 2. März 2010 nach einer Archivführung über den gesetzlichen Auftrag und die Arbeitsweise der Behörde.

Das Auswärtige Amt in Berlin begleitete am 21. September 2009 eine Gruppe von elf Nachwuchsdiplomaten aus Bosnien und Herzegowina zu einem Gespräch über die Arbeit der BStU.

In Kooperation mit dem Osteuropazentrum Berlin, der Universität Wien und der Deutschen Welle gab es am 15. Dezember 2009 im Berliner Rathaus eine Podiumsdiskussion mit dem Vorsitzenden des Verbandes der ehemaligen Gefangenen aus Tirana. Diskutiert wurde über die Öffnung von Geheimdienstakten in Albanien, denn das Verfassungsgericht hatte ein Lustrationsgesetz wenige Wochen nach seinem Inkrafttreten gestoppt.

Eine Gruppe von jungen Historikern und Aktivisten aus der Zivilgesellschaft Serbiens war auf Initiative der Europäischen Akademie Berlin zu einem Workshop „Facing the Past“ u. a. zu einem Dialog mit Behördenmitarbeitern

eingeladen. Die Arbeit des Archivs der Behörde wurde gesondert und vor Ort dargestellt.

Die Bundesbeauftragte nahm am 24. und 25. Oktober 2010 in Kroatien an der Konferenz „Towards Reconciliation. Experiences, Techniques and Opportunities for Europe“ mit einem eigenen Beitrag teil. Die Konferenz wurde von der Bertelsmann-Stiftung und der Robert Bosch Stiftung in Zusammenarbeit mit dem European Council on Tolerance and Reconciliation in Dubrovnik ausgerichtet.

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik bat die Bundesbeauftragte um ein Gespräch mit Gästen aus Bosnien und Herzegowina am 15. Dezember 2010, welches leitende BStU-Mitarbeiter wahrnahmen. Bei den Gästen handelte es sich um Vertreter einer Expertengruppe des Ministerrates (mit Mitgliedern aus dem bosnischen Parlament, Ministerien sowie der Zivilgesellschaft), die gemeinsam eine nationale Strategie für „Transitional Justice“ in Bosnien erarbeiten soll. Während ihres Besuches in Deutschland sollten sie sich mit verschiedenen Mechanismen der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland vertraut machen.

Baltikum

Der Botschafter Estlands, Mart Laanemäe, wandte sich mit einer Einladung für eine internationale Konferenz in Tallinn an die BStU. Er hatte Anfang Mai 2009 die Außenstelle Frankfurt (Oder) besucht und sich ein Bild über die Arbeit der BStU in der Region gemacht. Die Konferenz wurde vom Parlamentarischen Komitee für die Aufsicht über die Geheimdienste in den EU-Staaten am 25. und 26. Mai 2009 organisiert. Dabei behandelte ein Tagesordnungspunkt die Problematik der Geheimdienste in nicht-demokratischen Staaten als ein Werkzeug des Rechtsbruchs, zu der der Leiter der Außenstelle Frankfurt (Oder) der BStU vortrug.

Über den Deutschen Akademischen Austauschdienst und auf Initiative eines Professors der Universität Lettlands, Fakultät für Geschichte und Philosophie, empfing die Behörde am 30. Juni 2009 eine Gruppe von zehn lettischen Historikern. Die thematischen Schwerpunkte des Besuchs lagen im Bereich der politisch-historischen Bildungsarbeit, bei den Forschungsvorhaben und der Ausstellungstätigkeit der Behörde.

Europäisches Parlament

Die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa im Europäischen Parlament besuchte die Behörde mit einer Delegation von 40 Gästen im Oktober 2009. Bei einem Gespräch stellte der Direktor der BStU die grundsätzlichen Aufgaben der Behörde dar und skizzierte die Entwicklung des Hauses von der Einzelstellung in Europa hin zum Netzwerk Europäischer Aufarbeitungseinrichtungen. Im Vergleich zu anderen Mitgliedern des Netzwerkes kamen auch die unterschiedliche Herangehensweise an datenschutzrechtliche Aspekte und der jeweils verschiedene Zugang zu den Unterlagen der ehemaligen Geheimdienste zur Sprache.

Irak

Das Auswärtige Amt hatte in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Berlin ein umfassendes Besuchsprogramm für eine mit Richtern und Parlamentsmitgliedern besetzte Gruppe aus dem Irak vorbereitet. In die Planungen wurde die BStU frühzeitig einbezogen, da der Umgang mit den Akten des Baath-Regimes weiterhin nicht geregelt ist. Seit dem Jahr 2004 gab es immer wieder Besuche aus dem Irak und es wurden Erfahrungen zum Umgang mit den MfS-Akten in Deutschland mit den Möglichkeiten im Irak abgeglichen.

Vor den irakischen Parlamentswahlen im Januar 2010 wollten die Befürworter einer gesetzlich geregelten Aufarbeitung einen entsprechenden Entwurf mit Aktennutzungsbestimmungen erarbeiten. Auch deshalb war für die Besuchergruppe ein ausführliches Tagesprogramm bei der BStU geplant, bei dem sämtliche Arbeitsschritte vom Antragseingang bis zur Akteneinsicht und die Aufgaben der verschiedenen Abteilungen präsentiert wurden. Die achtköpfige Delegation (u. a. Richter, Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses, des Ausschusses für nationale Versöhnung, der Versöhnungskommission und der Kommission für Debaathifizierung) wurde am 21. Oktober 2009 von der BStU begrüßt; alle Abteilungsleiter der Behörde stellten die Verantwortlichkeiten ihres Zuständigkeitsbereichs dar. Außerdem spielten datenschutzrechtliche Belange und das Projekt „Virtuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“ eine wesentliche Rolle.

Einen Folgetermin gab es noch im Dezember 2009, als der außenpolitische Berater des irakischen Premiers und weitere Regierungsvertreter zu einem Gespräch über Opferentschädigung und Rechtsprechung zu Gast waren.

Im Rahmen eines Besucherprogramms hatten die deutsche Botschaft in Bagdad und das Generalkonsulat Erbil vier Gäste aus dem Irak und Kurdistan nach Deutschland eingeladen. Während ihrer Reise sollten den Teilnehmern Fachgespräche und Führungen bei den wichtigsten Institutionen zur Vergangenheitsaufarbeitung in Deutschland ermöglicht werden.

Eingeladen wurden der Generaldirektor des Archivs der irakischen Nationalbibliothek sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für Anfal- und Märtyrerangelegenheiten. Sie sind maßgeblich an der baldigen Einrichtung zentraler Gedenkstätten und Archive im Irak und in Kurdistan beteiligt. Das Gespräch mit leitenden Mitarbeitern der BStU, bei dem es überwiegend um die Verwendung der Akten nach Maßgabe des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ging, fand am 29. November 2010 in Berlin statt. Gleichzeitig wurde von den Gästen thematisiert, welche Probleme hinsichtlich der Debatte um eine zentrale bzw. dezentrale Lagerung der Dokumente bestehen, um diese für bestimmte Nutzungszwecke bereitzustellen.

Korea

Eine zunehmend bedeutende Rolle spielen die Erfahrungen Deutschlands bei der Wiedervereinigung für viele Besuchsgruppen aus Südkorea. So ließ sich eine Gruppe von Beamten und Politikexperten, die von der Friedrich-

Ebert-Stiftung mehrere Wochen durch Deutschland begleitet wurde, im April 2009 über verschiedene Aspekte der Wiedervereinigung Deutschlands unterrichten. Das Thema „Staatssicherheitsdienst und SED“ wurde durch die BStU im Berliner Informations- und Dokumentationszentrum in einer mehrstündigen Diskussion behandelt. Im Mai 2009 kamen Beamte aus sicherheitsrelevanten Dienststellen Südkoreas nach Berlin, die sich über die Zugangsmöglichkeiten zu den MfS-Akten für Privatpersonen informieren ließen.

Eine weitere Delegation aus verschiedenen mit der Wiedervereinigung befassten Einrichtungen besuchte im März 2010 die Außenstelle Leipzig der BStU. Im Mai, Juni und Juli 2010 folgten fünf weitere Gästegruppen aus Südkorea, die sich beispielsweise über grundsätzliche Fragen der deutschen Wiedervereinigung, die Politik der Annäherung, die Gestaltung des gemeinsamen Lebens nach der Friedlichen Revolution, die Themen Versöhnung und Aufarbeitung, aber auch die verwaltungstechnische Organisation der BStU informierten.

Kambodscha

Die Menschenrechtsaktivistin und Direktorin des Center for Justice and Reconciliation, Theary Seng, war auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung zu einem Informationsaustausch bei der BStU. Sie berichtete über das Kriegsverbrechertribunal in Kambodscha und die Arbeit des Documentation Center Cambodia. Sie hatte Interesse daran zu erfahren, wie die Erkenntnisse aus den MfS-Akten in Deutschland in die Gesellschaft transportiert werden. In Kambodscha plant sie die Einrichtung lokaler Informationszentren in den einzelnen Provinzen, um der jungen Generation die furchtbare Vergangenheit der „killing fields“ näher zu bringen und damit auch gegen ein aufkommendes Verschweigen und Vergessen anzukämpfen.

Im Juni 2010 bat die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH um ein Zeitzeugengespräch mit einem Beschäftigten der BStU, der die Zeit der Friedlichen Revolution miterlebt hat, und eine Archivführung. Die Gäste, u. a. beschäftigt im Toul Sleng Museum, beim Documentation Center Cambodia, an der Universität Phnom Penh und in Nichtregierungsorganisationen, engagieren sich in Kambodscha für die Aufarbeitung des Terrors der Roten Khmer, unter dem mindestens 1,7 Millionen Menschen starben. Besonderes Interesse zeigten sie an der Verwendung der MfS-Unterlagen für die gesellschaftliche Aufarbeitung.

China

Eine chinesische Delegation der Stiftung zur Förderung der Menschenrechte besuchte im Juni 2009 die BStU. Die Bundesbeauftragte berichtete über die Rolle der Aufarbeitung für die Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Die Funktion von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen in Deutschland wurde diskutiert. Hierbei interessierte die Gäste, welchen Einfluss diese Einrichtungen auf die politischen Debatten

nehmen können. Die Gruppe wurde durch die Friedrich-Ebert-Stiftung betreut.

USA

Das 20. Jubiläum der Friedlichen Revolution in der DDR nahm das Baker Institute an der Rice University Houston, Texas, Ende Oktober 2009 zum Anlass, Persönlichkeiten einzuladen, die in die Ereignisse involviert waren und aus ihrer persönlichen Perspektive berichten sollten. Aus Deutschland waren das neben der Bundesbeauftragten unter anderen Horst Teltschik wegen seiner Funktion als damaliger Vize-Kanzleramtschef und Ingrid Matthäus-Maier, die sich im Januar 1990 für eine zügige Währungsunion einsetzte, um die Abwanderung aus der DDR zu stoppen. Dem Termin vorausgegangen waren ein Vortrag der Bundesbeauftragten im Rahmen einer Podiumsdiskussion beim Goethe-Institut in Boston und eine Diskussionsrunde mit Studierenden im Harvard Forum der John F. Kennedy School.

Über spezifische und persönliche Aspekte der Friedlichen Revolution 1989 und den Prozess des Zusammenwachsens von Ost- und Westdeutschland informierte sich am 15. Juni 2010 der US-amerikanische Gesandte Botschaftsrat für politische Angelegenheiten der Botschaft in Berlin, George Glass, bei der Bundesbeauftragten. Diesem Termin schloss sich am 26. November 2010 der Besuch des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland, Philip Dunton Murphy, im Berliner Archiv der BStU an. Neben den Archiv- und Karteisälen sahen die Gäste auch Videos von Observationen des Ministeriums für Staatssicherheit vor der damaligen Ostberliner Botschaft der USA.

Kanada

Vom 14. bis 16. November 2010 war die Bundesbeauftragte durch das Goethe-Institut nach Toronto eingeladen. Im Rahmen des dortigen Film-Festivals wurde als einer der erfolgreichsten Beiträge auch der deutsche Film „Das Leben der Anderen“ gezeigt. Die Bundesbeauftragte gab einleitende Erläuterungen zum historischen Hintergrund für das kanadische Publikum. Im Anschluss konnten die Gäste im Rahmen eines Diskussionsabends ihre Fragen zum Thema stellen.

Latein- und Südamerika

In Brasilien hat das Nationalarchiv auf Initiative der Regierung ein Projekt gestartet, das sich mit den nationalen politischen Konflikten zwischen 1964 und 1985 beschäftigt (Memorias Reveladas). Bisher geheime Unterlagen des Militärregimes und des Widerstandes aus dieser Zeit werden nun katalogisiert, beschrieben und über eine Datenbank und das Internet zugänglich gemacht. Die Bevölkerung ist aufgerufen, durch Zulieferung eigener Unterlagen, wie Briefe, Fotos und Dokumente, die Überlieferungslage zu vervollständigen. Ein Spezialist dieses Projekts, Marques da Fonseca, gleichzeitig Vizepräsident des Committee of Best Practices and Standards of the International Council of Archives, ließ sich bei einem Be-

such am 29. Mai 2009 im Berliner Archiv der BStU über die Eigenheiten des Bestandes, Erhaltungsarbeiten und Fragen der Digitalisierung sowie zu den gesetzlichen Bestimmungen über die Nutzung der Unterlagen informieren.

Die Universität von Sao Paulo lud im August 2009 zu einem internationalen Symposium zum Thema „30 Jahre Amnestie in Brasilien“ ein. Weder Opfer noch Hinterbliebene der viele Jahre währenden Militärdiktatur wurden bisher entschädigt, Verantwortliche nicht bestraft. Darüber hinaus sind die Akten des Militärs gesperrt. Der unterschiedliche Umgang mit Diktaturerfahrungen im Vergleich zu anderen Ländern, überwiegend Südamerikas, war Hauptthema der Konferenz. Die Bundesbeauftragte wurde gebeten, den Umgang mit den Akten des MfS zu schildern und über die Geschehnisse seit dem Mauerfall vor 20 Jahren aus der Sicht der Aufarbeitung zu sprechen. Der „deutsche Weg“ stand im Vergleich zu Wahrheitskommissionen oder Zeitzeugenprojekten. Das Publikum setzte sich aus Juristen und Aktivisten verschiedener Vereine und Verbände zusammen, z. B. dem „Verein der Angehörigen von Verschwundenen“ in Brasilien.

Das Nürnberger Menschenrechtszentrum ermöglichte im September 2009 einer Gruppe von lateinamerikanischen Menschenrechtsexperten einen Besuch bei der BStU, die auf ihrer Deutschland-Reise erinnerungspolitische Erfahrungen an authentischen Orten sammeln wollten.

Im zeitlichen Vorfeld der Parlamentswahlen in Venezuela hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung im Oktober 2009 ein Besuchsprogramm für junge Politiker von fünf verschiedenen Parteien aufgelegt, die bei ihrem Besuch der BStU auch über die angestrebte juristische Aufarbeitung der Staatsverbrechen aus den 1980er-Jahren berichteten.

Zu Guatemala hat die Behörde schon seit 2007 Kontakt, nachdem man dort im Jahr 2005 das umfangreiche Archiv der früheren politischen Polizei aufgefunden hatte (siehe Neunter Tätigkeitsbericht, S. 88). Ende Januar 2010 war Maria Carrera aus Guatemala im BStU-Archiv in Berlin zu Gast und berichtete über die fortgesetzte Arbeit am teils erheblich beschädigten Bestand des alten Polizeiarchivs. Sie ist beim Centro de Analisis Forense y Ciencia Aplicadas beschäftigt, das eng mit dem Polizeiarchiv zusammenarbeitet. Anhand der Datenbestände wird versucht, schwerste Menschenrechtsverletzungen aufzudecken. Zu diesem Thema interessierte sich die Besucherin dafür, wie deutsche Straf- und Arbeitsgerichte die Akten des Staatssicherheitsdienstes bewerten.

Im März 2010 war auf Einladung des Auswärtigen Amtes Luz Mendez, Präsidentin des Beratungsausschusses der nationalen Frauenrechtsorganisation in Guatemala, bei der BStU zu Gast. Thema des Gesprächs war der deutsche Umgang mit dem Thema Aufarbeitung der Vergangenheit.

Eine interessante Entwicklung zeichnet sich in Kolumbien ab, wo der zivile Nachrichtendienst DAS reformiert

und transparenter gemacht werden sollte. Vorausgegangen waren Abhör- und Korruptionsskandale sowie grundsätzliche strukturelle Probleme des Dienstes. Über das Bundesministerium des Innern erhielt im Februar 2010 eine kolumbianische Delegation die Möglichkeit, sich über die parlamentarische Kontrolle von Nachrichtendiensten und den Umgang mit den MfS-Unterlagen zu informieren.

Am 18. Oktober 2010 absolvierte Raúl Castro, Projektleiter in der nationalen Kommission zur Förderung und zum Aufbau der Erinnerungsstätte für die Opfer des Terrorismus in Peru, einen ganztägigen Fachbesuch bei der BStU. Er sammelte in Deutschland Erfahrungen für die zukünftige Arbeit der Erinnerungsstätte, die Schwerpunkte wie Ausstellung, pädagogische Arbeit und Archivarbeit beinhalten soll.

Afrika

Das Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität in Marburg organisierte in Kooperation mit der Makerer Universität in Kampala (Uganda) eine Studienreise zum Thema Konfliktbewältigung. Die BStU wurde gebeten, im Rahmen des Themenkreises „Umgang mit der Vergangenheit unter Berücksichtigung der Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Kalten Kriegs“ über Erinnerungskultur und Alltagsleben in der DDR vorzutragen. Das Seminar fand am 23. Juli 2009 statt. Uganda hatte seit einem Militärputsch 1971 unter verschiedenen Wellen von brutalen Gewaltakten zu leiden. Erst 1996 fanden erstmals demokratische Präsidentschaftswahlen statt, doch die Gäste berichteten, dass durch die lange Zeit der Herrschaft eines Einparteiensystems politisch Andersdenkende noch immer unterdrückt werden.

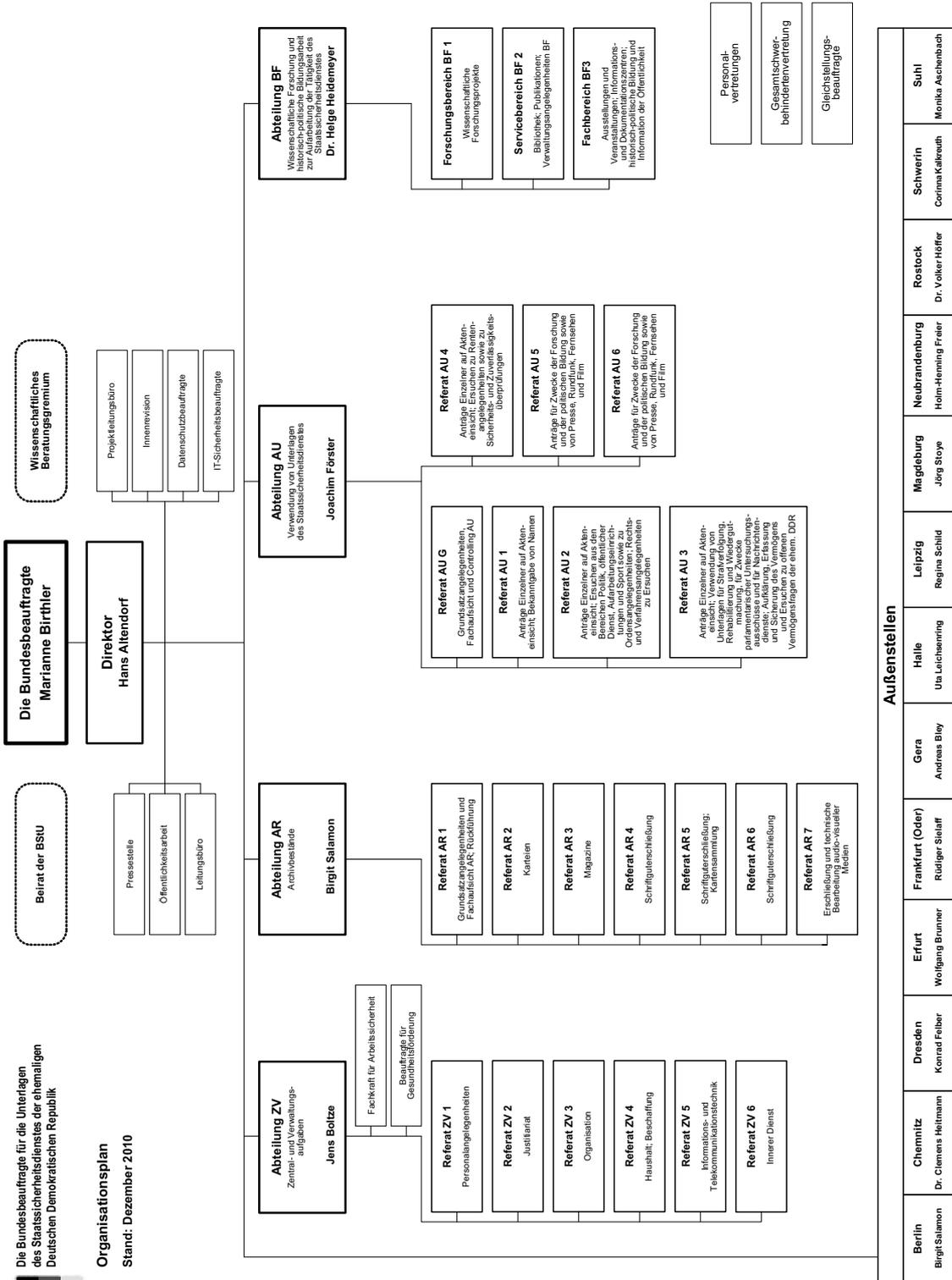
Internationales Diplomatenprogramm

Das Auswärtige Amt in Berlin organisiert regelmäßig ein internationales Diplomatenprogramm bzw. Kolleg für junge Diplomaten und Diplomaten, die in dessen Verlauf Institutionen besuchen und Einblicke in aktuelle Themen bekommen, einen interkulturellen Dialog führen und bürgerschaftliches Engagement kennenlernen. Ende 2009 war es für Diplomaten aus dem Nahen und Mittleren Osten, Nordafrika, Süd- und Südostasien aufgelegt worden. Im November 2009 hatten die Bundesbeauftragte und mehrere Fachkollegen Gelegenheit, über die Aufgaben der Behörde zu sprechen. Diskutiert wurde auch über die virtuelle Rekonstruktion von zerrissenen MfS-Unterlagen und den derzeitigen Forschungsstand dazu. Innerhalb des Programms folgte ein weiterer Diplomatenlehrgang für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Mittel- und Osteuropa, China sowie Russland im Juni 2010. Diplomaten und Diplomaten aus den Regionen Naher Osten, Nordafrika sowie Süd- und Südostasien wurde am 4. November 2010 ein Informationsbesuch im Berliner Archiv der BStU angeboten.

Anhang

	Seite
Anhang 1	Organisationsplan 106
Anhang 2	Anschriftenverzeichnis 107
Anhang 3	Entwicklung des Personalbestandes 109
Anhang 4	Mitglieder des Beirats 110
Anhang 5	Eingang und Erledigung von Anträgen und Ersuchen 111
Anhang 6	Bürgeranträge – Verteilung der Antragseingänge 113
Anhang 7	Anträge gemäß §§ 32 und 34 StUG – Antragseingänge, Themenkomplexe, Struktur der Antragsteller 114
Anhang 8	Mitglieder des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums 117
Anhang 9	Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums der Abteilung Bildung und Forschung im Berichtszeitraum 118
Anhang 10	Publikationsreihen 119
Anhang 11	Materialien der BStU für die historisch-politische Bildungsarbeit 125
Anhang 12	Wanderausstellung 127
Anhang 13	Regionale Ausstellungen der Außenstellen 128
Anhang 14	Das Bildungszentrum Berlin, die Informations- und Dokumentationszentren der BStU sowie Gedenkstätten 130
Anhang 15	Gemeinsame Erklärung des Thüringer Kultusministers und der BStU 131
Anhang 16	Gemeinsame Erklärung des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der BStU 133
Anhang 17	Gemeinsame Erklärung des Senators für Bildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin und der BStU 136
Anhang 18	Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 zu erinnern! Eine Erklärung zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts 139
Anhang 19	Abkürzungsverzeichnis 143

Anhang 1



Anhang 2

Anschriftenverzeichnis**Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik****Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Zentralstelle der BStU****Postanschrift:**

10106 Berlin

Hausanschrift/Akteneinsichtsbereich/Lesesäle/Antragstellung:

Karl-Liebknecht-Str. 31/33	Telefon	030 2324-50
10178 Berlin	Telefax	030 2324-7799
	Telefon	030 18 665-0
	Telefax	030 18 665-7799

Bürgerberatung:

Telefon	030 2324-7000
Telefon	030 18 665-7000

Für persönliche Beratungsgespräche wird um vorherige Terminvereinbarung gebeten.

E-Mail: post@bstu.bund.de**Internet-Adresse:** <http://www.bstu.de>**Anschrift/Telefon- und Faxnummer der Außenstelle in Brandenburg****Frankfurt (Oder)**

Fürstenwalder Poststraße 87	Telefon	0335 6068-0
15234 Frankfurt	Telefax	0335 6068-2419
	E-Mail	astfrankfurt@bstu.bund.de

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern**Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120	Telefon	0395 7774-0
17033 Neubrandenburg	Telefax	0395 7774-1619
	E-Mail	astneubrandenburg@bstu.bund.de

Rostock

Hohen Tannen 11	Telefon	038208 826-0
18196 Waldeck-Dummerstorf	Telefax	038208 826-1219
	E-Mail	astrostock@bstu.bund.de

Schwerin

19065 Görslow	Telefon	03860 503-0
	Telefax	03860 503-1419
	E-Mail	astschwerin@bstu.bund.de

noch Anhang 2

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Sachsen

Chemnitz

Jagdschänkenstraße 52 09117 Chemnitz	Telefon Telefax E-Mail	0371 8082-0 0371 8082-3719 astchemnitz@bstu.bund.de
---	------------------------------	---

Leipzig

Dittrichring 24 04109 Leipzig	Telefon Telefax E-Mail	0341 2247-0 0341 2247-3219 astleipzig@bstu.bund.de
----------------------------------	------------------------------	--

Dresden

Riesaer Straße 7 01129 Dresden	Telefon Telefax E-Mail	0351 2508-0 0351 2508-3419 astdresden@bstu.bund.de
-----------------------------------	------------------------------	--

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Sachsen-Anhalt

Halle

Blücherstraße 2 06122 Halle (Saale)	Telefon Telefax E-Mail	0345 6141-0 0345 6141-2719 asthalle@bstu.bund.de
--	------------------------------	--

Magdeburg

Georg-Kaiser-Straße 4 39116 Magdeburg	Telefon Telefax E-Mail	0391 6271-0 0391 6271-2219 astmagdeburg@bstu.bund.de
--	------------------------------	--

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Thüringen

Erfurt

Petersberg Haus 19 99084 Erfurt	Telefon Telefax E-Mail	0361 5519-0 0361 5519-4719 asterfurt@bstu.bund.de
------------------------------------	------------------------------	---

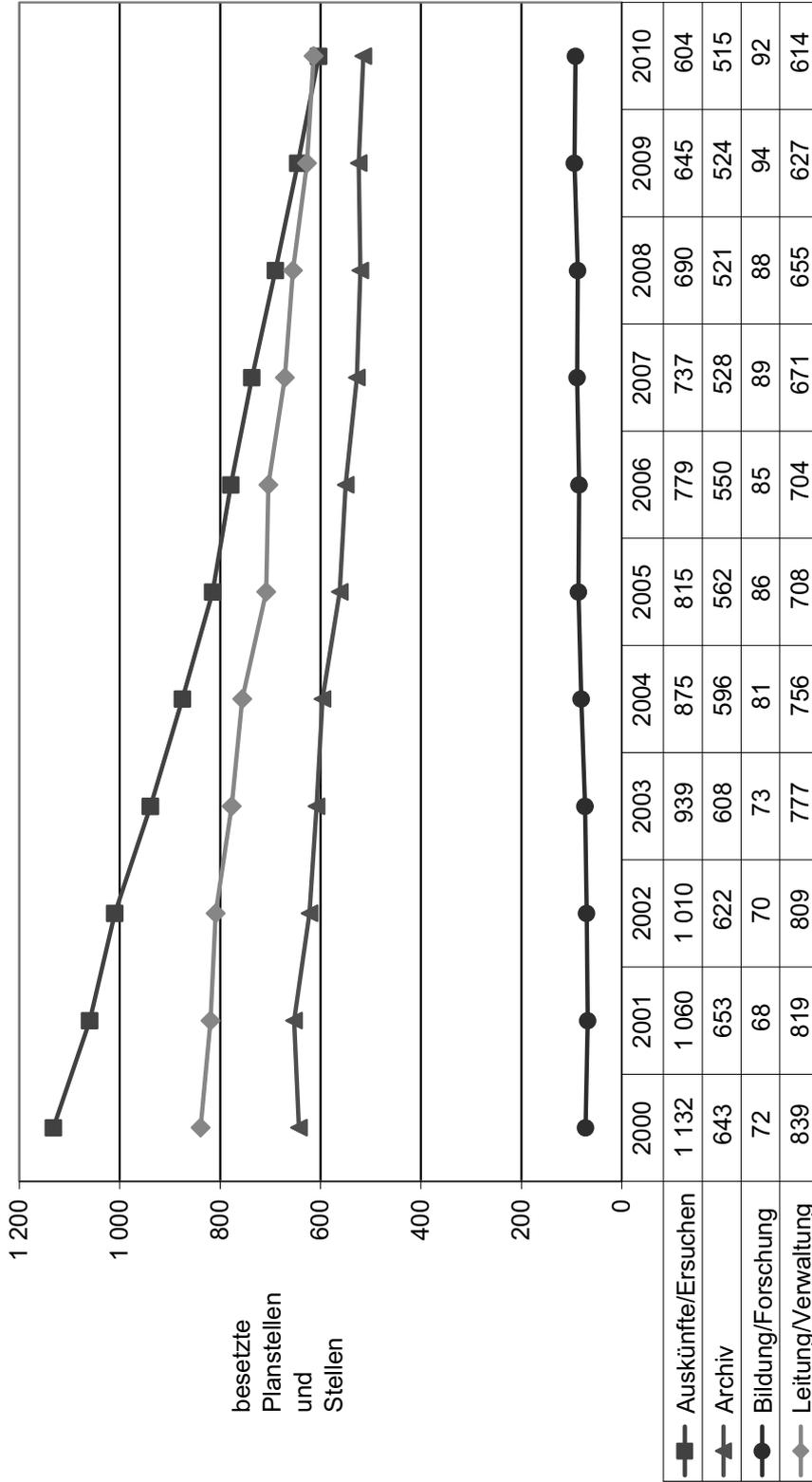
Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1 07548 Gera	Telefon Telefax E-Mail	0365 5518-0 0365 5518-4219 astgera@bstu.bund.de
--	------------------------------	---

Suhl

Weidbergstraße 34 98527 Suhl	Telefon Telefax E-Mail	03681 456-0 03681 456-4519 astsuhl@bstu.bund.de
---------------------------------	------------------------------	---

Entwicklung des Personalbestandes der BSTU
(nach Aufgabenbereichen)



Anhang 4**Mitglieder des Beirats**

Stand: Dezember 2010

Vom Deutschen Bundestag gewählte Mitglieder des Beirats:

1. Prof. Dr. Richard Schröder Vorsitzender des Beirats
2. Ulrike Poppe erste stellvertretende Vorsitzende
3. Markus Meckel
4. Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller
5. Beatrix Philipp, MdB
6. Christoph Waitz
7. Prof. Dr. Manfred Wilke
8. Jörn Wunderlich, MdB

Von den Ländern benannte Mitglieder des Beirats:

9. Rainer Eppelmann Brandenburg
zweiter stellvertretender Vorsitzender
10. Wolf-Dieter Beyer Sachsen
11. Ludwig Große Thüringen
12. André Gursky Sachsen-Anhalt
13. Martin Gutzeit Berlin
14. Dr. Ulrike Höroldt Sachsen-Anhalt
15. Prof. Dr. Georg Machnik Thüringen
16. Jörn Mothes Mecklenburg-Vorpommern
17. Hansjörg Weigel Sachsen

Im Berichtszeitraum ergaben sich im Beirat folgende personelle Entwicklungen:

Peter Oleikiewitz, der das Land Sachsen-Anhalt fünf Jahre im Beirat vertreten hatte, schied aus dem Gremium aus. Als sein Nachfolger wurde im Oktober 2009 André Gursky vom Landtag Sachsen-Anhalt benannt.

Als Mitglied des Beirats für weitere fünf Jahre bestellt wurde Martin Gutzeit, wiederbenannt vom Berliner Abgeordnetenhaus.

Anhang 5

Eingang von Anträgen und Ersuchen
Stand: Dezember 2010

Verwendungszweck	1990/91 – 2000	2001/2002	2003/2004	2005/2006	2007	2008	2009	2010	Eingänge gesamt
Bürgeranträge gesamt¹	1 793 469	210 303	189 010	177 642	101 521	87 366	102 658	87 514	2 749 483
Ersuchen öffentlicher Dienst	1 580 342	29 222	79 495	64 133	523	345	175	76	1 754 311
Ersuchen Rentenanlagenheiten ²	686 759	126 902	167 132	111 014	27 010	10 734	6 792	5 334	1 141 677
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/ Zuverlässigkeitsüberprüfungen	91 651	29 434	21 182	23 896	9 032	9 120	11 587	10 606	206 508
Sonstige Ersuchen (Überprüfung parla- mentarischer Mandatsträger, Ordens- angelegenheiten u. a.)	181 747	9 066	7 113	10 640	1 311	1 561	3 087	6 393	220 918
Ersuchen Überprüfung gesamt	2 540 499	194 624	274 922	209 683	37 876	21 760	21 641	22 409	3 323 414
Ersuchen Rehabilitierung	69 510	10 542	3 940	2 642	1 593	2 246	2 368	2 240	95 081
Ersuchen Wiedergutmachung	80 322	13 948	8 072	6 648	7 128	29 712	8 678	6 968	161 476
Ersuchen Strafverfolgung	200 692	8 027	6 630	3 071	761	250	373	302	220 106
Ersuchen Reha/WGM/StV gesamt	350 524	32 517	18 642	12 361	9 482	32 208	11 419	9 510	476 663
Anträge Forschung und politische Bildung ³	5 204	1 253	1 365	1 435	853	851	1 037	910	12 908
Anträge Presse, Rundfunk und Film ³	6 457	958	989	917	534	567	893	576	11 891
Anträge Forschung/Medien gesamt³	11 661	2 211	2 354	2 352	1 387	1 418	1 930	1 486	24 799
Summe	4 696 153	439 655	484 928	402 038	150 266	142 752	137 648	120 919	6 574 359

¹ umfasst Anträge auf Auskunft, Einsicht, Kopienherausgabe und Decknamenentschlüsselung

² Im Ergebnis der 2002 durchgeführten Bestandszählung wurde der Eingang an Ersuchen des Jahres 1999 um 35 017 Personen verringert.

³ Zählung nur der beantragten Themen

noch Anhang 5

Erledigung von Anträgen und Ersuchen
Stand: Dezember 2010

Verwendungszweck	1991 – 2000	2001/2002	2003/2004	2005/2006	2007	2008	2009	2010	Erledigungen gesamt
Bürgeranträge gesamt¹	1 640 883	270 774	223 105	193 874	98 387	89 812	90 626	89 453	2 672 467
Ersuchen öffentlicher Dienst	1 567 949	37 791	29 504	117 942	508	332	203	78	1 754 307
Ersuchen Rentenanlagenheiten	599 380	166 897	178 861	117 420	43 514	14 336	12 697	7 300	1 140 405
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/ Zuverlässigkeitsüberprüfungen	86 145	31 337	22 800	25 132	8 915	8 590	11 121	11 506	205 546
Sonstige Ersuchen (Überprüfung parlamentarischer Mandatsträger, Ordensangelegenheiten u. a.)	174 370	13 912	6 152	13 897	1 185	1 558	2 179	5 047	218 300
Ersuchen Überprüfung gesamt	2 427 844	249 937	237 317	274 391	54 122	24 816	26 200	23 931	3 318 558
Ersuchen Rehabilitierung	71 774	7 031	4 256	2 518	1 339	2 673	2 008	2 433	94 032
Ersuchen Wiedergutmachung	71 065	16 693	11 427	7 295	4 070	28 940	12 657	7 075	159 222
Ersuchen Strafverfolgung	187 162	13 693	5 075	6 839	1 311	5 023	532	260	219 895
Ersuchen Reha/WGM/StV gesamt	330 001	37 417	20 758	16 652	6 720	36 636	15 197	9 768	473 149
Anträge Forschung und politische Bildung ²	3 384	1 316	1 563	1 742	877	878	1 025	931	11 716
Anträge Presse, Rundfunk und Film ²	5 574	1 043	1 107	1 100	595	587	798	666	11 470
Anträge Forschung/Medien gesamt²	8 958	2 359	2 670	2 842	1 472	1 465	1 823	1 597	23 186
Summe	4 407 686	560 487	483 850	487 759	160 701	152 729	133 846	124 749	6 487 360

¹ umfasst Anträge auf Auskunft, Einsicht, Kopienherausgabe und Decknamenentschlüsselung. Im Ergebnis der 2002 durchgeführten Bestandszählung wurde die Summe der Jahre 1992 bis 2002 um 24 447 Erledigungen verringert.

² Zählung nur der abgearbeiteten Themen

Anhang 6

Bürgeranträge
Verteilung der Antragseingänge auf die Bundesländer
Stand: Dezember 2010

Bundesland davon Standort	Anträge
Berlin Zentralstelle	646 085
Bundesländer	
Mecklenburg-Vorpommern	297 489
– Neubrandenburg	71 105
– Rostock	115 284
– Schwerin	111 100
Brandenburg	280 646
– Frankfurt (Oder)	162 322
– Potsdam*	118 324
Sachsen-Anhalt	342 984
– Halle	147 163
– Magdeburg	195 821
Thüringen	456 297
– Erfurt	216 132
– Gera	123 523
– Suhl	116 642
Sachsen	725 982
– Chemnitz	277 853
– Dresden	249 662
– Leipzig	198 467
Gesamt BSTU	2 749 483

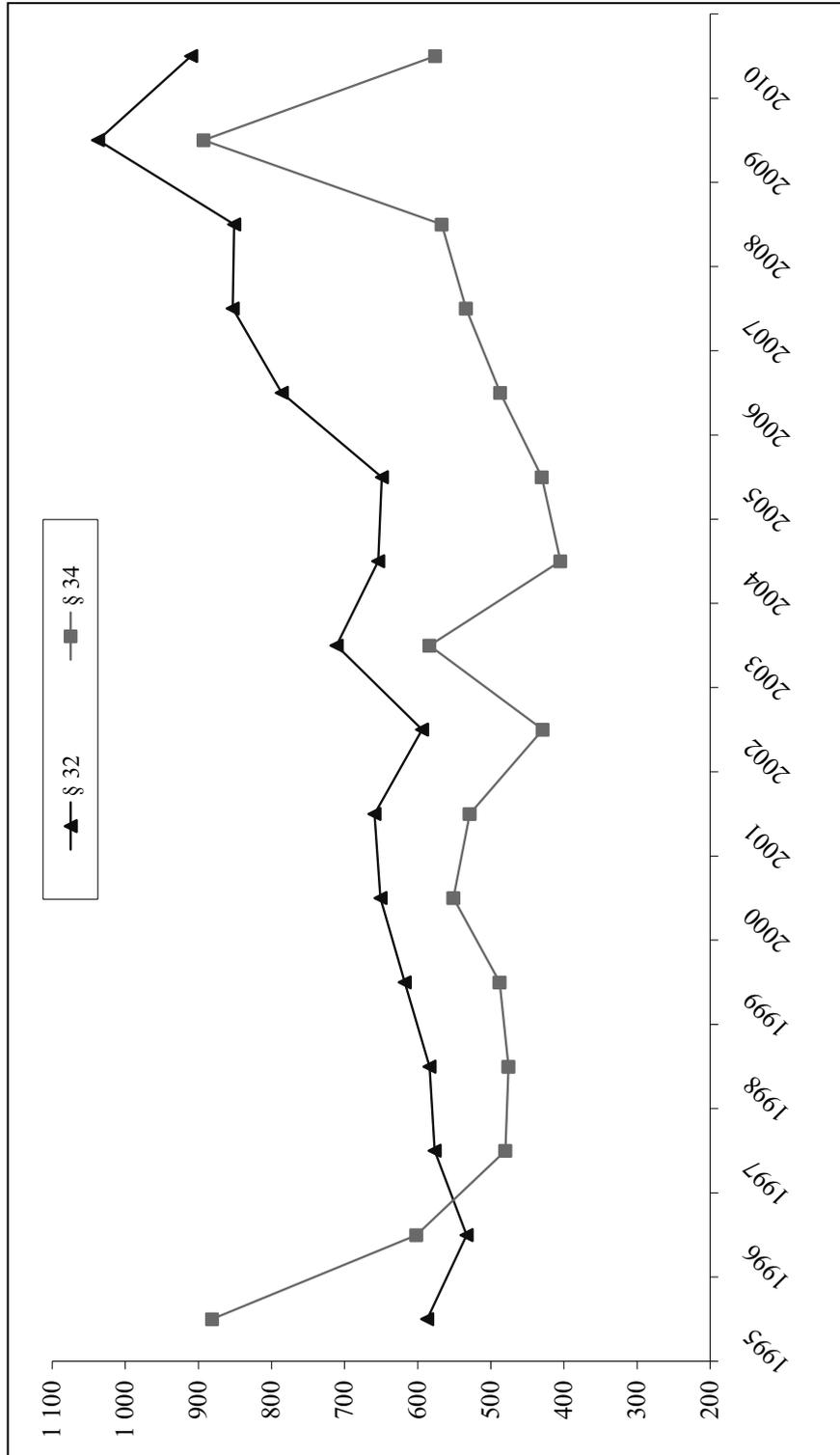
* bis 31.12.2008

Anhang 7

Stand: Dezember 2010

Eingänge von Anträgen gemäß §§ 32 und 34 StUG für den Zeitraum 1995 bis 2010

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
§ 32	587	533	577	584	618	651	659	594	711	654	649	786	853	851	1 037	910
§ 34	881	602	480	476	488	551	529	429	584	405	430	487	534	567	893	576

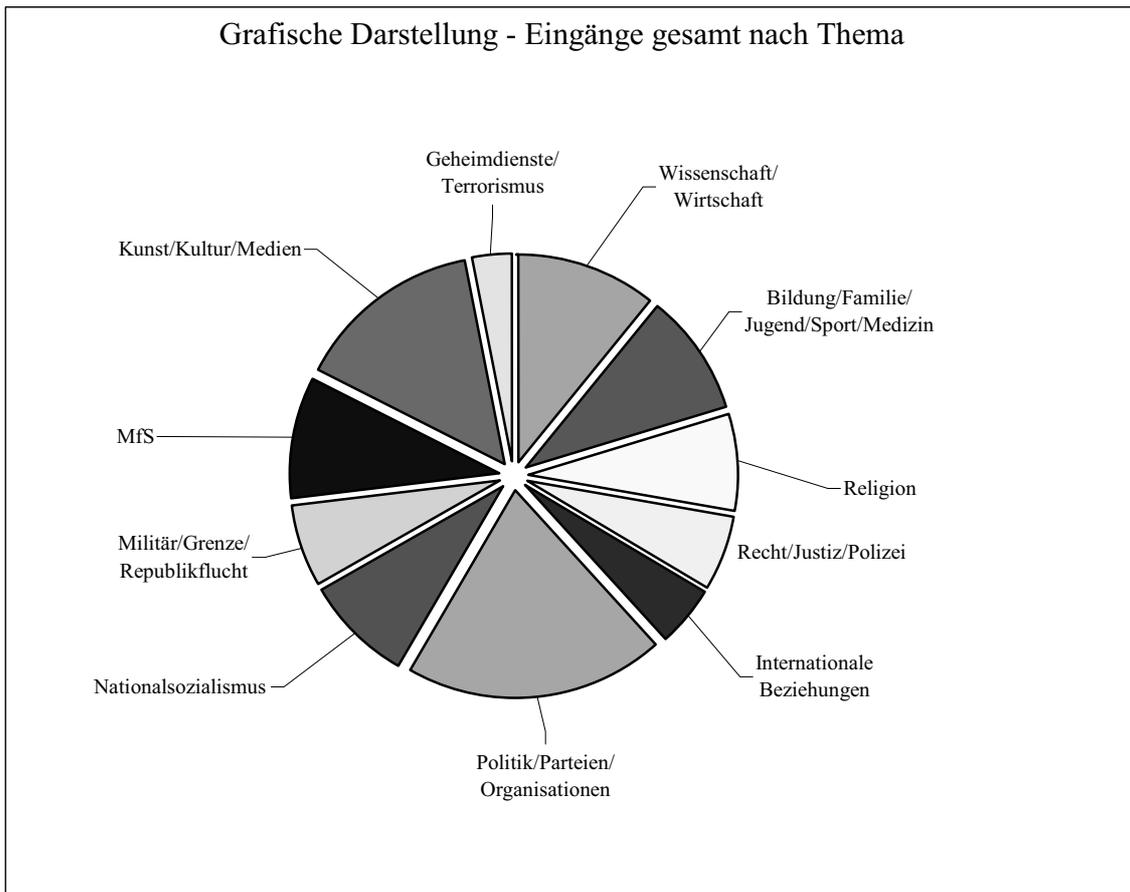


noch Anhang 7

Antragseingänge gemäß §§ 32 und 34 StUG
Stand: Dezember 2010

Themenkomplexe	Eingänge gesamt	§ 32	§ 34
Wissenschaft/Wirtschaft	2 679	1 381	1 298
Bildung/Familie/Jugend/Sport/Medizin	2 369	1 006	1 363
Religion	1 862	1 031	831
Recht/Justiz/Polizei	1 407	745	662
Internationale Beziehungen	1 171	522	649
Politik/Parteien/Organisationen	4 964	2 772	2 192
Nationalsozialismus	2 047	1 607	440
Militär/Grenze/Republikflucht	1 586	815	771
MfS	2 407	980	1 427
Kunst/Kultur/Medien	3 553	1 799	1 754
Geheimdienste/Terrorismus	754	250	504
gesamt	24 799	12 908	11 891

Grafische Darstellung - Eingänge gesamt nach Thema



noch Anhang 7

Struktur der Antragsteller
Eingang von Anträgen im Berichtszeitraum

§ 32 StUG

	Eingang	davon Anträge aus dem Ausland
Universitäten/Hochschulen	520	110
Privatpersonen	496	61
Vereine/Verbände/Institutionen	97	6
Stiftungen	59	1
Kirchen und Glaubensgemeinschaften	31	–
Parteien/Organisationen	6	–
Museen	71	1
Landesbeauftragte	63	–
Aufarbeitungsinitiativen	17	–
Sonstige	305	19
gesamt	1 665	198

§ 34 StUG

	Eingang	davon Anträge aus dem Ausland
Tageszeitungen	361	14
Wochenmagazine	129	2
Freie Journalisten	109	11
Medien, öffentlich-rechtlich	436	7
Medien, privat	47	12
Produktionsgesellschaften	106	10
Wochenzeitungen	28	1
Agenturen	39	2
Sonstige	35	5
gesamt	1 290	64

Anhang 8

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums der BStU

Stand: Dezember 2010

Vom Bundestag benannte Mitglieder:

Prof. Dr. Hans-Joachim Veen	Vorsitzender Politikwissenschaftler, seit 2002 Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Ettersberg Weimar
Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke	stellvertretender Vorsitzender Historiker, seit 1997 Universitätsprofessor an der Technischen Universität Dresden
Dr. Hubertus Knabe	Historiker, seit 2000 Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
Prof. Dr. Thomas Lindenberger	Historiker, seit 2009 Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit, Wien
Dr. Ulrich Mählert	Politikwissenschaftler, seit 1999 Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin
Prof. Dr. Angelika Menne-Haritz	Historikerin, seit 2006 Vizepräsidentin des Bundesarchivs, Berlin
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller	Historiker, seit 1992 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, München
Dr. Wilfriede Otto	Historikerin, Berlin
Prof. Dr. Alexander Vatlin	Historiker, seit 2006 Professor für neue und neueste Geschichte an der Historischen Fakultät der Lomonossow-Universität, Moskau

Anhang 9

Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums der Abteilung Bildung und Forschung im Berichtszeitraum

Datum	Referent	Thema
22.04.2009	Dr. Christian Halbrock	Stasi-Stadt. Berlin-Lichtenberg nördlich der Frankfurter Allee als Stadtraum und Sitz der MfS-Zentrale
10.06.2009	Dr. Georg Herbstritt	Über die Zusammenarbeit des MfS und der rumänischen Securitate
07.10.2009	Michael Bienert (Historisches Institut, Universität Potsdam)	Parlamentarismus in der sowjetischen Besatzungszone? Grenzen und Möglichkeiten des politischen Handelns in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen, 1946 bis 1950
04.11.2009	Andreas Schmidt	Jürgen Fuchs und Gerhard Hieke – Eine einfache Geschichte?
09.12.2009	Hans-Jürgen Rother	„Dreiländerspiel“. Verbindungen ungarischer Oppositioneller in das geteilte Deutschland in den 1970er- und 1980er-Jahren
26.01.2010	Tobias Scheufele	Integration einer heterogenen Bewegungspartei. Politische Kommunikationsformen der GRÜNEN in ihrer ersten Legislaturperiode im Bundestag 1983 bis 1987
24.02.2010	Prof. Dr. Daniela Münkler	Das Ende der Vollkollektivierung der Landwirtschaft im Spiegel der ZAIG-Berichte des Jahres 1960
05.05.2010	Dr. Roger Engelmann-Moock	Staatssicherheit in der Provinz. Rolle und Struktur einer MfS-Kreisdienststelle in den 1980er-Jahren am Beispiel Halberstadt
19.05.2010	Christian Booß	Der Schlüssel zu Kerbloch- und anderen interessanten Karteien – Vorüberlegungen zu den kartei- und dateigeschützten Informationsverarbeitungssystemen des MfS
09.06.2010	Dr. Matthias Braun	Dramaturgie der Repression. Eine Studie zum Kulturkampf in der DDR-Provinz der 1980er-Jahre
07.07.2010	Dr. Thomas Klein (Historiker in Berlin)	Sisyphos in Westberlin oder warum die SEW nie über die Mühen der Ebenen hinaus kam
20.10.2010	Arno Polzin	Die Disziplinäreinheit Schwedt und das MfS
17.11.2010	Susanne Muhle M.A. (Stiftung Berliner Mauer)	Menschenraub. Die Entführungsaktionen des Ministeriums für Staatssicherheit
08.12.2010	Reinhard Buthmann	Der Einfluss der Staatssicherheit auf die Umsetzung der Wissenschaftspolitik der DDR. Ein Zwischenbericht

Anhang 10

Publikationsreihen**Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten –
Analysen und Dokumente****Über den Buchhandel zu beziehen**

Erschienen im Ch. Links Verlag, Berlin (zahlreiche Titel sind auch als digitale Bücher verfügbar unter www.links-verlag.de)

Band 1: Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, 244 S., 2. Aufl., Berlin 1996, 15,50 Euro, ISBN 3-86153-098-8

Band 2: Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, 264 S., 4., akt. Aufl., Berlin 1997, 17,50 Euro, ISBN 3-86153-099-6

Band 3: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, 544 S., 4., durchges. Aufl., Berlin 2010, 20,50 Euro, ISBN 3-86153-101-1

Band 4: Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kulturministerium gegen Heiner Müllers „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande“ im Oktober 1961, 170 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1996, 12,00 Euro, ISBN 3-86153-102-X

Band 5: Siegfried Suckut (Hg.): Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, 472 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2001, 20,50 Euro, ISBN 3-86153-111-9

Band 6: Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, 888 S., Berlin 1996, 34,80 Euro, ISBN 3-86153-121-6

Band 7: Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, 464 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1997, 24,50 Euro, ISBN 3-86153-122-4

Band 8: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, 351 S., Berlin 1997, 19,50 Euro, ISBN 3-86153-131-3

Band 9: Silke Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, 218 S., Berlin 2000, 10,00 Euro, ISBN 3-86153-146-1

Band 10: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, 1 118 S., 2. Aufl., Berlin 1998, 34,80 Euro, ISBN 3-86153-145-3

Band 11: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und

politische Prozesse in der DDR 1953–1956, 359 S., Berlin 1998, 19,50 Euro, ISBN 3-86153-147-X

Band 12: Reinhard Buthmann: Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Mit einem Vorwort von Walter Süß, 256 S., Berlin 1997, 12,50 Euro, ISBN 3-86153-153-4

Band 13: Clemens Vollnhals: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, 312 S., 2., akt. Aufl., Berlin 2000, 15,50 Euro, ISBN 3-86153-215-8

Band 14: Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, 773 S., 3. Aufl., Berlin 2000, 29,50 Euro, ISBN 3-86153-173-9

Band 15: Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, 815 S., 2. Aufl., Berlin 1999, 29,50 Euro, ISBN 3-86153-181-X

Band 16: Roger Engelmann und Clemens Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteierrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, 574 S., Berlin 1999, 24,50 Euro, ISBN 3-86153-184-4

Band 17: Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Ehrhart Neubert, 192 S., 5. Aufl., Berlin 2004, 10,00 Euro, ISBN 3-86153-183-6

Band 18: Hubertus Knabe: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“, 597 S., 2. Aufl., Berlin 1999, 24,50 Euro, ISBN 3-86153-182-8

Band 19: Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, 260 S., Berlin 2000, 15,50 Euro, ISBN 3-86153-226-3

Band 20: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, 615 S., Berlin 2000, 24,50 Euro, ISBN 3-86153-227-1

Erschienen im Verlag Edition Temmen, Bremen

Band 21: Ehrhart Neubert und Bernd Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, 457 S., Bremen 2001, 24,90 Euro, ISBN 3-86108-792-8

Band 22: Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, 212 S., Bremen 2003, 10,90 Euro, ISBN 3-86108-373-6

Band 23: Georg Herbstritt und Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, 458 S., Bremen 2003, 22,90 Euro, ISBN 3-86108-388-4

Band 24: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: Der „Tag X“ und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Re-

noch Anhang 10

aktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, 347 S., Bremen 2003, 17,90 Euro, ISBN 3-86108-386-8

Band 25: Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczuk und Ehrhart Neubert: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, 847 S., zahlr. Abb., Bremen 2004, 29,90 Euro, ISBN 3-86108-387-6

Band 26: Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift „Sinn und Form“. Ein ungeliebtes Aushängeschild der SED-Kulturpolitik, 229 S., Bremen 2004, 11,90 Euro, ISBN 3-86108-398-1

Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Band 27: Roger Engelmann und Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, 478 S., Göttingen 2005, 32,90 Euro, ISBN 3-525-35004-X

Band 28: Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, 448 S., 3. Aufl., Göttingen 2007, 29,90 Euro, ISBN 3-525-35018-X

Band 29: Georg Herbristritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, 459 S., Göttingen 2007, 29,90 Euro, ISBN 978-3-525-35021-8

Band 30: Jens Gieseke (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, 383 S., Göttingen 2007, 27,90 Euro, ISBN 978-3-525-35083-6

Band 31: Matthias Braun: Kulturinsel und Machtinstrument. Die Akademie der Künste, die Partei und die Staatssicherheit, 446 S., Göttingen 2007, 31,90 Euro, ISBN 978-3-525-35049-2

Band 32: Roger Engelmann, Thomas Großbölting, Hermann Wentker: Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen, 478 S., Göttingen 2008, 34,90 Euro, ISBN 978-3-525-35052-2

Band 33: Łukasz Kamiński, Krzysztof Persak und Jens Gieseke (Hg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, 583 S., Göttingen 2009, 39,90 Euro, ISBN 978-3-525-35100-0

Unterreihe: Biografische Quellen im Verlag Edition Temmen, Bremen

Band 1: Peter Eisenfeld: „... rausschmeißen ...“. 20 Jahre politische Gegnerschaft in der DDR, 504 S., zahlr. Abb., Bremen 2002, 24,90 Euro, ISBN 3-86108-342-6

Band 2: Wolfgang Schollwer: „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–1957, 298 S., Bremen 2004, 15,90 Euro, ISBN 3-86108-043-5

Unterreihe: Biografische Quellen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Band 3: Dietmar Riemann: Laufzettel. Tagebuch einer Ausreise, 512 S., Göttingen 2005, 29,90 Euro, ISBN 3-525-35800-8

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung

Über den Buchhandel zu beziehen

Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Siegfried Suckut (Hg.): Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2009, 29,95 Euro, ISBN 978-3-525-37300-2

Frank Joestel (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1988. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2010, 29,95 Euro, ISBN 978-3-525-37502-0

Einzelveröffentlichungen

Über den Buchhandel zu beziehen

Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Wann bricht schon mal ein Staat zusammen! Die Debatte über die Stasi-Akten auf dem 39. Historikertag 1992, München 1993 (vergriffen)

Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei. Aufgaben, Struktur und Verhältnis zum MfS, 56 S., Berlin 1994 (vergriffen)

Clemens Vollnhals: Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, 24 S., Berlin 1995 (vergriffen)

Bernd Eisenfeld und Roger Engelmann: 13. August 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 120 S., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-87-5

Ilko-Sascha Kowalczuk: 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, 312 S., Audio-CD, Bremen 2003, Schutzgebühr 10,00 Euro, ISBN 978-3-942130-86-8

Jens Gieseke: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, 320 S., 3., erw. und akt. Aufl., München 2006, 24,90 Euro, ISBN 3-421-05952-7

Helmut Müller-Enbergs unter Mitarbeit von Susanne Muhle: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken, 1 024 S., Berlin 2008, 39,30 Euro, ISBN 978-3-86153-441-9

Feind ist, wer anders denkt. Eine Ausstellung über die Staatssicherheit der DDR, 88 S., Berlin 2008, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-89-9

Ilko-Sascha Kowalczuk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 602 S., München 2009, 24,90 Euro, ISBN 978-3-406-58357-5

noch Anhang 10

Ilko-Sascha Kowalczyk: Die 101 wichtigsten Fragen – DDR, 159 S., München 2009, 9,95 Euro, ISBN 978-3-406-59232-4

MfS-Handbuch

Anatomie der Staatssicherheit – Geschichte, Struktur, Methoden

Über den Buchhandel bzw. die BStU zu beziehen

Roland Wiedmann (Bearb.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Teil V/1, 403 S., Berlin 1995, Schutzgebühr 10,00 Euro, ISBN 978-3-942130-27-1

Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil IV/1, 107 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-25-7

Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Teil III/17, 52 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-16-5

Tobias Wunschik: Die Hauptabteilung XXII: „Terrorabwehr“, Teil III/16, 56 S., 2. Aufl., Berlin 1995, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-14-1

Günter Förster: Die Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III/6, 42 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-22-6

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, Teil III/10, 130 S., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-12-7

Hanna Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr, Teil III/7, 79 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-05-9

Silke Schumann: Die Parteiorganisation der SED im MfS, Teil III/20, 89 S., 3. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-23-3

Jens Gieseke (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Teil V/4, 84 S., Berlin 1998, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-30-1

Reinhard Buthmann: Die Objektdienststellen des MfS, Teil II/3, 25 S., Berlin 1999, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-24-0

Hubertus Knabe: Die Rechtsstelle des MfS, Teil III/4, 21 S., Berlin 1999, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-21-9

Reinhard Buthmann: Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung, Teil III/11, 67 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-18-9

Roger Engelmann und Frank Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS, Teil V/5, 508 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 10,00 Euro, ISBN 978-3-942130-31-8

Johannes Beileites: Abteilung XIV: Haftvollzug, 65 S., Berlin 2004 (vergriffen), ISBN 978-3-942130-11-0

Stephan Wolf: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen, Teil III/13, 102 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-04-2

Hanna Labrenz-Weiß: Abteilung M, Teil III/19, 48 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-17-2

Monika Tantzsch: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr, Teil III/14, 109 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-07-3

Angela Schmole: Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung, Teil III/19, 66 S., 2. Aufl., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-19-6

Thomas Auerbach, Matthias Braun, Bernd Eisenfeld, Gesine von Prittwitz und Clemens Vollnhals: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“, 179 S., Berlin 2008, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-13-4

Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, 53 S., Berlin 2008, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-26-4

Tobias Wunschik: Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei, 99 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-08-0

Roger Engelmann und Frank Joestel: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, 100 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-20-2

Walter Süß: Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR. Geschichte der Staatssicherheit, 114 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-03-5

Andreas Schmidt: Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr, 238 S., mit Beilagekarte zum Stützpunktsystem der HA III, Berlin 2010, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-06-6

Die bereits erschienenen Handbuch-Lieferungen sind zum Teil auch online verfügbar unter www.bstu.de. Dort findet sich auch eine aktuelle Übersicht über das Gesamtwerk.

Dokumente (Reihe A)

Über den Buchhandel bzw. die BStU zu beziehen

Günter Förster: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“ des MfS. Eine annotierte Bibliographie, 143 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-35-6

Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, 349 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-36-3

noch Anhang 10

Günter Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlußarbeiten an der Hochschule des MfS, 577 S., Berlin 1998, Schutzgebühr 10,00 Euro, ISBN 978-3-942130-37-0

Frank Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner durch die Staatssicherheit im Jahre 1988. Der letzte Jahresbericht der MfS-Hauptabteilung Untersuchung, 128 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-38-7

MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht, 209 S., Berlin 1994 (vergriffen)

Die „Dokumente (Reihe A)“ werden fortgeführt in der Reihe „BF informiert“.

Analysen und Berichte (Reihe B)

Über den Buchhandel bzw. die BStU zu beziehen

Thomas Auerbach unter Mitarbeit von Wolf-Dieter Sailer: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, 154 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2000 (vergriffen)

Bodo Wegmann und Monika Tantzsch: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, 104 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-44-8

Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 106 S., 3. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-42-4

Monika Tantzsch: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von „Republikflucht“, 161 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-45-5

Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, 311 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-46-2

Aus der Veranstaltungsreihe der Bundesbeauftragten:

Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit (öffentliche Veranstaltung am 26. Oktober 1995), 129 S., 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-43-1

Bearbeiten – Zersetzen – Liquidieren; Die Inoffiziellen Mitarbeiter; Freiheit für meine Akte, Berlin 1993 (vergriffen)

Tobias Hollitzer: „Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag“. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Erste Erkenntnisse und Schlußfolgerungen, 321 S., 2. durchges. Aufl., Berlin 2000 (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: Das Zusammenspiel von Staatssicherheit und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976, Berlin 1993 (vergriffen)

Monika Tantzsch: Maßnahme „Donau“ und Einsatz „Genesung“. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, 145 S., 2. Aufl., Berlin 1998 (vergriffen)

Verfolgung und die Folgen. Über den Umgang mit den Opfern (öffentliche Veranstaltung am 27. Oktober 1994), 98 S., Berlin 1995 (vergriffen)

Die „Analysen und Berichte (Reihe B)“ werden fortgeführt in der Reihe „BF informiert“.

BF informiert

Über den Buchhandel bzw. die BStU zu beziehen

Walter Süß (Edition): Erich Mielke und KGB-Vize Leonid Schebarschin über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Mitschrift eines Streitgesprächs am 7. April 1989, 41 S., (1/1993) (vergriffen)

Joachim Walther und Gesine von Prittwitz: Staatssicherheit und Schriftsteller. Bericht zum Forschungsprojekt, 30 S., (2/1993) (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: IM-Statistik 1985–1989, 64 S., (3/1993) (vergriffen), ISBN 978-3-942130-50-9

Jens Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962. Zur Personalstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994) (vergriffen), ISBN 978-3-942130-51-6

Jürgen Fuchs: Unter Nutzung der Angst. Die „leise Form“ des Terrors – Zersetzungsmaßnahmen des MfS, 40 S., (2/1994) (vergriffen)

Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-52-3

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, 75 S., (5/1994), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-53-0

Jens Gieseke: Doktoren der Tschekestik. Die Promovenden der „Juristischen Hochschule“ des MfS, 29 S., (6/1994) (vergriffen), ISBN 978-3-942130-54-7

Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, 81 S., (1/1995), Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-55-4

Andreas Niemann und Walter Süß: „Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden“. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), 71 S., (12/1996), 2. Aufl.,

noch Anhang 10

Berlin 1997, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-56-1

Hans-Peter Löhn: „Unsere Nerven lagen allmählich blank“. MfS und SED im Bezirk Halle. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), 66 S., (13/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, (vergriffen)

Stephan Fingerle und Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit, 70 S., (14/1996), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-57-8

Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard von Zastrow, 124 S., (15/1996), 2., erw. Aufl. (vergriffen)

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, 43 S., (16/1997), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-58-5

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, 36 S., (17/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-59-2

Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer „Sektion DDR“ durch das MfS, 45 S., (18/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-60-8

Holger Horsch: „Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?“. MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), 59 S., (19/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-61-5

Volker Höffer: „Der Gegner hat Kraft“. MfS und SED im Bezirk Rostock. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), 63 S., (20/1997), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-62-2

Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950–1989/90. Ein kurzer historischer Abriss, 56 S., (21/1998) (vergriffen)

Eberhard Stein: „Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen“. MfS und SED im Bezirk Erfurt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5), 57 S., (22/1999), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-63-9

Andrzej Paczkowski: Terror und Überwachung. Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944–1956, 37 S., (23/1999), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-64-6

Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung von Westspionage, 35 S., (24/1999), 3., durchges. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-65-3

Gudrun Weber: Stille Post. Neue Wege der Westarbeit in der Vertriebsorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit in den sechziger Jahren, 65 S., (25/2005), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-66-0

Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten, 59 S., (26/2005), 2., überarb. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-67-7

Joachim Granzow: Die Löwengrube. Als Arzt in DDR-Haftanstalten Mitte der fünfziger Jahre. Ein Erlebnisbericht, 215 S., 2. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-70-7

Regina Teske: Staatssicherheit auf dem Dorfe. Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958, 109 S., (27/2006) (vergriffen), ISBN 978-3-942130-68-4

Helmut Müller-Enbergs: „Rosenholz“. Eine Quellenkritik, 234 S., (28/2007), Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-69-1

Wilhelm Mensing: SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946–1976), 320 S., (29/2010), Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-71-4

Kooperationsprojekte

Über den Buchhandel bzw. die BStU zu beziehen

Akademie für politische Bildung Tutzing/BStU:

Siegfried Suckut und Jürgen Weber (Hg.): Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz, 338 S., München 2003, 19,80 Euro, ISBN 978-3-7892-8135-8

Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam/BStU:

Torsten Diedrich und Ilko-Sascha Kowalczyk: Staatsgründung auf Raten?, 435 S., Berlin 2005, 29,90 Euro, ISBN 3-86153-380-4

Torsten Diedrich und Walter Süß (Hg.): Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten, 372 S., Berlin 2010, 34,90 Euro, ISBN 3-86153-610-9

Bundeszentrale für politische Bildung/BStU:

Jens Gieseke unter Mitarbeit von Doris Hubert: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei, 120 S., Bonn 2001, Schutzgebühr 2,00 Euro

Jens Gieseke (with Doris Hubert): The GDR State Security. Shield and Sword of the Party, translated by Mary Carlene Forszt, 120 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 2,00 Euro, Versand von Einzelexemplaren ins Ausland kostenlos

noch Anhang 10

Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR/BSStU:

Johannes Beleites: Schwerin, Demmlerplatz. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit, 239 S., Schwerin 2001, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-933255-12-9

Robert-Havemann-Gesellschaft e. V./BSStU:

Werner Theuer und Arno Polzin unter Mitarbeit von Bernd Florath: Aktenlandschaft Havemann. Nachlass und Archivbestände zu Robert Havemann in der Robert-Havemann-Gesellschaft und bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 576 S., Berlin 2008, 25,00 Euro, ISBN 978-3-938857-07-6

Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur/BSStU:

Christian Halbrock: „Stasi-Stadt“ – Die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Ein historischer Rundgang um das ehemalige Hauptquartier des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 75 S., Berlin 2009, 12,90 Euro, ISBN 978-3-86153-520-1

Christian Halbrock: Mielkes Revier. Stadtraum und Alltag rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, 256 S., mit zahlreichen bisher unveröffentlichten Fotos und Karten, Berlin 2010, 19,80 Euro, ISBN 978-3-86732-073-3

Archivwissenschaftliche Veröffentlichungen

Archiv zur DDR-Staatssicherheit

Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten im LIT Verlag, Münster

Band 1: Dagmar Unverhau: Das „NS-Archiv“ des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung, 258 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2004, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-3512-X

Band 2: Dagmar Unverhau (Hg.): Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung, 312 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2003, 20,90 Euro, ISBN 3-8258-3924-9

Band 3: Dagmar Unverhau (Hg.) unter Mitarbeit von Roland Lucht: Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, 408 S., 2. Aufl., Münster 2005, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-4515-X

Band 4: Abteilung Archivbestände der BSStU (Hg.): Findbuch zum „Archivbestand 2: Allgemeine Sachablage“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Joachim Franke u. a., 328 S., Münster 2001, 12,90 Euro, ISBN 3-8258-5543-0

Band 5: Dagmar Unverhau (Hg.): Kartenverfälschung als Folge übergroßer Geheimhaltung? Eine Annäherung an

das Thema Einflußnahme der Staatssicherheit auf das Kartenwesen der DDR, 304 S., 3., durchges. Aufl., Münster 2006, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-5964-9

Band 6: Dagmar Unverhau (Hg.): Hatte „Janus“ eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit, 448 S., Münster 2003, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-7120-7

Band 7: Dagmar Unverhau (Hg.): State Security and Mapping in the GDR. Map Falsification as a Consequence of Excessive Secrecy? Lectures to the conference of the BSStU from 8th-9th March 2001 in Berlin, 304 S., Berlin 2006, 29,90 Euro, ISBN 3-8258-9039-2

Band 8: Dagmar Unverhau (Hg.): Vorläufiges Findbuch zur Abteilung X: „Internationale Verbindungen“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Marko Pollack und Doreen Bombitzki, 335 S., Münster 2005, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-9018-x

Band 9: Dagmar Unverhau (Hg.): Geheimhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges, 600 S., Münster 2009, 29,90 Euro, Teilband 1: Beiträge und Anlagen, Teilband 2: Abbildungen, ISBN 978-3-643-10070-2

Band 10: Abteilung Archivbestände der BSStU (Hg.): Vorläufiges Findbuch Sekretariate der Stellvertreter des Ministers Neiber, Mittig und Schwanitz im Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Elisabeth Larssen und Jana Florczak, 400 S., Münster 2008, 19,90 Euro, ISBN 978-3-8258-1106-8

Kostenlos erhältliche Behördenpublikationen

Über die BSStU zu beziehen

Zweiter bis Neunter Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG)

ACT REGARDING THE RECORDS OF THE STATE SECURITY SERVICE OF THE FORMER GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC (STASI RECORDS ACT)

Abkürzungsverzeichnis: Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 130 S., 9., ergänzte und korrigierte Aufl., Berlin 2009

Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz – Zehn Jahre Aufarbeitung, 73 S., Berlin 2002

Entscheidungen gegen das Schweigen. 15 Jahre Einsicht in die Stasi-Unterlagen, 43 S., Berlin 2007

Das „Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ – Ein Reader zu ihren gesetzlichen Grundlagen, Strukturen und Aufgaben, 88 S., Berlin 2010

Anhang 11

Materialien der BStU für die historisch-politische Bildungsarbeit**Reihe „Quellen für die Schule“**

- BStU (Hg.): Jugendliche Inoffizielle Mitarbeiter (IM) am Beispiel des IM „Shenja“. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. 3., korrigierte Auflage, Berlin 2009 (BStU für Schulen – Quellen für die Schule 1). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): Flucht aus der DDR am Beispiel „Versuchter Grenzdurchbruch zweier Schüler“. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. 3., korrigierte Auflage, Berlin 2009 (BStU für Schulen – Quellen für die Schule 2). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): „DDR – eingesperrt“: Jugendliche im Stasi-Visier am Beispiel des Operativen Vorgangs (OV) „Signal“. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. 3., korrigierte Auflage, Berlin 2009 (BStU für Schulen – Quellen für die Schule 3). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): Schülerprotest 1961: Wie die Stasi gegen eine Abiturklasse der Erweiterten Oberschule in Anklam vorging. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. Berlin 2009 (BStU für Schulen – Quellen für die Schule 5). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): Von der Schule verwiesen: Schülerprotest an der Berliner Carl-von-Ossietzky-Schule 1988. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. Berlin 2010 (BStU für Schulen – Quellen für die Schule 6). Abgabe kostenfrei.

Arbeits- und Informationsmappen der Außenstellen

- Petra Saar, Marion Wagner: Stasi-Stücke. Szenische Umsetzungen von Fällen aus MfS-Akten zum Lesen und Nachspielen für Schüler. Erfurt 2004. Schutzgebühr 2,00 Euro.
- BStU (Hg.): Arbeits- und Informationsmappe „Angebote und Materialien für Schulen“ der Außenstelle Frankfurt (Oder) für Lehrer
 Spezielle Materialien für Lehrer mit Informationen zur MfS-Arbeitsweise, Ausstellungs- und Seminarangeboten der Außenstelle sowie Fallbeispielen mit Beispieldokumenten aus dem Raum Frankfurt (Oder). Mit Aktenauszügen und methodisch-didaktischen Hinweisen für die Unterrichtsgestaltung und Lernzielerreichung. Frankfurt (Oder) 2005. Die Mappe ist kostenfrei über die Außenstelle zu beziehen.
- BStU (Hg.): Arbeits- und Informationsmappe „Angebote für Schulen“ der Außenstelle Gera für Lehrer
 Spezielle Materialien für Lehrer, Ausstellungs- und Seminarangebote der Außenstelle sowie Aktenbeispiele. Mit methodisch-didaktischen Hinweisen für die Unterrichtsgestaltung und die Lernzielerreichung. Gera 2007.

Die Mappe ist kostenfrei über die Außenstelle zu beziehen.

- BStU (Hg.): Arbeits- und Informationsmappe „Angebote und Materialien für Schulen“ der Außenstelle Dresden für Lehrer
 Spezielle Materialien für Lehrer mit umfangreichen Informationen zur Struktur und Arbeitsweise des MfS, Seminarangeboten der Außenstelle sowie Aktenauszügen. Mit methodisch-didaktischen Hinweisen für die Unterrichtsgestaltung und die Lernzielerreichung. Dresden 2008. Die Mappe ist kostenfrei über die Außenstelle zu beziehen.
- BStU (Hg.): Arbeits- und Informationsmappe „Angebote und Materialien für Schulen“ der Außenstelle Erfurt für Lehrer
 Spezielle Materialien für Lehrer mit Informationen und ausgewählten Dokumenten zur MfS-Arbeitsweise, Ausstellungs- und Seminarangeboten der Außenstelle sowie Aktenauszügen. Mit methodisch-didaktischen Hinweisen für die Unterrichtsgestaltung und die Lernzielerreichung. Erfurt 2008. Die Mappe ist kostenfrei über die Außenstelle zu beziehen.
- BStU (Hg.): Arbeits- und Informationsmappe „Materialien für Lehrkräfte – Region Potsdam“
 Spezielle Materialien aus der Region Potsdam mit Informationen, Aktenauszügen und ausgewählten Dokumenten zur MfS-Arbeitsweise. Mit methodisch-didaktischen Hinweisen für die Unterrichtsgestaltung und die Lernzielerreichung. Berlin 2010. Die Mappe wird kostenfrei abgegeben.

Materialien auf CD und DVD

- BStU (Hg.): Die Stasi im Jahr 1989. Eine CD-Dokumentation des gleichnamigen BStU-Internetprojekts unter der Leitung von Walter Süß, Berlin 2005. Schutzgebühr 2,00 Euro.
- BStU (Hg.): Das Ministerium für Staatssicherheit. Materialien für den Unterricht: eine Bildungs-CD, Rostock 2007. Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): „Revisor“: Überwachung, Verfolgung, Inhaftierung durch das MfS. Ein Fallbeispiel für den Unterricht. Film-DVD mit einem Original-Lehrfilm des MfS und Bildungs-DVD mit didaktischen Hinweisen und einem Aktenauszug, Berlin 2007 (BStU für Schulen – Quellen für die Schule 4). Schutzgebühr 4,00 Euro.
- BStU (Hg.): Ein Volk unter Verdacht: Die Staatssicherheit der DDR. Ein Unterrichtsfilm für Schülerinnen und Schüler aller Schultypen ab Klassenstufe 9. Die DVD enthält zusätzlich Materialien zur Vor- und Nachbereitung des Themas im Unterricht. Berlin 2010. Schutzgebühr 5,00 Euro.

noch Anhang 11

Materialien für die Bildungsarbeit, herausgegeben von der BStU gemeinsam mit Kooperationspartnern:

- Christoph Hamann, Axel Janowitz: Feindliche Jugend? Verfolgung und Disziplinierung Jugendlicher durch das Ministerium für Staatssicherheit. Unterrichtseinheiten zu ausgewählten Fällen. Im Auftrag der BStU und des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM). 3., korrigierte Auflage, Berlin 2010. Abgabe kostenfrei.

Die Materialien sind – soweit nicht anders angegeben – erhältlich über:

BStU – Abteilung Bildung und Forschung, BF 3, Sachgebiet für historisch-politische Bildungsarbeit

Postanschrift: 10106 Berlin

E-Mail: GZ.BF3@bstu.bund.de

Anhang 12

Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“

Ort	Eröffnung	Zeitraum	Besucher
München	21.04.2009	22.04. – 14.05.2009	3 295
Bremen	19.05.2009	19.05. – 30.05.2009	1 012
Düsseldorf	09.06.2009	09.06. – 28.06.2009	2 515
Garbsen	12.08.2009	12.08. – 28.08.2009	1 415
Lübeck	03.09.2009	03.09. – 27.09.2009	3 343
Flensburg	01.10.2009	01.10. – 16.10.2009	1 063
Den Haag (NL)	22.10.2009	23.10. – 13.11.2009	1 009
Bratislava (SK)	19.11.2009	20.11. – 12.12.2009	1 741
2010			
Cloppenburg	07.01.2010	08.01. – 27.01.2010	2 131
London (GB)	04.02.2010	04.02. – 17.02.2010	534
Wiesbaden	24.02.2010	24.02. – 12.03.2010	1 248
Völklingen/Saarbrücken	26.05.2010	26.05. – 18.06.2010	1 687
Antwerpen (B)	24.06.2010	25.06. – 23.07.2010	253
Hildesheim	11.08.2010	12.08. – 01.09.2010	4 897
Kiew (UA)	16.09.2010	16.09. – 28.09.2010	1 370
Stuttgart	21.10.2010	22.10. – 17.11.2010	2 267
Mainz	24.11.2010	25.11. – 17.12.2010	2 143

Wanderausstellung „Staatssicherheit – Garant der SED-Diktatur“

Ort	Eröffnung	Zeitraum	Besucher
Marienborn	05.08.2009	05.08. – 01.11.2009	55 017
2010			
Langelands (DK)	08.07.2010	08.07. – 31.10.2010	31 832

Vorträge im Begleitprogramm der Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“

- Die Zusammenarbeit der kommunistischen Geheimdienste
- „Feind ist, wer anders denkt“
- Endspiel – Die Revolution von 1989 in der DDR
- Der Staatssicherheitsdienst der DDR – wie er die Bürger überwachte
- Die Hinterlassenschaft des MfS
- „Die Stasi hatte nicht nur Papier“ – Bilder, Töne, Datenträger aus dem Archiv des MfS
- Die Hinterlassenschaft des MfS als Herausforderung für die Archivare

Anhang 13**Regionale Ausstellungen der Außenstellen**

(in Klammern: Jahr und Ort/Orte der Präsentation)

Außenstelle Chemnitz

Plakate, Transparente ... und ein Sarg: Gegenständliches aus der Demo-Zeit (2010: Chemnitz)

Zivilcourage. 40 Jahre SED-Diktatur – 40 Jahre Bürgermut und Widerstand (2009: Flöha, Freiberg)

Bürger im Visier. Wie das MfS Bürger zu Feinden erklärte (2009: Chemnitz, Bockau/Erzg.)

Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof (2009: Halle, Erfurt, Meerane)

Doppeltes Spiel. Fußball im Visier der Staatssicherheit (2009: Lichtenstein; 2010: Eichsfeld)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2009: Chemnitz; 2010: Hof/Saale)

Außenstelle Dresden

Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof (2009: Flensburg, Freiberg, Dresden, Saale-Orla)

Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof, zweisprachige erweiterte Fassung (2009: Prag, Zug der Freiheit, Dresden, Karlsruhe, Berlin; 2010: Brest)

Doppeltes Spiel. Fußball im Visier der Staatssicherheit (2009: Pirna; 2010: Pforzheim)

Zwischen Aufbegehren und Anpassen – Jugend in der DDR (2009: Pirna, Dresden, Neckartenzlingen; 2010: Brest, Magdeburg, Radeberg, Rostock, Osnabrück, München)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2009: Dippoldiswalde; 2010: Berlin, Hof)

DemokratieVersprühen (2010: Dresden)

Außenstelle Erfurt

Die verfolgte Idee – Die Staatssicherheit im Kampf gegen einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz (2009: Bad Sooden-Allendorf; 2010: Bernau bei Berlin)

Aus ist's mit deiner Macht, wenn das Volk erwacht (2009: Bad Sooden-Allendorf, Ammern, Annweiler, Ansbach; 2010: Wendehausen)

MfS und Schule (2009: Osnabrück, Kronach, Eisenach, Ammern, Neckartenzlingen, Sangerhausen, Torgau, Osterholz-Scharmbeck, Kusey; 2010: Berlin-Hohenschönhausen, Meißen, Eisleben)

Staatssicherheit in der Andreasstraße (2009: Klettenberg; 2010: Erfurt)

Im Fokus der Staatssicherheit – Willy Brandt in Erfurt (2010: Erfurt)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2009/2010: Erfurt)

Außenstelle Frankfurt (Oder)

Die Arbeit am Feind (2009: Wittstock, Rüdersdorf, Großräschen, Belzig; 2010: Hohen Neuendorf, Gröden, Storkow, Frankenberg/Eder, Bad Freienwalde, Dieburg, Schwedt/Oder, Mühlenbecker Land, Hennigsdorf, Elsterwerda)

Postgeheimnis? Die Stasi und die Cottbuser Briefe (2009: Hoyerswerda, Rüdersdorf, Großräschen, Petershagen-Eggersdorf, Belzig; 2010: Cottbus, Hohen Neuendorf, Herzberg, Jüterbog, Eberswalde, Rathenow, Hennigsdorf)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2009: Cottbus; 2010: Frankfurt (Oder), Schwedt/Oder, Dresden, Eberswalde)

Außenstelle Gera

Verdeckt und getarnt. Mittel und Methoden der geheimen Beobachtung (2009: Greiz; 2010: Greiz, Halle, Friedrichshafen)

Fluchtschicksale (2009: Zeulenroda, Malchin; 2010: Nordhalben, Leverkusen, Rostock)

Leben im Überwachungsstaat – Feind konnte jeder sein (2009: Landstuhl, Lichtenstein; 2010: Osnabrück, Leverkusen)

Überwacht und abgeschottet – Überwachung des Uranbergbaus in Ronneburg (2010: Püttlingen)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2009: Hermsdorf, Jena, Gera, Schmalkalden, Suhl, Erfurt; 2010: Berlin, Gera, Suhl, Dresden, Erfurt)

Stasi – Schattenarmee einer Diktatur (2010: Gera)

Außenstelle Halle

Observations- und Abhörtechnik des MfS (2009: Halle)

Postgeheimnis? Die Stasi und die Cottbuser Briefe (2010: Halle)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2010: Halle)

Außenstelle Leipzig

Freiheit für meine Akte (2009: Leipzig, Altenburg, Torgau, Eilenburg, Wurzen; 2010: Leipzig, Bad Lausick)

Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof (2009: Leipzig, Karlsruhe, Hof; 2010: Hattersheim, Marktredwitz, Oelsnitz)

Spionage im „Goldenen Westen“ (2009: Schwerin)

Doppeltes Spiel – Fußball im Visier der Staatssicherheit (2009: Leipzig, Freiburg; 2010: Gera, Friedensau)

DemokratieVersprühen (2009: Leipzig, Plauen, Bautzen; 2010: Chemnitz, Dresden)

noch Anhang 13

„Grau in Grau“. Die Umweltsituation im Bezirk Leipzig – die Stasi und der „Grüne Feind“ (2009: Leipzig, Markranstädt; 2010: Leipzig)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2009/2010: Leipzig)

Außenstelle Magdeburg

Kernkraftwerk Stendal – Stasi bewacht Milliardengrab (2009: Stendal)

Wir sind überall. Die Stasi im ehemaligen Bezirk Magdeburg (2009: Haldensleben, Quedlinburg, Salzwedel, Wernigerode)

Herbst 1989 (2009: Thale, Magdeburg, Burg, Friedensau, Heide)

Spiele der Macht – Sport im Focus der Magdeburger Stasi (2010: Torgau, Magdeburg)

Die Firma im Betrieb – Stasi in der Volkswirtschaft (2009: Oschersleben, Schönebeck, Lehrte; 2010: Haldensleben)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2009: Magdeburg; 2010: Berlin, Magdeburg)

Außenstelle Neubrandenburg

Von der Friedlichen Revolution in der DDR bis zur Auflösung der Stasi (2009/2010: Neubrandenburg)

Außenstelle Rostock

Stasi im Ostseeraum (2009: Lambrechtshagen, Wismar, Osnabrück, Lübeck-Schlutup; 2010: Flensburg, Rostock)

Eigentor. Der F. C. Hansa Rostock und die Stasi (2009: Stralsund, Malchin, Lambrechtshagen; 2010: Gessin, Baabe/Rügen, Ribnitz-Damgarten, Wolgast)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2009: Stralsund; 2010: Waldeck)

Außenstelle Schwerin

Grenzgebiet. Ereignisse an der innerdeutschen Grenze zwischen Rehna und Cumlosen, an Elbe und Schaalsee (2009: Lüchow, Hagenow, Büchen, Pasewalk, Schönberg)

20 Jahre Aufbruch 1989 – Tage der Erinnerung (2010: Schwerin, Görslow)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2010: Görslow, Crivitz, Schwerin)

Gut gekauft, gern gekauft (2010: Jena, Erfurt)

Außenstelle Suhl

Ausreis(ß)en oder Dableiben (2009: Lautertal)

Zwangsaussiedlung – Ein dunkles Kapitel deutscher Geschichte (2009: Kronach, Wendehausen, Kusey; 2010: Lautertal)

Wende '89 im Bezirk Suhl – Die Friedliche Revolution (2009: Meiningen, Suhl, Hildburghausen, Sonneberg)

Das war's – Die Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Suhl (2009: Suhl; 2010: Meiningen, Suhl, Berlin-Hohenschönhausen, Berlin)

Anhang 14**Das Bildungszentrum Berlin, die Informations- und Dokumentationszentren der BStU sowie Gedenkstätten****Bildungszentrum Berlin**

(vormals Informations- und Dokumentationszentrum)

Zimmerstraße 90/91 (am ehemaligen Checkpoint Charlie)
10117 Berlin

geöffnet Montag bis Samstag von 10:00 bis 18:00 Uhr

Telefon	030 2324-7951
Telefax	030 2324-7959
E-Mail	bildungszentrum@bstu.bund.de

Informations- und Dokumentationszentrum DresdenRiesaer Straße 7, Seiteneingang C
01129 Dresdengeöffnet Montag bis Donnerstag von 8:00 bis 17:00 Uhr,
Freitag von 8:00 bis 14:00 Uhr, Samstag nach Vereinbarung

Telefon	0351 2508-0
Telefax	0351 2508-3419
E-Mail	astdresden@bstu.bund.de

Informations- und Dokumentationszentrum ErfurtPetersberg Haus 19
99084 Erfurt

geöffnet Montag bis Sonntag von 9:00 bis 18:00 Uhr

Telefon	0361 5519-4711
Telefax	0361 5519-4719
E-Mail	asterfurt@bstu.bund.de

Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder)Collegienstraße 10
15230 Frankfurt (Oder)geöffnet Dienstag und Donnerstag von 10:00 bis 17:00
Uhr, Mittwoch und Freitag für Besuchergruppen nach Vor-
anmeldung

Telefon	0335 6802712 0335 6068-2411 (BStU) 0335 401560 (Museum Viadrina)
Telefax	0335 6068-2419 (BStU)
E-Mail	astfrankfurt@bstu.bund.de verwaltung@museum-viadrina.de

Informations- und Dokumentationszentrum Frankfurt (Oder)Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt (Oder)

geöffnet Montag bis Sonntag von 9:00 bis 17:00 Uhr

Telefon	0335 6068-2510
Telefax	0335 6068-2419
E-Mail	astfrankfurt@bstu.bund.de

Informations- und Dokumentationszentrum HalleBlücherstraße 2
06122 Halle (Saale)geöffnet Montag, Mittwoch und Donnerstag von 8:00 bis
17:00 Uhr, Dienstag von 8:00 bis 18:00 Uhr, Freitag von
8:00 bis 14:00 Uhr

Telefon	0345 6141-2711
Telefax	0345 6141-2719
E-Mail	asthalle@bstu.bund.de

Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in RostockHermannstraße 34 b (Zugang über Augustenstraße/Grü-
ner Weg)
18055 Rostockgeöffnet (März – Oktober) Dienstag bis Freitag von 10:00
bis 18:00 Uhr, Samstag von 10:00 bis 17:00 Uhrgeöffnet (November – Februar) Dienstag bis Freitag von
9:00 bis 17:00 Uhr, Samstag von 10:00 bis 17:00 UhrAn Sonn- und Feiertagen geschlossen. Öffentliche Füh-
rungen (auch in englischer Sprache) Mittwoch und Sams-
tag 14:00 Uhr

Telefon	0381 498-5651/52
Fax	0381 498-5650
E-Mail	dug-rostock@bstu.de

Informationspunkt und Bürgerberatung Potsdamin der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer poli-
tischer Gewalt im 20. JahrhundertLindenstraße 54
14467 Potsdamgeöffnet (Informationspunkt) Dienstag bis Sonntag von
10:00 bis 18:00 Uhrgeöffnet (Bürgerberatung) jeden 2. und 4. Dienstag im
Monat von 10:00 bis 18:00 Uhr

Telefon	0331 2011420
Telefax	0331 2011063

Der Besuch des Bildungszentrums, der Informations- und Dokumentationszentren sowie Gedenkstätten (BStU-Bereiche) ist kostenfrei. Für Gruppenführungen werden Voranmeldungen erbeten.

Gemeinsame Erklärung des Thüringer Kultusministers und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Das Kultusministerium des Freistaates Thüringen
Werner-Seelenbinder-Straße 7
99096 Erfurt

und

die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)
Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin

erklären, durch eine verstärkte Zusammenarbeit zusätzliche Impulse für die Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zu geben und die junge Generation zu ermutigen, sich mit diesem Teil der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen.

Die bestehende Zusammenarbeit zwischen Kultusministerium und BStU (hier insbesondere durch die BStU-Außenstellen in Erfurt, Gera und Suhl) auf dem Gebiet der Aufarbeitung der DDR-Staatssicherheit soll verstetigt und ausgebaut werden. Gemeinsame Handlungsfelder bestehen insbesondere im Rahmen des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrages, der Schülerpartizipation, der außerunterrichtlichen Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler sowie der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften.

- Dem Thüringer Bildungs- und Erziehungsauftrag gemäß sollen den Schülerinnen und Schülern die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik vermittelt werden. In diesem Rahmen gilt es auch, sich intensiv mit der totalitären Herrschafts- und Gesellschaftsform der ehemaligen DDR auseinanderzusetzen. Ziel ist es, Orientierungswissen über die Mechanismen und Auswirkungen der SED-Diktatur zu vermitteln, zur Empathie mit den Opfern der Diktatur anzuregen und zu demokratisch-rechtsstaatlicher Handlungskompetenz zu befähigen.
- Die BStU und ihre Außenstellen in Thüringen halten für den Unterricht themenspezifische Materialien und Ergänzungsangebote bereit und sind auf Nachfrage bei der Gestaltung von themenbezogenen Schülerprojekten behilflich. Sie bieten dazu kompetente personelle Unterstützung in den Außenstellen oder an Schulen an und ermöglichen die Nutzung von Wanderausstellungen der BStU.
- Für die Auseinandersetzung mit der Tätigkeit des MfS eignet sich in hervorragender Weise die museums- und gedenkstättenpädagogische sowie archivpädagogische

noch Anhang 15

Arbeit. Die BStU unterstützt einschlägige Themenprojekte des Kultusministeriums durch fachbezogene Beiträge vor allem der Außenstellen.

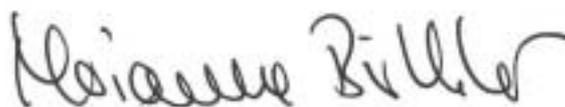
- Für die zweite Phase der Lehrkräfteausbildung erarbeiten das Fachreferat des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) und die BStU Materialien für die Ausbildung an den staatlichen Studienseminaren.
- Im Bereich der Lehrkräftefortbildung entwickelt die BStU mit dem ThILLM ein Konzept, die Angebote der BStU für die Fortbildung von Lehrkräften sowie von Elternvertreterinnen und -vertretern nutzbar zu machen. Dazu werden auch Listen mit Ansprechpartnern und Themen bereitgestellt.
- Die gute Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (LStU) wird in gemeinsamen Initiativen zur kritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte weitergeführt.
- Zur Realisierung der Ziele und Fortentwicklung der Zusammenarbeit wird eine ständige Arbeitsgruppe eingerichtet, die mindestens einmal jährlich tagt und für eine regelmäßige fachliche Evaluierung der Umsetzung Sorge trägt. Der Arbeitsgruppe gehören das Thüringer Kultusministerium, die Leiter der BStU-Außenstellen in Thüringen und die LStU an.

Erfurt, den 6. August 2009

Erfurt, den 6. August 2009



Bernward Müller
Kultusminister des Freistaats
Thüringen



Marianne Birtler
Bundesbeauftragte für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Gemeinsame Erklärung des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
19055 Schwerin

und

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)
Karl-Liebknecht-Straße 31-33
10178 Berlin

erklären, bei der historischen und politischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in der schulischen und außerschulischen Vermittlungsarbeit künftig enger zusammenarbeiten zu wollen.

Die Zusammenarbeit soll sich auf folgende Ziele ausrichten:

- In der politischen und historischen Bildung an den Bildungseinrichtungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist über die bereits bestehenden Formen hinaus zur verstärkten Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) für den Machterhalt der SED-Diktatur zu motivieren. Dazu sollen die im Land Mecklenburg-Vorpommern und bei der BStU vorhandenen Möglichkeiten zur politischen und historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR verstärkt genutzt werden.
- Die Beschäftigung mit Geschichte ist kein Selbstzweck. Die Darstellung der Mechanismen und Auswirkungen von Diktaturen soll den Blick für die Gegenwart schärfen. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED-Herrschaft und dem MfS soll dazu beitragen, die Repressionsmechanismen einer Diktatur zu erkennen und das Verständnis und die Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu vertiefen. Freiheits- und Demokratieerziehung sollen dabei das Verantwortungsbewusstsein und die Verantwortungsbereitschaft junger Menschen für die Gestaltung einer zukünftigen Gesellschaft wecken, die der Wahrung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Freiheitsrechten verpflichtet bleibt.

Hierbei ergeben sich folgende Handlungsfelder:

- Auf der Grundlage des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Schule gemäß Schulgesetz und der für das Land Mecklenburg-Vorpommern gültigen Rahmenrichtlinien sollen Schülerinnen und Schüler zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der Rolle des MfS im Kontext der Wirtschafts-, Sozial-, Alltags- und Herrschaftsgeschichte sowie der Geschichte der deutsch-deutschen

noch Anhang 16

Beziehungen angeregt werden. Auch die gegenwartsbezogene gesellschaftliche Bedeutung des Aufarbeitungsprozesses ist Gegenstand der Bearbeitung im Unterricht. Die BStU bietet im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags dazu ihre Unterstützung an.

- Schulen werden aufgefordert, den Schülerinnen und Schülern verstärkt sowohl Begegnungen mit Zeitzeugen als auch Besuche von Gedenkstätten und historischen Orten zur SED-Diktatur zu ermöglichen. Dadurch sollen die Folgen von Anpassungszwang, Disziplinierung und Repression im Alltag der DDR verdeutlicht werden. Anhand der Gedenkstätten können Dimensionen und regionale Besonderheiten des Repressionsapparats in Mecklenburg-Vorpommern anschaulich und nachhaltig aufgezeigt werden. Zugleich sollen der Mut, die Zivilcourage und der Freiheitswille von Menschen in einer Diktatur vor Augen geführt werden.
- In der Lehrerausbildung sollen Referendarinnen und Referendare zu einer fundierten Behandlung der DDR-Geschichte im Unterricht befähigt und ermutigt werden. Bei der Erschließung von Angeboten zur schulischen Vermittlung der Strukturen, Methoden und Wirkungsweisen des MfS und bei der Herausarbeitung der gesellschaftlichen Bedeutung des Aufarbeitungsprozesses finden sie Unterstützung auch bei der BStU.
- Innerhalb der Staatlichen Lehrerfortbildung sollen Lehrkräfte Anregungen und Handreichungen zur Gestaltung des Unterrichts und der fächerübergreifenden Projektarbeit im Sinne der genannten Zielstellung erhalten. Im Rahmen von neu zu schaffenden SchILF-Tagen zur Demokratieerziehung ist auch eine Beschäftigung mit der SED-Diktatur vorzusehen.
- Bei der Überarbeitung der Rahmenrichtlinien für die Fächer Sozialkunde und Geschichte sollen Experten der politischen und historischen Aufarbeitung der Geschichte der DDR und insbesondere der Rolle des MfS für bestimmte Themen hinzugezogen werden.
- Den Universitäten und Fachhochschulen des Landes wird empfohlen, Studierenden der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen, insbesondere den Studierenden des Lehramts, die politische und historische Aufarbeitung der Geschichte der DDR und der Strukturen, Methoden und Wirkungsweisen des MfS als Bildungs- und Forschungsgegenstand nahe zu bringen.

Die Erklärenden wollen hierzu folgende Beiträge erbringen:

- Das Bildungsministerium setzt seine Zusammenarbeit mit den Institutionen, Vereinen und Stiftungen im Land Mecklenburg-Vorpommern fort, die sich mit der historischen und politischen Aufarbeitung der Geschichte der DDR, insbesondere der Rolle des MfS befassen. Es fördert im Rahmen der Möglichkeiten schulische und außerschulische Vorhaben und informiert darüber.
- Die BStU und ihre Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern halten unterrichts begleitende Materialien und Ergänzungsangebote bereit und sind bei der fachbezo-

noch Anhang 16

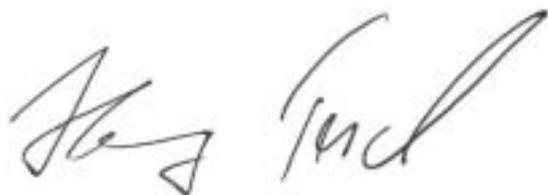
genen und fächerübergreifenden Gestaltung von Unterrichtsstunden, Projekttagen und Lehrerfortbildungen behilflich. Die BStU und insbesondere ihre Außenstellen ermöglichen die Nutzung von Wanderausstellungen und bieten Vorträge an.

- Die BStU stellt im Rahmen des § 37 des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (StUG) ihr Service-Angebot zur Verfügung, beispielsweise Archivführungen, Bildungsveranstaltungen in ihren Häusern, kooperierenden Gedenkstätten wie der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Rostock, oder in Schulen. Weiterhin bietet sie Vorträge an, stellt auf Anfrage ihre Ausstellungen zur Verfügung oder berät Lernende und Lehrkräfte.
- Die bewährte Zusammenarbeit zwischen der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der BStU, insbesondere ihrer Außenstellen Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, wird fortgeführt. In Vorträgen, Lesungen und Diskussionen wird DDR-Geschichte veranschaulicht und analysiert. Zeitzeugen, Wissenschaftler und Politiker unterstützen auf diese Weise die Aufarbeitung der SED-Diktatur.
- Die BStU bringt auf Anfrage ihre Fachkompetenz bei der Überarbeitung der Rahmenrichtlinien für den Unterricht ein.

Zur Umsetzung der in dieser Erklärung enthaltenen Ziele sowie zur Erarbeitung, Bereitstellung und Pflege eines Angebotskatalogs für Schulen und andere Bildungseinrichtungen wird eine ständige Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bildungsministeriums, der Landeszentrale für politische Bildung, der Landesbeauftragten und der BStU eingesetzt. Die BStU gewährleistet die Mitarbeit ihrer Außenstellen im Land Mecklenburg-Vorpommern. Die Federführung liegt bei der zuständigen Organisationseinheit im Bildungsministerium.

Schwerin, den 2. September 2009

Schwerin, den 2. September 2009



Henry Tesch
Minister für Bildung, Wissenschaft
und Kultur des Landes
Mecklenburg-Vorpommern



Marianne Birthler
Bundesbeauftragte für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Anhang 17

Gemeinsame Erklärung des Senators für Bildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung
Otto-Braun-Str. 27
10178 Berlin

und

die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)
Karl-Liebknecht-Straße 31-33
10178 Berlin

erklären, bei der historischen und politischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit in Berlin künftig noch enger zusammenarbeiten zu wollen.

Berlin ist in der ganzen Welt ein Symbol für die Teilung Deutschlands und für den Freiheitswillen der Bürgerinnen und Bürger während der Blockade des Westteils der Stadt 1948. Es ist aber auch ein Symbol für die Überwindung der Teilung durch die Friedliche Revolution 1989 in Ost-Berlin. Berlin war die Hauptstadt der DDR, in der sich alle wesentlichen Zentren des Herrschafts- und Repressionsapparats der SED-Diktatur befanden. Dieses historische Erbe bietet wichtige Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte.

Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung und die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR rufen gemeinsam zur verstärkten und kontinuierlichen Beschäftigung mit der Geschichte der DDR und der Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) für den Machterhalt der SED-Diktatur auf.

Schülerinnen und Schüler können die Mechanismen und Auswirkungen der SED-Diktatur kennen lernen und dadurch Verständnis für die Bedeutung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gewinnen. Freiheits- und Demokratiebewusstsein sollen junge Menschen sensibilisieren und motivieren, an der Gestaltung von Demokratie mitzuwirken und sich für die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Freiheitsrechten einzusetzen.

noch Anhang 17

Schulen sind dazu aufgefordert, den Schülerinnen und Schülern sowohl Begegnungen mit Zeitzeugen als auch Besuche von außerschulischen Lernorten und historischen Orten zur SED-Diktatur zu ermöglichen. Dadurch werden die Folgen von Anpassungszwang, Disziplinierung und Repression im Alltag der DDR verdeutlicht. Zugleich sollen der Mut, die Zivilcourage und der Freiheitswille von Menschen in einer Diktatur vor Augen geführt werden.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind die Entwicklung von unterrichtsbezogenen Materialien und die Beratung sowie Fortbildung von Lehrkräften.

Die Erklärenden erbringen hierzu folgende Beiträge:

- In der Ausbildung der Lehrkräfte werden Referendarinnen und Referendare zu einer fundierten Behandlung der DDR-Geschichte im Unterricht, insbesondere in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, befähigt und ermutigt. Bei der Entwicklung von Unterrichtsangeboten zu Struktur, Methoden und Wirkungsweisen des MfS und bei der Herausarbeitung der gesellschaftlichen Bedeutung des Aufarbeitungsprozesses finden sie Unterstützung bei der BStU.
- Im Rahmen der Qualifizierung der Lehrkräfte werden Anregungen und Handreichungen zur Gestaltung des Unterrichts und der fachübergreifenden und fächerverbindenden Projektarbeit im Sinne der genannten Ziele angeboten. Ein themenbezogenes Angebot an Informationen und Qualifizierungen, insbesondere für Multiplikatoren, realisiert das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) in Zusammenarbeit mit der BStU.
- Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung fördert schulische und außerschulische Vorhaben in Berlin, die sich mit dem Herrschafts- und Repressionsapparat der DDR und den Opfern der SED-Diktatur befassen.
- Die BStU stellt im Rahmen des § 37 des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (StUG) ihr Service-Angebot zur Verfügung, beispielsweise Bildungsveranstaltungen in ihrem Informations- und Dokumentationszentrum oder Archivführungen. Weiterhin bietet sie Vorträge an und stellt auf Anfrage Wechselausstellungen zur Verfügung. Sie ergänzt damit die Angebote anderer Gedenk- und Lernorte zur DDR-Geschichte und des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.
- Die BStU ist im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags bei der inhaltlichen Gestaltung von Unterrichtsangeboten und Projekttagen in Schulen behilflich. Sie bietet auf Nachfrage schulinterne Fortbildungen an.

Zur Umsetzung der in dieser Erklärung enthaltenen Ziele sowie zur Erarbeitung, Bereitstellung und Pflege eines Angebotskatalogs für Schulen und andere staatliche

noch Anhang 17

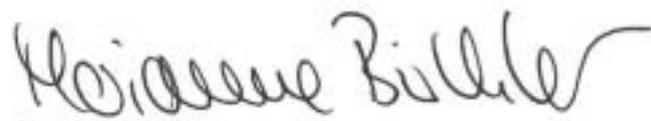
Bildungseinrichtungen wird eine ständige Arbeitsgruppe aus Vertretern der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik eingesetzt.

Berlin, den 16. März 2010



Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner
Senator für Bildung, Wissenschaft
und Forschung

Berlin, den 16. März 2010



Marianne Birtler
Bundesbeauftragte für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 zu erinnern!

Eine Erklärung zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts am 23. August

In diesen Wochen und Monaten erinnern sich die Menschen in ganz Europa an die Überwindung der kommunistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa vor 20 Jahren. Festveranstaltungen und Konferenzen, Ausstellungen und Filme rufen den Bürgermut der Vielen in Erinnerung, die mit ihrem friedlichen Protest nicht nur die Diktaturen überwand, sondern auch die Voraussetzungen für die Errichtung der Demokratie und für die Überwindung der europäischen und deutschen Teilung schufen. Am Beginn dieser Teilung und der mehr als vier Jahrzehnte währenden kommunistischen Herrschaft in Ostmitteleuropa stand der Zweite Weltkrieg. Und so erinnern wir mit Scham und Trauer an den 1. September vor 70 Jahren, als das nationalsozialistische Deutschland Polen überfiel. Acht Tage zuvor hatten Deutschland und die Sowjetunion den unseligen „Hitler-Stalin-Pakt“ abgeschlossen, mit dem die beiden totalitären Diktaturen das Baltikum und Polen, Finnland und Rumänien unter sich aufteilten. Der Überfall auf Polen durch Deutschland und die Sowjetunion im September 1939 war der Auftakt zu einem beispiellosen Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Mit diesem Krieg brachte Deutschland unermessliches Leid über seine Nachbarn in ganz Europa, namentlich in Polen und schließlich auch in der Sowjetunion.

Nach der Befreiung Europas und Deutschlands vom Nationalsozialismus hofften die Menschen in allen europäischen Ländern auf eine Zukunft in Freiheit und Demokratie. Doch diese Hoffnung wurde für viele bitter enttäuscht. In den von Krieg und Naziherrschaft geschwächten ostmitteleuropäischen Staaten und in einem Teil Deutschlands setzte die Sowjetunion neue diktatorische Regime durch: mit verheerenden Folgen für die Gesellschaften, für Wirtschaft und Kultur und für zahllose Menschen, die als politische Gegner verfolgt wurden oder ihr Leben verloren, weil sie den Machthabern im Wege standen. Und so tragen die Deutschen nicht nur schwer an ihrer Verantwortung für die Vernichtung der europäischen Juden, die Verfolgung und Ermordung der Sinti und Roma, Homosexueller, Behinderter, als asozial Stigmatisierter und politisch Andersdenkender sowie der Abermillionen Menschen, die dem Krieg zum Opfer fielen. Uns ist zudem schmerzlich bewusst, dass es ohne den von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg weder die kommunistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa noch die Teilung des Kontinents und Deutschlands gegeben hätte.

Wenn wir heute, im Jahre 2009, auf die Geschichte Europas und Deutschlands im 20. Jahrhundert zurückblicken, dann tun wir dies eingedenk des nationalsozialistischen Unheils, und wir sind froh, dass Deutschland heute ein gleichberechtigtes und geachtetes Mitglied der europäischen Völkerfamilie ist.

Mit Dankbarkeit und Respekt denken wir zugleich an die Menschen, die in den vier Jahrzehnten nach 1945 unter hohem persönlichem Risiko immer wieder den Mut aufbrachten, die kommunistischen Diktatoren herauszufordern und für Freiheit und Demokratie einzutreten. Nicht wenige bezahlten für ihren Mut mit dem Leben. Die Aufstände und Freiheitsbewegungen in der DDR, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und immer wieder in Polen haben die Hoffnung der Menschen auf Freiheit und Demokratie über die Jahrzehnte aufrechterhalten.

noch Anhang 18

Wir werden nicht vergessen, dass es vor allem Polen waren, die für ihre und unsere Freiheit als erste Breschen in das kommunistische Machtsystem geschlagen haben. Wir danken zugleich den Anhängern der tschechoslowakischen Charta 77, die uns ermutigt haben, in der Wahrheit zu leben. Wir erinnern auch all jene, die in Ungarn den Weg zur Demokratie frei machten und im Sommer 1989 den Eisernen Vorhang öffneten. Sowjetische Dissidenten haben sich lange vor Glasnost und Perestroika für die Wahrung der Menschenrechte eingesetzt. Und schließlich danken wir – und nicht zuletzt – jenen im Westen, die sich nie mit dem Eisernen Vorhang und den kommunistischen Diktaturen abgefunden, auf die Einhaltung der Menschenrechte gedrungen und die Opposition gegen die Regime unterstützt haben.

Mit ihren friedlichen Revolutionen gewannen die Völker Ostmitteleuropas ihre Freiheit, ihre staatliche Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wieder, die sie fünf Jahrzehnte zuvor verloren hatten. Diese Revolutionen waren die entscheidende Voraussetzung, um die europäische und die deutsche Teilung zu überwinden. Als wir nach der Überwindung der SED-Diktatur den Weg zur Deutschen Einheit beschrritten, war uns das Vertrauen unserer europäischen Nachbarn ein kostbares Geschenk. Als Folge der friedlichen Revolutionen können nun alle Deutschen zum ersten Mal in ihrer Geschichte in Freiheit und Demokratie, in Wohlstand, in anerkannten Grenzen und in wechselseitiger Achtung und Freundschaft mit ihren Nachbarn leben.

Wie das Jahr 1939 ist 1989 – wenn auch auf gegensätzliche Weise – zum europäischen Schicksalsjahr geworden. Ein freies und demokratisches Europa muss sich seiner Geschichte bewusst sein. Es braucht die Erinnerung an die kommunistische Ära und an ihre Überwindung. Ein erster Schritt ist getan: Im April hat sich das Europäische Parlament erstmalig zu dieser Verantwortung bekannt. Dieser Weg ist weiter zu gehen: Europa braucht eine aktive, verantwortungsbewusste Erinnerungskultur, die die nachwachsenden Generationen für neu aufkommende autoritäre und diktatorische Entwicklungen sensibilisiert.

Marianne Birthler, *Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) (Berlin)*, Dr. h.c. Joachim Gauck, *Gegen Vergessen – Für Demokratie (Berlin)*, Dr. Anna Kaminsky, v.i.S.d.P., *Bundesstiftung Aufarbeitung (Berlin)*, Hans Altendorf, *BStU (Berlin)*, Prof. Dr. Jörg Baberowski, *Humboldt-Universität zu Berlin (Berlin)*, Prof. Dr. Arnulf Baring, *Historiker, Publizist (Berlin)*, Michael Beleites, *Landesbeauftragter für die Stasiunterlagen (Dresden)*, Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, *Bundesministerium des Innern (Berlin)*, Prof. Dr. Dieter Bingen, *Deutsches Polen-Institut (Darmstadt)*, Heidi Bohley, *Verein Zeit-Geschichte(n) (Halle/Saale)*, Staatssekretär a.D. Klaus Bölling, *Publizist (Berlin)*, Hansgeorg Bräutigam, *Richter i. R. (Berlin)*, Dr. Karl Corino, *Journalist, Literaturkritiker (Tübingen)*, Michael Cramer, *Mitglied des Europaparlaments (Berlin)*, Eberhard Diepgen, *Regierender Bürgermeister a.D., Gegen Vergessen – Für Demokratie (Berlin)*, Dr. Lothar Dittmer, *Körber-Stiftung (Hamburg)*, Prof. Dr. Rainer Eckert, *Zeitgeschichtliches Forum (Leipzig)*, Oberst Dr. Hans Ehlert, *Militärgeschichtliches Forschungsamt (Potsdam)*, Ruth Ellerbrock, *Landeszentrale für politische Bildung Berlin (Berlin)*, Jürgen Engert, *Journalist (Berlin)*, Rainer Eppelmann, *Bundesstiftung Aufarbeitung (Berlin)*, Prof. Dr. Bernd Faulenbach, *Bundesstiftung Aufarbeitung (Bochum)*, Prof. Wieland Förster,

noch Anhang 18

Künstler (Oranienburg), Annemarie Franke, Stiftung Kreisau (Breslau), Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke, Publizist (Köln), Christian Führer, Pfarrer i. R. (Leipzig), Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär a.D. (Berlin), Prof. Ines Geipel, Schriftstellerin (Berlin), Ute Gramm, Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V. (Magdeburg), Prof. Hans Hendrik Grimmling, Maler (Berlin), Dr. Robert Grünbaum, Bundesstiftung Aufarbeitung (Berlin), Prof. Monika Grütters, MdB, Stiftung Brandenburger Tor (Berlin), Martin Gutzeit, Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen (Berlin), Dr. Helge Heidemeyer, BStU (Berlin), Oberst Dr. Winfried Heinemann, Militärgeschichtliches Forschungsamt (Potsdam), Prof. Dr. Hans-Olaf Henkel, Bank of America (Berlin), Prof. Dr. Günter Heydemann, Universität Leipzig (Leipzig), Helga Hirsch, Publizistin (Berlin), Jan Hoesch, Roger Loewig Gesellschaft e.V. (Berlin), Irmtraut und Siegfried Hollitzer, Bürgerkomitee Leipzig e.V. (Leipzig), Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Dr. Jens Hüttmann, Bundesstiftung Aufarbeitung (Berlin), Maybrit Illner, Journalistin (Berlin), Margot Jann, Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen (Teltow), Günter Jeschonnek, Regisseur und Autor (Berlin), Prof. Dr. Ralf Jessen, Historiker (Köln), Dr. Carlo Jordan, Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße (Berlin), Matthias Jung, Wahlforscher (Mannheim), Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, Archivar (Boppard), Siegfried T. Kasparick, Amt. Bischof in der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (Wittenberg), Bettina Kielhorn, Beratungsstelle „Gegenwind“ (Berlin), Dr. Axel Klausmeier, Stiftung Berliner Mauer (Berlin), Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Historiker (Potsdam), Freya Klier, Schriftstellerin und Dokumentarfilmerin (Berlin), Uwe Kolbe, Schriftsteller (Berlin), Klaus Kordon, Schriftsteller (Berlin), Hartmut Koschyk, MdB, Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag (Goldkronach), Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk, BStU (Berlin), Dr. Günter Kröber, Rechtsanwalt (Leipzig), Thomas Krüger, Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn), Dr. Hanna-Renate Laurien, Senatorin a.D. (Berlin), Dr. Peter Lautzas, Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (Mainz), Robert Lebegern, Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth (Mödlareuth), Doris Liebermann, Publizistin (Berlin), Dr. h.c. Erich Loest, Schriftsteller (Leipzig), Bernd Lüdckemeier, Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt (Magdeburg), Dr. Ulrich Mählert, Bundesstiftung Aufarbeitung (Berlin), Prof. Dr. Peter Maser, Historiker (Bad Kösen), Markus Meckel, MdB, Bundesstiftung Aufarbeitung (Berlin), Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Möller, Institut für Zeitgeschichte (München), Helmut Morsbach, DEFA-Stiftung (Berlin), Dr. Daniela Munkel, BStU (Berlin), Dr. Ehrhart Neubert, Historiker (Erfurt), Hildigund Neubert, Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (Erfurt), Uwe Neumärker, Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Berlin), Günter Nooke, Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung (Berlin), Dr. Marc-Dietrich Ohse, Deutschland Archiv (Hannover), Hans-Joachim Otto, MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages (Frankfurt am Main), Marita Pagels-Heineking, Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (Schwerin), Martin-Michael Passauer, Generalsuperintendent a.D. (Berlin), Prof. Dr. Alexander von Plato, Historiker (Stade), Gerd Poppe, Bundesstiftung Aufarbeitung (Berlin), Ulrike Poppe, Evangelische Akademie zu Berlin (Berlin), Lutz Rathenow, Schriftsteller (Berlin), Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard A. Ritter, Historiker (Berlin), Dr. Volker Rodekamp, Stadtgeschichtliches Museum (Leipzig), Prof. Lea Rosh, Kommunikation und Medien GmbH (Berlin), Robert Rückel, DDR-Museum (Berlin), Prof. Dr. Reinhard Rürup, Historiker (Berlin), Christoph Schaeffgen, Generalstaatsanwalt a.D (Berlin), Dr. Dieter Schiffmann, Landeszentrale für

noch Anhang 18

politische Bildung Rheinland-Pfalz (Mainz), Franz-Josef Schlichting, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (Erfurt), Cornelia Schmalz-Jacobsen, Gegen Vergessen – Für Demokratie (Berlin), Jochen Schmidt, Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin), Dr. Jürgen Schmude, Bundesminister a.D (Moers), Peter Schneider, Schriftsteller (Berlin), Andreas Schönfelder, Umweltbibliothek (Großhennersdorf), Prof. Dr. Richard Schröder, Humboldt Universität zu Berlin (Berlin), Werner Schulz, Mitglied des Europaparlaments (Berlin), Uwe Schwabe, Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V (Leipzig), Ulrich Schwarz, Journalist (Berlin), Dr. Hannes Schwenger, Autor (Berlin), Dr. h.c. Rudolf Seiters, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Bundesminister a.D. (Berlin), Tom Sello, Robert Havemann-Gesellschaft (Berlin), Ilse Spittmann-Rühle, Journalistin (Köln), Friede Springer, Verlegerin (Berlin), Prof. Dr. Peter Steinbach, Universität Mannheim (Mannheim), Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, Europäische Akademie Berlin (Berlin), Dr. Walter Süß, BStU (Berlin), Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D. (Berlin), Wolfgang Templin, Publizist (Berlin), Joachim Trenkner, Journalist (Berlin), Prof. Dr. Stefan Troebst, Geisteswissenschaftliches Zentrum für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (Leipzig), Prof. Dr. Johannes Tuchel, Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Berlin), Prof. Dr. Hans-Joachim Veen, Stiftung Ettersberg (Weimar), Friedrich Veitl, Verleger (Berlin), Siegfried Vergin, Politiker (Mannheim), Dr. Hans-Jochen Vogel, Gegen Vergessen – Für Demokratie (München), Rainer Wagner, Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (Berlin), Joachim Walther, Schriftsteller (Berlin), Matthias Waschitschka, Verein Zeit-Geschichte(n) (Halle), Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Weber, Universität Mannheim (Mannheim), Konrad Weiß, Publizist (Berlin), Reinhard Weißhuhn, Robert-Havemann-Gesellschaft (Berlin), Prof. Dr. Manfred Wilke, Historiker (Berlin), Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Humboldt-Universität zu Berlin (Berlin), Hans-Eberhard Zahn, Bund Freiheit der Wissenschaft (Berlin)

V.i.S.d.P.: Dr. Anna Kaminsky, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5, 10117 Berlin, buero@stiftung-aufarbeitung.de

Anhang 19**Abkürzungsverzeichnis****A**

AfNS	Amt für Nationale Sicherheit der DDR (Nachfolger des MfS)
AG	– Arbeitsgruppe – Aktiengesellschaft
AMAG	Aktenausgabe Magazin (IT-Verfahren der BStU)
AR	Abteilung Archivbestände der BStU
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ARTE	Association Relative à la Télévision Européenne; Fernsehsender in deutsch-französischer Kooperation
AS	Allgemeiner Schriftverkehr (Aktenkategorie im Bestand der HA IX/11 des MfS)
ASTAK	Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e. V.
AtG	Atomgesetz
AtZÜV	Atomrechtliche Zuverlässigkeitsüberprüfungsverordnung
AU	Abteilung Verwendung von Unterlagen der BStU
AV	Allgemeine Vorgänge (Aktenkategorie im Bestand der HA IX/11 des MfS)

B

BASYS 2	Bundesarchiv-IT-System
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BEM	Betriebliches Eingliederungsmanagement
BF	Abteilung Bildung und Forschung der BStU
BfDI	Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BKM	Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
BMI	Bundesministerium des Innern
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung (des MfS)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Bundesverwaltungsgerichtsentscheidung

C

CD	Compact Disk (Speicher für digitale Daten)
CD-ROM	Compact Disc Read-Only Memory (Speicher für digitale Daten)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CNSAS	Consiliul Național pentru Studierea Arhivelor Securității – Nationaler Rat für das Studium der Archive der Securitate (Rumänien)

noch Anhang 19

COMDOS	Kommission zur Deklassifizierung der Dokumente und Offenlegung der Beziehungen bulgarischer Bürger zum früheren Staatssicherheits- und Nachrichtendienst der Bulgarischen Volksarmee; auch: Kostadinov-Kommission (Republik Bulgarien)
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik (1948 bis 1993)
CSU	Christlich Soziale Union Deutschlands
D	
DAS	Departamento Administrativo de Seguridad (Nachrichtendienst Kolumbiens)
DDR	Deutsche Demokratische Republik (1949 bis 1990)
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DOSB	Deutscher Olympischer Sportbund
DuG	Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Rostock
DVD	Digital Versatile Disk (digitales Speichermedium)
DVP	Deutsche Volkspolizei (DDR)
E	
EAD	Encoded Archival Description (archivischer Verzeichnungs- und Präsentationsstandard)
eArchiv	elektronisches Archiv (IT-Verfahren der BStU)
EDV	elektronische Datenverarbeitung
EKHN	Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
EPR	Elektronisches Personenregister (IT-Verfahren der BStU)
EU	Europäische Union
e. V.	eingetragener Verein
F	
F ...	Formblatt ... (des MfS), z. B. bei Karteien
F 16	Zentrale Personenkartei/Klarnamenkartei (des MfS)
F 22	Vorgangskartei (des MfS)
F 77	Decknamenkartei (des MfS)
F 78	Straßenkartei (des MfS)
F. C.	Fußball-Club
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (Dachverband der Einzelgewerkschaften in der DDR)
FDJ	Freie Deutsche Jugend (Jugendverband der DDR)
FDP	Freie Demokratische Partei
FV	Forschungsvorgang (Aktenkategorie im Bestand der HA IX/11 des MfS)
G	
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GH	Geheime Ablage (Archivbestand des MfS)
GHI	German Historical Institute – Deutsches Historisches Institut (in Washington)

noch Anhang 19

GSB	Government Site Builder (zentrale Content Management Lösung für die Webangebote der Bundesverwaltung)
GSSD	Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GÜST	Grenzübergangsstelle (DDR)
GVS	Geheime Verschlusssache
H	
HA	Hauptabteilung (MfS)
Hg.	Herausgeber
HHG	Häftlingshilfegesetz
HHO	Datenbank HV A/HIM/OibE (IT-Verfahren der BStU)
HIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter (MfS)
HM/WR	Datenbank Hauptamtliche Mitarbeiter/Mitarbeiter Wachregiment (IT-Verfahren der BStU)
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung (MfS)
I	
IFG	Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz)
IICCR	Institutul de investigare a Crimelor Comunismului în România – Institut zur Untersuchung der kommunistischen Verbrechen in Rumänien
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (MfS)
IPK	Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik
IPN	Instytut Pamięci Narodowej – Institut des Nationalen Gedenkens (Republik Polen)
ISBN	Internationale Standardbuchnummer – International Standard Book Number
IT	Informationstechnik
ITS	International Tracing Service – Internationaler Suchdienst Bad Arolsen
K	
KD	Kreisdienststelle (MfS)
KDH	Kresťanskodemokratické hnutie – Christlich-demokratische Bewegung (Partei; Slowakische Republik)
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti – Komitee für Staatssicherheit (Geheimdienst der ehemaligen Sowjetunion)
KKW	Kernkraftwerk
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KW	Kurzwelle
kw-Vermerk	Haushaltsvermerk im Stellenplan, der vorsieht, dass Planstellen oder andere Stellen künftig wegfallen (Stellen mit kw-Vermerk können nicht nachbesetzt werden)
KZ	Konzentrationslager

noch Anhang 19

L

LDP	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands; ab 1951: LDPD (DDR)
lfd. M.	laufende(r) Meter
LISA	Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt
LISUM	Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg
LSG	Luftsicherheitsgesetz

M

MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdI	Ministerium des Innern (DDR)
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
MGFA	Militärgeschichtliches Forschungsamt der Bundeswehr

N

NATO	North Atlantic Treaty Organization (Organisation der Signatarmächte des Nordatlantikpakts; Militärbündnis)
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (1920 bis 1945)
NVA	Nationale Volksarmee (DDR)

O

OD	Objektdienststelle (MfS)
OibE	Offizier im besonderen Einsatz (MfS)
OV	Operativer Vorgang (MfS)

P

PA	Personenauskünfte (Aktenkategorie im Bestand der HA IX/11 des MfS)
PDF	Portable Document Format ((trans)portables Dokumentenformat); plattformübergreifendes Dateiformat für Dokumente
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus

R

RAF	Rote Armee Fraktion
RBB	Rundfunk Berlin Brandenburg
RHE	Rechtshilfeersuchen (Aktenkategorie im Bestand der HA IX/11 des MfS)

S

SAE	Sachaktenschließung (IT-Verfahren der BStU)
SBU	Sluschba bespeky Ukrajiny – Sicherheitsdienst der Ukraine
SBZ	Sowjetische Besatzungszone

noch Anhang 19

SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DDR)
SGB	Sozialgesetzbuch
SIRA	System der Informationsrecherche der HV A (Datenbank der HV A)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SprengG	Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz)
SS	Schutzstaffel der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)
StB	Státní bezpečnost – Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Tschechoslowakei (1949 bis 1989)
StrRehaG	Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz)
StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz)
U	
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (1922 bis 1991)
UKW	Ultrakurzwelle
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization – Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation
ÚPN	Ústav pamäti národa – Institut des Nationalen Gedenkens (Slowakische Republik)
ÚSTR	Ústav pro studium totalitních režimů – Institut für das Studium totalitärer Regime (Tschechische Republik)
UUA	Unabhängiger Untersuchungsausschuss zur Sicherung und Überprüfung von Schriftgut des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit in Rostock
V	
VEB	Volkseigener Betrieb (DDR)
VS	Verschlusssache
W	
WDR	Westdeutscher Rundfunk
Z	
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZER	Zentrales Einwohnerregister (DDR)
ZK	Zentralkomitee (der SED)
ZV	Abteilung Zentral- und Verwaltungsaufgaben der BStU
ZZF	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

noch Anhang 19

Erläuterungen zu den im Text genannten Dienstseinheiten des MfS

Abt.	Abteilung
Abt. II	Spionageabwehr (in den BV; entspricht im MfS: HA II)
Abt. III	Funkaufklärung, Funkabwehr (in den BV; entspricht im MfS: HA III)
Abt. VI	Passkontrolle, Tourismus, Interhotel (in den BV; entspricht im MfS: HA VI)
Abt. VII	Inneres, Deutsche Volkspolizei (in den BV; entspricht im MfS: HA VII)
Abt. VIII	Beobachtung, Ermittlung (in den BV; entspricht im MfS: HA VIII)
Abt. IX	Untersuchungsorgan (in den BV; entspricht im MfS: HA IX)
Abt. XI	Chiffrierwesen (in den BV und im MfS)
Abt. XII	Zentrale Auskunft/Speicher (im MfS) bzw. Auskunft/Speicher (in den BV)
Abt. XIV	Untersuchungshaft, Strafvollzug (in den BV und im MfS)
Abt. XV	Aufklärung (in den BV; entspricht im MfS: HV A)
Abt. XVIII	Sicherung der Volkswirtschaft (in den BV; entspricht im MfS: HA XVIII)
Abt. XIX	Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen (in den BV; entspricht im MfS: HA XIX)
Abt. XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund (in den BV; entspricht im MfS: HA XX)
Abt. 26	Telefonüberwachung (in den BV und im MfS)
Abt. KuSch	Kader und Schulung (in den BV; entspricht im MfS: HA KuSch)
Abt. M	Postkontrolle (in den BV und im MfS)
AG	Arbeitsgruppe
AG XVII	Besucherbüro Westberlin
AG XXII	Terrorabwehr (in den BV; entspricht im MfS: HA XXII)
AGL	Arbeitsgruppe des Leiters
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe (in den BV und im MfS)
BV	Bezirksverwaltung
HA	Hauptabteilung
HA I	Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen
HA II	Spionageabwehr
HA III	Funkaufklärung, Funkabwehr
HA VI	Passkontrolle, Tourismus, Interhotel
HA VII	Abwehrarbeit Ministerium des Innern/Deutsche Volkspolizei
HA VIII	Beobachtung, Ermittlung
HA IX	Untersuchungsorgan
HA IX/11	Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen
HA XVIII	Sicherung der Volkswirtschaft
HA XIX	Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen
HA XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund
HA XXII	Terrorabwehr
HA KuSch	Kader und Schulung
HA PS	Personenschutz

noch Anhang 19

HVA	Hauptverwaltung Aufklärung
HVA SWT	Sektor Wissenschaft und Technik; Wissenschaftlich-technische Auswertung
HVA Abt. VII	Auswertung und Information
HVA Abt. IX	Äußere Spionageabwehr, Gegenspionage
KD	Kreisdienststelle
OD	Objektdienststelle
SWT	Sektor Wissenschaft und Technik, Struktureinheit der HVA, siehe HVA SWT
VEB SHB	Volkseigener Betrieb Spezialhochbau
VRD	Verwaltung Rückwärtige Dienste
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe Übersiedlung

